

Blocher und die Volksverächter, Mordaufruf in Winterthurer Moschee

DIE WELTWOCHEN

Nummer 44 – 3. November 2016 – 84. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

HORROR-CLOWNS

Eine Kulturgeschichte

HILLARY CLINTON

Watergate 2.0

LIFESTYLE-LESBEN

Bizarrer Trend

ATOMAUSSTIEG?



NEIN DANKE

Kostenfalle Energiewende





Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur.

Flyback-Chronograph Type XXI 3817

Der Chronograph Type XXI 3817 ist, wie alle seit 1954 von Breguet produzierten Type-XX-Stoppuhren, mit der legendären Flyback-Funktion ausgestattet, dem augenblicklichen Nullen und Neustart der Zähler. Er verfügt über sämtliche technischen und ästhetischen Codes einer wahren Fliegeruhr. Der Saphirglasboden offenbart alle Einzelheiten des mechanischen Uhrwerks mit seinen Siliziumkomponenten und der goldenen Schwungmasse. Wir schreiben die Geschichte fort...



Vor neun Jahren schied Christoph Blocher unfreiwillig aus dem Bundesrat aus, vor zwei Jahren legte er freiwillig sein Nationalratsmandat nieder. Seither hat sich der Chefstrategie der SVP etwas zurückgenommen, er konzentriert



«Ich bin oft müde»: Zeller, Blocher (r.).

sich auf das Kerngeschäft seiner Partei (Souveränität, direkte Demokratie, Neutralität, Selbstbestimmung). René Zeller hat in den letzten zwei Jahrzehnten schon oft mit Christoph Blocher die Klängen gekreuzt. Beim jüngsten Zusammentreffen wollte er vom 76-jährigen Interviewpartner wissen, ob er denn niemals müde werde. «Doch, doch», antwortete Blocher. «Ich bin oft müde, und dann gehe ich schlafen.» Seite 32

Viel wurde schon über angebliche Risiken bei Schweizer AKW geschrieben. Wackelt der Kernmantel von Mühleberg? Hat der Reaktor von Beznau I tausend Löcher? Setzt sich die Axpo über die Sicherheit hinweg? Seit Jahren dasselbe Spiel: Greenpeace alarmiert, die Behörden beschwichtigen. Kaum ein Stimmbürger ist in der Lage, sich ein Urteil zu bilden – er kann nur entscheiden, welcher Seite er mehr traut. Anders beim Geld: Hier ist jeder Experte. Alex Baur hat recherchiert, was uns ein vorzeitiger Atomausstieg kosten würde. Alex Reichmuth ist derweil ins idyllische Braunau TG gereist, wo ein gigantischer Windpark entstehen soll. Seine Reportage dreht sich um die Frage, ob unsere Energiezukunft tatsächlich in der Luft liegt. Ist diese Option wirklich realistisch – oder werden wir unseren Strom in Zukunft einfach aus deutschen Kohlekraftwerken beziehen? Seite 18–23

Verrückter geht nicht. Kurz vor der Ziellinie wird Hillary Clinton von ihrer E-Mail-Affäre eingeholt. Das FBI hat eine neue Ladung mit 650 000 Nachrichten gefunden. Schon droht Clintons komfortabler Umfragevorsprung zu verdampfen. Die Wahl verspricht zum Herzschlagfinale zu werden. «The chickens have come home to roost» – Jetzt rächt sich, was sie sich selbst eingebrockt hat mit ihrem heimlichen Kommunikationssystem. Die *Weltwoche* beantwortet die Schlüsselfragen rund um die Neuauflage von Hillary-Gate. Und wir nehmen das Ehepaar unter die Lupe, bei dem der brisante Fund aufgespürt wurde: Clintons Vertraute Huma Abedin und ihr Mann Anthony Weiner, der sich in Sex-Tweets an eine Minderjährige «als dauergeilen Mann mittleren Alters» bezeichnete. Dass er nun in einem Zug mit Hillary Clinton genannt wird, ist Gift für ihre Kandidatur. Seite 42

Das redaktionelle Spezial «Magie des Geldes» steht im Zeichen von Werden und Vergehen: Wie entsteht Geld, was macht es aus? Wann ist das Geldsystem oder eine Währung krank? Ein Beispiel für die Geburt von neuem Geld ist die Computerwährung Bitcoin. Im Gotthardmassiv hat ein Start-up aus dem Silicon Valley einen Bunker angemietet und lagert dort digitales Geld. Vom ehemaligen Luftwaffenbunker geht es nach London: Der britische Historiker und Journalist Adam Fergusson ist eine der ersten Adressen, wenn es um das Thema Vergänglichkeit geht, namentlich den Infarkt bei einer Hyperinflation. In einem packenden Buch beschreibt er die Krankheitsbilder des Geldsystems anhand der Erfahrungen in der Weimarer Republik. Lesen Sie zudem die erste ausführliche Würdigung des neuen Credit-Suisse-Schweiz-Chefs Thomas Gottstein und ein Porträt der Rendite-Zauberkünstler von Partners Group. Seite 56–69

Ihre Weltwoche

**GESTRESST?
ÜBERFORDERT?
ERSCHÖPFT?**

Zeit für eine Auszeit.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.



Seeklinik Brunnen AG
Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 310.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– ww(inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (Wirtschaft), René Zeller (Bundespolitik)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (Leitung Kultur), Alex Baur, Urs Gehrig (Leitung Ausland), Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Alex Reichmuth, Markus Schär, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Christoph Landolt, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (Los Angeles), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Sacha Verna (New York), Max Wey, Sami Yousafzai (Pakistan/Afghanistan), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (Art-Director), Silvia Ramsay
Bildredaktion: Martin Kappler, Florian Brunner (Assistent)
Korrektur: Cornelia Bernegger (Leitung), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (Leitung), Inga-Maj Hojaj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (Leitung), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (Leitung)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (Leitung)
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der Weltwoche-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

DEGUSSA. DIE EINFACHSTE ART, IN EDELMETALLE ZU INVESTIEREN.

Gold ist die stärkste Währung seit 2001 vor Christus und damit ein grundsolides Investment für Menschen mit einem langen Anlagehorizont. Als grösster bankenunabhängiger Edelmetallhändler in Europa beraten wir Sie in unseren Ladengeschäften in Zürich und Genf umfassend und stellen mit Ihnen Ihr persönliches Portfolio aus Degussa Barren und Anlagemünzen zusammen. Alle unsere Degussa Barren verfügen über eine Bankens Valorenummer. Darüber hinaus haben wir Sammlermünzen und emotionale Goldgeschenke für Sie vorrätig. Gerne können Sie Ihre Wertanlagen auch in Ihrem Schrankfach bei uns lagern. Informationen und Online-Shop unter:

DEGUSSA-GOLDHANDEL.CH

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 044 403 41 10

Quai du Mont Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: 022 908 14 00



Menschliche Handgranaten

Was lernen wir aus dem US-Wahlkrimi für die Schweiz?
Von Roger Köppel

In der US-Politik ist die Hölle los, und das Leben schreibt die besten Romane. Kein Krimischriftsteller hätte sich eine verrücktere Geschichte ausdenken können. Die blumigste Fantasie hätte nicht gereicht, um diese schwindelerregenden Verwicklungen und Verirrungen auszubrüten. Aber es sieht tatsächlich so aus: Hillary Clinton wird von einer bereits erledigt geglaubten E-Mail-Affäre eingeholt, weil Hunderttausende neuer E-Mails auf dem Laptop eines Schmutz-Demokraten auftauchen, der bis vor kurzem noch mit der engsten Vertrauten der favorisierten Präsidentschaftskandidatin verheiratet war. Das FBI hat elf Tage vor Abschluss der Wahlen die Wiedereröffnung der Untersuchungen bekanntgegeben.

Es ist wie Weihnachten und Ostern gleichzeitig für Donald Trump. Der Mann galt als erledigt. Seine Kritiker bebten vor Schadenfreude und voreiligem Jubel. Hillary hatte längst begonnen, ihr Regierungsteam zusammenzustellen, als die FBI-Bombe sie ereilte. Das hat es seit Journalistengedenken nicht mehr gegeben: dass eine aussichtsreiche Kandidatin so kurz vor den Wahlen persönlich ins Schussfeld der Justiz gerät. Die schwarze Wolke ist gross, und niemand hat eine Ahnung, was jetzt noch alles kommt. Amerikanische Zeitungen berichten, Präsident Obama persönlich habe versucht, die Ermittlungen gegen Hillary zu stoppen. Zwischen den Justizbehörden herrscht Krieg. Das FBI will aufdecken, das Justizdepartement, direkter dem Präsidenten unterstellt, hält dagegen. Es riecht nach Filz und Vetterliwirtschaft in Washington.

Trump wiederum sieht seine schlimmsten Verschwörungstheorien, an die er selber vermutlich gar nie richtig geglaubt hat, auf der Ziellinie wahr werden. Vor ein paar Wochen hätten sie ihn beinahe gelyncht, als er in der letzten TV-Debatte sagte, die Wahlen seien möglicherweise «getürkt». Er werde erst nach Bekanntgabe des Endresultats mitteilen, ob er den Ausgang respektieren werde. Die Kommentatoren schäumten, obschon die Klage über Wahlfälschungen und Korruption zur US-Politik gehört wie Herbstlaub zum Oktober. Für die Mainstream-Medien war Trump, der eben erst aus einem Güllenloch von Sex-Anschuldigungen gekrochen war, ein wandelnder Toter. Er selber hielt durch, bewundernswert, tourte eisern, fast roboterhaft weiter, wirkte bei seinen Reden aber so, wie wenn sie ihm einen



«Machtverliebte Sorglosigkeit.»

Tomahawk in den Brustkorb gerammt hätten. Die FBI-Enthüllungen peitschten ihm neues Leben ein und neuen Schwung. Der Vorsprung der Favoritin in den Umfragen schmilzt. Ob es Trump für den Sieg reicht, bleibt offen.

Was lernen wir für die Schweiz? Tragen wir der direkten Demokratie Sorge! Pflegen wir die Volksentscheide, die besten Wegweiser und Blitzableiter in der Politik. Der Sumpf, der in Washington ruchbar wird, kann nur dann entstehen, wenn die gleichen Leute zu lange um die Macht schleichen. Hillary Clinton ist eine hochintelligente, sicher fähige Frau. Sie mag arrogant wirken, und ihre Aussenseite scheint mit Teflon imprägniert, aber sie ist wahrscheinlich auch nicht schlechter als andere, die sich

vor ihr ums höchste Amt bewarben. Was durch Wikileaks bis jetzt um sie herum sichtbar wird, ist kein kriminelles Mafia-System, aber schwüle Kungelei und machtverliebte Sorglosigkeit. Dass eine Aussenministerin Staatsgeheimnisse über einen privaten Server leitet; dass ihre Familienstiftung Geld aus dubiosen Quellen annimmt; dass ausländische Staatsoberhäupter durch Spenden an die Clinton-Stiftung überhaupt zu bevorzugten Kontakten mit amerikanischen Politikern kommen können – das sind, wenn es denn stimmt und nichts Schlimmeres mehr herauskommt, keine Schwerverbrechen, aber es sind Grenzüberschreitungen, möglicherweise illegale. Sie passieren immer dort, wo man es sich in den Machtmilieus allzu gemütlich eingerichtet hat.

Der linke Filmemacher Michael Moore nannte Trump einen wandelnden «Molotow-Cocktail», eine «menschliche Handgranate», die seine zornigen Anhänger am liebsten ins «korrupte Washingtoner Establishment» werfen möchten. Die Schweiz hat nicht die besseren Politiker, aber sie hat das bessere System. Menschliche Handgranaten sind nur selten nötig, weil Volksentscheide die Politiker erden, manchmal brutal. Die Entfremdung zwischen unten und oben wird erschwert. Man lebt sich nicht so schnell auseinander. Das Misstrauen, das die direkte Demokratie im Staat verankert, ist gesund. Die Politiker wissen, dass sie sich nicht alles erlauben können. Wie Unternehmer, die nur erfolgreich sind, wenn sie an ihre Kunden denken, müssen Schweizer Politiker die Bürger in ihre Erwägungen einbeziehen. Das ist anstrengend, bringt aber bessere Ergebnisse. Die repräsentativen Demokratien kranken alle an den gleichen politischen Kartellbildungen, wie sie jetzt in den USA von Trump erschüttert werden. Korrekturen sind im Gang. Themen wie Migration, Asyl, Ausländerkriminalität, Staatsschulden, Globalisierung brechen derzeit mit Krawall, fast erdrutschartig in den US-Wahlkampf ein. Die Schweiz war dank ihrer direkten Demokratie auch hier voraus. Die Tabus wurden früher geritzt. Mittlerweile ist es fast normal geworden, offen über die Probleme zu sprechen, die den Leuten wirklich Sorgen machen.

Die direkte Demokratie ist die Perle der Schweiz. Die ganze Welt beneidet uns darum. Trotzdem schrauben sie in Bern daran herum. Man will die Volksrechte zurückbinden. Bundesrat, Bundesgericht, Parlament und Verwaltung sägen Volksentscheide ab. Die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist der grösste Volksbetrug in der Geschichte der schweizerischen Eidgenossenschaft. Die Politiker wollen den Leuten die Macht wegnehmen, damit sie selber machen können, was sie wollen. Die autoritären Anwendungen kommen zuckersüss daher. Man muss sie stoppen, ehe es menschliche Handgranaten braucht.

Arthrose-Drama mit Happy-Hand.

Handchirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.





Notfalls allein: Christoph Blocher. Seite 32



Seelenfänger: An-Nur-Moschee. Seite 13



Ohne Scheuklappen: Susanne Wille. Seite 38



Bombensicher: Olga Feldmeier. Seite 56

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 11 **Kommentar** Schwarz auf weiss gilt nicht
- 11 **Im Auge** Wanda Nara, Spielerfrau
- 12 **Liebe** Trend-Lesben
- 12 **Zürich** Kumpanei statt Kollegialität
- 13 **Islam** Aufruf zum Mord
- 14 **Digitalkrieg in der Familie**
Kaum ein Tag ohne Streit um Smartphones und Tablets
- 16 **Personenkontrolle** Pfister, Feri, Bally Frehner, Roth etc.
- 17 **Nachruf** Manfred Krug, Schauspieler
- 18 **Kopfüber ins Milliardenloch**
Die Folgen eines überhasteten Atomausstiegs
- 21 **Atomausstieg** Deutschlands Alleingang
- 22 **Im Schatten der Riesenräder**
Widerstand im Thurgau gegen den Windpark
- 23 **Politik** Der frühere AKW-Gegner Filippo Leutenegger
- 24 **Die Deutschen** Dealer im Beirat
- 24 **Wirtschaft** Wunsch und Wirklichkeit
- 25 **Brief aus Berlin** Zwischenzeit
- 26 **Mörgeli** Meinungspluralität des Roger de Weck
- 26 **Bodenmann** Ceta: Nullnummer Schweiz
- 27 **Medien** Gesinnungspresse 2.0
- 27 **Gesellschaft** Liebe statt Zukunft
- 28 **Darf man das?** / Leserbriefe

Hintergrund

- 30 **Eine saubere Beerdigung**
Wie der Bundesrat den Zuwanderungsartikel aushebeln will
- 31 **Politik** Chronik einer Dauerfehde
- 32 **«Die Volksverächter sind unter sich»**
Christoph Blochers Kampf um die direkte Demokratie
- 34 **Mit roter Hilfe zum roten Pass**
Masseneinbürgerungen führen zur Umwälzung der Politik
- 35 **Schweiz Tourismus** Operation Reinwaschen
- 36 **Die Kosten der offenen Grenzen**
Der hohe Preis des freien Personenverkehrs wird übersehen
- 38 **Die Ankerfrau vom Leutschenbach**
Susanne Wille ist ein Lichtblick im Schweizer Fernsehen
- 39 **Phänomene** Was steckt hinter den Horror-Clowns
- 40 **Ausser Kontrolle**
Wachsender Unmut über die Prämien der Krankenkassen
- 42 **«Selbst Gott kann ihre Spuren nicht lesen»**
Die brisantesten Fragen rund um Hillary-Gate
- 44 **Familienaffäre**
Neuer Wirbel um Hillary Clintons private E-Mails
- 45 **US-Wahlen** Donald und die Schweiz
- 46 **Ausland** Kongress als Korrekturvehikel
- 47 **Fieberkurve** Vielleicht verliere ich meine Wette



NACH ASIEN ÜBER MOSKAU

Fliegen Sie mit Aeroflot nach Bangkok, Phuket, Hanoi, Shanghai, Peking, Guangzhou und andere Städte mit unseren komfortablen Flugverbindungen*

Mehr als **300** Destinationen, mehr als **60** Länder **



Ergonomische Sitze in der Economy Class



Hochqualifizierte Stewardessen



Grosse Auswahl an ausgezeichneten Gerichten und Weinen



Full-Flat Sitze in der Business Class ***

➔ Eine der jüngsten Flotten der Welt

➔ Comfort Class auf der Boeing 777

➔ Komfortable Verbindungen vom modernen Flughafen Scheremetjewo



THE WORLD'S
4-STAR AIRLINE

www.aeroflot.com



Wirtschaft to go!

Egal wo, egal wann.

Ihr Digital-Abo der HANDELSZEITUNG unter
www.handelszeitung.ch/abo

Handelszeitung
Die Schweizer Wochenzeitung für Wirtschaft



«Ich bin zuversichtlich»: Historiker Fergusson. Seite 66

Magie des Geldes

66 Wenn Geld stirbt

Der britische Historiker Adam Fergusson hat die Geschichte der Hyperinflation in der Weimarer Republik nachgezeichnet. Gibt es Parallelen zur Gegenwart?

Stil & Kultur

48 Ikone der Woche Bob Dylan

50 Leuchtturm des Denkens

Vor 550 Jahren wurde der grosse Humanist Erasmus von Rotterdam geboren

52 Lernen mit dem Bachelor

Die Balz-Show verrät einiges über das Aufreissen im Jahr 2016

53 Humor Charles Nguela über Blackfacing

54 Top 10

54 Kino «Hell or High Water»

55 Jazz Frank Kimbrough

56 Magie des Geldes Inhalt des Sonderteils

70 Namen Interessante Frauen

71 Hochzeit Magda und Bernhard Bauer

71 Thiel Horror-Clowns

72 Wein Verdejo Campo Eliseo Rueda 2014

72 Zu Tisch Restaurant 114 Faubourg, Paris

73 Auto Porsche Targa 4S

74 MvH trifft Tommy Hilfinger, Modeunternehmer

Autoren in dieser Ausgabe

Faith Whittlesey



Die Republikanerin war in den achtziger Jahren zwei Mal US-Botschafterin in Bern und setzt sich bis heute für die Freundschaft zwischen den beiden Ländern ein. Sie erklärt, warum Präsident Trump für die Schweiz besser ist als Hillary Clinton. Seite 45

Charles Nguela



Der im Kongo geborene Aargauer gilt als grosses Schweizer Komikertalent und wurde 2014 mit dem Swiss Comedy Award ausgezeichnet. Nach dem Zwischenfall in Röbi Kollers «Happy Day» erläutert er, ob es rassistisch ist, wenn sich Weisse das Gesicht schwarz anmalen. Seite 53

Das Weltwoche-«Taschenheft».

Mit den Weltwoche-Apps für das iPhone oder das Android-Smartphone haben Sie auch unterwegs die Weltwoche immer dabei.



DIE WELTWOCH



**Öffentlicher Vortrag von Roger Köppel
Verleger und Chefredaktor der Weltwoche**

Welt in Aufruhr – Schweiz, wie weiter?

Eine Standortbestimmung.

Montag, 7. November 2016

«Marriott»-Hotel, Neumühlequai 42, 8006 Zürich

Türöffnung: 18.30 Uhr, Beginn: 19.30 Uhr

Eintritt frei

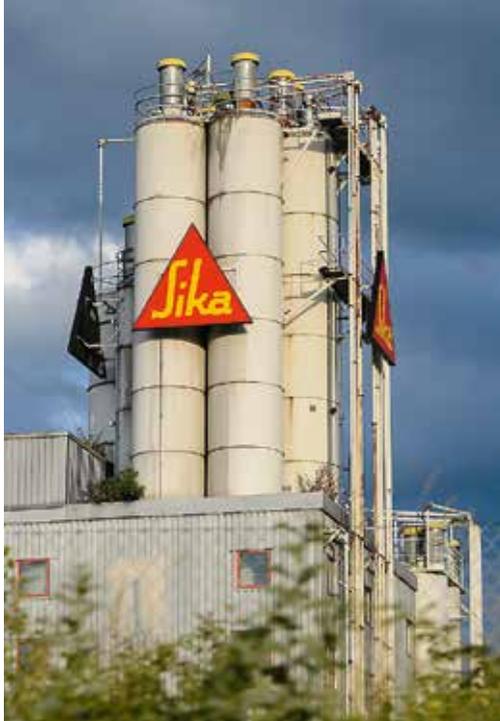
Um Voranmeldung wird gebeten.

E-Mail: vortrag@weltwoche.ch

Telefon 043 444 50 93 (Anrufe sind von 9.00 bis 17.00 Uhr möglich)

Schwarz auf weiss gilt nicht

Von Beat Gygi — Die Zuger Richter sind gegen den Verkauf des Zuger Unternehmens Sika. Sie untergraben mit ihrem Entscheid das Aktienrecht.



Eigentumsrechte sind zweitrangig.

Wer eine Aktiengesellschaft in seinem Eigentum hat, darf offenbar nicht einfach damit rechnen, wirklich die Eigentumsrechte daran zu haben. Will man sie zum Beispiel verkaufen, kommt der Einwand, es gälten nicht nur Gesetz und Buchstabe, zu beachten seien auch der Käufer, das Wohl der Firma, ihre Umgebung und deren Schicksal beim Verkauf. Dies ist grob gesagt der Schluss, den man aus dem Gerichtsurteil des Kantonsgerichts Zug von vergangener Woche ziehen kann.

Applaus von Finanz- und Medienleuten

Zu urteilen war, ob der Klage der Familie Burkard gegen die Blockade des Verkaufs des Zuger Chemiespezialitäten-Konzerns Sika an den französischen Baustoffkonzern Saint-Gobain stattzugeben sei oder nicht. Sie wurde abgewiesen. Es bleibt dabei, dass die Geschwister Burkard die von ihnen vollständig kontrollierte Schenker-Winkler-Holding, die rund 53 Prozent der Stimmrechte und gut 16 Prozent des Kapitals an Sika hält, nicht wie vertraglich abgemacht für 2,75 Milliarden Franken an Saint-Gobain verkaufen können.

Blockiert wird der Übergang seit dem Frühling 2015 durch den Grossteil des Verwaltungsrats von Sika unter der Führung des Präsidenten Paul Hälg, etwa mit den Argumenten, die Publikumsaktionäre (47 Pro-

zent) kämen als Minderheitsaktionäre zu ungünstig weg, und Sika würde sich unter dem Dach von Saint-Gobain schlechter entwickeln als in der heutigen Konstellation. Das Gremium, das gemäss Corporate-Governance-Grundsätzen eigentlich Auftragnehmer der Eigentümer ist und die Geschäfte möglichst in deren Sinn führen sollte, fühlt sich nun erst recht ermuntert in seinem Widerstand. Mit der Sika-Spitze applaudierten auch Finanzanalytiker und Medienleute, denen es wichtig ist, dass eine erfolgreiche Schweizer Industriegruppe nicht an einen unwillkommenen Konzern geht, und die das Respektieren von Eigentumsrechten als nachgelagertes Thema ansehen.

Argumente-Sammelsurium

Die Ausführungen des Zuger Kantonsgerichts passen zur industriepolitischen Stimmung. Da steht im Zusammenhang mit dem zentralen Thema Vinkulierung und Statuten: «Der Wortlaut spricht für die klägerische Darstellung. Darüber sind sich die Parteien einig. Strittig ist hingegen, ob in casu von diesem Wortlaut abzuweichen ist.» Man ist sich also einig, dass die wörtliche Formulierung die Position der Familie Burkard stützt, aber das reicht offenbar nicht. Weiter unten steht: «Vorliegend ist eine rein wortlautbezogene Auslegung abzulehnen. Wie zu zeigen ist, widerspricht der Wortlaut von Ziff. 4 Abs. 1 der Sika-Statuten dem Verständnis, das der Bestimmung sowohl nach systematischer als auch teleologischer Auslegung zugrunde liegt.»

Als Laie schliesst man daraus: Wenn etwas schwarz auf weiss dasteht, kann man das ruhig noch ein wenig anfärben, ergänzen und verzieren, bis man das gewünschte Bild hat. Um das juristisch irgendwie zu unterlegen, werden Rechtsvergleiche herangezogen, aber da es in der Schweiz offenbar kaum Vergleichbares gibt, werden Fälle aus Deutschland und Österreich aufgegriffen und zu einem Argumente-Sammelsurium vermischt. Das Wort Aktienrecht kommt auf 47 Seiten weniger als zehn Mal vor, dabei muss die Frage des Eingriffs ins Eigentumsrecht aktienrechtlich diskutiert werden. Sollte das Zuger Urteil Bestand haben, wäre das Eigentum in mancher Hinsicht nicht mehr gesichert. Wenn auf höherer Instanzenebene hingegen schriftliche Wortlaute und das Aktienrecht ernster genommen werden, dürfen Eigentümer wieder auf sichererer Grundlage stehen.

Heikle Stellen



Wanda Nara, Spielerfrau.

Die Legende von Wanda und Mauro. Wanda war im August der Albtraum einer Herrenrunde des Fussballklubs Internazionale Mailand. Da thronte diese charmeverströmende Blondine und ehemalige Nachtclubtänzerin. Es heisst ja, die Spieleragenten seien die Parasiten des Fussballgeschäfts – und Spielerfrauen Wanderpokale der kickenden Jungmillionäre. Wanda Nara ist die Ehefrau des argentinischen Stürmers Mauro Icardi, des Topscorers der Serie A. Sie ist 30, er erst 23. Und sie ist auch seine Agentin. Die Inter-Besitzer kommen aus China und Indonesien, und was sie besonders verwirrte: Ihre messerscharfe Verhandlungspartnerin war hochschwanger, und was kann man einer Frau in guter Hoffnung abschlagen? Wanda Nara drohte, ihr toreschiessender Gatte werde nach Neapel, Spanien oder England abwandern, wenn er nicht umgehend fünf Millionen Euro statt nur 3,2 Millionen pro Saison auf die Hand bekomme. Die Erpressung funktionierte, Wanda schrieb für ihren Liebsten auch eine Ausstiegsklausel von sagenhaften 110 Millionen Euro in den Vertrag. Sofort erschien seine Autobiografie, zu der ihn Nara überredet hatte, und darin erzählt er auch, wie er und sein Herzblatt von Amors Pfeil getroffen wurden. Auf einer schaukelnden Yacht im Mittelmeer kam sie in seine Luxuskabine, und es passierte einfach, obwohl Wanda mit Maxi verheiratet war, auch er an Bord, mit dem sie drei Kinder hatte – Maxi Lopez, Icardis bester Freund und Mitspieler bei Sampdoria Genua, aber nicht ganz so torgefährlich. Vor zwei Jahren heirateten Wanda und Mauro, auch er wurde Vater. In der druckfrischen Lebensbeschreibung erläutert er, wie er mit den durchgedrehten Ultras fertig werde, die ihm während der Schlammschlacht das Haus einrannten: «Ich hole hundert Kriminelle aus Argentinien, und die werden sie auf der Stelle abmurksen.» Die Passage ist jetzt geschwärzt. Und Wanda hat ihr fünftes Kind geboren. Der Komiker Gene Gnocchi weiss, wie die Geschichte weitergeht: Das Baby Isabella werde nächste Woche seine Memoiren veröffentlichen.

Peter Hartmann

Trend-Lesben

Von Claudia Schumacher — Und jetzt zwei Schweizer Models: überall ein Coming-out.



Männerfantasie: Rinderknecht (l.), Glauser.

Dominique Rinderknecht und Tamy Glauser sind nun also «e chli verliebt». Rinderknecht, die Miss Schweiz 2013 – eine Homosexuelle? Zuletzt war sie doch mit einem Mann zusammen! Der Wechsel vom einen zum anderen Ufer überrascht, aber vielleicht ist Rinderknecht eben einfach bisexuell. «Wir haben für uns selbst noch gar nichts definiert», sagt Glauser – und damit könnte es auch gut sein. Sollen die zwei Süssen im Schlafzimmer doch machen, was sie wollen. Aber so läuft das nicht: Auf allen Kanälen wird berichtet. Und als hätten die beiden die Quantenphysik mit der Relativitätstheorie versöhnt: «Bravo, bravo!»

«Ein bisschen bi schadet nie»

Kristen Stewart, Amber Heard, Miley Cyrus, Cara Delevingne, Angel Haze, Ellen Page, Lady Gaga, Fergie, Kesha, Lindsay Lohan, Azealia Banks, Megan Fox. Sie alle sind entweder lesbisch oder bisexuell. In den letzten Jahren gab es in der Unterhaltungsbranche auffallend viele Coming-outs von jungen, hübschen Frauen. Ohne den Einzelfall bewerten zu wollen, kommt doch irgendwie der Verdacht auf, dass sich unter all den Lesben vielleicht die eine oder andere Trend-Lesbe befinden könnte. «Ein bisschen bi schadet nie»: Ein Coming-out verschafft schliesslich viel Aufmerksamkeit und Anerkennung für den eigenen Mut.

Wobei man sich bei Lesben fragen muss: Mut? Während ein männliches Sexsymbol, das sich als schwul outet, seine verknallten weiblichen Fans zu verlieren droht, ist bei Frauen das Gegenteil der Fall. Zwei lesbische Models? Eine Männerfantasie. Rein theoretisch liesse sich so eine Frauenliebe also wunderbar vermarkten. Angelina Jolie, Lady Gaga, Drew Barrymore oder Miley Cyrus hatten öffentlichkeitswirksame homosexuelle Episoden – für die nächste langjährige Beziehung landeten sie aber wieder in den Armen eines Mannes.

Kumpanei statt Kollegialität

Von René Zeller — In der Stadt Zürich amtet ein blauäugiger Polizeivorsteher. Mindestens so schwer wiegt, dass Richard Wolffs Regierungskollegen viel zu lange betriebsblind waren.

Die schöne Stadt Zürich hat ein Problem. Ihr Sicherheitsdepartement wird von einem Politiker geleitet, der Spielregeln misachtet. Richard Wolff, ein in der linksalternativen Welle gefärbter Gutmensch, ist ein bekennender Freund der örtlichen Hausbesetzerszene. Nicht seine politische Gesinnung ist dem demokratisch gewählten Stadtrat anzulasten. Inakzeptabel ist aber, dass er jahrelang gegen gesetzlich festgelegte Ausstandsregeln verstossen hat.

«Vom Kanzleizentrum über die Rote Fabrik bis zur Besetzung des Binz-Areals – es gibt kein autonomes Projekt in dieser Stadt, bei dem Richard Wolff oder zumindest einer seiner inzwischen erwachsenen Söhne nicht aktiv Hand mit angelegt hätten.» Was Anfang 2015 in der *Weltwoche* nachzulesen war, gilt explizit auch für das besetzte Koch-Areal. Richard Wolff wusste, dass seine Söhne dort aktiv mitmischen. Bei der Einschätzung, ob er damit persönlich befangen sei oder nicht, gibt es keinen Interpretationsspielraum. Wolffs späte Einsicht, er hätte das früher merken sollen, ist immerhin ehrlich. Peinlich bleibt sein Verschulden trotzdem.

Erschwerend kommt dazu, dass die Causa Wolff auch die Stadtzürcher Regierung in corpore schlecht aussehen lässt. Im neunköpfigen Kollegium wussten alle, dass der Sicherheits-



Kein Interpretationsspielraum: Stadtrat Wolff.

vorsteher befangen war. Stadtpräsidentin Corine Mauch hatte nach eigenem Bekunden ihren Amtskollegen schon 2013 darauf aufmerksam gemacht, dass ein Problem vorliege. Weshalb aber mussten drei Jahre ins Land ziehen, bis der naive Wolff reif war für die Erkenntnis, dass er in den Ausstand treten sollte?

Unbedarftes Schönwettergremium

Der Stadtrat von Zürich hat nicht begriffen, wie in der Schweiz regiert wird. Von Genf bis Rorschach und von Basel bis Chiasso wird das Kollegialitätsprinzip praktiziert. Das bedeutet, dass sich in Exekutiven gewählte Männer und Frauen unterschiedlicher Couleur zu einer Zweckgemeinschaft zusammenraufen müssen. Intern soll politisch gestritten werden, nach aussen tritt man geschlossen auf. So funktionieren die Exekutivbehörden in Städten und Gemeinden, Kantonen und im Bundeshaus. In Zürich legt die Causa Wolff aber offen, dass hier ein unbedarftes Schönwettergremium regiert. Wenn jemand Ausstandsregeln offensichtlich verletzt, wird das intern zwar vermerkt. Aber die betreffende Person soll selber entscheiden, ob sie Einsicht walten lassen oder renitent bleiben will. Kollegialität erfordert Kontrolle. Wenn die Kolleginnen und Kollegen ein solches Jekami zulassen, machen sie sich mitschuldig.

Alle acht Amtskollegen des linksalternativen Sicherheitsvorstehers Richard Wolff müssen

Wolffs späte Einsicht ist immerhin ehrlich. Peinlich bleibt sein Verschulden trotzdem.

sich vorwerfen lassen, dass sie die Langmut überstrapaziert haben. Im besonderen Masse trifft das auf die vier Sozialdemokraten zu, die eine potenzierte Regierungsverantwortung schultern. Die SP spielt in Zürich die erste Geige. Mit Corine Mauch stellt sie überdies die Stadtpräsidentin. Wenn Mauch medienwirksam lamentiert, sie hätte sich gewünscht, dass ihr Kollege Wolff sein Fehlverhalten früher erkannt hätte, so kommt dies einem Ablenkungsmanöver gleich. Der Stadtrat hätte seine Führungsverantwortung früher und energischer wahrnehmen müssen. Jetzt aber bleibt zu konstatieren: In der rot-grün dominierten Stadt Zürich regiert ein Gremium, in dem Kollegialität mit Kumpanei verwechselt wird.

Aufruf zum Mord

Von Kurt Pelda — Der Imam der Winterthurer An-Nur-Moschee ruft in einer Predigt dazu auf, Muslime zu töten, die nicht zum gemeinsamen Gebet im Gotteshaus erscheinen. Ausserdem sollen sündige Muslime denunziert werden.

Erst kürzlich veröffentlichte die berüchtigte Winterthurer An-Nur-Moschee die bisher erste Pressemitteilung auf ihrer Website. Darin beschwerte sich der Vorstand des Moscheevereins über «haltlose Behauptungen» in den Medien, die das Gotteshaus in die Nähe extremistischer Aktivitäten rückten. Dabei habe man sich doch immer bemüht, die Integration zu fördern. Das sei jedoch nicht immer einfach, wenn der Hass gegen die Moschee geschürt werde.

Seit längerem weiss man, dass in der An-Nur-Moschee sämtliche Winterthurer Dschihad-Reisenden verkehrten, die der Öffentlichkeit bisher bekannt waren. Hinzu kommt noch die mutmassliche Möchtegern-Dschihadistin Franziska S., Tochter eines ehemaligen CVP-Politikers, die das Gotteshaus nun ebenfalls regelmässig besucht. Die 30-jährige ehemalige Betriebssekretärin der SBB lebte mit ihrem Ehemann in Ägypten, als sie auf die Idee kam, den gemeinsamen Sohn via Griechenland

und die Türkei nach Syrien zu entführen, um sich dem Islamischen Staat (IS) anzuschliessen. In Griechenland wurde sie jedoch gestoppt und in die Schweiz abgeschoben, wo die Bundesanwaltschaft ein Verfahren gegen sie eröffnete.

Besucher- und Spendenschwund

Kürzlich entliess die An-Nur-Moschee ihren bisherigen ägyptischen Prediger – angeblich aus finanziellen Gründen. Sein Nachfolger ist Afrikaner, Anfang zwanzig, angeblich aus Somalia. Im Gotteshaus nennt man ihn ehrfürchtig «Scheich Abdurrahman», und es wird erzählt, dass er den Koran auswendig kenne. Anders als es der Moscheeverein suggeriert, wirken seine arabischen Predigten aber kaum integrationsfördernd. So behauptete Scheich Abdurrahman vor einem grösseren Publikum, dass nur jene Gebete gültig seien, die in der Gemeinschaft der Muslime – in der Regel also in der Moschee – gesprochen würden. Wer nur zu Hause und alleine bete, begehe einen schweren Fehler. Solche Sünder sollten gewarnt werden, damit sie in den Schoss der Gemeinschaft



Geisteshaltung des IS: «Scheich Abdurrahman».

(«Dschamaa» auf Arabisch) zurückkommen. «Jene aber, die nicht in die Gemeinschaft zurückkehren und nicht dort beten, sollten getötet werden.»

Das ist starker Tobak und klingt nach Aufruf zum Mord. Es entspringt der Geisteshaltung des IS oder der afghanischen Taliban. In Gebieten unter dem Joch dieser Terrororganisationen werden alle Männer unter Strafandrohung zum Gebet in der Moschee gezwungen. Doch Scheich Abdurrahman wollte es damit nicht bewenden lassen. Er zitierte Umar ibn al-Chattab, den zweiten Kalifen nach dem Tod des Propheten Mohammed. Dieser habe ausgeführt, wie die Menschen, die nicht in der Gemeinde beteten, im Diesseits und im Jenseits bestraft würden. Dann rief der Imam die Geistlichen und prominenten Muslime auf, all jene zu denunzieren, die nicht am Gemeinschaftsgebet teilnahmen oder andere Sünden begingen. Es ist nicht klar, ob diese Drohungen mit dem Besucher- und Spendenschwund der An-Nur-Moschee in Zusammenhang stehen. Die grosse Mehrheit der Betenden hat mit solch radikalen

Ideen nämlich nichts am Hut. Manche Muslime weichen deshalb in gemässigtere Moscheen der Region aus.

Eintritt ins Paradies

Es ist schon seltsam, dass sich die Indizien für staatsgefährdende und extremistische Aktivitäten wie die Dschihad-Rekrutierung im Umfeld der An-Nur-Moschee häufen, aber es weder der Stadt Winterthur noch dem Kanton Zürich eingefallen ist, das Gotteshaus endlich zu schliessen. Diese Aufgabe hat inzwischen der private Vermieter übernommen, der den Mietvertrag des Moscheevereins nicht mehr erneuerte, wie der *Tages-Anzeiger* berichtete. Damit könnten radikale Elemente zwar untertauchen oder ihre Wühlarbeit in anderen Moscheen fortsetzen. Zugleich aber wird den Extremisten die Möglichkeit genommen, das Gotteshaus künftig weiter als Rekrutierungszentrum zu missbrauchen.

So haben auch in letzter Zeit Seelenfänger der An-Nur-Moschee versucht, junge Menschen

zu radikalisieren und sie auf den «rechten Weg» zu bringen. Damit wird eine Gehirnwäsche bezweckt. Den Opfern wird eingeredet, dass ihr Leben im Diesseits keine Bedeutung habe und sie sich nur noch auf den Eintritt ins Paradies vorbereiten sollten. Wer diese Botschaft einmal verinnerlicht hat, für den ist es nicht mehr weit bis zur Bereitschaft, in den Dschihad zu ziehen. Ein Staat, der die Menschen vor Drogen, Alkohol und ungeschütztem Sex warnt, sollte eigentlich auch solchen Missbräuchen einen Riegel schieben. Eine Moscheeschliessung wäre zudem ein Signal an andere Gotteshäuser, in ihren eigenen Reihen entschiedener gegen extremistische Rattenfänger vorzugehen.

Ein Fall, der bisher nicht bekannt war, ist jener des Serben Samir S. Er fand in der Schweiz eine Frau und zeugte mit ihr eine Tochter, bevor er sich für den angeblich heiligen Krieg entschied. So wurde Samir S. der mutmasslich erste IS-Dschihadist von Winterthur. Vor seiner Abreise nach Syrien war er 2013 zuletzt an der Adresse der An-Nur-Moschee gemeldet.

Digitalkrieg in der Familie

Von Rico Bandle und Manca Flajs (Illustration) — Kaum ein Tag, an dem der Streit mit den Kindern um die Smartphone- und Tablet-Nutzung nicht eskaliert. Die Geräte haben unsere Familie fest im Griff.

Es waren zwei Wochen, wie sie in unserer Familie Seltenheitswert haben. Wir verbrachten eine unbeschwerte Zeit, es gab kaum Streit, die zwei vorpubertären Töchter schienen glücklich – und mit ihnen die Eltern. Doch kaum waren wir aus dem sonnigen Andalusien zurück in der nasskalten Schweiz, vergingen keine fünf Minuten und der Familienkrieg war wieder in vollem Gange. Mit dem Wetter hatte dies nichts zu tun, auch nicht mit dem anstehenden Ferienende. Sondern mit dem Tablet, das wir zu Hause gelassen hatten und sogleich Gegenstand einer lautstarken Auseinandersetzung war.

Smartphone und Tablet haben die Familie seit einigen Jahren im Würgegriff. Kaum ein Tag, an dem sie nicht Ursache sind für endlose Diskussionen, Beschimpfungen, knallende Türen. Der verführerische Sog dieser Geräte beherrscht das Familienleben. Und es geht nicht nur uns so. Treffen sich Eltern, so ist die Smartphone- und Tablet-Nutzung das alles dominierende Gesprächsthema, noch vor der Schule.

In meiner Kindheit war es der Fernseher, der zu ähnlichen Familienkonflikten führte. In früheren Generationen stritt man um anderes, einst warnte man Mädchen gar vor zu vielem Lesen von Groschenromanen. Natürlich meint jede Elterngeneration, jetzt sei es besonders schlimm. Ich auch. Beim Fernseher in der Stube hatte man noch eine gewisse Kontrolle. Und das Fernsehen DRS, wie es damals hiess, stellte für die Kinder eine überschaubare Gefahr dar. Klar, später schauten wir auf RTL heimlich den «Schulmädchen-Report», «Tutti Frutti» oder andere Schmuddelendungen, von denen die Erwachsenen dachten, sie würden uns für immer beschädigen. Doch um dies zu tun, mussten wir warten, bis die Eltern zur richtigen Zeit abwesend waren. Computerspiele waren erst am Rande ein Thema. Wir hatten zwar eine dieser Kisten zu Hause, aber nicht mit Spielen drauf. Also ging ich möglichst oft zu einem Freund, der stolzer Besitzer eines Commodore 64 war. Vorzugsweise widmeten wir uns einem Spiel, bei dem man den Joystick in demselben Takt hin und her bewegte wie zwei Strichmännchen beziehungsweise -frauen, die am grobkörnigen Bildschirm knapp erkennbar kopulierten. Viel mehr war damals nicht möglich.

Heute aber können sich die Kinder jederzeit in ihr Zimmer verkriechen und haben theoretisch Zugriff auf alle Grausamkeiten, die diese Welt zu bieten hat, von Köpfungen durch den Islamischen Staat (IS) bis zu absonderlichen

Sexualpraktiken. Und das erst noch in höchster Auflösung.

Heimlich 200 Franken ausgegeben

Natürlich versuche ich mich immer mal wieder zu erkundigen, was unsere Mädchen mit dem iPad so machen. Bei einem derzeit beliebten Spiel geht es darum, eine Delfinshow zu choreografieren. Das Delfinarium schaut aus wie ein Barbie-Puppen-Land, mit dem Finger steuert das Mädchen den Delfin. Warum eine Zwölfjährige ein solch banal-kitschiges Spiel stundenlang faszinieren kann, ist mir ein Rätsel. Aber was soll's. Bei einem anderen Spiel muss man als Graffiti-Sprayer U-Bahnen verunstalten und dann auf der Flucht aufpassen, nicht von einem Zug überrollt zu werden. Die Spiele sind gratis, man kann aber zusätzliche Leben oder Levels hinzukaufen. Ein Freund erzählte kürzlich verzweifelt, sein achtjähriger Sohn habe bei einem iPad-Spiel heimlich über 200 Franken ausgegeben. Uns ist das noch nie passiert. Ansonsten schauen die Töchter vor allem Youtube-Filmchen – Fernsehen interessiert sie nicht –, und zwar, soweit ich das überblicken kann, über lustige Unfälle, irgendwelche Meerjungfrauen-Serien oder was auch immer.

Wir können uns glücklich schätzen, sind die Mädchen noch nicht in den Social-Media-Sphären angelangt, diesen Plapper-Plattformen zur Förderung von Pausenplatzmobbing und Präsentation des eigenen Körpers. Ein Oberstufen-

Das Gerät übt auf die Kinder eine teuflische Anziehungskraft aus wie die Sirenen auf die Seefahrer.

lehrer erzählte mir, er werde seiner Tochter nie ein Smartphone kaufen, dermassen brutal würden seine Schüler auf den Social-Media-Plattformen unbeliebte Kollegen mit Gerüchten und Falschanschuldigungen fertigmachen. Ob und wie er das durchzieht, wird spannend zu beobachten sein. Unseren Mädchen, elf und zwölf Jahre alt, konnten wir bislang erfolgreich das Smartphone verwehren. Doch es ist absehbar, dass unser Widerstand demnächst bricht.

Auch wenn die konsumierten Inhalte bislang noch harmlos sind, würde ich das Tablet am liebsten für immer aus unserem Haushalt verschwinden lassen. Passt man eine Minute nicht auf, hat sich das eine oder das andere Mädchen mit dem iPad ins Zimmer verkrochen. Erlaubt man die Benutzung, sind sie auch Stunden

später noch dran, falls man vergisst, es ihnen nach der vereinbarten Zeit wieder wegzunehmen. Hätten sie die freie Wahl, sie würden nur noch ins iPad starren. Das Gerät übt auf die Kinder eine teuflische Anziehungskraft aus wie die Sirenen auf die Seefahrer. Und egal, wie man



«Vorbild und Liebe.»

sich als Eltern diesbezüglich verhält, es führt immer zum Konflikt.

Weshalb die Geräte also nicht einfach verbannen? In den Ferien haben die Mädchen kein einziges Mal auch nur gefragt, ob sie auf den Bildschirm schauen dürften. Stattdessen waren sie viel draussen, haben viel gelesen. Die Digitalabstinenz findet prominente Anhänger. Sogar unter jenen, die uns das ganze Desaster eingebrockt haben. Als ein Reporter der *New York Times* Ex-Apple-Chef Steve Jobs (1955–2011) einmal fragte: «Ihre Kinder müssen das iPad lieben?», antwortete das Technikgenie: «Sie haben noch nie eines benützt. Wir limitieren ihren Gebrauch von technischen Geräten zu

Hause.» Das tönt wie ein Metzger, der die eigenen Würste verschmährt. Diese Haltung ist in diesen Kreisen offenbar weit verbreitet: Glaubt man US-Medienberichten, so schicken die Silicon-Valley-Internetfreaks ihre Kinder besonders häufig auf Waldorfschulen – Schulen, die ganz auf Elektronik verzichten und im Sinne von Rudolf Steiner auf das reale Körpererleben und das Zwischenmenschliche setzen.

Leider hat der *New York Times*-Reporter nicht nachgefragt, wie Steve Jobs es schaffte, die Kinder von den Geräten fernzuhalten. Denn genau da geraten viele wohlmeinende Eltern in eine Zwickmühle. Hält man sich an das Pestalozzi zugeschriebene Leitmotiv, «Erziehung ist Vor-

bild und Liebe – sonst nichts», scheitern fast alle, die grossmülig Abstinenz fordern. Wie kann ich von meinen Kindern verlangen, sich von elektronischen Geräten fernzuhalten, wenn ich selbst ständig aufs Handy starre? Auch ich zähle mich zu den Handysüchtigen. Auch ich gehöre zu jenen, die sich um den Schlaf bringen, weil sie nach jeder Folge einer Netflix-Serie noch eine schauen wollen – «Nur noch eine» –, bis es draussen wieder hell wird. Die Töchter sind nicht viel anders als der Vater.

Anti-Quengel-Maschine

Überhaupt tragen die Eltern viel zur Misere bei. Denn die Sogwirkung des Tablets auf die Kinder ist nicht immer ein Ärgernis, manchmal kommt sie ganz gelegen. Vor allem, wenn es darum geht, die Kinder ruhigzustellen. Will man etwas Zeit für sich, gibt man ihnen das iPad. Will man im Restaurant ungestört essen – gibt man ihnen das iPad. Hat man die Quengelei im Auto satt – gibt man ihnen das iPad. Dass diese verlockende Lösung nicht ideal ist, merkt jede Mutter, jeder Vater intuitiv. Der

Es ist eine ganze Industrie entstanden, die vom Digitalkrieg in den Familien gut lebt.

bekannte US-Psychologe Jim Taylor bestätigt: «Kinder lernen in einem solchen Fall: Wenn sie quengelig sind, werden sie unterhalten.»

Hilfreich ist das Tablet auch als Druckmittel im Stil von: «Wenn du zuerst Klavier übst, dann darfst du nachher ans iPad.» Ob dies die pädagogisch elegante Lösung ist, sei dahingestellt – aber sie funktioniert. Zumindest bei uns. Doch auch eine solche Erziehungsmethode birgt Konfliktpotenzial: gegenüber der Frau, wenn sie damit nicht einverstanden ist.

Mittlerweile ist eine ganze Industrie entstanden, die vom Digitalkrieg in den Familien gut lebt: Es gibt unzählige Anbieter von Kindersicherungen, angeblich pädagogisch wertvollen Programmen oder Überwachungs-Apps. Doch diese Beruhigungsmittel für Eltern sind ein reines Placebo. Die Kinder wissen besser als die Erwachsenen, wie die Geräte funktionieren, und wohl auch, wie der Kinderschutz zu umgehen ist. In diesem Bereich sind ihre Kreativität und ihr Einfallsreichtum grenzenlos. Auch die Internetverbindung zu kappen, bringt nichts, sie zapfen einfach das WLAN der Nachbarn an.

Der Krieg bringt also durchaus auch Positives hervor. Ihn beizulegen, ist ohnehin nicht möglich, damit habe ich mich abgefunden. Mittlerweile bin ich schon froh, wenn er nicht noch weiter eskaliert. Bei zwei Mädchen im entsprechenden Alter ist das bereits ein Erfolg. Und am Ende kann ich mich immer damit beruhigen, dass auch ich nicht vollkommen schief herausgekommen bin – trotz «Schulmädchen-Report» und Computer-Sex-Spielchen. ○



Personenkontrolle

Pfister, Feri, Bally Frehner, Roth, Will, Plasberg, Hermann, Hildebrand, Meier, Pfeuti, Schläpfer, Meier, Fehr, Trump, Thiel, Rüegegger

Tag und Nacht rackert sich **Gerhard Pfister** für seine Partei ab. Am letzten Wochenende heimste der CVP-Präsident von den Delegierten Applaus ein, weil er imperativ mehr Ecken und Kanten einforderte. Das CVP-Profil müsse geschärft werden, Unentschlossenheit bringe gar nichts. Ist der Funke übergesprungen? Die Aargauer CVP hatte sich vor dem Mutmacher-Appell ihres nationalen Präsidenten nicht zu einer Entscheidung durchringen können, wen sie im zweiten Wahlgang um den letzten Regierungssitz unterstützen will. Nach Pfisters Ecken-und-Kanten-Befehlsausgabe gingen die Aargauer Christdemokraten am Montag nochmals in sich. Was ist herausgekommen? Die CVP Aargau unterstützt nicht die Sozialdemokratin **Yvonne Feri**, auch nicht die BDP-Frau **Maya Bally Frehner**, aber auch nicht die SVP-Kandidatin **Franziska Roth**. Was beschliessen Unentschlossene, wenn die Situation verzwick ist? Stimmfreigabe. (rz)

Lange haben sie gesucht, die deutschen Talkshowmaster von **Anne Will** bis **Frank Plasberg**, doch endlich haben sie einen handzahmen Schweizer gefunden, der das Land in diesen Sendungen vertreten kann. In Plasbergs «Hart, aber fair» trat erstmals der «Polit-Geograf» **Michael Hermann** auf – und erfüllte die kühnsten Hoffnungen der Programmierer. In der Sendung ging es um Volksentscheide und andere Formen direkter Demokratie, und Hermann warnte die deutschen Zuschauer eindringlich vor diesem Teufelszeug. Beispielsweise liessen sich in der Schweiz kaum Reformen durchsetzen, klagte er, weil das konservative Volk diese dummerweise verhindere. Direkte Demokratie nutze nur Populisten – «der AFD, der Linken und der CSU». (ky)

Der ehemalige Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), **Philipp Hildebrand**, 53, ist seit einigen Jahren für den weltgrössten Vermögensverwalter Blackrock im Rang eines *Vice Chairman* tätig. Kurz vor seinem unrühmlichen Abgang wegen Devisen-Eigengeschäften hatte er seinerzeit betont: «Ich bin mir keiner rechtlichen Verfehlung bewusst.» Trotzdem musste er den



Stimme für Trump: Unternehmer Thiel.



Polit-Comeback? Schwingerkönig Schläpfer.



«Wiedergutmachung»: SP-Politikerin Fehr.



Am Tatort: Blackrock-Mann Hildebrand.



Warnungen: Polit-Geograf Hermann.

Posten von einem Tag auf den anderen räumen. Nun ist Hildebrand an seinen früheren Tatort in Bern zurückgekehrt. Wenigstens für einen Tag. Philipp Hildebrand sei im Rahmen des jährlich stattfindenden «rencontre amicale» (freundschaftlichen Treffens) zwischen dem jetzigen Direktorium und den früheren Direktoriumsmitgliedern zu Besuch bei der SNB gewesen, sagt SNB-Mediensprecher **Walter Meier**. Inwieweit er dabei wertvolle Anregungen für seine Investitionsentscheidungen mitnehmen konnte, ist nicht bekannt. (hmo)

Wenn Prominente über Politik nachdenken, könnte es einem mitunter schwindlig werden. Der rockende Büezer **Marco Pfeuti** alias Gölä zog unlängst auf allen Kanälen gegen die Büezerpartei SP vom Leder. Noch mehr Verwirrung stiftet zurzeit der gewesene Schwingerkönig **Ernst Schläpfer**. Er straft all jene Lügen, die glauben, ein Kranzschwinger sei genetisch mit der SVP verbandelt. Der stämmige Appenzeller sass im Kantonsrat von Schaffhausen – für die SP. 2004 wollte er

gleichenerorts Regierungsrat werden, doch die Genossen legten ihn auf den Rücken. Jetzt erwägt Schläpfer erneut eine Regierungsratskandidatur – in Appenzell Ausserrhoden. Und dies, obschon der seit langem in Schaffhausen domizilierte Titan des Schwingsports der lokalen Presse verriet, er wisse gar nicht, was zurzeit politisch laufe in Ausserrhoden. Und wie läuft es in der SP? Er habe seiner Partei den Rücken gekehrt, weil «die Sozis nicht besser sind als andere Parteien». Ob sich da ein Böser selber plattlegt? (rz)

Die Historikerin **Marietta Meier** hat vom Regierungsrat des Kantons Thurgau den Auftrag bekommen, in einem mehrjährigen Forschungsprojekt Medikamentenversuche in der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen aus vergangenen Jahrzehnten zu erforschen. Obwohl noch nicht einmal die Quellen zur Gänze inventarisiert sind und die Forschung bis 2019 dauern soll, preschte Meier am Montag im *Tages-Anzeiger* vor und präsentierte «neue erschreckende Zahlen». In ihrem Projekt geht es auch darum, ethische Fragen

zu klären. Wie sich das Vorpreschen nach ein paar ersten Eindrücken damit verträgt, verriet die Historikerin dem *Tages-Anzeiger* nicht. Dafür liess sich am gleichen Tag die Zürcher Regierungsrätin **Jacqueline Fehr** (SP) zum Thema vernehmen: «Wohl nicht nur in Münsterlingen – Wiedergutmachung». (fsc)

Es gibt viele Orte, an denen man seine allfällige Präferenz für **Donald Trump** besser nicht laut ausspricht. Dass aber ausgerechnet Silicon Valley, vermeintliche Heimat der Frei- und Querdenker sowie der kreativen Zerstörer, auch zu ihnen gehört, überrascht doch. Aber so ist es: Paypal-Mitgründer **Peter Thiel** kann sich auf keiner Party mehr sehen lassen, seit er im Sommer auf Trumps Nominierungsparteitag gesprochen hat. Der Hass, der ihm entgegenschlägt, ist mit Händen zu greifen.

Nun hat er seine Wahl nochmals bekräftigt. Im Washingtoner National Press Club erklärte Thiel, er stimme zwar nicht mit dem überein, was Trump über Frauen gesagt habe. Doch «in den grossen Dingen liegt er richtig». Die Schulden der öffentlichen Hand liefen aus dem Ruder, und das Land könne es sich nicht leisten, fünf Kriege aufs Mal zu führen. Thiel ist immer wieder mit politischen Aussagen angeeckt, die weit radikaler sind als seine Unterstützung für Trump. So plante er Paypal als Konkurrenz für das staatliche Währungsmonopol und sah in Facebook eine Möglichkeit für die Menschen, sich abseits von Nationalstaaten zu gruppieren. Seine Philosophie gilt als liberal bis libertär. (fsc)

Die ganze Schweiz fürchtet sich vor Horror-Clowns. Halloween ist deshalb nicht mehr nur ein süss-saurer Freudentag für unsere Jugend,

Nachruf



Identifikations-Mastermind: Manfred Krug.

Manfred Krug (1937–2016) — Im westdeutschen Kulturraum werden Entertainer, denen es kraft ihrer Präsenz gelingt, alle sozialen Schichten zu begeistern, auf seltsame Weise von der mächtigsten Lokomotive der Gefühle, dem Kino, ignoriert. Vielleicht, weil sie zu gross sind und zu lange Schatten werfen. Manfred Krug war einer der letzten ganz Grossen, denen dieses Schicksal widerfuhr. Allerdings nicht so in der DDR, wo er sehr schnell

zum Kino-Idol avancierte, vor allem mit dem furiosen Film «Spur der Steine» (1966), in dem er einen furchtlosen Zimmermann spielte, der die Planwirtschaftsfunktionäre vorführte. Der Film wurde verboten. Es war weniger die Kritik am System, sondern mehr Manfred Krug, diese durch und durch authentische Figur, die aussprach, was die Mehrheit empfand. Dieser Identifikations-Mastermind war gefährlich – nicht nur auf der Leinwand, auch in TV-Shows als Sänger und herrlich polternder Unterhalter. 1976 protestierte er gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann und wurde mit einem Teilberufsverbot belegt. Als er den Ausreisearbeit stellte, war man froh. Nun wurde er in der BRD ein Star, aber eben nur im Fernsehen. Mit Serien wie «Auf Achse», «Liebling Kreuzberg» und natürlich als «Tatort»-Kommissar, wo er gelegentlich auch sang. Krug wurde mit seiner Immer-locker-vom-Hocker-Haltung so populär, dass der Telekom-Konzern ihn zur Werbefigur machte. Der Mann war ein Glaubwürdigkeits-Athlet, in Duisburg geboren, in Leipzig und Brandenburg aufgewachsen, Abitur in der Abendschule und danach Schauspielerschule. Am Ende hatte er noch eine Jazz-CD geplant. *Wolfram Knorr*

sondern auch ein Grosskampftag für unsere Polizeikorps. Besonders alert war man im Kanton Schwyz. SVP-Regierungsrat und Sicherheitsdirektor **André Rüeegsegger** schickte zusätzliche Patrouillen auf die Piste. Tags darauf rapportierte die Kantonspolizei, die Halloween-Spezialeinheiten hätten in

Schübelbach bei fünf Jugendlichen vier Eierschachteln sichergestellt. Von insgesamt drei Dutzend Eiern hätten zwei gefehlt. Diese seien wohl als Wurfgeschosse missbraucht worden, mutmasst die Polizei. Noch Schlimmeres habe der Halloween-Horror glücklicherweise nicht verursacht. (rz)



Das Beste des Schweizer Journalismus.



Preissumme: CHF 138'000.–

Preisverleihung:
Mittwoch, 26.4.2017

Der Schweizer Preis für Journalismus richtet sich an Medienschaffende aus allen vier Sprachregionen.
Swiss Press Photo – Der Schweizer Preis für Pressefotografie richtet sich an freie und festangestellte Fotografen.

Bewertet werden zwischen dem 1.1. und dem 31.12.2016 veröffentlichte Beiträge in Print, Online, Radio und Video mit lokalem, nationalen und internationalen Inhalt und Pressefotografien (Einzelbilder oder Bilderserien in den Kategorien: Aktualität, Alltag, Schweizer Reportagen, Porträt, Sport und Ausland.

Einsendeschluss: 6.1.2017

Reglement & Informationen:
www.swisspressaward.ch



Facebook: Swiss Press Award
Twitter: @SwissPressAward

Kopfüber ins Milliardenloch

Von Alex Baur — Ein überhasteter Atomausstieg käme nicht nur den Steuerzahler teuer zu stehen. Müssen 40 Prozent des Stroms importiert werden, leidet auch die Volkswirtschaft. Bei einem Versorgungsengpass droht gar ein wirtschaftlicher Super-GAU.

Am vergangenen Wochenende brach Axpo-Chef Andrew Walo ein Tabu: In einem Interview mit der *NZZ am Sonntag* sprach er erstmals offen über den Schadenersatz, den der Stromriese dem Bund bei einer Annahme der Atomausstiegs-Initiative in Rechnung stellen würde. Die Rede ist von 4,1 Milliarden Franken für die vorzeitige Verschrottung der tadellos funktionierenden Anlagen. Der Konkurrent Alpiq schob umgehend seine Forderung von rund 2,5 Milliarden Franken nach. Endlich wird nicht nur über abstrakte Restrisiken geredet, sondern konkret auch über Geld.

Die Initianten reagierten mit Hohn. Regula Rytz (Grüne) witterte ein letztes Verzweiflungsmanöver der Atomkraftbefürworter. «Lächerlich», doppelte Ausstiegs-Turbo Roger Nordmann (SP) nach. Die Kernkraftwerke, so der Tenor aus dem rot-grünen Lager, seien in Anbetracht der aktuellen Strompreise ohnehin nur noch eine Hypothek. Wollte man dieser Logik folgen, könnte man allerdings die Wasserkraftwerke gleich mit einmotten. Doch diese Argumentation ist extrem kurzfristig.

Tatsächlich lässt sich bei einem Grosshandelspreis von zurzeit 3 bis 4 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) höchstens noch mit einem Kohlekraftwerk Geld verdienen. Der Grund dafür liegt in erster Linie bei den massiven Subventionen für deutschen Ökostrom, welche die Preise in den Keller sausen liessen. Die Frage ist, wie lange das noch so bleiben wird. Bis zur Finanzkrise von 2008 waren die Schweizer Kern- und Wasserkraftwerke bei Marktpreisen von 12 bis 15 Rappen pro kWh immerhin während Jahrzehnten veritable Goldesel.

Eine Art Seiltanz ohne Netz

Ein Ende der Stromschwemme ist absehbar. Fünf der acht verbleibenden deutschen Kernkraftwerke befinden sich im Süden des Landes. Und diese sollen bis 2022 abgestellt werden, so man den Versprechungen – aus Schweizer Sicht wohl eher Drohungen – der deutschen Regierung glauben will. Im gleichen Zeitraum wollen die Franzosen dem Kernkraftwerk Fessenheim im Elsass den Stecker ziehen. Die Lieferverträge mit Frankreich laufen ohnehin aus. Leitungen, die den Süden mit Kohle- und Windstrom aus Norddeutschland versorgen sollen, sind zwar geplant, aber weit von der Realisierung entfernt. Das Versorgungsloch am Alpenrand ist damit absehbar.

Bei einer Annahme der grünen Radikalvorlage, über die am 27. November abgestimmt wird, müssten bereits nächstes Jahr drei der fünf Schweizer Kernkraftwerke vom Netz genommen werden. 15 Prozent der nationalen Stromversorgung würden mit einem Schlag ersatzlos wegfallen. Gösgen dürfte bis 2024 produzieren, Leibstadt noch fünf Jahre länger. Rund 40 Prozent der nationalen Produktion würden damit, unbeschene der Nachfrage, per Verfassungsauftrag unwiderruflich vernichtet. Der Kahlschlag bei der Schweizer Stromproduktion würde das Angebot in der Region zusätzlich verknappen und verteuern.

Die Stromversorgung ist ein komplexes Gefüge mit vielen Faktoren, die wechselseitig aufeinander einwirken. Wer an diesem funktionierenden System herumschraubt, nimmt unkalkulierbare Kettenreaktionen in Kauf. Der sofortige und damit ungeordnete Atom-

Strom ist für die Wirtschaft so wichtig wie der Sauerstoff für das menschliche Leben.

ausstieg wäre ein Experiment mit vielen Unbekannten, eine Art Seiltanz ohne Netz. Denn Strom ist für die Wirtschaft so wichtig wie der Sauerstoff für das menschliche Leben.

Auf die politischen Versprechen ist in diesem Bereich kein Verlass. Die Erfahrungen aus Deutschland sollten eine Warnung sein. «Das wird den Konsumenten nicht mehr als eine Kugel Eis pro Monat kosten», versprach der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne), als er 2003 die Energiewende proklamierte. Ein Jahrzehnt später schreckte Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) die Bundesrepublik mit der Horrorbotschaft auf, das grüne Experiment werde bis in die 2030er Jahre rund eine Billion Euro verschlingen. Das Institut für Wettbewerbsökonomie der Universität Düsseldorf hat die Zahl kürzlich nach oben korrigiert. Allein bis 2025 soll eine durchschnittliche deutsche Familie rund 25 000 Euro für die Energiewende hinblättern.

Bis heute hat Deutschland bereits 520 Milliarden Euro ins grüne Experiment gebuttert. Das Land wurde überzogen mit Windmühlen und Solarpanels, am CO₂-Ausstoss hat sich so gut wie nichts geändert. Denn man hatte in der Euphorie die Witterung vergessen: Der



Zuverlässig, günstig und praktisch CO₂-frei:

Wind bläst, wann er will, aber leider selten, wann er sollte, und die meiste Zeit überhaupt nicht. Um die Sonne steht es nicht besser. Weil sich Strom nur in kleinen Mengen und mit grossen Verlusten speichern lässt, überbrückt man die Kapriolen des Wetters mit Gas- oder Kohlekraftwerken. Dabei liefern die verbliebenen deutschen Atomkraftwerke immer noch rund 10 Prozent des deutschen Stroms.

2012 veranschlagte Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) die Kosten des Atomausstiegs auf 30 Milliarden Franken. Die Zahl geistert seither durchs Land, wobei nicht klar ist, was alles inbegriffen sein soll. Wie Jens Lundsgaard-Hansen in seinem lesenswerten Buch «Energiestrategie 2050 – das Eis ist dünn» (NZZ-Verlag) vorrechnet, könnten es, je nach Szenarium, auch 190 bis 201 Milliarden Franken sein. Nicht mit eingerechnet sind Folge-



AKW Beznau in Döttingen AG.

kosten wie der Netzausbau für Stromimporte oder die CO₂-Abgabe für Gaskraftwerke. Ein Thema für sich sind die volkswirtschaftlichen Folgen von Engpässen. Dabei ging Leuthard von einem langfristigen Umbau der Stromversorgung aus. Der unter dem Eindruck von Fukushima durch die Initiative geforderte Panikausstieg würde die Konsumenten einige teurer zu stehen kommen.

1 — Entschädigung für Elektrizitätswerke:

Die politisch begründete Verschrottung der tadellos funktionierenden Schweizer Kernkraftwerke würde zweifellos gegen Treu und Glauben verstossen und käme, rechtlich gesehen, einer Enteignung gleich. Zur Erinnerung: Allein für die Planung des bewilligten, politisch aber verhinderten AKW Kaiseraugst zahlte der Bund eine Entschädigung von 350 Millionen

Franken; beim Projekt Graben waren es 227 Millionen. Der Wert der ständig nachgerüsteten fünf Schweizer Kernkraftwerke müsste aufgrund der entgangenen Erträge im langjährigen Schnitt errechnet werden, und er geht auf jeden Fall in die Milliarden. Wenn man die Entschädigung aus politischen Überlegungen tief hält, hätte die Allgemeinheit das Nachsehen. Denn die AKW gehören zum grössten Teil den Kantonen und Gemeinden.

2 — Rückbau und Entsorgung: An sich müssen die Betreiber die auf gut 20 Milliarden Franken geschätzten Kosten für die Einmottung der Kernkraftwerke und die Lagerung der Abfälle selber berappen. Mehr als die Hälfte des Betrages haben sie bereits in einen dafür eingerichteten Fonds einbezahlt. Bei einem vorzeitigen Atomausstieg müsste der Bund die nicht ge-

deckten Kosten übernehmen. Denn das Problem der Entsorgung muss so oder so gelöst werden. Ein Teil der strahlenden Abfälle stammt aus Medizin und Forschung, dieser würde auch bei einem Atomausstieg weiter anfallen.

3 — Stromimporte: Da ein Ersatz im Land nicht in Sicht ist, müssten 40 Prozent der Stromproduktion ins Ausland verlegt werden. Die Höhe des volkswirtschaftlichen Schadens hängt auch hier vom Strompreis ab. Zurzeit produzieren Schweizer AKW jährlich Elektrizität im Wert von rund einer Milliarde Franken. Da der Uran-Brennstoff lediglich 5 Prozent der Gestehungskosten ausmacht, fällt der grösste Teil der Wertschöpfung im Land an. Ob man die Energie nun in Form von Gas oder Elektrizität importiert, spielt keine grosse Rolle – der grösste Teil der Wertschöpfung würde ins Ausland transferiert. Ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor sind die CO₂-Abgaben, die bei der Kernenergie kein Thema sind.

Das sind aber bloss die unmittelbaren Folgekosten eines überstürzten Atomausstiegs. Das grössere volkswirtschaftliche Schadenspotenzial liegt bei der Versorgungssicherheit. Eine Studie des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (Babs) stuft 2015 einen saisonalen Strommangel als wahrscheinlichstes Katastrophenszenario für die Schweiz ein. Eine Unterversorgung von 30 Prozent während der Wintermonate würde einen Schaden von weit über 100 Milliarden Franken verursachen. Zu einem ähnlichen Schluss kommt eine Studie des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE): Schon ein eintägiger landesweiter Blackout würde die Wirtschaft 2 bis 4 Milliarden Franken kosten.

Die Babs-Studie hat 33 Bedrohungsszenarien untersucht, darunter auch eine radioaktive Verstrahlung als Folge eines Nuklearunfalls. Der von grünen Fanatikern beschworene nukleare GAU ist gemäss den Experten des Bundes aber 16 000-mal weniger wahrscheinlich als ein andauernder Strommangel. Die wirtschaftlichen Folgen wären etwa gleich gravierend. Beim saisonalen Strommangel handelt es sich nicht um ein theoretisches Restrisiko, sondern um ein ziemlich realistisches Szenarium.

Aus statistischer Sicht tritt ein anhaltender Strommangel einmal in dreissig bis hundert Jahren ein. Im strengen Winter 2005/2006 beispielsweise musste die Schweiz, nicht zuletzt wegen des tiefen Wasserstandes, rund 22 Prozent ihres Strombedarfs importieren – und das, obwohl alle Kernkraftwerke auf Vollast liefen und über die Hälfte des Strombedarfs deckten. Hätte man die AKW schon damals verschrottet, wäre der Elektrizitäts-GAU wohl unumgänglich gewesen. Zum Glück war die Versorgungslage in den Nachbarländern besser, sie konnten den Schweizern aushelfen. Doch wenn es hart auf hart geht – darüber sollte man sich wohl

keine Illusionen machen –, ist jedes Land sich selber am nächsten.

Nach den Vorstellungen der Initianten soll die Kernkraft sukzessive durch die sogenannte «neuen erneuerbaren Energien» (NEE) wie Sonne, Wind und Biotreibstoffe ersetzt werden. Doch just damit geraten sie in unlösbare Konflikte mit der Natur und ihren Gesetzen (siehe Seite 22). Zum einen ist der Verschleiss an Ressourcen – Rohstoffe für den Bau und Unterhalt der Anlagen, Beeinträchtigung der Landschaft – enorm, wenn man ihn am kläglichen Ertrag misst. Die Schweiz liegt zudem klimatisch denkbar schlecht für die NEE. Trotz Subventionen in Milliardenhöhe lieferten Sonne und Wind 2015 bloss 1,93 Prozent unseres Stroms. Nicht einmal die grün inspirierte Energiestrategie 2050 des Bundesrates zieht diese Stromquellen als Ersatz für die Kernenergie ernsthaft in Betracht.

Doch selbst wenn man nach deutschem Vorbild ganze Landstriche mit Wind- und Solaranlagen überziehen würde, wären Kohle-, Öl- oder Gaskraftwerke als Back-up unerlässlich. Denn just im Winter, wenn er am meisten gebraucht würde, liefert die Sonne kaum Strom. Nicht minder unberechenbar ist der Wind, der sich nicht einmal nach den Tageszeiten richtet und hierzulande oft wochenlang ausbleibt.

In Deutschland hat der Kohlestrom, der zum Ausgleich des unsteten Öko-Lieferanten ständig im Stand-by-Modus produziert wird, zu einem Überangebot geführt. Und ausgerechnet wenn die nicht steuerbaren Solar- oder Windanlagen am meisten liefern, steigt genannte Überproduktion, und die Preise rasseln folglich erst recht in den Keller. Damit wird der teure Öko-Strom im real existierenden Markt praktisch wertlos. Die Folgen sind grotesk: Während der Strom für den Konsumenten wegen der steigenden Öko-Subventionen ständig teurer wird, krachen die Preise im grenzüberschreitenden Handel zusammen.

Spekulanten mögen sich die Hände reiben, die Natur hat damit überhaupt nichts gewonnen. Gemäss Professor Jan Horst Keppler, Senior Advisor bei der OECD, ist das deutsche Modell nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch unsinnig. Die fossilen Kraftwerke, welche die Schwankungen des NEE-Flutterstroms auffangen müssen, laufen selten auf einer optimalen Brennstufe. Gemäss Kepplers Berechnungen führt ein Anteil von 10 Prozent an Wind- und Solarenergie zu einem Effizienzverlust von 30 bis 50 Prozent bei den trägen fossilen Kraftwerken. Er plädiert deshalb dafür, die praktisch CO₂-freie Atomenergie den Erneuerbaren mindestens gleichzustellen.

Bleibt also noch das Sparen, das der Bundesrat einträchtig mit der rot-grünen Lehre seit Jahrzehnten predigt. Doch der Stromverbrauch ist in den letzten zwanzig Jahren allen Appellen zum Trotz um 19,6 Prozent gestiegen. Am meisten zugelegt haben die Bereiche Verkehr (+21,5 Prozent), Dienstleistungen (+25,4 Pro-



Genial einfach: Staumauer Muttssee des Pumpspeicherwerks Limmern in Linthtal GL.

zent) und Haushalte (+22, Prozent). Das Einzughalten der Computer und der Ausbau des Schienenverkehrs dürften die Hauptursache sein. Gestiegen ist auch der Anteil des Stroms am gesamten Energiemix, von 18 Prozent (1980) auf 25 Prozent (2015). Der geförderte Einsatz von Wärmepumpen wird die Nachfrage weiter steigen lassen. Aus ökologischer Sicht ist daran

Die Produktion ist international bestens vernetzt; im Notfall aber ist Selbstversorgung garantiert.

nichts auszusetzen, sofern der Strom nicht mit fossilen Brennstoffen hergestellt wird, die anderswo eingespart worden sind.

Am billigsten, so lautet das eingängige grüne Mantra, sei immer noch die Energie, die nicht gebraucht werde. Die Elektrizität soll demnach teurer werden, damit weniger verschwendet wird. Das mag auf den ersten Blick einleuchten, volkswirtschaftlich geht diese Gleichung aber nicht auf. Die Ölkrise illustriert dies deutlich: Die Verteuerung des Brennstoffs in den siebziger Jahren führte direkt in die Rezession. Als die Wirtschaft wieder anzog, stieg auch der Energiebedarf wieder.

Mag sein, dass die Konsumenten eher eine Sparlampe oder einen effizienten Fernseher kaufen, wenn der Strom teurer wird. Bis sie auf die Waschmaschine oder den Kühlschrank verzichten, müssten die Preise prohibitiv hoch werden. Rund 60 Prozent des Stroms fließen ohnehin in die Wirtschaft. Doch die Unternehmer haben schon immer hart und emotionslos gerechnet. Sparmassnahmen, die sich finanziell rechnen, werden auch im eigenen Interesse umgesetzt. Wird die Energie aber teurer, ist dies in

erster Linie ein Standortnachteil. Deshalb werden in der Schweiz wie in Deutschland Grossbetriebe von den Öko-Abgaben verschont. Die Kleinverbraucher tragen damit die gesamte Milliardenlast.

Professor Peter Egger von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich warnt vor übertriebenen Hoffnungen in Lenkungsabgaben. Entscheidend sei das internationale Umfeld. Wie Egger 2013 an einer Tagung des Nuklearforums Schweiz vorrechnete, könnte die vom Bundesrat geplante Energiewende zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes zwischen 15 und 24 Prozent führen. Wenn die Schweiz und Deutschland die Energie im Alleingang verknappen und verteuern, wird die Wirtschaft ausweichen und sich günstigere Geschäfts- und Produktionsstandorte suchen.

Wundersystem mit Haken

Der Strommarkt folgt seinen eigenen Gesetzen. Bei den Konsumenten funktioniert das Prinzip von Angebot und Nachfrage nicht: Sie fragen nicht nach dem Tagespreis, bevor sie eine Lampe anknipsen. Im Grosshandel spielte der Markt leidlich, bis die hochsubventionierte Windkraft- und Solarstromproduktion das System aus den Angeln hob. Die deutschen Dumpingpreise machen langfristige Investitionen unrentabel. Wie selbst der Wende-freundliche *Tages-Anzeiger* kürzlich berichtete, haben sich die kritischen Versorgungslagen in Deutschland in den letzten fünf Jahren verzehnfacht.

Energiewender hoffen deshalb auf das sogenannte Smart Grid: ein computergesteuertes Verteilnetz, das die Nachfrage dem flatterhaften Angebot von Wind und Sonne anpassen soll. Als Beispiel nennen sie gerne das Elektroauto, das sich automatisch auflädt, wenn gerade

genug Strom da ist, und denselben abgibt, wenn Mangel herrscht. Das auf dem Papier überzeugende Wundersystem hat bloss einen Haken, allerdings einen kapitalen: Das Auto steht nur dann mit voller Batterie zur Verfügung, wenn gerade genug Strom da ist. Herrscht Mangel, muss man zu Fuss gehen.

Der grösste Vorteil der Elektrizität – nämlich die unbeschränkte und unmittelbare Verfügbarkeit zu jeder beliebigen Zeit – geht bei diesem planwirtschaftlichen System verloren. Das Smart Grid ist damit auch für die Grossverbraucher in der Regel ungeeignet. Eine Maschine so zu steuern, dass sie nur bei einem tiefen Strompreis anspringt, ist zwar keine Hexerei. Das bedeutet aber auch, dass sie nutzlos herumsteht, wenn die Witterung gerade nicht mitspielt. Wirtschaftlich betrachtet, bedeuten mangelnde Verfügbarkeit und unproduktive Zeiten einen finanziellen Verlust.

Fraglich ist auch, ob Lenkungsabgaben politisch überhaupt durchsetzbar sind. Langzeitstudien von Professor Michael Siegrist (ETH Zürich) haben gezeigt, dass Umwelthanliegen bei der Bevölkerung zwar beliebt sind; doch sobald es ums Geld geht, sinkt die Zustimmung rapide. Erst kürzlich wurde die Initiative für eine «grüne Wirtschaft» mit 63,6 Prozent Nein-Stimmen abgeschmettert. Der grünliberalen Ökosteuer erteilten gar 91,96 Prozent des Souveräns eine dröhnende Abfuhr. Auch der Atomausstieg wurde vom Schweizer Stimmvolk schon mehrmals verworfen, letztmals 2003 mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 63,3 Prozent. Doch ein Nein des Volkes bedeutet offenbar auch in der Schweizer Politik noch lange kein Nein.

Im sogenannten Trilemma-Index des World Energy Council, der die Energieversorgung der Länder nach ihrer Nachhaltigkeit, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit bewertet, steht die Schweiz seit Jahren permanent an der Spitze. Der praktisch CO₂-freie Strom-Mix aus 40 Prozent Atom- und 60 Prozent Wasserkraft ist nicht nur umweltfreundlich und preisgünstig. Er sorgt vor allem auch für eine hohe Netzstabilität. Die Kernkraftwerke sichern eine solide Grundversorgung mit sogenannter Bandenergie, die flexiblen Wasserturbinen gleichen mit sogenannter Regelernergie die Schwankungen bei der Nachfrage aus. Die Produktion ist international bestens vernetzt; im Notfall aber ist Selbstversorgung garantiert.

Die zuverlässige und günstige Elektrizität hat zweifellos entscheidend zum Aufblühen der Schweizer Wirtschaft beigetragen. Viele beneiden uns um dieses genial einfache System, das über das letzte Jahrhundert hinweg sukzessive ausgebaut und optimiert wurde. Um es zu demolieren, reicht ein Abstimmungswochenende. Für den Ersatz des bewährten Atom-Wasser-Mixes gibt es wohl hochfliegende Pläne. Ob diese auch umsetzbar sind, weiss kein Mensch. Klar ist nur eines: Es würde teuer, sehr teuer. ○

Atomausstieg

Deutschlands Alleingang

Von Alex Baur — Weltweit ist die Kernkraft trotz Fukushima nach wie vor auf dem Vormarsch. Die technische Entwicklung steht erst am Anfang, das Potenzial ist gigantisch.



Zukunftsmusik: AKW in Guanghan, China.

Niemand produziert so viele Solarzellen wie die Chinesen, allerdings fast nur für den Export. Ihr Anteil am Weltmarkt wird auf 80 Prozent geschätzt. Für die eigene Stromversorgung setzt China voll auf Kernenergie. 42 neue Atomreaktoren befinden sich dort zurzeit in Planung, 24 davon standen Ende letzten Jahres im Bau. Ähnlich sieht es in Russland (25 geplant, 8 im Bau), Indien (20 geplant, 6 im Bau) oder Südkorea (6 geplant, 4 im Bau) aus. In den USA werden zurzeit 5 neue Atomreaktoren aus dem Boden gestampft.

Die Liste der Länder, die trotz Fukushima weiter Kernkraftwerke bauen, ist lang und vielfältig. Sie reicht von Argentinien und Brasilien über Frankreich und Grossbritannien bis Pakistan und Tschechien. Vor allem aufstrebende Schwellenländer, aber auch die Ölscheichs im Mittleren Osten setzen auf Atomstrom. Zwar gibt es eine Reihe von Ländern, die gar nie eingestiegen sind, etwa Australien oder Österreich. Andere, etwa Belgien und Spanien, lavieren seit Jahren an einem Ausstieg herum. Mit der politisch motivierten Einmottung funktionstüchtiger Anlagen steht Deutschland allerdings ziemlich einsam da. Ob die Schweiz in diesem Fahrwasser schwimmen will, wird sich am 27. November zeigen.

Die meisten Kernkraftwerke wurden in den achtziger Jahren gebaut. Nach 1995 flachte der

Zuwachs markant ab. Da etliche Reaktoren der ersten und zweiten Generation durch grössere ersetzt wurden, nahm auch die nukleare Produktion stetig zu, sie deckt heute weltweit rund 12 Prozent des Strombedarfs. Dahinter stehen nicht nur wirtschaftliche und strategische (Versorgungssicherheit) Überlegungen, sondern auch ökologische. Sollte eine weltweite Einigung zur Reduktion der CO₂-Emissionen zustande kommen, ist die Kernenergie neben dem Wasser mit grossem Abstand die effizienteste und preisgünstigste Option.

Erfindungen lassen sich nicht wegdenken
Reaktoren der neusten Generation sind nach einem passiven Sicherheitskonzept ausgelegt, das eine Kernschmelze praktisch ausschliesst. Doch die Entwicklung steht erst an ihrem Anfang. Da die theoretischen Grundlagen gut erforscht sind, lässt sich das Potenzial ziemlich zuverlässig abschätzen. Es ist gewaltig. Die Palette reicht vom kleinen, inhärent sicheren Kugelhaufenreaktor, der auch in Ballungsgebieten oder etwa in der Schifffahrt eingesetzt werden könnte, bis hin zur Brütertechnologie. Diese – in der Fachwelt spricht man von Reaktoren der vierten Generation – würde das Entsorgungsproblem massiv entschärfen.

Und das ist keineswegs Zukunftsmusik. Im französischen Kernkraftwerk Creys-Malville wurde die Technologie bereits erprobt. Vor wenigen Monaten ging im russischen Belojarsk der schnelle Brüter BN-800 ans Netz, der nicht nur lang strahlende Abfälle in Strom verwandeln kann, sondern auch ausgemusterte Atomwaffen. Ähnliche Vorteile bietet der Ersatz des Brennstoffs Uran durch Thorium.

Der Nachteil: Mit dem Brüter kann im Prinzip auch waffenfähiges Plutonium hergestellt werden. Es ist kaum ein Zufall, dass die Atommacht Russland diese Technologie am intensivsten vorantreibt. Allerdings baute auch das friedliebende Deutschland während der achtziger Jahre in Kalkar einen schnellen Brüter. Dieser wurde 1991 aus politischen Gründen wieder eingemottet, bevor er richtig lief.

Doch das Rad der Geschichte liess sich damit nicht zurückdrehen. Schon 1961 legte Friedrich Dürrenmatt im Stück «Die Physiker» plastisch dar, warum eine Erfindung, die einmal gemacht worden ist, nicht mehr aus der Welt gedacht werden kann. Wenn die Deutschen nicht mehr im Atombereich weiterforschen, dann tun es halt die Chinesen – und verkaufen ihnen dafür Windräder und Sonnenfänger. ○

Im Schatten der Riesenräder

Von Alex Reichmuth — Im Thurgau soll der grösste Windpark der Schweiz entstehen, mit über 200 Meter hohen Anlagen. Die ansässige Bevölkerung läuft Sturm gegen die Pläne. Um seine Energiewende zu schaffen, will der Bund im ganzen Land mehr als tausend Riesenturbinen aufstellen lassen.



«Discoeffekt»: Visualisierung der Windräder bei Braunau TG.

Der Kühlturm des Atomkraftwerks Gösgen ist 150 Meter hoch. Der Roche-Turm in Basel, das höchste Gebäude der Schweiz, misst 178 Meter. Noch deutlich grösser sind die Bauwerke, die die Westschweizer Energiefirma Ennova im abgelegenen Braunau im Thurgau errichten will. Mehrere über 200 Meter hohe Windkraftanlagen sollen dort bald stehen. Es wäre der Windpark mit den höchsten Anlagen der Schweiz. Von fünf Turbinen ist derzeit die Rede. Im kantonalen Richtplan sind sogar neun Standorte ausgeschieden.

Christian Reisacher, einer der 760 Einwohner von Braunau, blickt mit Sorge in die Landschaft, die von Hügeln, Wäldern und Wiesen geprägt ist. «Ich habe Mühe, mir vorzustellen, dass rund um unser Dorf bald derart grosse Windräder stehen sollen.» Die Gedanken an die Zukunft machen auch Marco Zimmermann zu schaffen, der ebenfalls in Braunau zu

Hause ist: «Wenn das so kommt wie geplant, überlege ich mir, wegzuziehen.»

Seit drei Jahren sind die Pläne für einen Windpark auf dem Boden von Braunau und der Nachbargemeinde Wuppenau bekannt. 2013 informierte Ennova erstmals die Bevölkerung. Diese reagierte kritisch, aber wohlwollend. «Wir waren skeptisch, hielten jedoch die Energiewende für eine gute Sache», so Marco Zimmermann. Beruhigt hatte die Braunaauer damals die Zusicherung von Ennova, die Bevölkerung in jede weitere Etappe einzubinden. «Wenn sie den Windpark nicht akzeptiert, steigen wir aus», versprach die Firma.

Ein Jahr später veröffentlichte der Kanton eine Studie zum Potenzial der Windenergie im Thurgau. «Ein ganz zünftiges Potenzial» sei das, verkündete Regierungsrat Kaspar Schläpfer (FDP) stolz. Bis zu 15 Prozent des Stroms könne der Kanton aus Grosswindanlagen ge-

winnen. Die Studie bezeichnete acht Gebiete als geeignet für Windräder, darunter das Gebiet Braunau/Wuppenau.

«Umzingelung problematisch»

Verfasst hat die Studie das Winterthurer Unternehmen New Energy Scout, das auch Ennova berät. Das Potenzial für Windenergie ist also von Leuten abgeklärt worden, die auch Geld von den potenziellen Investoren bekommen. Dennoch schätzten die Verfasser der Studie die Bedingungen, um in Braunau/Wuppenau Windstrom zu produzieren, ziemlich kritisch ein. Sie bezeichneten die dortigen Windverhältnisse nur als «moderat». Dem Schattenwurf durch die Turbinen massen sie hingegen eine «relativ grosse Bedeutung» zu. Und zum Stichwort Lärm schreiben sie, die «Umzingelung der Ortschaft Braunau» durch die Rotoren sei «problematisch». Als Nabenhöhe der Windturbinen

(Höhe ohne Rotoren) nannte die Studie 91 bis 141 Meter – mit dem Hinweis, dass «aufgrund der Geländebedingungen» in Braunau «eine möglichst grosse Nabhöhe» gewählt werden sollte. Das bedeutet, dass die Windanlagen mit Rotoren über 200 Meter hoch werden können – und nicht nur 150 Meter, wie der Bevölkerung gesagt worden war.

Diese Informationen auf den hinteren Seiten der Windpotenzial-Studie nahm in Braunau kaum jemand zur Kenntnis. Ennova aber machte vorwärts. Wenige Tage nach der Publikation der kantonalen Studie stellte die Firma beim Dorf eine 90 Meter hohe Installation auf, um die Windstärken genau zu messen. Die Zeitungen schrieben weiterhin von «bis zu 150 Meter» hohen Anlagen, die geplant seien.

Dann hörten die Bewohner von Braunau lange nichts mehr – bis im letzten Juli. Da wurden sie durch ein Flugblatt aufgeschreckt. Dieses wies darauf hin, dass die Türme über 200 Meter hoch werden sollten und ein durchschnittliches Einfamilienhaus somit um das Zwanzigfache überragen würden. Der anonyme Verfasser warnte vor den negativen Folgen des Windparks. Und er wies darauf hin, dass die Bewohner noch bis Anfang September Zeit hätten, sich zu wehren. Dann nämlich lief die Vernehmlassung zum Richtplan des Kantons ab, in welchem der Windpark legitimiert werden soll. Der Richtplan war zwar vor den Sommerferien im Gemeindeblatt von Braunau publiziert worden – aber ohne Hinweis auf den Zusammenhang mit dem Windpark.

Jetzt ging es schnell. Innert weniger Wochen formierte sich in Braunau und Wuppenau der Widerstand. Die aufgeschreckte Bevölkerung befürchtet nicht nur die Verschandelung ihrer Heimat. Sie hat Bedenken wegen des berüchtigten «Discoeffekts», der dadurch entsteht, dass drehende Rotoren im Sekundentakt für einen Wechsel von Sonne und Schatten sorgen. Sie hat Angst, wegen des ständigen Brummens der Windanlagen beeinträchtigt zu werden. Und sie sieht eine Wertverminderung ihrer Häuser kommen, die künftig im Schatten von wahren Monsterrädern stehen – zum Teil nur wenige hundert Meter von diesen entfernt.

An zwei Info-Abenden Ende August, die in aller Eile angesetzt worden waren, versuchten Ennova und der Kanton, die Bevölkerung von Braunau und Wuppenau zu beruhigen. Es sei nichts entschieden, versicherten die Kantonsvertreter. Bevor der Windpark komme, werde es in den beiden Gemeinden eine Volksabstimmung geben. Die Bedenken der Anwesenden seien vom Tisch gewischt worden, sagt Marco Zimmermann. Innert weniger Tage lancierten er und Verbündete Dutzende von kritischen Stellungnahmen gegen den Richtplan.

Auf Anfrage versichert Andrea Paoli vom Kanton Thurgau, man gehe aufgrund der erfolgten Abklärungen davon aus, «dass eine Umzingelung der Gemeinde Braunau mit

Windenergieanlagen nicht in Frage kommt». Die «Themen Schattenwurf und Geräuschemissionen» seien «durch entsprechende Abstände lösbar beziehungsweise auf ein akzeptables Mass begrenzt», so der Leiter der Abteilung Energie. Jede Windanlage müsse die Grenzwerte der Lärmschutzverordnung einhalten. Es gebe zudem «keine Hinweise, weder international noch national, dass Immobilien infolge von Windparks an Wert verlieren» – eine Aussage, die die Windparkgegner vehement bestreiten. «Die Windenergie-technologie entwickelt sich stetig weiter», sagt Paoli auf die Frage, warum die Windräder nun 200 Meter hoch werden sollen. Höhere Anlagen seien effizienter.

AKW Gösgen liefert 2000-mal mehr Strom

Viele Bewohner von Braunau und Wuppenau haben das Vertrauen verloren. Sie vermuten, dass der Windpark längst beschlossene Sache sei, sie aber mit Ausflüchten hingehalten würden. Besonders verdächtig kommt den Kritikern vor, dass Ennova schon vor drei Jahren mit Landbesitzern Nutzungsverträge für potenzielle Standorte abgeschlossen hat – längst

Ist es windstill, muss der Strom von Ersatzkraftwerken bezogen werden.

bevor der Kanton seine Windpotenzial-Studie verfasste und im Richtplan Zonen für Windparks bezeichnete. «Aufgrund der langjährigen Erfahrung unserer Mitarbeiter kann bereits im Voraus abgeschätzt werden, wo Windenergieanlagen sinnvoll sind», schreibt Ennova zu diesem Vorgehen.

Laut der Firma soll jede Windturbine in Braunau rund vier Gigawattstunden Strom pro Jahr erzeugen. Das Atomkraftwerk Gösgen produziert etwa 8000 Gigawattstunden. Es bräuchte also 2000 Windtürme, um gleich viel Strom wie in Gösgen zu erhalten. Der Bund sieht in seiner Energiestrategie vor, dass die Windkraft bis 2050 7 bis 10 Prozent des Stroms in der Schweiz liefern soll. Das würde den Bau von bis zu 1500 Windanlagen bedingen – jede von ihnen wohl höher als der Kühlturm von Gösgen. Trotzdem wäre die Stromversorgung nicht gesichert: Ist es windstill, muss der Strom von Ersatzkraftwerken bezogen werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wären das Gaskraftwerke im Inland oder Kohle- und Atomkraftwerke im Ausland.

Inzwischen haben 700 Einwohner von Braunau und Wuppenau eine Petition gegen den geplanten Windpark unterschrieben. Das ist über ein Drittel der Bevölkerung. Verzichtet Ennova nun wegen des Widerstands auf ihre Windanlagen, wie früher zugesichert? Offenbar ist das eine heikle Frage für die Firma. «Wir möchten uns hierzu zu diesem Zeitpunkt nicht äussern», schreibt sie auf Anfrage. ○

Politik

«Nur Nachteile»

Der frühere AKW-Gegner Filippo Leutenegger ist gegen den schnellen Atomausstieg.



Nukleare Bedrohung: Leutenegger (M.), 1977.

Herr Leutenegger, Sie nahmen in den 1970er Jahren an Kundgebungen gegen den AKW-Bau in Gösgen und Kaiseraugst teil. Warum?

Ich habe mich damals stark für Umweltfragen engagiert. Die Sensibilität dafür ist geblieben. Entscheidend für meine Teilnahme war die Sorge um die radioaktiven Abfälle, die für Jahrtausende eine Gefahr darstellen. Leider ist das Entsorgungsproblem in den meisten Ländern bis heute nicht gelöst. Über Alternativen zum Bau von AKW habe ich mir aber damals nicht den Kopf zerbrochen.

Wie erlebten Sie die Demos?

Damals war die nukleare Bedrohung durch den Ost-West-Konflikt allgegenwärtig. Die Szene war massgeblich davon geprägt, dass man Kerntechnologie auch zum Bau von Atombomben nutzen kann.

Heute sind Sie gegen den schnellen Ausstieg aus der Kernenergie, wie ihn die Atomausstiegsinitiative fordert. Ist das nicht ein Widerspruch?

Ganz und gar nicht. Die Schweiz hat damals entschieden, auf die Kernenergie zu setzen. Das ist nicht rückgängig zu machen. Deshalb müssen wir jetzt pragmatisch damit umgehen und nicht kopfflos. Wenn wir innert weniger Jahre die AKW abstellen, bekommen wir im Winter ein ernsthaftes Energieversorgungsproblem. Zudem würde ein politisch erzwungener Ausstieg für den Bund Kosten in Milliardenhöhe auslösen. Für die Umwelt hingegen wäre kaum etwas gewonnen. Die Abfälle sind längst da und müssen so oder so sicher entsorgt werden. Ein Ja zur Initiative hätte somit nur Nachteile.

Filippo Leutenegger (FDP) ist Stadtrat von Zürich, ehemaliger Nationalrat und früherer Chefredaktor des Schweizer Fernsehens.

Interview: Alex Reichmuth

Dealer im Beirat

Von Henryk M. Broder —
Das Ende des staatlichen
Gewaltmonopols



Was man derzeit in Deutschland gut studieren kann, sind nicht Fächer wie Astrophysik oder Molekularbiologie, sondern das Ende des staatlichen Gewaltmonopols. Während darüber diskutiert wird, ob es No-go-Areas gibt, die auch von der Polizei gemieden werden, ist die Wirklichkeit längst weiter. Das Risiko, bei einer kriminellen Handlung erwischt und bestraft zu werden, tendiert gegen null.

In Hamburg haben vier junge Männer ein 14-jähriges Mädchen auf extrem sadistische Weise sexuell missbraucht. Der 21-jährige Haupttäter wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, die anderen drei bekamen, da noch minderjährig, milde Bewährungsstrafen. Ihnen wurde zugutegehalten, dass sie geständig waren und nach Meinung eines Sachverständigen eine «positive Sozialprognose» vorlag. Obwohl die Staatsanwaltschaft Berufung gegen das Urteil einlegte, wird es wohl zu keiner neuen Verhandlung kommen. Denn die Behörden wissen nicht, wo sich die Täter aufhalten. Sie sind, nachdem die U-Haft aufgehoben wurde, verschwunden.

Der Görlitzer Park, mitten im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, ist die grösste Drogen-Freihandelszone der Stadt. Die Polizei hat den Kampf gegen Dealer aufgegeben, sie beobachtet nur noch, ohne einzugreifen. Dafür hat der Bezirk jetzt ein «Handlungskonzept» erarbeitet, das die bestehenden Verhältnisse sanktioniert. «Wir werden uns auf die Weiterexistenz des Handels einstellen müssen», heisst es in dem Papier. Und: «Keine Gruppe soll ausschliesslich als Problemverursacher gesehen werden. Menschen, die derzeit den Park nutzen, sollen nicht verdrängt werden.» Der Görlitzer Park ist für alle da. Deswegen soll ein «Parkbeirat» etabliert werden, in dem alle «Nutzergruppen» vertreten sein sollen. Und so werden sich demnächst Sprecher der Anrainer, der Jogger und der Dealer an einem runden Tisch treffen, um zu beraten, wie sie miteinander kooperieren können. Eine wahnhaft basisdemokratische Lösung eines Problems, an dem die Behörden gescheitert sind.

Zwei Beispiele unter vielen, die zusammengekommen ein Panorama der Entgrenzung ergeben. Immerhin gibt es noch zwei Arten von Kapitalverbrechen, die gnadenlos verfolgt werden: Parken im Halteverbot und das Nichtbezahlen der Rundfunkgebühr.

Wunsch und Wirklichkeit

Von Kurt Schiltknecht — Selbst glaubwürdigen Notenbanken ist es noch nie gelungen, einen Konjunkturaufschwung herbeizureden. Der Ausgang des geldpolitischen Blindflugs bleibt offen.

Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre hat gewisse Ähnlichkeit mit derjenigen der 1970er Jahre. In beiden Perioden stagnierte die Weltwirtschaft. Die Versuche, diese mit geldpolitischen und fiskalischen Mitteln wieder in Schwung zu bringen, zeitigten vor allem in der EU keinen Erfolg. Mit der vor rund vierzig Jahren entwickelten Theorie der rationalen Erwartungen ist eine plausible Erklärung für das Scheitern der Wirtschaftspolitik gefunden worden. Die Theorie basiert auf der Beobachtung, dass die Leute ihre Prognosen aufgrund ihrer Erfahrungen, ihrer Kenntnisse und der verfügbaren Informationen machen. Wichtig war auch die Erkenntnis, dass die heute getroffenen Entscheidungen nicht nur von der gegenwärtigen, sondern auch von der zu erwartenden Wirtschaftspolitik abhängig sind, wobei die erwartete Politik ihrerseits auch von der heutigen abhängig ist.

Angesichts dieser komplexen Rückkoppelungseffekte wird von vielen eine Geldpolitik gefordert, die sich an einfachen, ökonomisch erhärteten Regeln orientiert. Diese Meinung wird von den Neo-Keynesianern, die seit einiger Zeit einen unverkennbaren Einfluss auf die Geldpolitik der grossen Länder ausüben, nicht geteilt. Sie glauben, dass eine Notenbank mit einer guten Kommunikationsstrategie die Inflationserwartungen und damit die Realzinsen und den Output steuern könne. Diese Vorstellung ist naiv und für die Selbstüberschätzung eines Teils der Ökonomen und der Notenbanken bezeichnend.

Fehlender Erfolgsausweis

In der Geschichte der Menschheit haben schon viele Regierungen und Notenbanken erfolglos versucht, mit rhetorischen Mitteln das Verhalten der Bürger und deren Erwartungen zu steuern. Selbst glaubwürdigen Notenbanken ist es nie gelungen, einen Konjunkturaufschwung herbeizureden, die Inflation mit einem Appell an die Wirtschaft zur Mässigung zu bekämpfen oder den Wechselkurs mit Interventionsdrohungen zu lenken. Absichtserklärungen haben im besten Fall dann eine Wirkung, wenn die ihnen zugrundeliegende geldpolitische Strategie bereits erfolgreich umgesetzt worden ist. Sowohl bei der Steuerung der Inflationserwartungen als auch beim Quantitative Easing fehlt ein solcher Erfolgsausweis.

Bleibt der Erfolg von rhetorischen Bemühungen aus, so werden diese selten hinterfragt. Dafür werden die bisherigen geldpolitischen Massnahmen verschärft. So weiten beispielsweise einzelne Notenbanken trotz des ausbleibenden Erfolgs die Liquidität immer noch weiter aus. Andere wiederum versuchen, das brachliegende Geld mit Hilfe von Negativzinsen wieder in Umlauf zu bringen. Weil mit steigenden Negativzinsen mehr Bargeld gehalten wird, verlangen einzelne Ökonomen bereits dessen Abschaffung. Davon will die Schweizerische Nationalbank glücklicherweise noch nichts wissen.

In den Modellen funktionieren geldpolitische Ankündigungen perfekt. Doch die Praxis sieht anders aus. Diese Erfahrung mussten die amerikanische und die europäische Notenbank mit ihren komplexen «forward-looking statements», mit ihren Inflations- und anderen Zielen, machen. Es ist ihnen nicht gelungen, die Verunsicherung über ihre Geldpolitik auszuräumen. Als die Notenbanken das Bankensystem nach dem Ausbruch der Bankenkrise mit Liquidität in einem nicht vorstellbaren Ausmass fluteten, beeinflusste dies die Erwartungen über die künftige Geldpolitik mehr als die die Ausweitung begleitenden Ab-

sichtserklärungen. Der Grossteil der Wirtschaft ging davon aus, dass die Liquidität wieder abgebaut würde. Entsprechend wenig reagierte sie auf den Liquiditätsschub. Weil der erwartete Abbau bisher ausblieb und auch acht Jahre nach dem Ausbruch der Bankenkrise immer noch niemand weiss, ob, wann, wie und mit welchen Folgen die Liquidität abgepumpt werden wird, ist die Verunsicherung nach wie vor riesig.

Angesichts der für kaum jemanden verständlichen Geldpolitik können die Notenbanken nicht abschätzen, welche Erwartungen die Wirtschaft in Bezug auf die künftige Geldpolitik hat und wie sich diese auf die laufenden Konsum- und Investitionsentscheidungen auswirken.

Auch die Notenbanken tappen im Dunkeln. Jeder darf deshalb darüber spekulieren, ob der von der Federal Reserve und von der Europäischen Zentralbank angezettelte geldpolitische Blindflug ohne Absturz in eine neue Rezession irgendwann einmal beendet werden kann.



Zwischenzeit

Von Thilo Sarrazin — Wer wird nächster Bundespräsident? CSU-Politikerin Gerda Hasselfeldt bringt zwei wichtige Voraussetzungen mit, um es fünf Jahre lang in der Stille des Schlosses Bellevue auszuhalten.



Die Flüchtlingskrise macht in Deutschland gegenwärtig Pause. Immer mehr Turnhallen werden geräumt und können nach einer Sanierung wieder dem Schulsport dienen.

Der Zustrom von Flüchtlingen hat sich verringert, über die Balkanroute kommen nur noch wenige. Die sprunghaft wachsenden Zahlen der illegalen Einwanderer aus Afrika über das Mittelmeer belasten zunächst nur Italien, ein kleiner, aber wachsender Teil der Afrikaner findet mittlerweile seinen Weg über die Schweiz nach Deutschland. Die zunehmenden finanziellen Lasten des Zustroms werden vorerst in den Tiefen der öffentlichen Haushalte geparkt. Allein im laufenden Jahr hat der Bund seine Hilfen an Länder und Gemeinden für die Versorgung der Flüchtlinge um 9,5 Milliarden Euro aufgestockt, die Zahl der arbeitslos gemeldeten Asylbewerber steigt stetig.

Die AfD hat sich in den Umfragen bei 12 bis 14 Prozent konsolidiert und sucht auf den neu eroberten Parlamentsbänken der Landtage ihre Oppositionsrolle. Das politische Establishment leckt seine Wunden und ist sich offenbar unsicher über die künftige Strategie: In den Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verzichtet man mittlerweile bei der Erwähnung der AfD auf das bis vor kurzem obligatorische Adjektiv «rechtspopulistisch».

Dagegen gewinnt der Amoklauf der Gesinnungsethiker neue Schärfe. Kürzlich nannte der evangelische Landesbischof von Berlin, Markus Dröge, die AfD «menschenfeindlich» und erhob den «Widerspruch gegen die Thesen der Rechtspopulisten» zur «Christenpflicht». Damit setzte er jene Vermischung von Politik und Religion fort, die seit Tausenden von Jahren Unheil über die Welt bringt und gegenwärtig in vielen islamischen Staaten ihr schlimmes Gesicht zeigt. Wo Religion sich anmasst, praktische Fragen der Politik zu beantworten, wird Politik überflüssig und das politische Leben zu einem metaphysischen Kampf zwischen Gut und Böse. Dieses ebenso anmassende wie steinzeitliche Religionsverständnis zeigt, wie sehr die von Austritten geplagten christlichen Kirchen im Treibsand ihres Sinnverständnisses feststecken, so dass sie jetzt die Flüchtlingskrise quasi huckepack nehmen, um wieder an öffentlicher Bedeutung zu gewinnen.

Die deutsche Politik nutzt unterdessen die Atempause in der Flüchtlingskrise, um sich mit Lust auf Nebengebieten zu tummeln:

— Das Zustandekommen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (Ceta) wird gefeiert, zur Zukunft des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) herrscht dagegen Schweigen.

— Ungeachtet der Überalterung und der steigenden Kosten durch die Flüchtlingswelle werden neue Pläne zur Rentenverbesserung diskutiert. Vorsorge scheint nur noch im Hinblick auf den Klimawandel nötig zu sein.



Zwischen Seehofer und Merkel: Gerda Hasselfeldt.

— Mit Hingebung wird spekuliert, ob Angela Merkel 2017 erneut als Kanzlerkandidatin antreten wird. Spätestens beim CDU-Parteitag am 15. Dezember wird sie sich äussern müssen. Mit ihrem langen Schweigen nährt sie bei mir die Vermutung, dass sie selber noch unschlüssig ist. Eine vierte Amtsperiode kann ja, realistisch betrachtet, nur eine solche des Niedergangs sein, denn die Kosten der Flüchtlingspolitik und die teuren Widersprüche der deutschen Energiewende wird man nicht bis 2021 kleinreden können.

Fröhlich beteiligt sich zudem die gesamte Republik am Ratespiel, wer als Bundespräsi-

dent im Februar 2017 Joachim Gauck nachfolgen soll. Gauck fand als gelernter Pastor in seinen fünf Amtsjahren meist die richtigen Worte und auch schnell Kontakt zu den Menschen. In der Flüchtlingsfrage sprach er einige Warnungen aus, die beim linksliberalen Medien-Mainstream und im Kanzleramt gar nicht gut ankamen. Angela Merkel war zunächst gegen seine Wahl gewesen, weil er ihr zu unabhängig schien. Gauck machte aber alles wieder gut, als er im Sommer 2015 ein «Dunkeldeutschland», das Flüchtlingsunterkünfte attackiert, mit einem «hellen Deutschland» der Willkommenskultur kontrastierte. Mit diesem Rückgriff auf Rudyard Kiplings berühmtes Werk «Lichtes und dunkles Indien» zeigte er immerhin literarische Bildung und einen gewissen Wortwitz.

Der erste Mann (oder die erste Frau) im Staate hat nach der deutschen Verfassung nur die Macht des Wortes. Zuständigkeiten, die über formelle Beurkundungsakte hinausgehen, gibt es praktisch nicht. Zudem soll der Bundespräsident über den Parteien stehen und sich zu kontroversen Fragen möglichst nicht äussern. Arm dran ist jeder Amtsinhaber, dem es an intelligenten, interessant daherkommenden Allgemeinplätzen oder an der Kraft zur allgemeinverständlichen philosophischen Betrachtung mangelt. Er kümmert schnell im Amt dahin und wird von den Medien herablassend behandelt. Das trieb Horst Köhler, der eher ein Mann der Tat als des Wortes war, während seiner zweiten Amtszeit in den vorzeitigen Rücktritt. Sein Nachfolger Christian Wulff reicherte die deutsche Debatte mit dem Satz «Der Islam gehört zu Deutschland» an. Nach nur neunzehn Monaten im Amt wurde er ein Opfer seiner Unfähigkeit, sich hinreichend genau auszudrücken. Wegen einer Lappalie – unentgeltliche private Ferien bei reichen Freunden –, die er ungeschickt verteidigte, hetzten ihn die Medien unerbittlich, bis er schliesslich zurücktrat.

Der beliebteste deutsche Politiker, Aussenminister Frank-Walter Steinmeier, würde gerne Bundespräsident werden, das geht aber nicht gegen die CDU/CSU. Diese möchte einen eigenen Kandidaten, hat aber bisher noch niemanden gefunden. Merkel hält sich zurück, mit ihren früheren Vorschlägen – Köhler und Wulff – hatte sie ja bekanntlich kein Glück.

Eigentlich wäre mal die CSU dran, und deshalb geistert immer wieder der Name Gerda Hasselfeldt durch Berlin. Als Chefin der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat sie fortlaufend zwischen Horst Seehofer und Angela Merkel vermittelt. Sie weiss also, wie Politik funktioniert, und Frustrationen kennt sie auch. Das sind zwei gute Voraussetzungen, um es fünf Jahre lang ohne Rücktritt in der Stille des Schlosses Bellevue auszuhalten.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

Meinungspluralität des Roger de Weck

Von Christoph Mörgeli

Das Forum für Universität und Gesellschaft soll im Auftrag der Universität Bern eine Brücke zwischen Hochschule und Gesellschaft bilden. Selbstverständlich nur zur SVP-freien Gesellschaft des Kantons. Denn einziges Auswahlkriterium der 37 Forumsmitglieder bildet diese entscheidende Hürde: Man darf nicht zu jenem Drittel von Bernerinnen und Bernern gehören, die SVP wählen. Jetzt sorgt sich ausgerechnet dieses staatlich finanzierte Inzuchtgrüppchen um die «Informations- und Meinungspluralität». Im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe «Medien im Umbruch: Direkte Demokratie in Gefahr?» lud das Forum am letzten Samstag SRG-Generaldirektor Roger de Weck aufs Rednerpodest.

Es kam, wie es kommen musste. Gegen Ende seiner Amtszeit hat unser oberster Staatspublizist zu seinem wichtigsten Thema zurückgefunden: «De Weck warnt vor Christoph Blocher», titelten nach seinem Berner Vortrag die Zürcher Landzeitungen. De Weck warnte auch vor Markus Somm. Und vor Christoph Mörgeli. Der Freiburger Meinungspluralist hat allergrösste Erfahrungen mit der Meinungspluralität: Seine politische Chefin Doris Leuthard (CVP) wird SRG-Verwaltungsratspräsident Viktor Baumeler (CVP) durch Jean-Michel Cina (CVP) ablösen. Doch diese Alleinregierung einer 11-Prozent-Partei war kein Thema bei de Wecks Warnruf «Direkte Demokratie in Gefahr».

Selbstverständlich sieht Roger de Weck die direkte Demokratie und die Meinungspluralität auch dann nicht in Gefahr, wenn sein Westschweizer Nachfolger durch Gemauschel, ohne Ausschreibung auf dem Berufungsweg, mit einem 1,2-Milliarden-Budget auf den SRG-Chefsessel gehievt wird. Dafür sieht er es als seine öffentlich-rechtliche Zwangsgebührenaufgabe, mit Kreditschädigung und Rufmord die gedruckten Zeitungen zu ruinieren. Mit diesen könne man nur noch drei bis fünf Jahre Geld verdienen. «Dann ist Schluss.»

Und sogleich träten reiche Käufer auf den Plan, warnte der reiche Mehrfamilienhausbesitzer Roger de Weck. Er meinte Christoph Blocher. Diesem geht es selbstverständlich nicht um Meinungspluralität. Sondern um politische Interessen, Populismus und «schreckliche Vereinfachung». Nach siebzig Jahren stiegen «die Hitzköpfe wieder aus ihren Löchern». Es ist typisch für die Einfalt dieses Meinungsvielfältlers: Wenn jemand eine andere Meinung hat, kommt ihm nur Nazi in den Sinn.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Ceta: Nullnummer Schweiz

Von Peter Bodenmann — 3,5 Millionen Wallonen haben Ceta verbessert. Nur dank EU-Mitgliedschaft.



Körpersprache: Premierminister Magnette.

Die Schweiz ist das Land der Hyperglobalisierung. Wir exportieren jedes Jahr pro Kopf der Bevölkerung Waren im Wert von 40 000 Franken. Mehr als doppelt so viel wie die Deutschen, die angeblichen Exportweltmeister.

Das einst reiche Wallonien ist wirtschaftlich gesehen nicht eben eine blühende Landschaft. Weil es den Strukturwandel etwas verpasst hat.

In Wallonien leben 3,5 Millionen Menschen. In der Schweiz 8,5 Millionen. Die Belgier – und somit die Wallonen – sind Mitglieder der EU. Alle EU-Staaten mussten dem Ceta-Abkommen zustimmen. Und Belgien konnte nur zustimmen, wenn das Regionalparlament von Wallonien zuvor grünes Licht gab.

In Wallonien regieren die Linken. Sie wollen nicht raus aus der EU. Aber sie wollen richtigerweise eine demokratischere, sozialere und umweltfreundlichere EU. Der wallonische Ministerpräsident Paul Magnette und seine Sozialisten haben früh klargemacht, dass sie nur zustimmen, wenn Ceta verbessert wird. Belgien und die EU nahmen die widerständigen Wallonen lange Zeit nicht ernst. Ein Fehler.

Die EU musste den Wallonen Zugeständnisse machen. Und die belgische Regierung – in der Logik flankierender Massnahmen – ebenfalls: staatlich besoldete Schiedsrichter. Schutz der Landwirtschaft und der Umwelt. Erst nach diesem politischen Sieg der Wallonen durfte die EU am Sonntag den Ceta-Vertrag unterzeichnen.

Die Schweiz exportiert zurzeit jedes Jahr Waren im Wert von gut 3,5 Milliarden Franken nach Kanada. Und importiert umgekehrt nicht einmal für eine Milliarde vorab Rohstoffe aus dem Land des jugendlichen Premiers Trudeau.

Ceta geht weiter als andere gültige Freihandelsverträge, die etwa die Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein einst mit Kanada abgeschlossen haben.

Und jetzt müssen wir froh sein, wenn wir mit Verspätung in etwa ein vergleichbares Abkommen wie die EU hinbekommen. Zusammen mit Norwegen, Island und Liechtenstein.

Ceta ist die Blaupause für das noch nicht fertig verhandelte TTIP. Donald Trump will bessere Deals für Amerika. Hillary Clinton ist eine imperiale Kriegsgurgel. Das linke Wallonien wird TTIP im Alleingang kippen, wenn dieses weit wichtigere Abkommen in den entscheidenden Punkten hinter Ceta herhinkt.

Haben kleine Länder in der EU nichts zu sagen? Das Gegenteil ist richtig. Der fremdenfeindliche Grüsel Orbán treibt Merkel selbstbewusst vor sich her. Und die Wallonen erzwangen bei der Umsetzung von Ceta von Belgien und der EU beachtliche Konzessionen.

Nur wer mit am Verhandlungstisch sitzt, kann Entscheide beeinflussen. Wer draussen vor der Tür steht, ist eine Nullnummer.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Gesinnungspresse 2.0

Von Kurt W. Zimmermann — In den Medien ist politische Haltung wieder gefragt – aber nur, solange sie keine guten Storys killt.

Die Häme der Kollegen war gross. Die bürgerliche *Basler Zeitung* hatte die Wahlen verloren. Es kam zu keiner bürgerlichen Mehrheit im Halbkanton.

Vergeblich, so jubelte der *Tages-Anzeiger*, «schrieb das Blatt von Blocher den Machtwechsel febrig herbei». Die konservative Wende sei ausgeblieben, so jubelte die Schweizer Ausgabe der *Zeit*, «obschon die rechte *Basler Zeitung* sie herbeischrieb».

Eine Zeitung konnte ein Wahlresultat also nicht «herbeschreiben».

Interessant daran ist, dass die Journalisten genau dies jedoch für möglich halten. Wenn man einer Zeitungsredaktion attestiert, dass sie eine politische Wende nicht zustande brachte, dann attestiert man ihr zugleich, dass auch das Gegenteil denkbar wäre.

Das spricht zwar für das gesunde Selbstbewusstsein der heutigen Journalisten. Sie halten sich für politisch potent. Aber stimmt das auch? Kann eine Zeitung in unserer Zeit noch eine Wahl in ihrem Sinn entscheiden?

Nein, sie kann es nicht. Denn sie steht sich journalistisch selber im Weg.

In den meinungsbildenden Medien gibt es zwei gegenläufige Trends. Zuerst einmal erleben wir eine deutliche Repolitisierung des Journalismus. Das ist erfreulich. Die sogenannten Forumszeitungen, diese politischen Eunuchen, sind weitgehend verschwunden. Ersetzt wurden sie durch Blätter, in denen wieder eine klare Haltung sichtbar wird. Rechts der Mitte ist der Trend besonders deutlich.

Keine Schonzone mehr

Die *Neue Zürcher Zeitung* ist, nach Jahren der Verwirrung, wieder auf klassisch-liberalem Kurs. Auch Blätter wie die konservative *Basler Zeitung*, die *Schweiz am Sonntag*, das *St. Galler Tagblatt*, die *Luzerner Zeitung* und die *Weltwoche* sind auf erkennbar bürgerlicher Linie. Linksbürgerlich positioniert sind *Tages-Anzeiger* und *Sonntagsblick*. Ganz links steht die *Wochenzeitung*, das einzige Blatt des Landes, das über die Jahrzehnte keine ideologischen Slalomfahrten hinlegte.

Von der früheren Gesinnungspresse, dies der zweite Trend, unterscheiden sich die heutigen Blätter allerdings fundamental. In der alten NZZ konnte sich ein freisinniger Politiker stets geschützt fühlen, freisinnige Partei-affären wurden heruntergespielt. Auch SP- und CVP-Exponenten schlug aus ihren damaligen Blättern keine Kritik entgegen,



Repolitisierung des Journalismus: Wahlstudio.

parteiinterne Konflikte wurden verwedelt. Die Journalisten verzichteten auch auf gute Storys, wenn sie der Blattlinie zuwiderliefen.

In der alten Gesinnungspresse hatte die Politik die Priorität über die Publizistik. In der heutigen Gesinnungspresse 2.0 hat die Publizistik die Priorität über die Politik.

In Basel konnte man das eben schön erleben. Die *Basler Zeitung* setzte sich zwar für eine rechte Regierungsmehrheit ein. Zugleich aber enthüllte sie die sogenannte Dienstwagenaffäre des FDP-Regierungsrats Baschi Dürr und geisselte unablässig die Sololäufe des SVP-Präsidenten Sebastian Frehner. Den bürgerlichen Parteien schadete das in den Wahlen beträchtlich, aber die Storys waren zu gut, um darauf zu verzichten.

Dasselbe Muster zieht sich durch die gesamte Presse. Die unappetitliche Kasachstan-Affäre von FDP-Nationalrätin Christa Markwalder wurde von der FDP-nahen NZZ enthüllt. Die härteste Attacke gegen den sexistischen Unia-Gewerkschaftssekretär Roman Burger kam von der linken *Wochenzeitung*. Den schärfsten Angriff auf den links-progressiven Zürcher Polizeivorsteher Richard Wolff in der Hausbesetzer-Debatte ritt der eher progressive *Tages-Anzeiger*.

In der heutigen Gesinnungspresse 2.0 gibt es keine Schonzone für allfällige Gesinnungsgenossen mehr.

Liebe statt Zukunft

Von Beatrice Schlag — Richter und das Kindwohl.

Darf eine 15-Jährige mit einem dreissig Jahre älteren Mann eine intime Beziehung haben? Ja, entschied das Oberlandesgericht in Brandenburg, denn andernfalls sei das Kindwohl gefährdet. Wie *Spiegel* online berichtete, lehnte das Gericht die von den Eltern geforderte Kontaktsperre zwischen ihrer Tochter und deren 45-jährigem Geliebten ab, weil der Wille des Kindes in diesem Fall nicht übergangen werden könne. Denn das Mädchen habe seinen Wunsch, diese Liebe weiterzuleben, zielorientiert und stabil geäussert. Das Urteil löst vermutlich bei Eltern, deren Kinder bereits aus dem Haus sind, den gleichen Reflex von Erleichterung aus wie bei kinderlosen Menschen: Gott sei dank ist man um solche Probleme herumgekommen.



Die Vorstellung, dass eine 15-Jährige einen Mann nach Hause bringt, der ziemlich gleichaltrig ist wie man selbst, wirft einen aus den Schuhen. Nicht, weil er viel zu alt ist für sie. Das natürlich auch. Aber man weiss auch aus eigener Erfahrung, dass die Liebschaften 15-Jähriger so gut wie nie besonders dauerhaft sind. Es sei denn, es besteht grosser Widerstand von aussen. Dann ist Trotz ein zäher Kitt. Was Sex anbelangt, werden Eltern eh meist über die Teenager-Jahre hinaus im Dunkeln gelassen, was stattfindet oder nicht. Es sei denn, eine 15-Jährige sagt vor Gericht, sie bestehe auf Sex mit ihrem 45-jährigen Freund. Sind die Richter verrückt, ihr recht zu geben? Oder haben sie im Gegenteil ein ausserordentlich feines Gespür für das, was sie Kindwohl nennen, weil es ein Wort wie Teenager-Wohl gar nicht gibt? Wann ist denn einem Teenager wohl, ausser dann, wenn ihn Eltern und andere alte Leute nicht behelligen? Was lässt er sich verbieten? Die meisten Menschen zwischen zwölf und volljährig schweigen zu elterlichen Vorschriften oder nicken, wissend, dass sie sie nie einhalten werden. Wer ehrlich genug ist, sich an die Lügen der eigenen Teenager-Zeit zu erinnern, wundert sich, mit welchem Mut die 15-Jährige aus Brandenburg vor Gericht für eine Liebe stritt, die sie ohne Heimlichkeit geniessen wollte. Und dass sie Richter fand, die, vermutlich entgegen aller eigenen Lebenserfahrung, auf ihrer Seite waren.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man im schriftlichen Mail- und Briefverkehr die Anrede «Liebe alle» und «Liebe Alle» verwenden? Ist diese Formulierung korrekt?
Hildi Pinter, Herrliberg

Nein, das darf man nicht. Das ist unschön, ungenau und sprachlich falsch. Es gibt viele schöne Schimpfwörter, die kaum je benützt werden: Affenkopf, Bananenbieger, Brummochse, Doppelzüngler, Dünnbrettbohrer, Haderlump, Knatterarsch, Kulissenschieber, Nachttopfschwenker, Saubazi, Schiessbudenfigur, Sockenhochzieher, Teigaffe, Vorgartenzwerg, Weichkacker, Zwetschgentrampel, Zwölftonfurzer. Sie wollen niemanden beleidigen? Auch gut. Dann schreiben Sie einfach «An alle» oder schlicht «Guten Tag zusammen».
Max Wey

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Liebe auf den Bäumen ist weitaus gefährlicher als in teuren Hotelsuiten auf Kosten der Steuerzahler.» *René G. Sauvain*

Kürzer als gedacht

Nr. 43 – «Nachts, wenn es unter den Kuppeln knistert»; Hubert Mooser über Sex im Bundeshaus

Dass einige Männer beim Anblick einer Frau nicht mehr Herren ihres Gesichts- und Tastsinns sind, ist natürlich nicht zu tolerieren. Doch da die Medien nun seit Wochen seiten- und gesprächsrundenfüllend auf dem Manne als übelstem Lustmolch herumtrampeln, kann man vielleicht auch einmal die Rückseite der Medaille betrachten und sich fragen: Weshalb erntet eine Frau begehrlische Blicke und leider manchmal auch mehr? Weil sie vielfach positive Eigenschaften hat, auf die sie letztlich stolz sein darf: Sie ist hübsch, lieblich, schön, anmutig, bezaubernd, reizend, schmuck, wohlgestaltet – kurz: begehrenswert.

Alfred Wettstein, Zollikerberg

Der Weg vom Gehirn zu den Händen oder zu den anderen «Vergnügungsvierteln» am menschlichen Körper ist kürzer als gedacht. Sind wir zurück auf dem Weg unserer Vorfahren? Aber Vorsicht: Liebe auf den Bäumen ist weitaus gefährlicher als in teuren Hotelsuiten auf Kosten der Steuerzahler.

René G. Sauvain, Online-Kommentar

Ich schlage ein neues Parlaments-Frauen-Schutzgesetz vor, wonach die so starken Parlamentarierinnen zur Protektion ihrer Erotik-sphäre zum Tragen einer Schutzbekleidung (genannt: «Schurka») angehalten werden sollen. Für handauflegende und ungebührlich schlüpfrig auftretende Parlamentarier soll ein gendernässig gemischter Parlamentsausschuss der Vereinigten Bundesversammlung ermächtigt werden, überführten Parlamentariern Hand- und Fusschellen oder in krassen Fällen die neue Hosenladensperre (HLS) anzulegen. *S. Kuhn, Arlesheim*

Unsäglicher Sexismus-Zirkus

Nr. 43 – «Bekanntnisse eines Unanständigen»; Alex Baur zur Sexismus-Debatte

Die kritische und humorvolle Betrachtung von Alex Baur über die angeblichen sexuellen Belästigungen gegenüber Frauen ist etwas vom Besten, was wir in den vergangenen Jahren gelesen haben. Es ist an der Zeit, dass gegen dieses hochgespielte Gender-Thema wieder vernünftig debattiert wird.

Susi und Rolf Leuzinger, Pfäffikon

Ein grosses Bravo für diesen Artikel. Endlich jemand, der es wagt, eine vernünftige Optik in



Protektion der Erotik-sphäre.

den unsäglichen Sexismus-Zirkus einzubringen. Hoffentlich wird der Artikel von all den Gefrusteten in unserer Gesellschaft gelesen und verstanden.

Markus Schnell, Ennetbürgen

Powerfrau

Nr. 42 – «Alice, die Wunderfrau»; Wolfgang Koydl über die AfD-Politikerin Alice Weidel

Vielleicht sollten wir dieser Powerfrau das Angebot machen, die Schweizer Politik aufzuräumen. Auch bei uns versagt der Rechtsstaat. Erst ziert man sich in Bern und hat alle möglichen Ausreden, die EU vom Beschluss zu informieren, dass die Schweiz die Einwanderung künftig selber steuern will. Mit dem Beschluss, die Volksinitiative zur Masseneinwanderung nicht umzusetzen, hat der Nationalrat den Graben zwischen Legislative und Exekutive weiter verbreitert. Diesen «Volksvertretern» scheint es total wurst zu sein, was der Bürger in dieser Sache denkt. Vielleicht überlegt man, ob es nicht an der Zeit sei, die Möglichkeit der Aberufung von gewählten Vertretern zu schaffen, wenn sie sich weigern, Volksentscheide umzusetzen.

Hans Ulrich Daetwyler, Aarau Rohr

Deckmantel «Sozialhilfe»

Nr. 42 – «Extremisten missbrauchen Sozialstaat»; Kurt Pelda über mehrere Fälle

Hier wird gegen die Interessen der Bürger in verantwortungsloser Blindheit unter dem

Deckmantel «Sozialhilfe» Geld verschleudert und damit die Sicherheit unseres Landes gefährdet. Kriegstreiber haben kein Recht auf Unterstützung. Sie müssen wirksam und rasch bekämpft und ausgeschafft werden. Eine gute Überwachung und Bekämpfung von kriminellen «Hilfsbedürftigen» ist allem Anschein nach in der Schweiz noch gar nicht in Gang gekommen. Regiert in Bern ausschliesslich die Verwaltung im Justiz- und Polizeidepartement?

Hans Furrer, Schwyz

Knallharte Politik

Nr. 42 – «Der Taiwan-Reimann»;
Kolumne von Peter Bodenmann

Peter Bodenmann merkt man nur zu gut an, dass er nicht weniger, sondern lieber viel mehr Flüchtlinge und minderqualifizierte Einwanderer aufnehmen möchte. Dahinter steckt nicht etwa Naivität, sondern knallharte Politik. Man braucht sich hierzu nur die Demos der Gewerkschaft Unia anzuschauen. Ausser den hochbezahlten Funktionären hat es keine Schweizer Bürger mehr dabei. Fazit: Man hole möglichst viele unqualifizierte Menschen ins Land, lasse sie vom Sozialstaat leben, gebe ihnen – schwups! – noch das Bürgerrecht, und schon haben wir eine dauerhaft gesicherte linke Mehrheit in diesem Land.

Reto Setz, Seengen

Eigentlich nur ein «Schein-Nichts»

Nr. 42 – «Das Nichts»; Linus Reichlin über die Grundbegriffe des Lebens

Das Nichts, das Linus Reichlin beschreibt, ist eigentlich nur ein «Schein-Nichts», in dem kleinste Partikel und Atome zur Entstehung des Universums beigetragen haben könnten. Wenn das stimmt, wäre dieses scheinbare Nichts ja bereits ein Bestandteil des Weltalls und somit kein absolutes «Nichts». Das Universum ist mit dem Urknall entstanden. Woher kam aber die unvorstellbar grosse Energie, die diese Explosion überhaupt ermöglichte? Sicher nicht aus dem Nichts, denn von nichts kommt nichts. Das Weltall lässt sich mit Hilfe des Verstandes erforschen. Das Nichts hingegen gibt nichts von sich preis. Da hilft keine Logik etwas.

Andreas Egli, Davos

Immer weiter

Nr. 42 – «Auf den Kopf gefallen»;
Markus Schär über Sozialdetektive

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entwickelt die Rechtsprechung dynamisch immer weiter, indem er mit Urteilen die Auslegung der Menschenrechtskonvention präzisiert. Das Bundesgericht und damit die Schweiz sollen dasselbe aber nicht tun dürfen, sondern müssen zuerst eine ausreichende

Rechtsgrundlage schaffen. Wenn zwei Rechtsgüter entgegengesetzt betroffen sind, wie hier die Privatsphäre und der Schutz einer Versicherung vor Betrug, dann muss doch das Bundesgericht eine Güterabwägung vornehmen dürfen, und zwar gerade auch dann, wenn es (noch) keine «ausreichende» Rechtsgrundlage gibt. Ist es nicht so, dass man bei den Sozialdetektiven auf den Erlass einer «ausreichenden» Rechtsgrundlage verzichtete, weil die Versicherungen dieses Instrument mit der nötigen Zurückhaltung einsetzten und man deshalb keinen Handlungsbedarf erkannte?

Stefan Büchi, Ruswil

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förllibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

BERUFS
MESSE
ZÜRICH

100 JAHRE
ZUKUNFT

M
.CH



Folgen Sie uns



Mach eine Lehre, werde Profi!

www.berufsmessezuerich.ch | Messe Zürich | Eintritt kostenlos

Berufsmesse Zürich: 22. bis 26. November 2016 | Treffpunkt Weiterbildung: 25. und 26. November 2016

Hauptsponsorin



Unterstützt durch



Kanton Zürich
Bildungsdirektion
Berufsbildungsfonds



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Veranstalter



Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBF

Eine saubere Beerdigung

Wie der Bundesrat den in der Verfassung verankerten Zuwanderungsartikel aushebeln will. Die detaillierten Pläne zum Skandal. Exklusiv.

Von Hubert Mooser

Die Situation ist aussergewöhnlich. Während das Parlament bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) grosses Theater aufführt, fügt die im Dossier federführende SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga dem Drama einen weiteren Akt an. Der Bundesrat will der Initiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa) einen direkten Gegenvorschlag gegenüberstellen. Zur Erinnerung: Die Initiative will den neuen Zuwanderungsartikel in der Bundesverfassung, formaljuristisch mit Artikel 121a umschrieben und am 9. Februar 2014 von Volk und Ständen angenommen, wieder aus der Verfassung streichen. Nicht mehr und nicht weniger.

Scheinheilig flötete Sommaruga vor einer Woche in die Mikrofone, der Bundesrat lehne es aus demokratiepolitischen Gründen ab, ein Abstimmungsergebnis nach so kurzer Zeit wieder rückgängig zu machen. Aber ihre Pläne für einen Gegenentwurf zur Rasa-Initiative zielen genau in diese Richtung. Der Bundesrat hatte die Chefin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements bereits am 24. August beauftragt, bis spätestens am 27. Oktober erstens eine Botschaft zur Rasa-Initiative und zweitens ein Aussprachepapier mit möglichen direkten Gegenentwürfen vorzulegen.

Ganz nach der im MEI-Dossier bewährten Verzögerungsstrategie reizte Sommaruga den Termin bis zum letzten Tag aus. Vor Wochenfrist fällt die Landesregierung dann, gestützt auf das Aussprachepapier der Justizministerin, bloss den Grundsatzentscheid gegen Rasa und für einen Gegenentwurf. Über die inhaltliche Stossrichtung sagte Sommaruga vor den Medien kein Wort. Der Bundesrat habe vorerst lediglich Varianten zur Kenntnis genommen, betonte sie. Und: Es gebe viele Möglichkeiten für einen Gegenvorschlag.

Drei Varianten stehen zur Auswahl

Wie die *Weltwoche* vor vierzehn Tagen berichtete, hat Sommaruga ihren Amtskollegen genau genommen drei Möglichkeiten aufgezeigt, die aus ihrer Sicht mit dem Freizügigkeitsabkommen vereinbar sind, keiner Einigung mit der EU bedürfen und die Wahrung der bilateralen Verträge sicherstellen. Im Aussprachepapier, das der *Weltwoche* vorliegt, sind die Erklärungen hierzu detailliert aufgelistet. Gemeinsam ist allen Varianten folgendes Ziel: Der Zuwanderungsartikel in der Verfassung soll ausgehebelt werden.



Als hätte es nie eine Volksabstimmung gegeben: SP-Bundesrätin Sommaruga.

1 — Vorbehalt Völkerrecht: In dieser Version ist zwar weiterhin von einer selbständigen Steuerung der Zuwanderung über Höchstzahlen und Kontingente die Rede, aber die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz sollen gleichberechtigt im Verfassungsartikel 121a unter Ziffer 4 verankert werden. Zum Beispiel mit dem Wortlaut: «Bei der Regelung der Zuwanderung wird den bilateralen Beziehungen zur EU Rechnung getragen.» Der Vorbehalt führe zu einer Relativierung der Zuwanderungsbestimmung, heisst es im Aussprachepapier.

Diese Variante ist aber auch Sommarugas Juristen nicht ganz geheuer. Vorsichtshalber haben sie deshalb folgenden Kommentar hinzugefügt: Die Kompatibilität einer Zuwanderungsbeschränkung mit einem Vorbehalt beim Völkerrecht im selben Verfassungsartikel könne womöglich politisch zu reden geben.

2 — Neue Regelung der Zuwanderung: Höchstzahlen und Kontingente werden in Variante 2 gestrichen. Stattdessen soll es bloss noch heissen: «Der Bund steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern, er berücksichtigt dabei die gesamtwirtschaftlichen Interessen sowie die demographischen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Schweiz.» Zur Begrenzung der Zuwanderung könne der Bund Zulassungsvoraussetzungen festlegen, zahlenmässige Vorgaben machen oder die Ausgestaltung des Aufenthalts regeln. Die Variante enthält weiter einen Vorbehalt beim Völkerrecht und die Förderung des inländischen Potenzials für Arbeitskräfte. Gestrichen werden die Übergangsbestimmungen punkto Umsetzungsfristen und Anpassung der völkerrechtlichen Verträge. Diese Lösung kommt laut Aussprachepapier der derzeit im Parlament diskutier-

ten Lösung zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative am nächsten.

3 — Bilaterale Beziehungen: Bei der dritten Variante bliebe der Zuwanderungsartikel unverändert bestehen. Man würde jedoch das bisher in der Verfassung nicht erwähnte Verhältnis der Schweiz zur EU in Artikel 54 der Bundesverfassung konkret umschreiben. Zum Beispiel: «Der Bund trägt den engen Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten Rechnung und fördert die bilateralen Beziehungen zur EU. Er berücksichtigt beim Abschluss und bei der Umsetzung völkerrechtlicher Verträge insbesondere die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz sowie die sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen.» Im Aussprachepapier wird angemerkt, dass diese Variante sich auch mit den Varianten 1 und 2 kombinieren liesse.

Gespräche mit der EU abgebrochen

Sommaruga betonte am 26. Oktober vor den Medien, der Bundesrat habe sich substantiell noch nicht mit der Stossrichtung befasst. Eines lässt sich aufgrund der eingegangenen

Die Meinungen der Bundesräte in Bezug auf einen Gegenvorschlag gehen weit auseinander.

Mitberichte aber jetzt schon sagen: Die Meinungen der einzelnen Bundesräte in Bezug auf einen direkten Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative gehen weit auseinander. Der Variantenentscheid soll in der letzten Bundesratssitzung des laufenden Jahres fallen – nachdem National- und Ständerat die Umsetzung der MEI fertig beraten haben. Die Schlussabstimmung im Parlament ist für die Wintersession geplant.

Die vom Parlament beschlossene Lösung dürfte die Ausgestaltung des Gegenentwurfs zur Rasa-Initiative präjudizieren. Bundesrätin Sommaruga hat dies in ihrem Aussprachepapier so festgehalten. «Ein direkter Gegenentwurf zur Rasa-Initiative könnte es erlauben, die Vereinbarkeit der vom Parlament gewählten Lösung mit der Verfassung sicherzustellen und eine verfassungsmässige Grundlage für den Erhalt und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zur EU zu schaffen, wie dies Rasa verlangt.» Mit anderen Worten: Angepeilt wird eine gesetzlich saubere Beerdigung des Zuwanderungsartikels.

P.S.: Die Konsultationen mit der EU zur Anpassung des Freizügigkeitsabkommen hat die Schweiz laut Sommarugas Aussprachepapier inzwischen abgebrochen, da die Masseneinwanderungsinitiative freizügigkeitskonform umgesetzt werde – ganz im Sinne der EU-Kommissare und als hätte es nie eine Volksabstimmung gegeben. ○

Politik

Chronik einer Dauerfehde

Die SVP hat im Parlament die Kontroverse um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative verloren. Gewinnen will die Partei trotzdem. Von René Zeller

SVP-Präsident Albert Rösti ist nicht bekannt als rhetorischer Berserker. Am Samstag packte er vor den nach Balsthal gereisten Delegierten aber den Hammer aus. «Euro-Turbos und Verfassungsbrecher wollen die SVP demütigen!» – «Machthungrige Demokratieabschaffer gehören abgewählt!»

Rösti befeuerte mit seiner Brandrede gegen die Konstrukteure des «Inländer-vorrangs light» den in der SVP omnipräsenten Furor. Dass die Emotionen hochgehen in den Reihen jener Partei, deren Initiative gegen Masseneinwanderung von Volk und Ständen gutgeheissen wurde, ist nachvollziehbar. Nichts deutet darauf hin, dass das Parlament den im Verfassungsartikel 121a formulierten Auftrag adäquat umsetzen wird. Was Rösti in seiner präsidentalen Rede nicht sagte: Das Parlament spielt der SVP insofern in die Hände, als diese ihre Kernforderungen – Zuwanderung stoppen, Brüssel meiden – mit voller Kraft weiterbewirtschaften kann.

Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, das der Bundesrat 1999 unterzeichnet hatte, ist für die SVP seit je ein Stein des Anstosses. Als das Volk im Mai 2000 aufgerufen war, über das Abkommen zu befinden, lavierte die SVP noch. Die Partei hatte den Bundesrat mit dem Nein zum EWR auf den bilateralen Weg gezwungen. Sie rang sich deshalb zu einem Ja durch.

Im September 2005 wurde der Souverän zur Urne gerufen, um über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten zu befinden. Diesmal beschloss die SVP die Nein-Parole. Die Stimmberechtigten sagten wiederum deutlich ja.

Kompliziert war die Gemengelage, als 2009 an der Urne gleichzeitig über die generelle Weiterführung der Personenfreizügigkeit und über deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien zu entscheiden war. Christoph Blocher, damals seit kurzem alt Bundesrat, ärgerte sich über diese Paketlösung und empfahl seiner Partei, abseitszustehen. Blocher selber wollte noch nicht Tabula rasa machen mit der Personenfreizügigkeit: Seine Losung «Wir sollten es wagen» verursachte SVP-intern Irritationen. Die Delegierten befanden, man solle es nicht wagen. Wiederum reüssierte die Volkspartei nicht. Fast 60 Prozent der

Stimmberechtigten stützten die Personenfreizügigkeit.

Die erwähnten Niederlagen an der Urne hinderten die SVP nicht daran, unbeirrt auf das Thema Zuwanderung zu setzen. Im Mai 2011 zündete die SVP die nächste Eskalationsstufe. In Einsiedeln bejubelten die Delegierten den Stapelauf der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung. Das Ergebnis, das am 9. Februar 2014 resultierte, ist bekannt. Seither hat die SVP nicht alles richtig gemacht. Ende 2015 wurde Guy Parmelin in den Bundesrat gewählt. Die Volkspartei hätte die Hand nach dem Justiz- und Polizeidepartement austrecken können, in dem das Staatssekretariat für Migration angesiedelt ist. Bundesrätin Sommaruga hatte das Justizdepartement 2010 widerwillig übernommen. Jetzt muss die SVP damit leben, dass Sommaruga & Co. die Initianten ins Leere laufen lassen.

«Das wird sich rächen»

Hat die SVP die Lufthoheit über dem Migrationstammtisch verloren? Man täusche sich nicht. Die Vorbereitungen für den Gegenangriff sind bereits angelaufen.

Dass das Freizügigkeitsabkommen nötigenfalls zu kündigen sei, hatte Blocher schon 2008 angedroht. Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative forderte die SVP-Fraktion im Dezember 2014 den Bundesrat in einer Motion auf, das Abkommen zu kündigen, sofern die EU nicht verhandeln wolle. Falls der Bundesrat untätig bleibe, werde die SVP «eine Initiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens lancieren».

Eine Kündigungsinitiative ist aber, wie Albert Rösti bestätigt, noch nicht spruchreif. Vorab gelte es, die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa) und einen allfälligen Gegenvorschlag zu bodigen. Ob andere Parteien die SVP unterstützen werden, sei sekundär. «Wir zählen auf die Bevölkerung.» Auch SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz gibt sich abgeklärt. Seine Partei lasse sich von den verfassungswidrigen Manövern der Konkurrenz nicht provozieren. «Es wäre idiotisch, jetzt plötzlich Auge um Auge zu politisieren.» Amstutz rechnet aber damit, dass der Souverän die Nichtumsetzung der Zuwanderungsinitiative auf seine Weise quittieren werde. «Das wird sich rächen.»



«Am schlimmsten war die FDP»: Christoph Blocher.

«Die Volksverächter sind unter sich»

Die anderen Parteien seien daran, die direkte Demokratie abzuschaffen, sagt alt Bundesrat Christoph Blocher. Für die SVP ist damit das zentrale Wahlkampfthema gesetzt.

Von René Zeller und Thomas Buchwalder (Bild)

Christoph Blocher ist nicht mehr omnipräsent. In der Kontroverse um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hat er sich bisher mit öffentlichen Auftritten zurückgehalten. Doch den SVP-Chefstrategen lässt es selbstredend nicht kalt, dass seine Partei ins migrationspolitische Abseits gestellt wird. Der Kampf um Souveränität und Selbstbestimmung werde keinesfalls ohne ihn geführt, stellt er im Gespräch klar.

Herr Blocher, es läuft schlecht für die SVP. Niemand will Ihnen helfen, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Haben Sie das erwartet?

Ich habe es befürchtet. Schlecht läuft es aber nicht für die SVP, sondern für die Bürger, die endlich die masslose Zuwanderung beschränken wollen.

Ausserhalb der SVP herrscht Konsens darüber, dass sich die Initiative unmöglich wortgetreu umsetzen lässt.

Sie lässt sich umsetzen, aber man will es nicht. Die Verfassung schreibt ein Begrenzungskonzept vor, das in der Schweiz von

1970 bis zur vollständigen Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 erfolgreich angewendet wurde. Bis 1970 galt mehr oder weniger schon die Personenfreizügigkeit, mit unhaltbaren Folgen. Deshalb beschränkte der Bundesrat zusammen mit der Wirtschaft die Zuwanderung, so wie dies heute die Verfassung wieder verlangt. Es galten der Inländervorrang sowie jährliche Kontingente und Höchstzahlen. Trotz Jahren mit starkem Wirtschaftswachstum lag die Nettoeinwanderung von 1970 bis 2006 bei rund 20 000. Ohne diese Einschränkungen lagen die Zahlen von 2007 bis 2015 bei 81 000.

Trotzdem wird die SVP im Parlament chancenlos bleiben.

Das ist leider so. Die Politiker der anderen Parteien sitzen auf dem hohen Ross. Die Volksverächter sind unter sich, sie geben der EU den Vorzug vor Volkes Stimme. Die Schlaumeiereien zeigen in eklatanter Weise, wie weit sich Bundesrat und Parlament von der Bevölkerung entfernt haben.

Und wo, bitte sehr, bleibt die SVP? Parteipräsident Albert Rösti hat signalisiert,

die SVP werde gegen die absehbare «Light»-Lösung kaum ein Referendum anstrengen. Haben Sie aufgegeben?

Eine erfolgreiche Referendumsabstimmung brächte lediglich den heutigen Zustand, den das Volk zu ändern beschlossen hat. Zur Debatte steht keine SVP-Initiative mehr, sondern ein von Volk und Ständen angenommener Verfassungsartikel. Statt einer eigenständigen Regelung, wie von Volk und Ständen beschlossen, macht man nun ein Gesetz des Gegenteils.

Wie sieht Ihr Schlachtplan aus?

Wenn Parlament, Regierung und Justiz die Gesetzgebung den Stimmbürgern entreissen, ist man zunächst machtlos. Es wird zurzeit ein landesverräterischer Akt vollzogen. Plötzlich stellt man Völkerrecht, das *droit international*, generell vor Landesrecht. So wird die Souveränität ausgehebelt. Ich kenne keinen einzigen westlichen Staat, in dem das Völkerrecht der Verfassung vorgeht. Deshalb ist unsere Selbstbestimmungsinitiative dringend notwendig. Es geht darum, dass unsere höchsten Staatsgüter, die Souveränität und die direkte Demokratie, erhalten bleiben.

Damit lösen Sie das Zuwanderungsproblem nicht.

Wenn bei der Zuwanderung nichts passiert, wenn damit der Volkswille missachtet wird, dann muss das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU gekündigt werden.

Wie wollen Sie das erzwingen?

Der Bundesrat konstatierte vor dem Urnengang zur Masseneinwanderungsinitiative selber, dass diese mit dem Freizügigkeitsabkommen nicht vereinbar sei. Weiter schrieb er, das Abkommen müsste spätestens nach Ablauf von drei Jahren gekündigt werden, sollte es in dieser Frist nicht gelingen, das Abkommen initiativkonform neu auszuhandeln.

Glauben Sie im Ernst, dass der Bundesrat das tun wird?

Ich befürchte, dass er untätig bleiben wird. Für diesen Fall haben die SVP-Gremien beschlossen, eine Kündigungsinitiative einzureichen.

Wann beginnt die Unterschriftensammlung?

Sobald feststeht, dass der Zuwanderungsartikel nicht umgesetzt wird. Darum sind Ständeratsdebatte und der Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative, die volle Freizügigkeit verlangt, abzuwarten. Doch der Bundesrat will den Rasa-Initianten entgegenkommen. Das verheisst nichts Gutes.

Immerhin lehnt der Bundesrat die Rasa-Initiative ab, er will sie mit einem direkten Gegenvorschlag kontern. Das tönt doch ansatzweise kämpferisch.

Wer einen Gegenvorschlag macht, will zumindest teilweise den Initianten entgegenkommen. Ich kann Ihnen schon jetzt prognostizieren, dass alles unternommen wird, um den geltenden Verfassungsauftrag nicht umzusetzen. Es könnte sogar noch schlimmer kommen, indem der Vorrang des Völkerrechts oder die Unverrückbarkeit des Bilateralismus in der Verfassung verankert werden soll. Dann geht nicht nur die masslose Zuwanderung weiter, sondern die Schweiz kapituliert. Fremde Gesetze und fremde Richter ersetzen Volksentscheide.

Vorrangig bleibt aber die Frage, wie sich die Zuwanderung entwickelt. Die jüngsten Zahlen sind rückläufig.

Was heisst das schon? Statt durchschnittlich 80 000 Menschen pro Jahr sollen dieses Jahr ausnahmsweise 60 000 netto zuwandern. Vor der Einführung der Personenfreizügigkeit hatten wir kein einziges Jahr mit über 60 000.

Die SVP hat selber nie Höchstzahlen genannt.

Es werden jährliche Höchstzahlen verlangt. Die kann man nie generell festlegen. Mit dem in der Verfassung verankerten Konzept betrug die Zuwanderung früher

pro Jahr durchschnittlich rund 20 000. Auch das würde man wieder erreichen.

Ist das Ihre Zielgrösse?

Sie dürfen keine fixe Zielgrösse nehmen. Das variiert, weil die Zuwanderung auf die wirtschaftliche Entwicklung abgestimmt werden muss. Klar ist aber, dass 60 000 eine viel zu hohe Zahl ist.

Wenn Sie selber noch im Bundesrat mitwirken würden, hätten Sie einen Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative befürwortet?

Auf keinen Fall! Wer für den Gegenvorschlag ist, kommt jenen Kräften entgegen, die den Zuwanderungsartikel 121a eliminieren wollen.

Faktum bleibt, dass die SVP weder im Bundesrat noch im Parlament mehrheitsfähig ist.

Bezogen auf die zentralen Fragen Souveränität, direkte Demokratie, Neutralität und Selbstbestimmung, haben Sie recht. In diesen Fragen gibt es nur zwei Parteien im Land: die SVP, die diese Werte verteidigt, und alle anderen. Die anderen Parteien sind daran, die direkte Demokratie abzuschaffen. Das Volk kann beschliessen, was es will, sein Wille wird negiert. Das muss die SVP im nächsten Wahlkampf zum zentralen Thema machen.

Sie malen schwarz. Nicht nur die SVP will der EU nicht beitreten, und das institutionelle Rahmenabkommen, das Sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser, ist klinisch tot. Eigentlich könnten Sie Ihre Kampforganisation «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» auflösen.

Das wäre schön. Aber das Verhandlungsmandat für den Rahmenvertrag, das der Schweiz fremde Gesetze und fremde Richter bringt, ist beschlossen. Die Classe politique will ein Rahmenabkommen. Der Bundesrat will es, die Parlamentsmehrheit ebenso, die Verwaltung sowieso. Und die EU verlangt es. Zurzeit getraut man sich nicht, das Rahmenabkommen vorzulegen, weil es im Volk keine Chance hätte.

Ich behaupte das Gegenteil. Der Einzige, der ein Rahmenabkommen mit der EU will, heisst Didier Burkhalter.

Ich wäre froh, wenn sie recht hätten. Aber Bundesrat und Parlament haben in der Legislaturplanung unseren Antrag, auf diese Abkommen zu verzichten, abgelehnt.

Das Parlament hat unlängst beschlossen, dass das EU-Beitritts-gesuch zurück-zuziehen ist.

Ja, auf Druck der SVP. Im Moment erklärt man, man wolle nicht in die EU. Aber man liefert sich ihr aus!

Sprechen wir über die Performance der SVP. Sie verfügen wieder über zwei Bundesräte. Der Effekt ist marginal geblieben. Einverstanden?

Es gibt Fortschritte. Der Bankenplatz Schweiz ist in den letzten Jahren mehr oder

weniger ruiniert worden, weil man den Sonderfall Schweiz leichtfertig unter den Tisch gewischt hat. Mit Bundesrat Ueli Maurer hat der Wind etwas gedreht. Verbessert hat sich zudem die Grenzwa- che, es kommen weniger Illegale in die Schweiz. Auch das ist dem Wechsel im Finanzdepartement zu verdanken. Aber was die Wahrung der Souveränität angeht, haben wir unverändert Unordnung. Die SVP könnte auch drei Bundesräte haben, es würde nichts nützen.

Die SVP hat weder im Bundesrat noch im Parlament eine Mehrheit. Also muss sie Kompromisse eingehen. Ihre Partei steht unter Generalverdacht, dass sie weiterhin kompromisslos agiert.

Das stimmt nicht. Kompromisse sind unvermeidlich. Bei der Unternehmenssteuerreform III oder der AHV haben wir sehr wohl Hand geboten zu Kompromissen. Aber wenn die Unabhängigkeit auf dem Spiel steht, wenn man mit dem Vorrang des internationalen Rechts die Bürger ausschaltet, ist Unnachgiebigkeit Pflicht.

Die bürgerlichen Parteien haben monatelang mit den Wirtschaftsverbänden über Kompromisslösungen in der Zuwanderungsfrage gebrütet. Sie haben mitgewirkt. Erreicht haben Sie nichts.

In diesen Gesprächen, bei denen ich immer dabei war, hat die SVP Kompromissbereitschaft gezeigt. Wir kamen den Wirtschaftsverbänden der FDP und der CVP entgegen. Es waren furchtbare Gespräche. Am schlimmsten war die FDP, was sich dann auch in der nationalrätlichen Kommission zeigte.

Es gibt das geflügelte Wort von Carlo Schmid, die Schweiz sei zur Konkordanz verdammt. Die SVP scheint unverändert zur Opposition verdammt zu sein.

In den zentralen Fragen sind wir wieder in die Opposition gedrängt. Wir sind nicht bereit, die Schweiz aufzugeben. Vor den Wahlen hat man oft von einem bürgerlichen Schulterschluss gesprochen. Davon habe ich nie etwas gehalten, zumal mit einer Mitte-links-Regierung im Rücken.

Sprechen Sie heute immer noch von einer Mitte-links-Regierung?

Eindeutig.

Sie malen ein düsteres Bild.

Es ist realitätsgetreu. Ich beobachte besorgt, wie die Mandatsträger von CVP und FDP weiterhin lieber mit links kooperieren als mit der SVP. Aber ich habe mich längst daran gewöhnt, nein zu sagen zu den landesverräterischen Aktionen. Wenn es nicht anders geht, marschieren wir weiterhin allein.

Sie führen seit Jahrzehnten politische Schlachten. Werden Sie eigentlich niemals müde?

(Lacht) Doch, doch. Ich bin oft müde. Dann gehe ich schlafen. ○



Lockender Selbstbedienungsladen: Einbürgerungsfeier in Zürich.

Mit roter Hilfe zum roten Pass

Die Masseneinwanderung führt zum allseits sichtbaren Dichtestress. Die darauf etwas verzögert, aber zuverlässig folgenden Masseneinbürgerungen haben subtilere Konsequenzen: Sie führen zur Umwälzung der Politik. *Von Christoph Mörgeli*

Es war eine patriotische Botschaft der anderen Art, die SP-Exponenten am diesjährigen Nationalfeiertag verkündet haben. Sie riefen die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer auf, sich einbürgern zu lassen. Die roten Augustredner versprachen, den potenziellen Neubürgern bei den Formalitäten des Einbürgerungsverfahrens zur Hand zu gehen. Dazu stellen sich mehrere Dutzend «Einbürgerungsberater» zur Verfügung, darunter so prominente wie SP-Präsident Christian Levrat und Fraktionschef Roger Nordmann. Die Jungsozialisten lancieren derweil sogenannte Mitbestimmungsinitiativen zur Teilnahme der Ausländer am lokalen Stimmrecht.

Selbstverständlich erfolgen solche Bürgerinitiativen im eigentlichen Sinne des Wortes nicht ohne Absicht. Die Linke erhofft sich von den vielen Eingebürgerten viele linke Stimmen. Zwar weiss man in den SP-Zentralen genau, dass eine sozialdemokratische Einschleusehilfe eigentlich nicht im Sinne des Erfinders wäre: Von gut integrierten Neubürgern würde man erwarten, dass sie die entsprechenden Formulare in unseren Landessprachen selbständig ausfüllen können. Doch je bildungsferner und schlechter integriert die Neuschweizer sind – so die durchaus schlüssige Folgerung der SP –, desto mehr erwarten sie Heil und Hilfe von der öffentlichen Hand. Für viele Zuwanderer aus dem Balkan, der Türkei und aus Südeuropa bedeutet der

Staat weniger eine Solidargemeinschaft von uns allen als ein Selbstbedienungsladen, bei dem man alles abholt, was immer ein gut ausgebautes Sozialwesen zur Verfügung stellt. Unsere Gewerkschaften könnten ohne die Südeuropäer ihre Pforten schliessen. Gewerkschaftsfunktionäre heissen hierzulande weder Maurer noch Schmid und neuerdings auch nicht mehr Burger, sondern Pardini, Alleva, Ferrari, Fedele, Schiavi oder, besonders bezeichnend, Polito.

Neubürger wählen links

Masseneinwanderung und Masseneinbürgerungen sind tatsächlich durch und durch politisch. Denn das Ausländerproblem löst man am elegantesten, wenn man es einfach einbürgert. Es ist das erklärte Ziel der Linken, den Ausländeranteil durch «Vereinfachung» des Einbürgerungsverfahrens zu senken. Sie bekämpfen die traditionellen demokratischen Einbürgerungsentscheide und rufen nach dem Verwaltungsakt: Behörden sollen schematisch entscheiden, nicht die Stimmbürger von Fall zu Fall.

In den vergangenen 25 Jahren ist daher die Zahl der Einbürgerungen sprunghaft angestiegen. 1991 wurden noch 5872 Menschen eingebürgert. Diese Zahl erreichte 2006 als Folge der Masseneinwanderung aus dem Balkan der neunziger Jahre einen Allzeitrekord von 47 607, ging dann leicht zurück, um 2015 wieder 42 699 Einbürgerungen zu erreichen. Seit 1990 sind

nicht weniger als 800 000 Ausländerinnen und Ausländer Schweizer geworden.

Der Politologe Oliver Strijbis hat aufgezeigt, dass 24 Prozent der Wähler mit Migrationshintergrund bei den eidgenössischen Wahlen 2011 die SP gewählt haben; diese Partei erreichte indessen damals nur 18,7 Prozent. Demgegenüber entschieden sich bei den Wählern mit Migrationshintergrund nur gerade 22 Prozent für die SVP, während diese bei geborenen Schweizern zu 28 Prozent Zuspruch fand. Je diskriminierter sich eine frühere Ausländergruppe fühlte, desto linker präsentierte sich ihr Wahlzettel, speziell bei einer Herkunft aus Ex-Jugoslawien, der Türkei sowie aus muslimischen und schwarzafrikanischen Staaten.

Interessant wäre eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens der Neubürger aus den westlichen EU-Staaten, speziell der Deutschen, die sich wesentlich häufiger einbürgern lassen, seit die Bundesrepublik eine Doppelbürgerschaft erlaubt. Es ist wohl mehr als eine Vermutung, dass eingebürgerte Deutsche Fragen der internationalen Öffnung und der EU-Integration positiver beurteilen als die gebürtigen Schweizer. Zweifellos wären aussenpolitische Urnengänge ohne die grosse Zahl an Einbürgerungen zehn Jahre früher noch gegenteilig herausgekommen: So wurde der Beitritt zur politischen Uno 2002 knapp befürwortet, während dieselbe Vorlage 1986 noch sämtliche

Kantone und eine satte Mehrheit von 75,7 Prozent abgelehnt haben. Zwar wäre hier auch ein Sinneswandel bei den indigenen Schweizern zu berücksichtigen. Ganz klar liegt indessen der Fall bei der Zustimmung zum Schengen/Dublin-Vertrag. Was 2005 die Gnade des Volkes fand, wäre zehn Jahre zuvor ohne Einbürgerungen noch klar gescheitert.

Schweizer Pass als Sonderfall

Nicht nur die ordentlichen Einbürgerungen sind zwischen 2014 und 2015 gemäss Erhebungen des Staatssekretariats für Migration von 23 895 auf 31 166 und damit so stark angestiegen wie seit fünf Jahren nicht mehr. Auch die Einbürgerungen von Ehepartnern von Schweizern oder ausländischer Kinder mit einem Schweizer Eltern-teil stehen mit 9400 Fällen auf einem Allzeithoch. Die meisten Neuschweizer stammen übrigens aus Portugal und Italien, woraus geschlossen werden kann, dass die Anforderungen an die Sprachkenntnisse nicht ganz so hoch sind, wie der Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission jammerte. Der Schweizer Pass ist in zweierlei Hinsicht ein gewisser Sonderfall: Erstens gestattet er direktdemokratische Mitbestimmungsrechte, wie es sie sonst weltweit nirgends gibt. Zweitens erlaubt er visumfreie Einreisen in derzeit 172 Staaten der Welt. Weniger zu empfehlen wäre diesbezüglich der afghanische Pass, mit dem die Inhaber ohne Visum nur gerade 25 Länder bereisen dürfen.

Im Grunde ist es erstaunlich, dass die SVP mit allen Mitteln gegen die Masseneinwanderung kämpft, der gleichzeitig stattfindenden Masseneinbürgerung aber nichts entgegensetzt. Am 12. Februar 2017 dürfte eine Vorlage zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation wohl ohne grossen Widerstand an der Urne durchgewinkt werden – obwohl diese den Anteil gerade muslimischer Stimmbürger markant erhöht, weshalb wir zu vielen Mitbürgern mit völlig anderen Rechtsvorstellungen kommen. Darum sind die Einbürgerungen letztlich noch relevanter als die Zuwanderung; die Belastung der Infrastrukturen ist das eine, die mögliche Umwälzung der politischen Entscheide, ja des ganzen politischen Erfolgsmodells der Schweiz ist das andere.

Der liberale Staatsrechtslehrer Zaccaria Giacometti hat in seiner Zürcher Rektoratsrede von 1954 ausgeführt, wie wichtig es für die Demokratie als Hüterin der Menschenrechte sei, dass eine freiheitliche Wertvorstellung als Tradition nachwirke, «dass also die vorausgegangene Generation der lebenden Generation einen Schatz an freiheitlichen politischen Vorstellungen, Anschauungen und Erfahrungen überliefert hat». Eine solche Überlieferung muss man bei den heute betriebenen Einbürgerungen weitgehend vergessen. Die Masseneinwanderung gefährdet das generationenweise Hineinwachsen in die direktdemokratische Verantwortung. Und damit nicht weniger als unsere Freiheit. ○

Operation Reinwaschen

Jürg Schmid, Chef von Schweiz Tourismus, steht in der Kritik. Jetzt versucht er, mit nebulösen Erklärungen intern die Wogen zu glätten. Von Hubert Mooser

Montag, 24. Oktober, im Hauptsitz von Schweiz Tourismus (ST) an der Tödistrasse 7 in Zürich. Unmittelbar nach einer Geschäftsleitungssitzung ruft Stabschef Tiziano Pelli im Auftrag von Direktor Jürg Schmid die Mitarbeiter zu einer ausserordentlichen Besprechung zusammen. Externe Mitarbeiter werden via Telefonkonferenz kontaktiert. Die Geschäftsleitung will – aufgeschreckt durch einen Bericht in der *Weltwoche* – die Mitarbeiter über die Hintergründe zu den gegenwärtigen Medienberichten informieren. Kurzum: Jürg Schmid hat eine Art Operation Reinwaschen eingeleitet.

Seit die horrenden Lohnsteigerungen des Schweiz-Tourismus-Chefs an die Öffentlichkeit gedrungen sind, hat die vom Bund hochsubventionierte Organisation eine schlechte Presse. Während die Branche über sinkende Umsätze klagt, verdient Schmid inzwischen gegen 424 000 Franken pro Jahr, inklusive Spesenpauschale. Das habe seine Richtigkeit, verkündet Schmid den rund achtzig anwesenden Mitarbeitern. Sein Salär sei von Bundesrat und Vorstand abegesen worden. Er genieße in der Branche weiterhin grosse Sympathien.

Und dann versteigt sich der ST-Direktor zu einer wilden Spekulation: Hinter den Zeitungsberichten stünden frühere Geschäftsleitungsmitglieder und wahrscheinlich die SVP. Schmid erinnerte daran, dass Christoph Blocher als

Bundesrat den provokativen Vorschlag gemacht hatte, Schweiz Tourismus nur noch mit einem Franken zu unterstützen. Der Schönheitsfehler in Schmid's fabulösen Ausschweifungen: Es waren nicht SVP-Vertreter, die während der verflochtenen Herbstsession seinen Lohn hinterfragten, sondern Sozialdemokraten wie Susanne Leutenegger Oberholzer. Aber auch sonst gibt Schmid's Lohn hauptsächlich in der Branche zu reden. Tourismus-Kenner sagen: Bis zur Ära von Walter Leu an der Spitze der Organisation (1979 bis 1994) figurierte das Salär des Chefs in der höchsten Lohnklasse des Bundes. Dann wurde

Sein Salär sei vom Bundesrat abegesen worden. Er genieße weiterhin grosse Sympathien.

es um eine Lohnklasse zurückgestuft. Unter Direktor Marco Hartmann (1995 bis 2000) stützte der Bund den Lohn des Schweiz-Tourismus-Chefs um weitere drei Lohnklassen. Erst als die Kompetenz zur Festlegung der Löhne auf den Vorstand übertragen wurde, ging es in die andere Richtung: nach oben.

Unangebracht finden Touristiker die variable Lohnkomponente von Schmid's Salär, die der Betroffene selber fast als Entschuldigung für sein hohes Einkommen bei der Infositzung von letzter Woche vorbrachte. Der Tourismus sei vom Wetter, von der Währung, von der Wirtschaft und von der Werbung abhängig. Schmid könne nur bei der Werbung etwas bewirken, monieren Branchenvertreter. Eine erfolgsbasierte variable Lohnkomponente wie bei Bankern sei folglich bei Schmid fehl am Platz.

Viele Sympathien hat sich Schmid schon 2014 verscherzt, als er sich in den Bündner Tourismusrat einbinden liess und damit wenig Fingerspitzengefühl bewies. Das sorgte für böses Blut in der Branche und führte zu Interventionen von Touristikverantwortlichen anderer Regionen. Schmid hat kein Verständnis für die Kritik: «Die Mitgliedschaft im Tourismusrat Graubünden ist Bestandteil der Aufgabe von Schweiz Tourismus», richtet sein Mediensprecher André Aschwanden aus. Jürg Schmid partizipiere ja auch im Beirat des Walliser Tourismus Observatoriums. Allerdings wissen im Wallis weder Tourismusverantwortliche noch höchste Regierungskreise, ob Schmid in einem Beirat im Wallis sitzt. Unklar ist den lokalen Branchenkennern zudem, was sein Beitrag im Tourismus Observatorium genau sein soll. ○



Die SVP? Schweiz-Tourismus-Direktor Schmid.

Die Kosten der offenen Grenzen

Bringt die Personenfreizügigkeit tatsächlich mehr Wohlstand? Viele glauben, sie habe eine ähnlich positive Wirkung wie der Freihandel. Der hohe Preis des freien Personenverkehrs wird übersehen.

Von Reiner Eichenberger und David Stadelmann (Text) und Dorian Stroligo (Illustration)

Die Personenfreizügigkeit wird weiterhin von vielen Politikern als allgemeiner Wohlstandstreiber gepriesen. Wir glauben, dass es sich lohnt, nochmals darüber nachzudenken.

Viele argumentieren, Personenfreizügigkeit steigere die Wohlfahrt analog zum Freihandel. Das ist nur halb richtig. Personenfreizügigkeit hat wie Freihandel einen grossartigen Freiheitseffekt: Menschen können dorthin wandern, wo es ihnen am besten geht. Auf die Zuwanderungsländer wirkt sie aber anders als Freihandel.

Freihandel schafft bessere Import- und Exportmöglichkeiten. Die günstigeren Importe nützen den Konsumenten und ärgern die einheimischen Produzenten, die aber zugleich neue Exportmöglichkeiten erhalten. Die zusätzlichen Importe drücken auf die Preise und den Wechselkurs, was die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Exporte wachsen lässt. So bringt Freihandel oft ein symmetrisches Wachstum von Importen und Exporten sowie Wirtschaftswachstum bei konstanter Einwohnerzahl. Dadurch steigt das Pro-Kopf-Einkommen. Zwar erzeugt Freihandel Gewinner und Verlierer, aber die Gewinne sind grösser als die Verluste, und mit geeigneten Umverteilungsmassnahmen könnten alle bessergestellt werden.

Asymmetrische Wanderung und Kompensationsverbot — Personenfreizügigkeit schafft bessere Ein- und Auswanderungsmöglichkeiten. Je besser die politischen Institutionen und so die Politik sowie die Einkommen in einem Land sind, desto asymmetrischer wird die Zuwanderung dorthin. Das erhöht den Lohndruck auf Arbeitnehmer, die in direkter Konkurrenz zu den Zuwanderern stehen. Die Gewinne der Arbeitgeber sind dabei aber grösser als die Verluste der einheimischen Arbeitnehmer, weil sie auch von der Arbeit der Zuwanderer profitieren. Anders als bei Freihandel können die Verlierer aber nicht entschädigt werden. Die EU-Definition von Personenfreizügigkeit verbietet, zwischen In- und Ausländern zu diskriminieren und so die inländischen Arbeitnehmer als Verlierer der Zuwanderung gezielt zu kompensieren.

Der Lohndruck bringt weitere wichtige Reaktionen. Mit den Löhnen sinken die Lohnkosten. Das macht Zuwanderungsländer attraktiver für Investitionen. Wenn Kapital völlig frei zufließen und die Produktion zu konstanten Kosten ausgedehnt werden kann, verschwinden die negativen Lohn- und Wohlfahrtseffekte der



«Negative politische Anreizeffekte.»

Zuwanderung vollständig: Mit den Zuwanderern kommen «automatisch» auch die Arbeitsplätze. Auf dieser Annahme basieren viele Gutachten zur Personenfreizügigkeit. Tatsächlich war sie bisher für die Schweiz insgesamt recht realistisch. Deshalb finden auch die empirischen Studien keinen allgemeinen Lohndruck durch Zuwanderung, sondern nur in einzelnen Regionen und Branchen. Wichtig ist aber Folgendes: Solange Arbeitsplätze und -kräfte gleichgewichtig zunehmen, bringt Zuwanderung zwar keinen Lohndruck, aber entgegen weitverbreiteter Meinung auch keine Reduktion des Fachkräftemangels. Entsprechend besteht dieser nach vielen Jahren hoher Zuwanderung unverändert fort.

Die Zuwanderung besonders hochqualifizierter und arbeitsamer Arbeitskräfte kann einem Land Vorteile bringen: Sie beschert dem

Staat zumeist mehr Einnahmen als Ausgaben und lässt die durchschnittliche Qualifikation und Beschäftigungsquote steigen, was die Produktivität und den Wohlstand auch der Einhei-

Der Fachkräftemangel besteht nach vielen Jahren hoher Zuwanderung unverändert fort.

mischen steigern kann. Solch positive Effekte der Zuwanderung sind aber kaum nachhaltig. Sie lösen weitere Zuwanderung aus, und die Wohlfahrt wird durch einen weiteren Gleichgewichtsmechanismus begrenzt.

Überfüllungs-, Umverteilungs- und Anreizeffekte — In der Realität gibt es neben Arbeit und Kapital weitere Produktionsfaktoren, die

in nützlicher Frist nur zu steigenden Kosten vermehrt werden können, insbesondere Boden, Infrastruktur und verschiedene Umweltgüter. Mit schnellem zuwanderungsbedingtem Bevölkerungswachstum werden diese Faktoren knapper und teurer. Durch diese Überfüllungseffekte gleicht sich die Lebensqualität zwischen den Ab- und Zuwanderungsländern an und unterscheidet sich langfristig nur noch im Ausmass der Wanderungskosten. Tatsächlich ist die Welt voller solcher Wanderungsgleichgewichte. So sind London, München oder der Kanton Zug besonders attraktive Standorte. Aber weshalb ziehen nicht viel mehr Leute dorthin? Einfach weil die Boden- und Mietpreise und all die anderen natürlichen knappen Faktoren die Vorteile praktisch vollständig kompensieren. Die Gewinner dieses Umverteilungseffektes sind die Besitzer der knapper werdenden Faktoren, insbesondere von Bauland und Miethäusern. Wiederum verunmöglicht die Personenfreizügigkeit nach EU-Definition eine Entschädigung der Verlierer. Weil Entschädigungen auch an Neuzuwanderer bezahlt werden müssten, würden sie sogar weitere Zuwanderung und damit neue Überfüllungseffekte auslösen.

Oft wird behauptet, Zuwanderung mache Staatsschulden besser tragbar. Für Zuwanderer attraktive Staaten haben aber nicht Schulden, sondern bedeutende Nettovermögen – wenn ihre Vermögenswerte wie Infrastruktur, öffentliche Unternehmungen, Gebäude und Boden berücksichtigt werden. Für die Schweiz weist die Eidgenössische Finanzverwaltung bei sehr konservativer Bewertung der Vermögenswerte für 2015 ein Eigenkapital von über 60 Milliarden Franken aus. Zuwanderung reduziert also nicht die Schulden, sondern das Vermögen pro Kopf, was eine Form des Überfüllungseffekts darstellt.

Aus den Überfüllungs- und Umverteilungseffekten ergeben sich schliesslich zunehmend negative politische Anreizeffekte. Zum einen sinken die Anreize der Bürger, für gute Politik und hohe Standortqualität einzutreten, weil diese mehr Zuwanderung und die damit verbundenen Effekte bringen. So argumentieren schon heute die Schweizer Linksparteien gegen tiefere Unternehmenssteuern, sie zögen nur noch mehr Zuwanderung an. Sollte sich dieses Argumentationsmuster durchsetzen, wäre das für den Standort Schweiz katastrophal.

Zum anderen bewirkt Personenfreizügigkeit mit dem Verbot von expliziten Entschädigungen, dass die Einheimischen zunehmend implizit geschützt beziehungsweise die Zuwanderer implizit diskriminiert werden. Dabei dienen Mindestlöhne und Entlassungsschutz im Arbeitsmarkt sowie Mietregulierungen und Kündigungsschutz im Wohnraummarkt als ineffiziente Hauptinstrumente. Sie sind nach EU-Regeln zulässig, weil sie nicht explizit die Einheimischen bevorteilen,

sondern «nur» ganz allgemein die bisherigen Arbeitsplatz- sowie Wohnungsinhaber gegenüber neuen Marktteilnehmern privilegieren – also gegenüber den potenziellen Zuwanderern als auch gegenüber den einheimischen Jungen. Als Folge wächst in den EU-Ländern die Kluft zwischen Alt und Jung immer mehr an. Ähnliches droht längerfristig auch der Schweiz, wenn die flankierenden Massnahmen noch ausgeweitet werden.

Symmetrische Wanderung ist gut — Die Gesamtwirkung der Personenfreizügigkeit folgt aus dem Freiheitseffekt einerseits und den Überfüllungs-, Umverteilungs- und politischen Anreizeffekten andererseits. Letztere sind umso grösser, je asymmetrischer die Wanderungsströme sind und dadurch einzelne Länder und Regionen lange ein hohes Bevölkerungswachstum haben. Wenn die Wanderungsströme hingegen symmetrisch und so die Überfüllungs- und Umverteilungseffekte klein sind, überwiegt der Freiheitseffekt klar. Das erklärt auch, weshalb

Der Königsweg besteht darin, das Prinzip der Personenfreizügigkeit neu zu interpretieren.

die Personenfreizügigkeit innerhalb von Ländern zumeist unbestritten ist. Da dort die regionalen politischen Institutionen weitgehend äquivalent sind, sind die Wanderungsströme nicht prognostizierbar asymmetrisch.

Wie aber kann die Symmetrie der Wanderungsströme zwischen Ländern gestärkt werden? Auf die schnelle Erreichung eines Gleichgewichts sollte nicht gehofft werden. Weil die Wanderungskosten für die Zuwanderer über die Zeit sinken, immer neue Menschen ins wanderungsfähige Alter kommen und die Mietmärkte aufgrund von Regulierung nur langsam reagieren, werden die Wanderungsströme noch lange von Ländern mit eher schlechten in diejenigen mit guten Institutionen fliessen und dort hohe Kosten verursachen.

Ein anderer Ansatz wäre zu versuchen, die Lebenschancen in den Auswanderungsländern zu verbessern. Die Umverteilung von Finanzmitteln würde dazu niemals reichen und brächte Verschwendung. Vielmehr müsste die Qualität der Politik in den verschiedenen Regionen angeglichen werden. Dafür schwebt vielen EU-Politikern eine Harmonisierung der Politik von oben vor. Das Risiko ist aber gross, dass dabei keine gute, sondern eine schlechte zentrale Politik für alle herauskommt. Der einzig erfolgversprechende Weg wäre deshalb, die Qualität der politischen Institutionen anzugleichen. Nur wenn die EU-Länder auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ähnlich funktionsfähige Institutionen – nennen wir sie äquivalente Institutionen – haben, wird auch die Qualität der Politik und so die Lebensqualität ähnlich. In

der Vergangenheit hatte die Europäische Union vor der Aufnahme neuer Mitglieder versucht, dort institutionelle Reformen durchzusetzen. Zumeist legte sie aber wenig Gewicht auf wirklich wirksame und nachhaltige Institutionen, etwa eine umfassende Dezentralisierung, wohl weil diese auch in manchen alten EU-Ländern fehlen. Folglich können die politischen Institutionen in Europa bestenfalls sehr langsam äquivalent ausgestaltet werden.

Personenfreizügigkeit mit Zuwanderungsabgaben — Der Königsweg besteht deshalb darin, das Prinzip der Personenfreizügigkeit neu zu interpretieren. Ihr Freiheitseffekt sollte bewahrt, aber gezielte Kompensationen der Verlierer zugelassen werden. Entsprechend sollte der freie Personenverkehr nicht durch Quoten und Kontingente eingeschränkt werden, denn das würde den Freiheitseffekt stark reduzieren und brächte hohe bürokratische Kosten.

Viel effektiver ist eine Steuerung mit Zuwanderungspreisen. Sie können direkt mit einem temporären finanziellen Beitrag der Neuzuwanderer oder indirekt mittels zeitweiligen Ausschlusses der Zuwanderer von gewissen Staats- oder Sozialleistungen realisiert werden. Sie sollten von der Dauer des Aufenthalts im neuen Wohnsitzstaat abhängen. Ideal wäre eine Art Tagesgebühr – ähnlich der Kurtaxen – die von jedem Neuzuwanderer für einige wenige Jahre mit der Einkommenssteuer erhoben würde. So würden die Zuwanderer einen Teil der von ihnen verursachten Überfüllungs- und Umverteilungseffekte tragen, was den Einheimischen Anreize gäbe, die Schweiz weiterhin für Zuwanderer attraktiv zu halten.

Der grosse Freiheitseffekt der Personenfreizügigkeit – dass Menschen frei und ohne bürokratische Behinderungen an den von ihnen bevorzugten Ort ziehen können – bliebe mit einer Zuwanderungsabgabe erhalten. Die von asymmetrischen Wanderungsströmen verursachten Nachteile würden gemindert, die Wanderung gesenkt und dorthin gelenkt, wo die Überfüllungs- und Umverteilungseffekte klein sind. Schliesslich könnte ein Teil der Einnahmen dazu verwendet werden, in den Auswanderungsländern den Aufbau äquivalenter Institutionen zu unterstützen, wovon langfristig alle Beteiligten profitierten.



Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg sowie Forschungsdirektor von Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts)



David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts).

Die Ankerfrau vom Leutschenbach

Susanne Wille moderiert vielsprachig, und federleicht stemmt sie grosse TV-Kisten. Jetzt hilft sie auch noch mit, das schlingernde Schweizer Fernsehen in die digitale Zukunft zu steuern.
Von René Zeller

Ob sie Donald Trump interviewt hätte? «Unbedingt», antwortet Susanne Wille, ohne zu zögern. Der Mann habe das Vorwahlprozedere mit seinen Anti-Establishment-Parolen geprägt. Unabhängig vom Wahlausgang blieben viele spannende Fragen zu stellen, die nicht allein Trumps obsessives *naming and shaming* betrafen.

Diese Neugier ohne Scheuklappen ist charakteristisch für Susanne Willes Berufsauffassung. Die 42-jährige Fernsehfrau ist weit mehr als eine kompetente Moderatorin. Mindestens so respektheischend ist, was sie hinter den Kameras leistet. Die Aargauerin, die als Videojournalistin beim Regionalsender Tele M1 ins Medienfach einstieg, will wissen, wovon sie am Bildschirm spricht. Sie müsse mit ihren Gesprächspartnern auf Augenhöhe sein, ein Gesetz verstehen, Sachbücher lesen, als Reporterin an Schauplätze ausrücken. «Moderieren geht für mich nicht ohne Recherchieren», sagt sie. «Sonst wäre mir der Job zu langweilig.»

Wohin geht die Reise?

Den Verantwortlichen der SRG pfeift ein eisiger Wind um die Ohren. Sie müssen das medienpolitische Powerplay ertragen. Fatal wäre es aber, wenn sich die Fernsehmacher auf einen Abwehrkampf versteifen würden. Unabhängig von «No Billag»-Initiative und Service-public-Kontroverse erfordert die digitale Revolution strukturelle Veränderungen. Betriebsblind sind die vielgescholtenen Kaderleute in Zürich Leutschenbach nicht. Ein Projektteam hat sich aufgemacht, das Informationsangebot des Deutschschweizer Fernsehens neu auszurichten. Ein kompetenter Fernsehjournalist, «Tagesschau»-Chef Urs Leuthard, leitet die Taskforce. Mit Wille steht ihm eine kundige Fernsehfrau zur Seite.

Es ist nicht leicht, der Vielbeschäftigten einen Gesprächstermin abzurufen. Susanne Wille steckt mitten in den Vorbereitungen für die neunzigminütige SRF-Spezialsendung, die nach dem Finale des amerikanischen *martial arts* Wahlkampfes ausgestrahlt wird. Sie bereitet sich auf ihre Rückkehr von der «Rundschau» zum Informationsmagazin «10 vor 10» vor, die auf Anfang 2017 terminiert ist. Und sie wälzt unablässig Gedanken, wo angepackt werden muss auf der Grossbaustelle Television.

Also denn: Wohin geht die Reise? «Es muss sich vieles verändern, wir können nicht so weiterfahren wie bis jetzt», sagt Susanne Wille unumwunden. Das sei keine bahnbrechende Erkenntnis, wenn man sich vor Augen führe, wie



«Gärtchendenken ist vorbei»: Fernsehjournalistin Wille.

die heute Fünfzehnjährigen Medien konsumierten. Angesagt seien Snapchat, Instagram, Youtube, Facebook, wogegen der Konsum traditioneller TV-Formate bei der heranwachsenden Generation oftmals null Sekunden betrage. Wille, die mit dem «Tagesschau»-Moderator Franz Fischlin verheiratet und Mutter dreier Kinder ist, ist überzeugt, dass fix terminierte Sendungen einen immer schwereren Stand haben werden. Gleichwohl müsse es das Ziel sein, die Redaktionen aller tagesaktuellen Sendeformate in einem Raum zusammenzuführen. Früher habe die «10 vor 10»-Redaktion ihre Recherchen vor den auf dem gleichen Stockwerk sitzenden «Tagesschau»-Kollegen aus Prestigegründen kassiert. «Dieses Gärtchendenken ist vorbei.»

Noch breitere Debatte

Die Dynamisierung der Berichterstattung praktiziert Susanne Wille schon jetzt, wenn sie die «Rundschau» präsentiert. Heute interes-

sieren sich das Publikum an den Handys für ein Interview, bevor es ausgestrahlt worden sei. Das «Exklusivgespräch» mit dem syrischen Diktator Assad ist hierfür beispielhaft. Die «Rundschau»-Crew vermarktete das Interview frühzeitig. Nach der Sendung war der Tag nicht fertig. «Ich schulde den Leuten Antworten, stelle mich auf sozialen Netzen der Kritik – auch wenn ich nach der Sendung müde bin.» Umfasst das auch Selbstkritik? Wille moderierte die Sendung rund um das Interview, das ihr bissiger Kollege Sandro Brotz geführt hatte. Assad war cleverer, üppig platzierte er seine hanebüchernen PR-Botschaften. Rückblickend urteilt Wille: «Wir hätten eine längere Sendung machen, die Debatte noch breiter führen müssen.»

Im angelsächsischen Raum wäre Susanne Wille, die bereits von 2001 bis 2011 die Sendung «10 vor 10» moderierte, längst zur *anchorwoman* geadelt worden. In der Schweiz dauert alles etwas länger. Zur Ankerfrau von Leutschenbach

ist sie avanciert, nachdem sie 2015 die zwölfstündige Livesendung zu den nationalen Parlamentswahlen bravourös präsentiert hatte. Ein Glücksfall für das Deutschschweizer Fernsehen ist Wille aber vor allem, weil sie eine Journalistin mit Tiefgang ist. Wenn die Ankerfrau davon spricht, dass das Nachrichtenangebot durchlässiger, interaktiver und zeitgemässer portioniert werden müsse, so betont sie gleichzeitig, journalistische Fachkompetenz bleibe unabdingbar. «Es braucht mehr Debatte, mehr Vertiefung, mehr Einordnung. Alles andere käme einer Kapitulation gleich.» Der so formulierte Appell für engagierten Journalismus ist glaubwürdig, weil Wille handwerklich vorangeht. Sie ist in der Lage, prominenten Interviewpartnern in Französisch, Englisch, Italienisch und Portugiesisch auf den Zahn zu fühlen. Sie habe stets viel in Sprachen investiert, höre beim Autofahren italienische oder französische Radiosendungen, lese fremdsprachige Literatur.

Wer viele Talente besitzt und obendrein telegen ist, läuft Gefahr, auf zu vielen Hochzeiten zu tanzen. Susanne Wille parliert regelmässig am World Economic Forum (WEF) mit Wirtschaftsgrössen. Parallel dazu moderierte sie im figurbetonten Glitzerkleid zweimal die seichte Unterhaltungskiste «Swiss Award». «Es ist klar, dass ich im politischen Journalismus zu Hause bin», verortet sie sich selber. Den Verdacht, sie fühle sich auch in der Boulevard-Ecke pudelwohl, kontert sie mit dem Hinweis, dass sie privat das Scheinwerferlicht meide, wo sie könne. Es gehe ihr aber um den schleichenden Vertrauensverlust der Medien. «Selbstkritisch müssen wir sagen, dass im Newsjournalismus positive Geschichten zu kurz kommen.» Beim «Swiss Award» habe sie Menschen ins Licht rücken können, die Aufmerksamkeit verdient hätten.

Rüstzeug zur Chefredaktorin

Und wie geht Susanne Wille, diese leidenschaftliche Journalistin, mit dem Gegenwind um, in dem die Institution SRG steht? «Die Kritik prallt natürlich nicht an mir ab, wir alle würden lieber in ruhigeren Zeiten arbeiten.» Doch die Gesprächspartnerin lässt keine Zweifel darüber offen, dass sie unruhig bleiben will. Sie will mithelfen, das schlingende Fernsehboot durch die digitalen Stromschnellen zu steuern. Als Moderatorin, Reporterin, Rechercheurin und Konzepterin, die Journalismus ohne ideologischen Drall verkörpert.

Als künftige Chefredaktorin am Leutschenbach gar? Das Rüstzeug dazu hätte sie. «Meinst du?», fragt sie lachend zurück. Durchaus. Darauf antwortet die gewiefte Interviewerin im Stil einer heimlichen Bundesratskandidatin: «Das habe ich mir noch nie überlegt, zumal ich keine fixen Karriereziele verfolge. Mich interessiert jetzt, wie die Zukunft des Fernsehens aussieht. Wir müssen kräftig am Journalismus arbeiten.» ○

Phänomene

Wer zuletzt lacht

Jetzt haben sie auch die Schweiz erreicht: Unter hässlichen Clown-Masken versteckte Menschen erschrecken andere. Was steckt dahinter?

An Halloween musste das Verhüllungsverbot für eine Minderheit herhalten, die – im Gegensatz zu den Burka-Trägerinnen – wirklich gefährlich ist. «Wenn wir einen Horror-Clown sehen, werden wir ihn kontrollieren», verkündete die Zürcher Kantonspolizei. «Wir wollen wissen, wer hinter der Maske steckt.»

Fünf vermeintliche Horror-Clowns wurden in der Halloween-Nacht allein in Zürich gesichtet. Die Nacht verlief dennoch friedlich. Anders in Deutschland, wo ein Horror-Clown – nach Angaben der Polizei ein Mann zwischen dreissig und vierzig Jahren – einen Jugendlichen niederstach. In der Schweiz gab es im Vorfeld von Halloween mehrere Fälle von Menschen in gruseligen Clownkostümen, die andere erschreckten, nicht selten Kinder. Im Thurgau verfolgte ein Grusel-Clown einen elfjährigen Bub und bedrohte ihn mit den Worten: «Ich werde dich umbringen.» Der Bub entkam mit dem Velo. Was ist da los?

In den USA soll der Verkauf von Clown-Kostümen mit böseartig wirkenden Masken dieses Jahr vor Halloween im Vergleich zum Vorjahr um 300 Prozent gestiegen sein – die internationale Hysterie lässt die Kassen klingeln. Auch in der Schweiz haben sich die Kostüme 2016 angeblich besonders gut verkauft.

Am Anfang stand ein Werbe-Gag

Ist es am Ende vielleicht eine Marketingstrategie, die hinter dem seltsamen Phänomen steckt? In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass im September die Dreharbeiten des zweiteiligen Remakes von Stephen Kings «Es» abgelaufen sind, in dem der Clown Pennywise mit seinen Raubtierzähnen Kinder tötet. Pennywise wird als das zentrale popkulturelle Vorbild der gegenwärtigen Horror-Clown-Welle gesehen. Und aufgrund dieser Welle wiederum werden sich bestimmt viele Menschen das «Es»-Remake ansehen. Das ist aber nur eine assoziative Verbindung.

Die guten Clowns haben jedenfalls keinen Spass mehr. McDonald's hat die öffentlichen Auftritte von Ronald McDonald, dem netten Clown-Maskottchen der Fast-Food-Kette, bis auf weiteres stark eingeschränkt. Auch Spitalclowns kämpfen um ihre Ehre. Die bislang vorherrschende Wahrnehmung vom Clown als Tolpatsch, über dessen Ungeschick die anderen lachen, wird vom Bild des Horror-Clowns überdeckt. Opfer berichten, die Clowns würden «böse lachen». Der Ausgelachte ist zum Täter geworden, der zuletzt lacht.

Offenbar stand am Anfang des jetzigen Trends ein Filmemacher namens Adam Krause in einer Kleinstadt in Wisconsin, USA. Als böse geschminkter Clown lief er im August

nachts mit schwarzen Luftballons durch die Strassen. Die Anwohner bekamen Angst – bis das Ganze als Werbe-Gag für Krauses neuen Horror-Kurzfilm entlarvt wurde.

Bald trieben Horror-Clowns überall in den USA ihr Unwesen, in den sozialen Netzwerken wurden Fotos und Videos von ihnen gepostet. Schliesslich kam der Trend nach Europa – und verschärfte sich. Nachdem immer mehr Horror-Clowns ihre Mitmenschen mit Waffen

bedroht hatten, wurde in Deutschland ein solcher Scherzkeks, sechzehn Jahre alt, von einem wehrhaften «Opfer» mit einem Messer niedergestochen.

Doch schon früher gab es Horror-Clowns, 2013 in England, 2014 auch in Genf. Und bevor der Clown bei Stephen King vom netten Spassmacher zum Bösewicht umgedeutet wurde, gab es bereits Horror-Clowns der ganz harten Sorte: 1970 trieb ein Kindermörder im Clownkostüm in den USA sein Unwesen, ein John Wayne Gacy. Und in den achtziger Jahren gab es Fälle von Clowns, die Kindern auflauerten. Eine neuere Adaption des bösen Clowns findet sich im Joker der «Batman»-Geschichte, 2008 vom mittlerweile verstorbenen Heath Ledger verkörpert: ein brutaler Anarchist, der seinen Rausch im Chaos findet. *Claudia Schumacher*



Rausch im Chaos: böser Clown.

Ausser Kontrolle

Die Prämien der Krankenkassen haben ein Niveau erreicht, das weh tut. Niemand hat das Ausgabenwachstum im Griff. Der Unmut über das Versicherungsobligatorium nimmt zu. *Von Beat Gygi*

Die Gesundheitsausgaben steigen von Jahr zu Jahr in einem Ausmass, das Unbehagen verbreitet. Seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) Anfang 1996 haben die Prämien mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 4,5 Prozent zugelegt. Wie aus der Grafik hervorgeht, dehnten sich vor allem die Leistungen von Spitälern und Ärzten fast Jahr für Jahr deutlich aus. Die Ausweitung der Kosten wirkt fast wie ein Naturvorgang und vermittelt den Eindruck von Stetigkeit, der leicht von der Tatsache ablenken kann, dass an vielen Stellen die Kontrolle über die Kosten praktisch verlorengegangen ist.

Die Prämiensteigerungen der Krankenkassen folgen mehr oder weniger der Entwicklung der Gesundheitskosten, und nach zwanzig Jahren Treppensteigen macht die Prämienbelastung der Schweizer Haushalte etwa das Doppelte der Summen von 1996 aus. Kürzlich hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) für das nächste Jahr eine durchschnittliche Zunahme der Standardprämie in der obligatorischen Krankenversicherung um 4,5 Prozent angekündigt. Die BAG-Angabe gilt für Erwachsene mit der Franchise von 300 Franken und Unfalldeckung, Streuungen nach Prämienregionen, Krankenkassen und Franchisestufen sind beträchtlich und reichen je nach Kanton von 3 Prozent bis zu über 5 Prozent. Jede Krankenkasse muss für jede Prämienregion einen eigenen Ansatz so festlegen, dass die Prämieinnahmen im betreffenden Jahr gerade die ausbezahlten Leistungen decken.

Viel Willkür im Spiel

Das tönt nach gewissenhaftem Bemühen, die Prämien so zu gestalten, dass die Kosten für Arzt, Spital, Medikamente und Hilfsmittel jeweils durch die Prämien gedeckt sind und die Versicherten zugleich die Möglichkeit haben, durch die Wahl ihres Versicherungsvertrags Druck auf die Anbieterseite auszuüben, sobald die Gesundheitskosten zu stark steigen. Die Prämien sollten die Leute dazu anhalten, auch haushälterisch zu denken und das System nicht maximal für sich auszunützen.

Aber die Wirklichkeit ist anders. Bei der Gestaltung der Krankenkassenprämien ist so viel Willkür im Spiel, dass die normalen Leute kaum Möglichkeiten haben, mit ihrem Verhalten auf eine Stabilisierung des Gesundheitssystems hinzuwirken. Gesetzgeber, Bundesrat, Kantonsregierungen und die Regulierer des BAG manipulieren die Krankenkassenprämien

derart stark, dass diese kaum mehr zur Selbstregulierung des Versicherungsmarktes dienen können, der eigentlich die Grundlage des Gesundheitswesens bilden sollte.

Wie kommen heute Prämien zustande? Die Krankenkassen sind im Bereich der obligatorischen Versicherung verpflichtet, kostendeckende Prämien zu erheben, aber keinen Gewinn zu machen. Ihre Prämienberechnungen müssen per saldo also die Null treffen, und das exakt und weit im Voraus. Ende Juni müssen die Kassen dem BAG die Prämien melden, die sie im September für das folgende Jahr öffentlich ankündigen wollen. Die Praxis des BAG hat sich laut Stimmen aus der Branche verschärft: Jede Versicherung muss nun in jeder einzelnen Prämienregion und in jedem Jahr ertragsmässig die Null treffen. Verluste im einen Jahr und Gewinne im andern dürfen nicht mehr verrechnet werden, wie dies früher eher geduldet wurde.

Ende Juni also muss ein Krankenversicherer für jede einzelne seiner Kassen pro Kanton und Prämienregion schätzen, um wie viel die Gesundheitskosten im zweiten Halbjahr und im folgenden Jahr steigen werden. Des Weiteren ist abzuschätzen, wie viel der Risikoausgleich im neuen Jahr – bei «gesundem» Versichertenbestand – kosten oder – bei «kränkerem» Bestand – in die Kasse bringen wird. Das Resultat wird dem BAG gemeldet, und dann ergibt sich je nachdem ein Mailverkehr, in dem Einwände der Behörde bereinigt werden, bis das Amt zum Schluss die Prämien für das kommende Jahr genehmigt. Das BAG hat jüngst ein mächtiges Instrument in die Hand bekommen, indem es

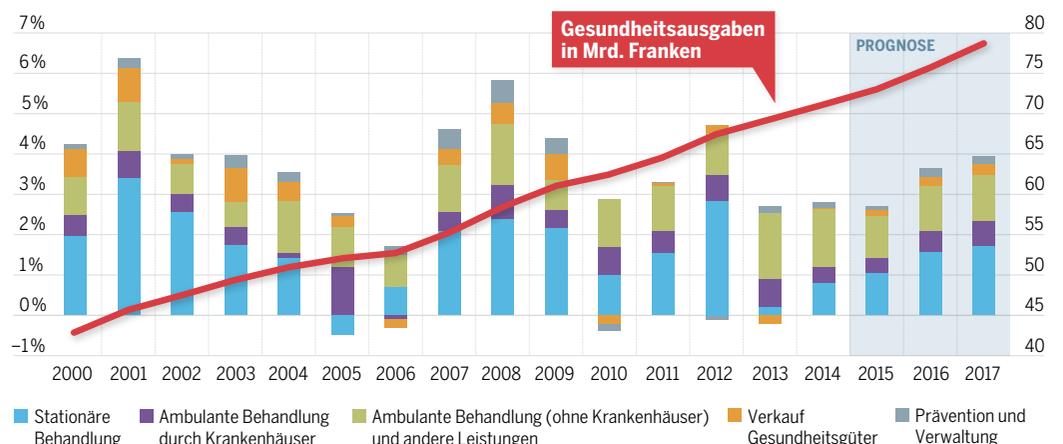
die Prämienbewilligung lediglich provisorisch erteilen kann. Ein Versicherer wird also eher vorsichtig rechnen, um das Ja des BAG zu erhalten, denn eine provisorisch genehmigte Prämie schreckt Kunden ab, weil eine Erhöhung innerhalb des Jahres droht. Aber am Ende des Jahres mit einem Gewinn dazustehen, ist auch schlecht, denn eine Gewinnverwendung für Prämien ist verboten.

Das tönt nach buchhalterischem Kleinkram, der Eingriff geht aber viel tiefer, denn der Versicherungsmarkt funktioniert auf diese Weise schlechter, als wenn das BAG ihm mehr Spielraum liesse. Das Amt unter der Führung von Pascal Strupler greift so stark in die Prämiengestaltung der Versicherer ein, wie wenn es Aufgabe der Berner Bürokratie, Krankenkassen betriebswirtschaftlich zu führen, vor einem Konkurs zu bewahren und deshalb zu den «richtigen» Prämien zu zwingen.

Zum Teil verhält sich das BAG wie eine Führungszentrale der rund 60 Schweizer Krankenkassen, Kritiker sagen: wie eine Holdinggesellschaft mit fünf Dutzend Filialen. Für Bundesrat Alain Berset kann dies auch die Vorstufe einer landesweiten Einheitskasse sein, mit der die Verwaltung dann endlich all die Hebel in die Hand bekäme, um Kosten, Tarife, Leistungen, Spitaldichte, Ärztopopulation oder Medikamentenpalette in ein gesamtschweizerisches Planungs- und Vollzugssystem zu bringen. Berset engt die Krankenkassen so stark ein, dass sie ihrer Aufgabe als Vermittler weniger gut gerecht werden können; das führt dazu, dass Argumente für die Einheitskasse an Kraft gewinnen.

Unerbittliche Ausdehnung

Gesundheitsausgaben, in Milliarden Franken pro Jahr (rechte Skala), sowie die Wachstumsbeiträge der einzelnen Typen von Gesundheitsleistungen, in Prozent pro Jahr (linke Skala)



QUELLE: ETH ZÜRICH

Wie ein Naturvorgang.



Erstklassiger Leistungskatalog.

Die Leute spüren aber offenbar, dass das Ganze in eine Richtung läuft, die vieles ausser Kontrolle geraten lässt. Eine Umfrage des Online-Vergleichsplattform bonus.ch kam im September zu einem erstaunlichen Resultat: 28 Prozent der Befragten, also nicht ganz ein Drittel, wären geneigt, auf die Versicherungspflicht bei Krankenkassen zu verzichten und stattdessen frei zu entscheiden, wie, wo und in welchem Ausmass sie sich gegen Krankheitskosten versichern lassen wollen. Damit würde man zurückkehren zu einem System der Freiwilligkeit, wie es in der Zeit bis 1995 in der Schweiz üblich war. Das Votum lautet «Vertragsfreiheit» – das ist so ziemlich das Gegenteil des BAG-Programms.

Private Entscheide ernster nehmen

Das muss für viele Sozialpolitiker schockierend sein. 1995 war die grosse Wende hin zu einem Gesundheitssystem, in dem alle Menschen automatisch versichert sind und Anspruch auf einen erstklassigen Leistungskatalog erhalten. Damals war der von der SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss forcierte Übergang zu einem Versicherungsobligatorium mit Einheitsprämie pro Kopf als grosse Errungenschaft gefeiert worden, die künftig verhindern sollte, dass arme oder alte Menschen sich im Notfall nicht einmal die nötigsten Behandlungen leisten könnten und dann die Allgemeinheit belasten würden.

Aber was beobachtet man heute? Immer mehr Versicherte bezahlen zurzeit in der Schweiz die Prämien ihrer obligatorischen Krankenversicherung nicht, weil sie diese als untragbar einstufen. Im Notfall erhalten sie eine medizinische Minimalversorgung, wegen ihres Zahlungsrückstandes werden sie von den Versicherern betrieben. Die Krankenkassen

sind heute in der Rolle des grössten Betreibers der Schweiz; einen Teil der unbezahlten Prämien können sie so eintreiben, aber ein grosser Teil bleibt als Ausfall zu verbuchen und wird von den Kantonen zurückerstattet. Arme oder zahlungsunwillige Versicherte fallen also auch heute der Allgemeinheit zur Last, die Lage verschärft sich durch die steigenden Prämien.

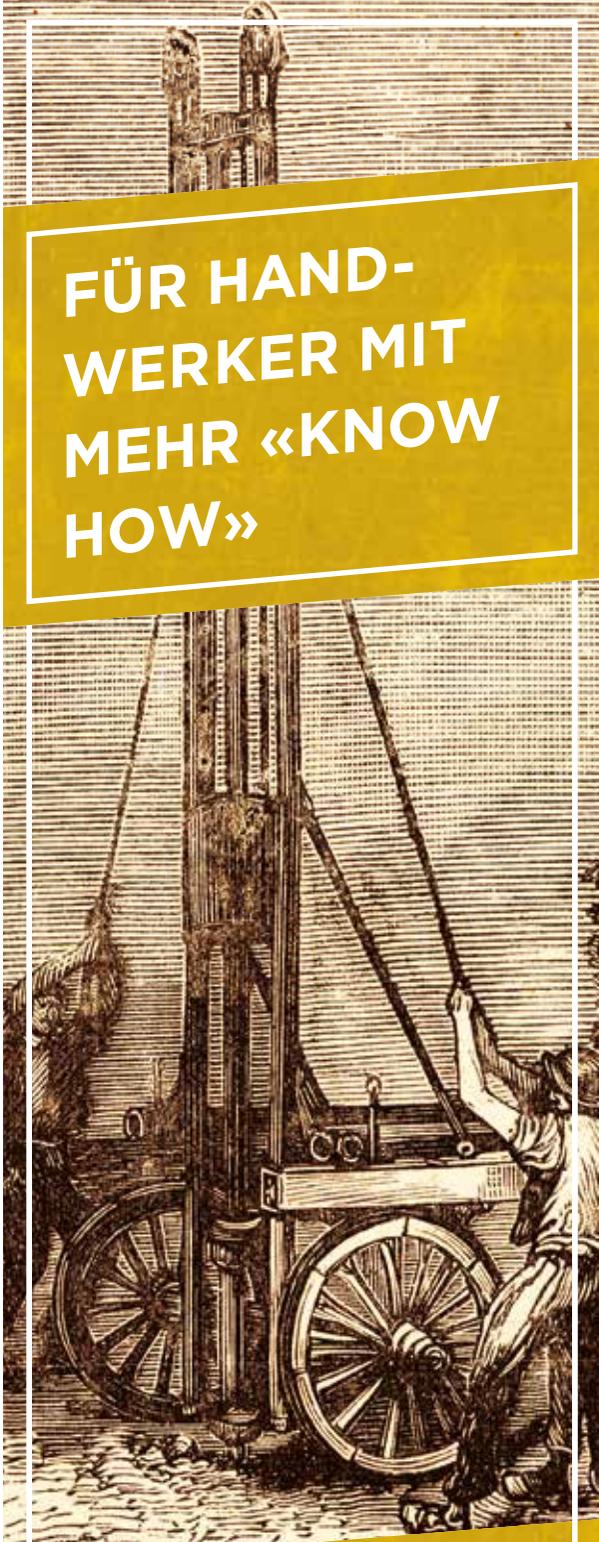
Da die Entwicklung der Kassenprämien ungefähr dem Wachstum der Gesundheitskosten folgt, wäre eine Drosselung – sofern man dies will – also über eine stärkere Kontrolle der Leistungen von Spitälern, Ärzten, Pharma, Heimen und Medizinalfirmen anzustreben. Spital-Überkapazitäten und der übertriebene Konsum von Gesundheitsleistungen könnten verringert werden. Wenn das BAG die Kontrolle übernimmt und seine Entwicklung in Richtung Superkrankenkassenkonstrukt fortsetzt, wird das auf zunehmende Preis- und wohl auch

Zum Teil verhält sich das BAG wie eine Führungszentrale der rund 60 Schweizer Krankenkassen.

Mengenbeschränkungen hinauslaufen. Dies zusätzlich zum Umstand, dass bei der Finanzierung der Spitäler die Kantone bereits wichtige Geldgeber, Gesetzgeber, Regulierer und Teileigentümer sind. Das Ganze ist also schon ziemlich kompliziert.

Der andere Weg besteht darin, Vertragsfreiheit und private Entscheide ernster zu nehmen und den Krankenkassen nicht nur bei der Prämiengestaltung, sondern auch im Verkehr mit Spitälern, Ärzten und Pharma mehr Verantwortung zu geben. Heute sind die Kassen gesetzlich gezwungen, jedes Spital und jeden Arzt zu akzeptieren und dessen Leistungen zu bezahlen. Der Gesundheitsökonom Stefan Felder, Professor an der Universität Basel, schlägt zum Abbau von Überkapazitäten im Spitalsektor deshalb die Aufhebung des Vertragszwangs vor, und zwar in Verbindung mit einer klareren Finanzierung der Spitäler.

Er plädiert für eine Reform der Spitalvergütung, indem die heutige parallele Finanzierung der Spitäler durch Versicherer und Kantone ersetzt wird durch eine Finanzierung, bei der allein die Versicherer die Leistungen bezahlen, gleichzeitig aber auch den bisherigen kantonalen Versorgungsauftrag übernehmen. Das Rezept dieser «monistischen» Finanzierung lautet: Wenn es zwei Finanzierer gibt, ist die Verantwortung geteilt und damit schwach. Wenn ein einziger Geldgeber die Spitäler für ihre Leistungen bezahlt, wird er aufmerksamer überwachen, ob Leistungen, Preis und Qualität stimmen. Das wäre ein vielversprechender Weg, um die Kontrolle über die Kosten zurückzugewinnen. Aber vorher muss man die Politiker und Regulierer, die den Zugang versperren, zur Seite bitten. ○



FÜR HAND-
WERKER MIT
MEHR «KNOW
HOW»

DAS SCHWEIZER
PORTAL FÜR
HANDWERKERSTELLEN

worker jobs.ch

WWW.WORKERJOBS.CH

«Selbst Gott kann ihre Spuren nicht mehr lesen»

Was steckt hinter der FBI-Bombe, die das Finale eines verrückten Wahlkampfs dominiert? Antworten auf die brisantesten Fragen rund um die neue Untersuchung gegen Hillary Clinton. *Von Urs Gehrig*

James Comey heisst der Mann, der die berühmte «Oktober-Überraschung» bescherte, die das Potenzial hat, den Ausgang der Wahl entscheidend zu beeinflussen. Vergangenen Freitag liess der FBI-Chef die Bombe platzen. Per Brief informierte er Kongressabgeordnete, in der E-Mail-Affäre um Hillary Clinton seien neue E-Mails aufgetaucht.

Comeys Informationen waren spärlich. Ob die neu gefundenen E-Mails signifikante Neuigkeiten enthielten, sei unklar. Inhalt und Brisanz der Mails würden nun geprüft. Die neuen E-Mails seien im Zuge der Untersuchungen gegen den ehemaligen Kongressabgeordneten Anthony Weiner entdeckt worden, kam nach Comeys Verlautbarung rasch aus. Gegen Weiner wird wegen einer Sexting-Beziehung mit einer Fünfzehnjährigen ermittelt (siehe Artikel nächste Seite).

Comeys Vorgehen ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Erstens hatte er im Juli darauf verzichtet, gegen Clinton ein Strafverfahren einzuleiten. Zweitens erfolgte die Nachricht über den neuen Spurenfund elf Tage vor der Wahl.

Ist Clintons Aufruf nach sofortiger Offenlegung der Fakten plausibel? — Bis letzte Woche war James Comey, 55, so etwas wie Clintons Schutzengel. Kein Wunder, hatte dieser doch im Juli nach monatelanger Untersuchung der E-Mail-Affäre verkündet, keine Strafuntersuchung gegen Clinton einzuleiten. «Ich schätze die Arbeit des FBI sehr», war Clinton voll des Lobes, «es hat die Arbeit sehr professionell ausgeführt.»

Seit letztem Freitag hat sie ihren Ton geändert. Comeys Verhalten sei «beispiellos und tief verstörend». Das FBI solle alle Informationen, die ihm vorlägen, offen auf dem Tisch ausbreiten. «Raus damit», forderte sie. «Die Wähler haben das Recht auf sämtliche Fakten.»

Es ist dies ein erstaunlicher Appell zur Transparenz einer Frau, die als Aussenministerin alles unternommen hat, um ihre elektronische Korrespondenz zu verschleiern. Clinton weiss, dass der FBI-Direktor eine laufende Untersuchung nicht kommentieren darf. Daher ist ihr Aufruf nichts mehr als Wahltaktik.

«Warum in aller Welt schaltet sich das FBI in einen Wahlkampf ein, nur Tage vor dem Urnengang?» (Hillary Clinton) — Das ist die brennendste aller Fragen. Bis die Analyse des

neu gefundenen Materials vorliegt, gibt es darauf keine Antwort. Über Comeys Motiv kann nur spekuliert werden. Eine plausible Theorie lautet: Es muss etwas Gravierendes vorliegen, wenn der FBI-Direktor in diesem kritischen Moment an die Öffentlichkeit tritt. Dafür spricht auch, dass FBI-Agenten in New York angeblich bereits vor Wochen auf die neuen Mails gestossen waren und Comey erst letzte Woche eingeweiht haben. Sie hatten also Zeit, das Material rudimentär zu sichten, und sind möglicherweise auf etwas Ernsthaftes gestossen.

Eine andere Theorie für Comeys Schritt an die Öffentlichkeit besagt: Er stand unter massivem Druck seiner eigenen Mitarbeiter.

Seit Wochen gibt es Berichte über eine Revolte im FBI. Worum geht es? — Seit Comey im Juli verkündet hat, gegen Hillary Clinton werde kein Strafverfahren eröffnet, kommt es zu Protesten in seinem eigenen «Bau». Gar von einem «Bürgerkrieg im FBI» ist in US-Medien die Rede. Einige Karriere-Agenten hätten ihren Rücktritt angeboten, weil die Untersuchung nicht rigoros genug geführt worden sei. «Kein Prozessanwalt, kein Agent war damit einverstanden, Hillary nicht strafrechtlich zu verfolgen – es war ein Entscheid von oben», so eine Quelle, die an der Untersuchung beteiligt war, zu Foxnews.com.

Hätte Comey nach dem neuen Fund geschwiegen, wäre er Gefahr gelaufen, dass FBI-Mitarbeiter die Neuigkeit an die Medien geleakt hätten. Damit hätte nicht bloss die Glaubwürdigkeit Comeys, sondern die des gesamten FBI Schaden genommen.

Ein zentraler Kritikpunkt aus den Rängen des FBI lautet: Comey, Justizministerin Loretta Lynch und Präsident Obama hätten in der E-Mail-Affäre eine Grand Jury einberufen müssen. Eine Jury also, zusammengesetzt aus Bürgern des Landes, welche die vom FBI vorgelegten Beweismittel hätte beurteilen sollen. Somit hätte man die Politik aus der Justiz raushalten können.

Hat Comey seine Macht missbraucht? — Jahrelang stand James Comey, den Obama zum FBI-Chef ernannt hatte, im Ruf eines Eliot Ness: blitzsauber und unbestechlich. Mit einem Wimpernschlag wird er nun mit J. Edgar Hoover verglichen, dem sinistren und selbstherrlichen FBI-Inquisitor. Kritiker werfen Comey

niedere Machtinstinkte vor. Die meistgeäusserte Kritik lautet, er habe die sogenannte Hatch Act verletzt. Diese verbietet es einem hohen Beamten, seine Macht zu nutzen, um absichtlich eine Wahl zu beeinflussen. Ein Verstoss kann mit Entlassung aus dem Amt bestraft werden.

Hat Comey die Hatch Act verletzt? Keineswegs. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Comey absichtlich versucht hätte, die Wahl zu beeinflussen. Selbst der Pressesprecher des Präsidenten sagte am Montag, Obama habe Vertrauen in Comey und halte ihn für eine integre Person. Comey ist weder Held noch Agitator. Er stand schlicht in einem Dilemma. Auch wenn er geschwiegen hätte, wäre er unter Beschuss geraten. Hätte er nämlich die neuen Informationen bis nach der Wahl zurückgehalten, hätte man ihm vorgeworfen, Clinton unter Verletzung des Hatch Act geschützt zu haben.

Was sind die eigentlichen Ursachen, dass die E-Mail-Affäre kurz vor den Wahlen wieder aufflammt? — Direkter Anlass für die neuste Untersuchung ist ein Fund auf Privatcomputern im Zuge der Untersuchung gegen Anthony Weiner. Offenbar hat man auf seinem Computer Nachrichten gefunden, die aus Hillary Clintons Zeit als Aussenministerin stammen. Wie das?

Kurz bevor sie 2009 als Aussenministerin eingeschworen wurde, hatte Clinton an ihrem Wohnort Chappaqua, New York, einen privaten E-Mail-Server eingerichtet. Während ihrer gesamten Amtszeit von vier Jahren wickelte sie

Auch Bill Clintons Entourage legte Hand an bei der grossen Verdunkelungsaktion.

sowohl ihre geschäftliche als auch ihre private elektronische Korrespondenz (E-Mail-Adresse hdr22@clintonmail.com) über diesen Server ab. Das offizielle Konto State.gov, welches über staatliche und viel sicherere Server läuft, hat sie überhaupt nie genutzt, ja nicht einmal aktiviert. Die heimliche Kommunikation kam erst drei Jahre nach Clintons Demission als Aussenministerin ans Tageslicht, als die *New York Times* 2015 die Geschichte publik machte.

Ausgang der derzeitigen Untersuchung ist also Clinton selbst. Hätte sie sich an die gesetzlichen Vorschriften gehalten, wären ihre



Die brennendste aller Fragen: Präsidentschaftskandidatin Clinton.



Bis letzte Woche Clintons Schutzengel: FBI-Chef Comey.

E-Mails nie auf dem Privatcomputer ihrer Mitarbeiterin Huma Abedin und ihres Ehemanns Anthony Weiner gelandet, und auch eine Untersuchung hätte es nie gegeben.

Hat Hillary in der E-Mail-Affäre nachweislich illegal gehandelt? — Comey hatte nach monatelanger Untersuchung auf eine Anklage verzichtet. Er kam zum Schluss, es lägen keine Hinweise auf «vorsätzliche Verstösse» und kein Bruch der Loyalität zu den USA vor. Allerdings ging er mit Clinton streng ins Gericht. Ihr Verhalten sei «extrem sorglos» gewesen. Unbefugte – zum Beispiel Terroristen oder andere Regierungen – hätten sich problemlos Zugang zu Clintons E-Mails und damit auch zu geschützten Informationen verschaffen können. Wäre sie noch immer im Staatsdienst, so Comey, müsste sie mit Disziplinar-massnahmen rechnen.

Ebenfalls kritisch geäussert hatte sich Comey über Clintons mangelnde Kooperation mit dem FBI. So hätten FBI-Mitarbeiter «einige tausend E-Mails mit Dienstbezug» auf dem privaten Server gefunden, den Clinton nicht von sich aus an die Ermittler übergeben habe. Dennoch glaube er, Comey, aber nicht, dass Clinton diese dem FBI absichtlich vorenthalten habe. Es liege keine absichtliche Behinderung der Untersuchung vor.

Welche Spuren hat Clinton verwischt? — Unter Republikanern hat Comeys Verzicht auf ein Strafverfahren Unverständnis und Protest ausgelöst. Der private E-Mail-Server einerseits und Clintons Vertuschungsmanöver hätten ein Verfahren zwingend erfordert. So hatte Clinton vor der Untersuchung 30 000 E-Mails gelöscht,

mit der Erklärung, diese seien privaten Inhalts gewesen («Es ging um Yoga-Hosen und Hochzeitsvorbereitungen für Tochter Chelsea»).

Bei der Spurenverwischung machte Clinton offenbar nicht halbe Sache. So liess sie durch ihre Anwälte Tausende E-Mails mit Hilfe einer spezieller Software namens BleachBit für immer zerstören. «Sie haben nicht bloss einen Delete-Taste gedrückt», so Trey Gowdy, Mitglied der Aufsichtskommission des Repräsentantenhauses. «Sie haben sie so gelöscht, dass selbst Gott sie nicht mehr lesen kann.» Auch Bill Clintons Entourage legte Hand an bei der grossen Verdunkelungsaktion. Gemäss einem FBI-Report berichtete Clinton-Mitarbeiter Justin Cooper, wie er «Clintons alte Mobiltelefone entzweibrach und mit einem Hammer zertrümmerte».

«Das ist grösser als Watergate», sagt Donald Trump über Clintons E-Mail-Affäre. Was ist dran an diesem Vorwurf? — Es ist nicht das erste Mal, dass Trump einen Vergleich zu Watergate zieht. Der Skandal hatte im Wahlkampf 1972 mit Einbrüchen von Nixon-Mitarbeitern begonnen, die in den Büroräumen der Demokratischen Partei im Watergate-Komplex in Washington verhaftet wurden, und gipfelte 1974 im Rücktritt Richard Nixons als Präsident. Dieser hatte seine präsidentiale Macht in frappanter Weise missbraucht. Dazu gehörten Diebstähle, illegale elektronische Überwachung und Missbrauch von staatlichen Behörden wie dem IRS, der CIA und dem FBI. Schliesslich hatte Nixon mittels Meineid und Behinderung der Justiz versucht, das Ganze zu vertuschen.

Bei allen Missbräuchen, die Clinton begangen hat, ist ihr Verhalten nicht mit Nixons

Taten vergleichbar. Angesichts der bekannten Fakten ist Trumps Vorwurf unhaltbar.

Trotzdem steht Hillary in der Dunstwolke von Watergate: durch den Versuch, ihr Fehlverhalten zu kaschieren. Ein alter Spruch in Washington besagt: «It's not the crime, it's the cover-up that does the damage.» (Es ist nicht das Verbrechen, sondern die Vertuschungsaktion, die den Schaden verursacht.)

Welches ist der Worst Case für Clinton? — Clintons Horrorszenario ist, die Wahl kurz vor der Ziellinie wegen der neusten E-Mail-Untersuchung zu verlieren. Seit dem «schwarzen Freitag» ist ihr Vorsprung auf Trump in Wählerumfragen geschrumpft. Je länger das Klima der Ungewissheit und die Negativschlagzeilen andauern, desto schädlicher ist es für Clinton.

650 000 E-Mails umfasst der neuentdeckte Fundus. Gemäss Justizexperten könnten mittels intelligenten Schnellsuchmethoden «relevante E-Mails» bis zum Ende dieser Woche aufgespürt werden. Stichhaltige Analysen allerdings werden bedeutend mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Was ist der Worst Case für die USA? — Gut möglich, dass Clinton trotz den neuen Turbulenzen den Wahlsieg schafft. Dann allerdings könnte das Worst-Case-Szenario für die USA eintreten: Falls E-Mails mit strafrechtlich relevantem Inhalt gefunden würden, müsste gegen Hillary Clinton ein Kriminalstrafverfahren eröffnet werden. Mit möglicherweise groteskem Ausgang. Das Land hätte erstmals eine Frau ins höchste Amt gewählt, das sie bei einem Schuldspruch gar nicht antreten könnte. ○

Familienaffäre

Kurz vor den Wahlen gibt es neuen Wirbel um Hillary Clintons private E-Mails. Im Zentrum steht der in einen Sexting-Skandal verstrickte demokratische Politiker Anthony Weiner. Dessen Ex-Partnerin, Huma Abedin, wird als Vizechefin der Clinton-Kampagne zum Risikofaktor. *Von Beatrice Schlag*

«Danke, Huma! *Good job*, Huma!», rief am vergangenen Montag ein prächtig gelaunter Donald Trump in Michigan seinen Anhängern zu. «Danke, Anthony Weiner!» In Ohio entschuldigte sich fast zur gleichen Zeit eine sichtlich angestrengte Hillary Clinton einmal mehr für ihren Fehler, als Aussenministerin einen privaten Server benutzt zu haben. «Jetzt überprüft das FBI offenbar den Computer einer meiner Mitarbeiterinnen. Es wird zu den genau gleichen Folgerungen kommen wie nach Überprüfungen meiner E-Mails: Es gibt hier keinen Fall.»

Die Zuschauer stutzten: «eine meiner Mitarbeiterinnen»? Die halbe Welt kennt Huma Abedin, Vizechefin der Clinton-Kampagne, inzwischen beim Namen. Jeder weiss, dass Abedin seit Jahren Clintons engste Vertraute ist, die Frau, von der die Präsidentschaftskandidatin auch schon sagte, wenn sie eine zweite Tochter hätte, wäre es Huma. Andere sahen die grossgewachsene, elegante Frau eher als schwesterliche «Mini»-Hillary. Von «einer meiner Mitarbeiterinnen» konnte nicht die Rede sein. Wurde Huma Abedin gerade kaltgestellt? Oder wollte Hillary Clinton sie aus der Schusslinie nehmen?



Loyal bis zur Aufopferung: Ehepaar Abedin-Weiner, Mai 2016.

«Wir stehen natürlich zu ihr»

Vier Tage zuvor hatte FBI-Chef James Comey dem Kongress mitgeteilt, dass bei den FBI-Ermittlungen über Anthony Weiner und seinen angeblichen Sexting-Kontakt zu einer Minderjährigen in dessen Computer auch unzählige E-Mails entdeckt worden seien, die möglicherweise relevant seien in Zusammenhang mit der Untersuchung über Clintons privaten E-Mail-Browser. Am selben Abend war Huma Abedin noch – hinter den Kulissen – in Iowa dabei, als Hillary Clinton in einer Pressekonferenz verlangte, das FBI solle sofort und umfassend offenlegen, was es gefunden habe.

Seit Samstag bis Redaktionsschluss wurde Abedin in der Öffentlichkeit nicht mehr gesehen. Die *New York Times* berichtete, mehrere Mitarbeiter hätten Hillary Clinton geraten, sich

von Abedin zu distanzieren. «Wir stehen natürlich zu ihr», sagte Kampagnen-Chef John Podesta. Warum sollte eine Frau gefeuert werden, von der selbst Clinton-Gegner John McCain 2012 sagte, er kenne sie als «intelligente, aufrechte, hart arbeitende und loyale Dienerin unseres Landes und unserer Regierung»? Die Anschuldigungen von fünf Kongressabgeordneten, Abedin habe über ihre Familie Verbindungen zur Muslimbruderschaft und sei ein Sicherheitsrisiko, nannte er eine «haltlose, bigotte Angstmacherei».

Das Risiko, das mit dem Namen Huma Abedin in Verbindung steht, ist viel hausgemachter und heisst Anthony Weiner. Der ehemalige Kongressabgeordnete und spätere Kandidat für das Bürgermeisteramt in New York wäre den meisten Menschen auch unsympathisch, wenn

seine Sexting-Affären nie aufgefliegen wären. Niemand spricht ihm politische Brillanz ab. Aber sie kommt nicht an gegen seine Überheblichkeit und sein arrogantes, selbstverliehtes Auftreten. Unbezahlbar das zutiefst angewiderte Gesicht von Vizepräsident Joe Biden, als er während eines TV-Interviews am vergangenen Freitag erfuhr, dass Anthony Weiners Computer die Hillary-E-Mail-Affäre erneut entfacht hatte. «Well, oh Gott, Anthony Weiner», sagte Biden. «Ich sollte keine Kommentare über ihn abgeben. Ich bin kein grosser Fan. Ich war schon keiner, bevor er in Schwierigkeiten kam.» Dass Weiner, der sich in einem seiner Sex-Tweets «als dauergeilen Mann mittleren Alters» bezeichnete, nun plötzlich in einem Zug mit Hillary Clinton genannt wird, ist Gift für die Präsidentschaftskandidatin.

Jahrelang hatte der Kongressabgeordnete Weiner um Huma Abedin geworben, die er 2001 kennengelernt hatte, als sie für Senatorin Clinton arbeitete. 2010 traute Bill Clinton das Paar. Huma Abedin war schwanger, als Weiner im Mai 2011 die ersten Sexting-Bilder seiner prallen Unterhose irrtümlicherweise statt an eine junge Studentin an seine gesamten

Twitter-Followers schickte. In einem ihrer seltenen Interviews sagte Abedin später, sie habe mit Zorn, Wut und Schock reagiert. Wenige Tage später arbeitete sie wieder im Aussenministerium: «Mein Kompass war mein Job. Es war der Ort, wo das Leben normal war.» Weiner trat auf Druck prominenter Demokraten wie Nancy Pelosi von seinem Amt zurück. Laut *Politico* waren beide Clintons von Weiner angewidert.

Ob Hillary Clinton der gedemütigten Mitarbeiterin empfahl, bei Weiner auszuharren oder ihn rauszuwerfen, wurde nie bekannt. Was rät man als in Serie betrogene Politikerin einer jungen Kollegin, die ebenfalls einen unterleibsgesteuerten Mann geheiratet hat? Was rät man überhaupt einer Freundin, die einen Windhund liebt, von dem man weiss, dass er sich nie ändern wird? Die Frage kennt fast jede und je-



der aus dem eigenen Bekanntenkreis. Huma Abedin trat vor die Journalisten und sagte, sie stehe zu ihrem Mann. Erstmals 2011, zum zweiten Mal 2013, als mitten im Wahlkampf um das Bürgermeisteramt in New York, bei dem Weiner in Umfragen führte, neue Sexting-Bilder von ihm öffentlich wurden.

Beim zweiten Mal allerdings war Huma Abedin, wie der während des Wahlkampfes gedrehte Dokumentarfilm «Weiner» zeigt, kaum noch zu Reaktionen fähig. Eine Viertelstunde nach Veröffentlichung der neuen Weiner-Unterhosenbilder betrieb sie instinktiv und mit tiefgefrorenem Lächeln, was sie bei Hillary Clinton gelernt hatte, seit sie neunzehn war: Schadensbegrenzung, Krisenmanagement, Kontrolle. Es heisst, schon damals habe Camp Clinton auf eine Scheidung gehofft, um nicht mehr mit dem Namen Weiner in Verbindung gebracht zu werden. Im August dieses Jahres, als auf neuen Sexting-Bildern ihres Mannes auch ihr schlafender,

«Mein Kompass war mein Job.
Es war der Ort, wo
das Leben normal war.»

vierjähriger Sohn zu sehen war, gab Huma Abedin umgehend ihre Trennungsabsicht bekannt.

Kontrolle ist alles

Vermutlich hätte jeder Politiker in Hillary Clintons Situation Huma Abedin schon nach Weiners erstem Sexting-Skandal gefeuert, obwohl Weiner ausser Telefonsex nichts nachzuweisen war. Aber Hillarys Strategie, oft genug kritisiert, beruht auf der Loyalität ihrer Mitarbeiter, nichts Unkontrolliertes, Spontanes, Ungefiltertes nach aussen dringen zu lassen. In ihrer ersten Präsidentschaftskampagne stellte sie sich 2007 immer wieder vor als «die berühmteste Frau, über die Sie wenig wissen». Es war ein beachtlich dummer Satz. Wähler wollen nicht nur wissen, wofür sie wählen, sondern auch, wen. Donald Trump spricht selten über konkrete politische Projekte, aber jeder weiss, wer er ist. Hillary Clintons detailliertes Programm kann jeder im Internet nachlesen. Trotzdem bleibt der grösste Vorbehalt gegen sie, dass man sie nicht kennt. Kein spontaner Satz, kein Funken Selbstironie. Stattdessen das dringende Bedürfnis, alles jederzeit unter Kontrolle zu haben. Und jemes der Sicherheit einer Mitarbeitertruppe, die dichthält.

Huma Abedin ist diesbezüglich tatsächlich ihre Tochter. Über die in Saudi-Arabien aufgewachsene und in den USA ausgebildete Tochter einer Pakistani und eines Inders weiss man ausser ein paar Eckdaten und einer gescheiterten Ehe so gut wie nichts. Zwanzig Jahre bei Hillary angestellt, in Positionen mit immer beeindruckenderen Titeln, vielgerühmte Strategin, verschwiegen, loyal bis zur Aufopferung. Und zurzeit von der Bildfläche verschwunden. ○

Donald und die Schweiz

Die ehemalige US-Botschafterin in Bern erklärt, warum das Land von einer Trump-Präsidentschaft profitieren würde – und warum eine Präsidentin Clinton schlecht wäre. *Von Faith Whittlesey*

Das Anti-Establishment-Phänomen Donald Trump – manchmal dreist, manchmal rüde im Ausdruck – löst beidseits des Atlantiks Händeringen bei den Eliten aus. Hier in den USA ist es vor allem ein hinterhältiger, falscher Alarm, ausgehend von Interessengruppen, die um ihre Pfründen fürchten, der in Europa gleichwohl für Besorgnis sorgt. Es ist aber besonders ironisch, dass Trump ausgerechnet in der Schweiz Unbehagen wecken kann, ist er doch derjenige Kandidat, der am nächsten bei den Werten und Praktiken liegt, welche den Schweizern lieb und teuer sind.

Die Schweiz ist der viertgrösste Investor in den USA, und ihrer *business community* sollte ein Kandidat willkommen sein, der entschlossen ist, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung anzukurbeln, indem er die Unternehmenssteuern senkt sowie die Regulierung reduziert und vernünftiger gestaltet. Diese hat sich unter der Obama-Administration vervielfacht und umfasst immer grössere Bereiche der US-Wirtschaft. Als Unternehmer versteht Donald Trump die Risiken und Herausforderungen des Privatsektors und würde entsprechend regieren.

Die Schweiz steht ein für ihre Souveränität, was sie in etlichen Volksabstimmungen gezeigt hat. Donald Trump will die amerikanische Souveränität wiederbeleben. Und er wird die schweizerische respektieren. Er wird sich die Übertreibungen zur Brust nehmen, welche die Ideologie des Globalismus bewirkt. Und er wird gerne Hand bieten für bilaterale Verträge, welche die nationale Souveränität respektieren.

Europa hat in den letzten zwei Jahren einen lehrreichen Feldversuch zu Immigrationsfragen unternommen. Wohl abwägende Europäer sehen heute klarer, mit welchen Mängeln die Argumente für Multikulti behaftet sind, die auch jene Migranten ermutigen, hierherzuströmen, welche die kulturellen Normen des Westens zerstören wollen (einschliesslich der Toleranz). Die Entscheidungen an den Wahlurnen widerspiegeln diese Einsicht immer deutlicher. Unkontrollierte Einwanderung ist hochriskant; wer das Gegenteil behauptet, ist töricht. Beobachter aus der Schweiz sollten nicht erstaunt sein, dass die Amerikaner denselben Weckruf hören wie die Europäer – gerade in Anbetracht der grossen Zahl an Einwanderern, die derzeit über die Südgrenze in die USA strömen.

Ich habe den Schrecken und die Fassungslosigkeit in lebhafter Erinnerung, mit der meine Freunde in der Schweiz und in Europa beob-

achtet haben, wie die USA in den Irakkrieg getaumelt sind, der seine vorhersehbaren, desaströsen Ergebnisse gezeitigt hat. Donald Trump war der einzige Kandidat, der den Irakkrieg in fast jeder Wahlkampfreden kritisiert hat. Er will eine starke Armee, aber Zurückhaltung bei Interventionen im Ausland. Die beispielhafte schweizerische Tradition der aktiven, bewaffneten Neutralität versteht er sicher bestens.

Gefahr Clinton

Es gibt viele Gründe, warum Hillary Clinton schlecht wäre für die Schweiz: ihr sehr falckenhafter Zugang zur Aussenpolitik, ihre Unfähigkeit, einzusehen, welche Steine die Regierung und der Rechtsapparat den Unternehmen in den Weg räumen, ihre Verbindungen zu aktivistischen Anwälten und den grossen Gewerkschaften des öffentlichen Sektors, ihre Gleichgültigkeit gegenüber der wachsenden Staatsschuld (sie erwähnt die zwanzig Billionen US-Dollar an Staatsschulden nie), ihr Standardreflex, jedem Problem mit der Ausdehnung der Zentralregierung in Washington zu

Unkontrollierte Einwanderung ist hochriskant; wer das Gegenteil behauptet, ist töricht.

begegnen – mit der dazugehörigen wirtschaftlichen Stagnation, Überregulierung und exzessiven Besteuerung.

Der wichtigste Grund ist allerdings, dass sie Bestandteil eines riesigen *pay-to-play*-Systems war. Als Aussenministerin verkaufte sie politischen Einfluss an den Meistbietenden. Der Zugang zum State Department und zu seinen Entscheidungen war an Spenden für die Clinton Foundation und an Redehonorare für ihren Ehemann geknüpft. Die Entscheidung des FBI, die Kriminaluntersuchung wieder aufzunehmen, bestätigt frühere Verdachtsmomente. Ein Amerika, in dem die Kumpanei der Medien mit den Mächtigen und die institutionelle Korruption zunehmend salonfähig werden, ist ein Amerika des Abstiegs. Die Welt und die Schweiz werden dadurch nicht sicherer.



Faith Whittlesey, 77, war unter Präsident Ronald Reagan zwei Mal Botschafterin der USA in Bern.

Kongress als Korrekturvehikel

Von Hansrudolf Kamer — Bei den Parlamentswahlen verteidigen die Republikaner ihre Mehrheiten. Ob das gelingt, hängt auch von Trump ab. Im Senat steht die Entscheidung auf Messers Schneide.



Normalerweise besinnt sich die amerikanische Politik nach geschlagener Schlacht auf das Wesentliche: Dem neugewählten Präsidenten wird ein Honeymoon gewährt, in dem er seine Mannschaft zusammenstellen und die Basis für die Politik der nächsten vier Jahre legen kann. Das nach dem alten Muster: «The president proposes, the congress disposes.»

Viele Verhaltensmuster in der amerikanischen Politik gelten allerdings nicht mehr. Diesmal wird wohl die scharfe Konfrontation weitergehen, die den Wahlkampf bestimmt hat. Wer immer von den beiden ungeliebten Leithammeln ins Weisse Haus einzieht, muss damit rechnen, dass die Schlacht ein Nachspiel hat. Deshalb ist es wichtig, wer die Untersuchungsmaschinerie beherrscht und wer in den beiden Kammern des Kongresses das Sagen hat. Denn all dies bestimmt weitgehend, was untersucht wird und wie.

Die Republikaner verteidigen ihre vor zwei Jahren errungene Mehrheit im Senat und ihre vor sechs Jahren zurückeroberte Vorrangstellung im Repräsentantenhaus. Im 100 Sitze zählenden Senat hat die Grand Old Party 54 Sitzen und sie könnte bis zu 7 davon verlieren. In der grossen Kammer werden die Demokraten kaum die 30 Sitze zulegen, die es für die Majorität braucht.

Weshalb sie aber gute Chancen haben, das Stärkeverhältnis in der kleinen Kammer zu kippen, hängt damit zusammen, dass in diesem Jahr 24 republikanische Sitze gegen nur 10 demokratische zur Wahl stehen. Schon zwei Jahre später wird es umgekehrt sein. Sollten die Republikaner jetzt den Senat verlieren, könnten sie ihn dann wieder zurückholen.

In früheren Jahren hat die Einsicht in diese schnellen Wechselfälle der Politik die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg befördert. Es wurden tragfähige Arrangements gefunden, die nichts mit den ideologischen Fixierungen der Parteien zu tun hatten – selbst bei entscheidenden Fragen.

Präsident Johnson, mit allen Wassern gewaschener Demokrat, brachte 1964/65 die Civil Rights Act und die Voting Rights Act nur mit mehrheitlich republikanischen Stimmen durch. Das ist lange her, doch ebenso erhielt Obama von den Republikanern die notwen-

digen Stimmen für das Fast-Track-Verfahren beim Aushandeln der Freihandelsabkommen. Das geschah vor der Kapitulation der Republikaner gegenüber den trumpschen Protektionismus-Anwendungen, denen ja auch Hillary Clinton unter dem Druck von Bernie Sanders erlegen ist.

Mit ihrer Übermacht im Kongress ist es den Republikanern gelungen, die Innenpolitik Präsident Obamas weitgehend zu blockieren. Die grosse Ausnahme ist Obamacare, die Gesundheitsreform, die in den ersten Jahren nach Obamas Wahlsieg mit der damaligen demokratischen Mehrheit durchgepeitscht wurde. Die grosse Reform ist dennoch Stückwerk geblieben und nun dabei, Schiffbruch zu erleiden.

Die Prämien der Krankenversicherungen steigen enorm, und die Nichtversicherten – vor allem gesunde, jüngere Amerikaner – sehen keinen Anlass, ihren Beitrag in das Fass ohne Boden zu werfen. Sogar Hillary Clinton hat grundlegende Reformen angekündigt. Allerdings würde sie ihr Heil sinnigerweise in einer Zwangsverpflichtung suchen.

Sollte Trump in einem Erdbeben untergehen, könnten republikanische Kongresskandidaten in den Abwärtssog geraten. In den letzten Präsidentenwahlen war das *straight-ticket voting* die Regel: Man stimmte für den

Präsidenten und den jeweiligen Kongressabgeordneten der gleichen Partei. Diesmal könnte es anders laufen.

Viele Republikaner haben sich in der einen oder anderen Form von Trump distanziert – manchmal auch nur vorübergehend. Die beiden achtzigjährigen Senatoren, John McCain in Arizona und Chuck Grassley in Iowa, liegen in ihren Staaten bei den Umfragen weit vor Trump. Ähnlich läuft es für Rob Portman in Ohio und Marco Rubio in Florida, auch wenn «little Marco» nicht über dem Berg ist und sich einer Geldlawine der Clinton-Maschine erwehren muss.

Höhenflüge von Präsidenten stoppen

Knapp wird es in Pennsylvania und New Hampshire, wo beide republikanischen Titelverteidiger zwar besser als Trump stehen, aber starke demokratische Konkurrenz spüren. Anders in Missouri: Da wird Trump gewinnen, doch der republikanische Senatskandidat hat Schwierigkeiten. Er steht einem 35-jährigen

Afghanistan-Veteranen gegenüber, der für die Demokraten antritt und seinen Gegner als Washington-Insider und Lobbyisten anprangert. Dieser wirbt für sich, indem er erklärt, er werde der 51. Republikaner im Senat sein!

Clinton oder Trump werden nicht als grosse Gesetzgeber und Reformer in die Geschichte eingehen. Nicht nur werden sie im gegnerischen Lager verabscheut, sie verfügen nicht einmal über das Durchsetzungsvermögen, die eigene Truppe zusammenzuhalten. So wird die Mehrheit im Kongress, wer immer sie hat, in erster Linie als Korrekturmittel dienen, um Höhenflüge von Präsidenten zu stoppen. Das ist im Übrigen gar nicht so schlecht.



Wird die scharfe Konfrontation weitergehen? US-Kongress.

Vielleicht verliere ich meine Wette

Von Hanspeter Born — Wenn am Dienstag viele Demokraten daheimbleiben und wenn von Trump angewiderte Republikaner doch noch zur Urne gehen, ist alles möglich.



In jedem amerikanischen Wahlkampf erreicht die Fieberkurve einen Höhepunkt, bevor sich die Temperatur wieder stabilisiert. Dieses Jahr hat die Ankündigung von FBI-Direktor Comey, dass die abgeschlossene Untersuchung gegen Hillary Clinton doch noch nicht ganz abgeschlossen sei, ein Emporschiesen des Quecksilbers bewirkt. Ist die «Oktoberüberraschung» wirklich bedeutsam? Bei amerikanischen Wahlen wird man immer erst im Nachhinein klug.

So war es auch 1980. Der aussenpolitisch unerfahrene, für seine rednerischen Ausrutscher berüchtigte republikanische Aussenseiter, ein Ex-Gouverneur von Kalifornien, schickte sich an, die demokratische Hochburg zu stürmen. Am Dienstag, 28. Oktober 1980, genau eine Woche vor dem Wahltag, verfolgte ein Rekordpublikum die einzige Fernsehdebatte zwischen Herausforderer Ronald Reagan und dem amtierenden demokratischen Präsidenten Jimmy Carter. Im aussenpolitischen Teil des Rededuells erwähnte Präsident Carter, er habe seine 13-jährige Tochter Amy gefragt, was das wichtigste Wahlthema sei, und sie habe geantwortet: «Die Beschränkung nuklearer Waffen.» Wie bitte? Der Präsident richtet seine Politik nach der Meinung eines Teenagers? Für Spott hatte er nicht zu sorgen. Dem angeblich gefährlichen ehemaligen Filmschauspieler Reagan hingegen gelang es, mit seinem sonnigen Humor das Publikum zu entwaffnen. Als Carter ihm seine sozialpolitischen Sünden vorwarf, schüttelte der Gouverneur nachsichtig schmunzelnd den Kopf und meinte: «Here you go again.»

Zwei Tage nach der Debatte, zur Mittagszeit, sprach Präsident Carter im Garment District von Manhattan, dem Zentrum der amerikanischen Modeindustrie, an einer von der Schneiderinnengewerkschaft organisierten Wahlveranstaltung. Ich, damals Amerikakorrespondent des Schweizer Radios, hatte mich unter die Zuhörer gemischt. Das Wetter war feucht-kalt. Noch bevor der Präsident seine zwanzigminütige Rede beendet hatte, stellte ich verblüfft fest, dass die Leute abzuwandern begannen. Der Präsident hatte sie gelangweilt.

Noch am selben Donnerstag, 30. Oktober, fuhr ich weiter nach Philadelphia, wo um 19.30 Uhr in der High School von Upper Darby ein

Auftritt Reagans angesagt war. Die Turnhalle war prallvoll. Die Band spielte. Vermutlich gab es Reden von Lokalgrössen. Man wartete. Es wurde acht Uhr, neun Uhr, halb zehn. Kein Reagan. Sein Flugzeug hatte Verspätung. Es war ein langer Tag gewesen, ich hatte Hunger, war ungeduldig. Dann plötzlich Bewegung ins Publikum. Fanfare. Er war da. Strahlend, lachend, augenzwinkernd, mit der Hand grüssend. Unbeschreibliche Begeisterung. Was er gesagt hat, weiss ich nicht mehr. Als ihm seine Entourage nach dem Ende der Rede den Weg durch die Menge bahnte, folgte ich ihr und sah, wie Hände sich ihm entgegenstreckten, wie Augen leuchteten.

Am Freitag, vier Tage vor der Wahl, veröffentlichten die Zeitungen die letzten Umfragezahlen. Noch Mitte Monat hatte Carter mit einem Vorsprung zwischen 4 und 8 Punkten klar geführt. Jetzt lagen er und Reagan Kopf an Kopf. Das Rennen, schrieben fast alle, war *too close to call*. Am selben Tag verlas ich meinen Bericht für das «Echo der Zeit». Im Brustton der Überzeugung verkündete ich: «Reagan wird die Wahlen gewinnen – ohne Wenn und Aber.» Wörtlich sagte ich: «Ohne Wenn und Aber.» In der heutigen Zeit könnte man nachprüfen, ob mein Gedächtnis mich trügt oder nicht. Vor 36 Jahren löschte man die Tonbänder, um sie wieder zu gebrauchen. Als ich am Wahltag dem Kor-



Ist die Oktoberüberraschung bedeutsam?

respondenten der *Financial Times* erzählte, ich hätte am Radio definitiv einen Sieg Reagans vorausgesagt, schaute er mich entgeistert an. Ob ich verrückt geworden sei. Vielleicht, aber ich hatte gesehen, wie die Zuhörer Carter davonliefen, während sie Reagan zujubelten.

Reagan gewann mit einem Zehn-Punkte-Vorsprung. Ein Erdbebensieg. Die Kommentatoren konnten es nicht fassen. «Wie ist es möglich, dass die Meinungsumfragen derart täuschen konnten?», fragte sich NBC-Anchorman David Brinkley. Die hatten nicht wirklich getäuscht. Sie konnten den von der Debatte ausgelösten Stimmungsumschwung in den letzten Stunden nicht mehr registrieren. Entgegen den Erwartungen vieler wurde Reagan ein erfolgreicher Präsident und wird heute verehrt. Er gewann den Kalten Krieg und sorgte für einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung.



Trump ist nicht Reagan

Ist auch dieses Jahr ein ähnlich überraschendes Ergebnis denkbar wie 1980? Könnte die FBI-Enthüllung, und mehr noch die Reaktionen der beiden Kampagnen darauf, den sicher geglaubten Vorsprung Clintons zum Schmelzen bringen? Die Geschichte wiederholt sich nicht. Trump ist nicht Reagan. Entscheidend wird die Wahlbeteiligung sein. Nicht zu vergessen ist, dass Clintons Kampagne in ihrem *ground game* besser organisiert ist als diejenige Trumps. Für Clinton arbeiten um die 5000 bezahlte Wahlhelfer, für Trump bloss 1500. Die Clinton-Wahlmaschine kann sich auch auf die Daten der demokratischen Kampagne von 2012 stützen, die viel zum Sieg Obamas beitrugen. In Schlüsselstaaten wie Florida haben Clintons Stäbe genaue Angaben über ihre potenziellen Wähler, und sie bearbeiten Unentschlossene mit allen Mitteln der Überzeugungskunst. Wie vor vier Jahren sind sie Meister im Hineinkarren von Alten und Gebrechlichen in die Wahllokale.

Emotionen können entscheidender sein als die Organisation. Das FBI-Bömbchen hat das Scheinwerferlicht auf Hillary Clintons Schwächen gerichtet, auf ihre Heuchelei und ihre Lügen, auf die korrupte Clinton-Stiftung. Wenn am Dienstag viele desillusionierte Demokraten, und vor allem Sanders-Anhänger, daheimbleiben und wenn von Trump angewiderte Republikaner doch noch, die Nase zuhaltend, zur Urne gehen, ist alles möglich. Ich könnte meine im Frühjahr gegen Kollege Gehriger eingegangene Wette, dass Trump niemals Präsident der Vereinigten Staaten werde, verlieren.

Hanspeter Born, ehemaliger *Weltwoche*-Auslandredaktor, verfolgt den Endspurt der US-Wahlen aus sicherer Ferne und sammelt Nachrichten aus Medien links und rechts des Mainstreams. Als Austauschschüler erlebte er vor sechzig Jahren seinen ersten Wahlkampf in den USA. 1980 berichtete er für das Schweizer Radio über den unerwarteten Sieg von Ronald Reagan. 2008 reiste Born ein letztes Mal zu Wahlveranstaltungen und liess sich vom aufsteigenden Stern Obama blenden.



Liebevolle und akribische Würdigung: Musiker Dylan.



Ikone der Woche

Ein Toast auf Cohen

Von Thomas Wördehoff

Es war das Warten, das alle so grantig machte. Nur ein Wort der Freude oder wenigstens eine Andeutung gespielter Überraschung hätte der Alte aus Duluth, Minnesota, schon grummeln können. Aber so gar nichts? Mehr als zwei Wochen lang hatte Bob Dylan zum Thema Nobelpreis geschwiegen. Ungerührt war er durch Amerika getourt und hatte zwei lange Wochen vergehen lassen, bevor er dem *Daily Telegraph* in zwei Halbsätzen am Telefon «Freude» und «amazing» in den Block diktierte: «Whoever dreams about something like that?» Schon zischte ein Mitglied der Akademie in Stockholm irgendetwas von «unhöflich und arrogant» über den Atlantik, und sein peruanischer Kollege Mario Vargas Llosa, dem die gewichtige Ehrung bereits 2010 widerfahren war, befand Dylans Wahl gallig als «Ausdruck der zunehmenden Frivolität der Kultur in unserer Zeit».

Dass der Grad kultureller Verwahrlosung oder auch das Ausmass schlechter Erziehung oft im Auge des jeweiligen Betrachters liegen, zeigt sich bei der Lektüre einer Geschichte in der neusten Ausgabe des Magazins *The New Yorker*. Dort hat der langjährige Chefredaktor David Remnick eine exzellente Geschichte über das Spätwerk und das jüngste Album des greisen und inzwischen wohl sehr gebrechlichen Leonard Cohen verfasst. Remnick kam auf die glänzende Idee, Bob Dylan um die Beurteilung seines Antipoden zu bitten. Die Antwort Dylans erfolgte angeblich umgehend – just zu jenem Zeitpunkt, da ihm der Nobelpreis zugesprochen wurde und die ganze Welt auf eine Reaktion wartete. Dylans Würdigung des Kollegen fiel liebevoll und akribisch aus: Er lobt die exakt durchgeführten kontrapunktischen Linien, die seinen Songs einen «überirdischen Charakter» geben, und Cohens unterschätztes melodisches «Genie», das eine «starke Wirkung» in ihm auslöse – exakte Songanalysen inklusive. Niemals seien seine Texte herablassend oder zynisch. Der einzige Songwriter der jüngeren Geschichte, so Dylan, den man überhaupt mit Leonard Cohen vergleichen könne, sei Irving Berlin («White Christmas», «Change Partners»): Ohne jegliches Studium der klassischen Musik «hören beide Melodien, nach denen wir uns nur sehnen können».

Was ist nun die Moral von der Geschichte? Während die Welt die Kronleuchter zu Ehren Bob Dylans anzündet, reagiert sich der Gepriesene erst mal ab, indem er die Scheinwerfer auf das Werk eines anderen grossen Songwriters richtet. Und was er mit diesem Toast auf Cohen zutage fördert, ist allemal interessanter als gute Erziehung, die in den gewohnt verlegenen Floskeln verlegen herausgestolpert wäre. So passt es schon.

Leuchtturm des Denkens

Vor 550 Jahren wurde der grosse Humanist Erasmus von Rotterdam geboren. Seine Anliegen und Sorgen glichen den unseren: Europas Einheit war wegen religiöser und sozialer Konflikte in Gefahr. Der Star-Reformator behauptete beharrlich seinen Standpunkt zwischen allen Parteien. *Von Oliver vom Hove*

Er war ein Europäer, wie er noch gar nicht lang im Buche stand: Erst Mitte des 15. Jahrhunderts war die Druckkunst erfunden worden. Erst sie machte aus dem einstigen Klosterbruder und theologischen Gelehrten Erasmus von Rotterdam einen europaweit vernetzten Publizisten, einen Star-Reformator des gedruckten Meinungs-austausches. Durch seine Schriften wie auch durch seine vielfältigen Übersetzungen aus dem Lateinischen und – erstmals – aus dem Griechischen tat sich eine Fernsicht auf, die aus den begrenzten Regionen des Mittelalters mitten in die neue Weite der Renaissance führte.

In diese durchpflügte Zeit voller Kriegswirren hineingeboren, blieb Erasmus sein Leben lang über den Frieden besorgt. Ihm ordnete er all sein Denken unter – und auch sein Handeln, was ihm bis heute den Vorwurf einträgt, er sei tatenscheu gewesen. Tatsächlich war er ein Pazifist *avant la lettre*, der die religiös verbrämten Territorialkriege seiner Zeit zutiefst verabscheute und bekämpfte.

Weitblick und Feuereifer

Leuchtturm des Denkens, Feder-Kämpfer des Friedens, Fürst der Humanisten, Weltbürger und unablässiger Wanderer durch Europa, Liebling seiner Zeit und ihrer führenden Köpfe – all diesen Zuschreibungen wurde er gerecht. Mit Luther focht er seinen verzehrendsten Kampf: hier der gemässigte Reformator Erasmus, dort der rücksichtslose Revolutionär aus Wittenberg. Dabei ging es ihm nie um theologische Spitzfindigkeiten unter abtrünnigen Augustinermönchen. Luthers antirömischen Angriff auf Priesterprunk, Ablasspfünden und klerikalen Machtmissbrauch teilte er nicht nur – er hatte ihn in etlichen Schriften bereits verschärft vorweggenommen. Erasmus kämpfte vielmehr mit Weitblick und Feuereifer für das Ideal eines einheitlichen Europas, wie er es in der kirchlichen, vor allem aber in der wissenschaftlichen Gemeinschaft kennengelernt hatte und nun durch immer stärkere Aufwallungen nationaler Eigensucht bedroht sah. Die Einheit Europas, die er durch den Konfessionsstreit in nationale und regionale Herrschaftsräume zerfallen sah, suchte er mit beschwörenden Denkschriften, Pamphleten und zahllosen Eingaben an Päpste, Könige und Fürsten, vor allem aber mit einem den ganzen Kontinent überziehenden Korrespondenz-Netzwerk davor zu bewahren.

Fortwährend begleitete dieser Vielschreiber («polygraphus», wie er sich nicht ohne selbst-ironischen Stolz nannte) kommentierend, glossierend, intervenierend das Zeitgeschehen in Europa. Die Grundkonflikte, an denen er sich zeitlebens abarbeitete, gleichen verblüffend den unseren: Religiöse Eiferer bedrohten den mühsam errungenen Frieden und schürten mit fundamentalistischem Zelotismus einen erbitterten Kampf um die Neuverteilung politischer Macht. Mit einem Mal wurde dadurch eine Nord-Süd-Kluft in Europa aufgerissen, die auch wirtschaftlich begründet war: Der (reiche, sparsame) protestantische Norden wollte keinen Tribut mehr an den (armen, verschwenderischen) katholischen Süden – an Rom – zahlen. Ebenso wie in dem religiösen Fanatismus sah Erasmus in dem um sich greifenden Vaterlandspathos und Nationalismus ein Verhängnis über Europa hereinbrechen. In seiner «Klage des Friedens» («Querela pacis», 1517) heisst es: «Sehen wir nicht das Wort <Vaterland> als triftigen Grund dafür an, dass eine Nation die Vernichtung der anderen im Schilde führen darf? Ein paar Eisenfresser sind jedoch nicht einmal mit dieser Kriegsursache zufrieden! Sie zerbrechen sich vielmehr den Kopf, um irgendwo Ansatzpunkte für neue Konflikte auszuhecken ... Wenn der Begriff Vaterland alle jene verbindet, die von den gleichen Vorfahren abstam-

«Ich wünsche, Weltbürger zu sein, allen zu gehören, oder besser noch Nicht-Bürger bei allen zu sein.»

men, und wenn die Blutsverwandtschaft zur Freundschaft führt, so ist diese Welt in Wahrheit unser aller gemeinsames Vaterland.» Und in dem Essay «Dulce bellum inexpertis» (1508) gibt er schon im Titel zu bedenken: «Verlockend ist der Krieg für den, der ihn noch nicht am eigenen Leib erfahren hat.»

Erasmus setzte seine ganze intellektuelle und pädagogische Energie für jenes Mittel ein, das ihm selbst, dem 1466 in Rotterdam als unehelicher Sohn eines entlaufenen Priesters geborenen Armeleutekind, aus kläglichen Verhältnissen herausgeholfen hat: Bildung. Bei ihm heisst das: «bonae litterae». Denn er schreibt, übersetzt, konversiert in Latein, der Lingua franca seiner gebildeten Zeitgenossen. Sein Latein fliesst ihm so klar und quellfrisch aus der Feder, wie es sein Denken auszeichnet.

Schon mit seiner ersten Schrift, dem Manifest «Gegen die Barbaren» («Antibarbari», 1493), eröffnet er einen leidenschaftlichen Kampf wider die Bildungsfeinde in Kirchen und Klöstern, die das Volk unwissend und gängelbar halten möchten. «Aus diesem Schlummer», schreibt er, «musste die Welt endlich aufgeweckt werden.» Denn: «Wie der Hund zum Jagen, der Vogel zum Fliegen [...] so wird der Mensch zum Wissen und zum Handeln nach Prinzipien geboren [...]. Insofern der Natur des Menschen das Denken entspricht», ist er der «Sorgfalt des Erziehers» überantwortet. Ungebildet bleibt der Mensch ein Mängelwesen. «Und wer um Worte nicht verlegen ist, wird sagen, Bildung gehört zum Wesen des Menschen, da er mit ihrer Hilfe künstlich ergänzt, was ihm die Natur versagt hat.»

Petrus am Himmelstor

Seine Lebensweisheit strebte eine tiefempfundene Aussöhnung von antiker und christlicher Überlieferung an, die kulturgeschichtlich weltbewegend wurde. Er gab klassische Autoren wie Lukian, Plutarch, Seneca ebenso heraus wie die Gesamtausgaben der Werke von Hieronymus, Ambrosius und Augustinus. 1516 erschien seine Edition des Neuen Testaments in griechischer Sprache, deren zweite, verbesserte Ausgabe Luther für seine Bibelübersetzung benutzt hat. Die 1500 erstmals veröffentlichte Sammlung griechischer und lateinischer Sprichwörter («Adagia») wurde einer der ersten Bestseller der Buchgeschichte. Schlagartig machte sie den Verfasser zu einer Art Kultfigur des europäischen Humanismus. Nicht weniger begehrt wurden später seine «Vertraulichen Gespräche» («Colloquia familiaria», 1518), eine so vergnügliche wie anregende Sammlung von Alltagsszenen.

Ganz Europa versorgte er mit den Früchten seiner unermüdlichen Autoren-, Übersetzer- und Herausgeberschaft. Immer weiter entwickelte er sein anspruchsvolles Erziehungskonzept einer sozial verantwortlichen Humanität, die auf freier Willensentscheidung gründet: In seiner einzigen Streitschrift gegen Luther, «De libero arbitrio» (1524), bekämpft er entschieden dessen Ansicht von der Unterwerfung des Menschen unter Gottes Gnadenwahl.

Seine ruhmreichste literarische Hinterlassenschaft indes stellt die so spitzzüngige wie hintersinnige Satire «Lob der Torheit» dar, die er 1509 auf einer Reise von Rom nach England – zu Pferd über die Alpen – eronnen hat. Dar-



«Die Katze soll in Gala gesteckt werden»: Erasmus von Rotterdam.

in schlägt der Autor mit dramaturgischer Verve der personifizierten Torheit eine Bühne auf und macht sie wie in einem doppelbödigen Zaubertricktheater zur Darstellerin ihrer Vorzüge und Laster: Ohne törichte Begierden kein Fortschritt, lässt er sie verkünden, ohne Dummheit kein Weltgetriebe, ohne Vergnügen keine Vernunft. Abgehandelt wird hier nichts weniger als die Konsumlehre moderner Ökonomie – nur dass eben in der Dialektik des Satirikers Erasmus die Weisheit vom Wachstum, das aus der Gier geboren ist, dem Mund einer weltlichen Törrin entstammt und somit als Teil des kritisch beleuchteten *perpetuum stultiferae*, der immerwährenden Dummheit, erscheint.

Sogar die aus der Werbung bekannte Begegnung des sündigen Erdenbewohners mit dem

vor Selbstsicherheit strotzenden Petrus am Himmelstor findet sich bereits im vielseitigen Werk des Erasmus – freilich als ungleich gewichtigere, messerscharfe Satire gegen den Kriegerpapst Julius II., dem der schlüsselgewaltige Petrus ob seiner Blutschuld den Eintritt ins göttliche Paradies verwehrt.

In seinem «Handbuch des christlichen Ritters» («Enchiridion militis christiani», 1503) hatte Erasmus früh seine Ansicht des Christentums dargelegt: tätige Nächstenliebe statt Gebeten, Zeremonien, Reliquienkult. Keine Dogmen, sondern Menschlichkeit. So klar, so voll ethisch-politischem Pragmatismus sprach keiner vor ihm. Jahrzehnte später trug ihm die römische Kirche den Kardinalpurpur an. Er lehnte ab. «Die Katze soll in Gala gesteckt werden», war sein Kommentar.

Der Individualist Erasmus behauptete beharrlich seinen Standpunkt zwischen allen Parteilagen. Freiheit, Unabhängigkeit, Einfachheit und Reinheit sind seine Richtwerte. Als sein zeitweiliger Freund Zwingli ihm anbietet, das Bürgerrecht der Stadt Zürich anzunehmen, antwortete er ihm: «Ich danke sehr für deine und deiner Stadt liebenswürdige Gesinnung mir gegenüber. Ich wünsche, Weltbürger zu sein, allen zu gehören, oder besser noch Nicht-Bürger bei allen zu sein.» Dazu gehörte ein Wanderleben, das erst spät seinen Ruhepunkt – in Basel und Freiburg – fand. Selbstbewusst resümierte er: «Über nichts schätze ich mich glücklicher als darüber, dass ich mich nie irgendeiner Partei angeschlossen habe.»

«Erasmus wusste», schreibt sein Biograf Johan Huizinga dazu, «wie durch die Leidenschaft und die Verblendung, mit der die Parteien einander bekämpften, die Wahrheit, die er suchte, und die Liebe, deren Sieg in der Welt er zu sehen sich sehnte, verdunkelt wurden. Den Gott, zu dem er sich bekannte, wusste er zu hoch, um Partei zu sein.»

«So sei es genug der Torheit!»

Erasmus' persönlichstes Dokument bleibt seine Wehklage über «Die Unbilden des Alters» («De senectutis incommodis», 1506), die er lang vor seinem Tod am 12. Juli 1536 – vor 480 Jahren – zu Papier brachte und mit einer berührenden Selbstermahnung zu Zuversicht und Lebensmut ausklingen liess. Darin heisst es:

«Ach wie kurz ist es her, dass man den kleinen Erasmus/blühen sah mitten in grüner Jugend!/ Und nun spürt er mit Schrecken den grässlich leisen/ Andrang unbekannter Schäden,/ wird sich selbst ein andrer/[...]/ Schon erscheinen ihm spärlich an den Schläfen/ helle Fäden, und eitler schert er/ in der Frühe das Kinn, auf dass kein Fremder/ merke, wie weiss schon der Bart ihm wächst!// Ach wie ging es so schnell mit dir, du armer Erasmus!/ Seh ich doch eben den Buben noch um Nüsse würfeln,/ dann nach Büchern brennen, den Streit der Sophisten/ mit spitzfindigen Schlüssen nachzuahmen,/ römischer Redner Pracht, der honigsüssen/ Dichter schmeichelndes Blendwerk./ [...] Nichts soll ihm übrig bleiben, kein profanes/ noch kein geistliches Buch, Latein und Griechisch –/ ja vor Eifer befährt er Land und Meere,/ selbst die schneeigen Alpen schrecken ihn nicht,/ dass er fände gelehrte Freunde und kenne von Antlitz/ jeden, der gutes Latein schreibt [...].»

Indes, am Ende des Gedichts ermannt er sich doch: «Nun denn, Erasme, so sei es genug der Torheit! Aufgewacht einmal und fasse dich männlich, Freund, [...] Ungebrochen blüht dir der Geist, und selbst des Leibes/ Schaden ist wenig bisher./ Rüste dich munter, noch sind dir gute Jahre zu füllen/ mit dem rechten Gewinn, und doppelten Ernstes/ diene dem Herrn fortan!»

Lernen mit dem Bachelor

«Der Bachelor» gehört zu den Erfolgsformaten des Privatsenders 3+. Die Balz-Show mag ein abgekartetes Spiel sein – über das Aufreissen im Jahr 2016 verrät sie dennoch manches.

Von Claudia Schumacher

Es ist der Gladiatorenkampf unserer Zeit: Die Sendung «Der Bachelor» ist nicht sehr stilvoll, an der Grenze des Erträglichen, aber von hohem Unterhaltungswert. Auch jetzt kämpfen wieder 22 Frauen in Thailand um das Herz des «begehrtesten Junggesellen der Schweiz»: eines vierfachen Kickboxweltmeisters und Besitzers zweier Crossfit-Studios namens Janosch Nietlispach. Auch wenn man bei dem Schauspiel nicht weiss, ob man lachen oder weinen soll: Lernen lässt sich immer.

Lektion 1: Falsch, aber richtig

«Falschheit, dein Name ist Weib», sagte der römische Dichter Horaz. Das war vor Christi Geburt. Und mittlerweile hat ja sogar die Schweiz ein paar Jahrzehnte weiblicher Emanzipation erlebt, wo es unter anderem darum ging, das Ansehen des weiblichen Geschlechts von solchen Vorurteilen zu befreien. Beim «Bachelor» aber ist Feminismus vergeudete Liebesmüh: Die Falschheit der Teilnehmerinnen ist eines der Leitmotive der Sendung. Unecht ist natürlich vieles an den «Bachelor»-Ladys: Brüste, Nägel, Wimpern, Augenfarbe. Als Silikon-Céline («Wir sind zu dritt ange-reist») ihre blauen Kontaktlinsen rausnimmt und Bachelor Janosch mit braunen Augen begegnet, ist er entsprechend entzückt: «Es sind eigentlich nur die Linsen, aber du hast dich recht verändert, und ich seh es eigentlich noch positiv.» Sie: «Ja, voll!»

Für Frauen, die um einen Mann kämpfen, ist Falschheit aber nicht gleich Falschheit. So sind Célines Silikonbrüste zum Beispiel goldrichtig, wie sie selbst bei einer Jetski-Tour erkennt: «Ich gehe nicht unter.» Ein Abenteuerer wie Janosch könnte sich bei einem Unfall im Wasser einfach an Céline mit den Rettungskissen klammern.

Lektion 2: Mister Nice Guy

Redet der Bachelor ständig über die primären Geschlechtsorgane seiner Paarungsanwärterinnen? Natürlich nicht. Vor allem zu Beginn beschränkt er sich auf Bemerkungen zu den inneren Werten, egal, wie viel Holz vor der Hütte die Dame vor ihm hat. Damit zeigt er, dass er trotz seines eigenen übertrieben guten Aussehens nur der nette Kerl von nebenan ist – ein Mann zum Heiraten also. Janosch gibt seine garantiert sexismusfreien Ansichten nach dem ersten Treffen mit einer Dame jeweils vor der Kamera ab, um den Zuschauer zu



Gnadenlose Ernsthaftigkeit: «Der Bachelor» mit Janosch Nietlispach.

informieren, der eine Art Verbündetenrolle einnimmt. Im richtigen Leben empfiehlt es sich, die beste Freundin der eigenen Traumfrau als Verbündete zu gewinnen. Um diese von sich zu überzeugen, kann man einfach den Bachelor rezitieren: «Der Reiz einer Beziehung ist ja, dass man auf dem gleichen Level ist und versucht, sich gegenseitig stark zu machen, und das ist dann *overall* viel wichtiger als

Eine wichtige Balzregel für Herren: Frauen wollen gespiegelt werden.

nur das Aussehen.» «Ich bin nicht da, um ein Model zu suchen, sondern jemanden, der in mein Leben passt.» «Sie ist sehr präsent gewesen, und das gefällt mir an einer Frau: wenn sie weiss, was sie will, und auch zeigt, was sie will.» Wenn man aber doch mal sagen muss, wie sehr das Äussere einer Frau einen reizt: Adjektive wie «geil» und «heiss» nach Möglichkeit umgehen. Machen Sie es wie der

Bachelor, der da sagt: «Stella ist wirklich eine wunderschöne Perle!»

Lektion 3: Kleinmädchenschema

Spätestens ab der vierten Folge laufen beim «Bachelor» alle Frauen nur noch in Pink rum. Das Kleinmädchenschema wird beim Kampf um den Traummann grossgeschrieben. Zu Recht! Es funktioniert. Larissa, eine zierliche Ex-Profi-sportlerin, bleibt dank ausdauerndem Schüchternheitslächeln und gelegentlichen Tränen lange Zeit die Favoritin. Und sie hat verstanden, dass man nicht mehr Stoff tragen sollte, als den Körper einer Dreijährigen bedecken würde, denn bauchfrei und in Hotpants wollen Männer einen immer um sich haben. Zwar bekommen manche Teilnehmerinnen ihre Einzeldates dadurch, dass sie um Janosch kämpfen und ihn mit Taten (Sieg beim Fitnesstest) beeindrucken. Doch sie stossen an ihre Grenzen. «Vielleicht sucht er auch eine, die sich erobern lässt», stellt Céline in der vierten Folge ganz geknickt in den Raum. Aber auch hier ist das richtige Mass gefragt: Nur süss und putzig ist halt auch zum

Schnarchen. So bekommt das reine Strahlemädchen Sarah letztlich keine Rose mehr. Was sich für partnersuchende Frauen ebenso wenig empfiehlt wie die ungepfefferte Süsse, ist ein Zuviel an Begeisterung. Die Frauen, die mit der Zeit zu den Favoritinnen zählen, lassen sich vom Bachelor nicht einfach gleich aus den Socken hauen. Schliesslich will ein Mann nicht das Gefühl haben, viel zu gut zu sein für eine Frau – denn dann könnte er eine Bessere haben.

Lektion 4: Bond-Faktor

Auch beim Mann reicht die Netter-Kerl-Masche allein nicht aus. Was es zusätzlich braucht, ist der Bond-Faktor: «007 mit der Lizenz zu lieben», wie die Stimme aus dem Off über den Bachelor sagt. Dazu empfiehlt sich eine beeindruckend maskuline Erscheinung, wie der kickboxende, fast zwei Meter grosse Janosch eine ist. Aber auch innere Werte zählen: Mut und die Fähigkeit zur Konzentration. Ein Mann hat etwa zu wissen, wann er den nächsten Schritt machen und die Frau küssen muss. Und auch das ist Bond-mässig: gnadenlose Ernsthaftigkeit, selbst im Angesicht grösstmöglicher Beklopptheit. So schafft es Janosch, mit dickem Goldschmuck umhängt, der ihn wie einen seltsam europäischen Thai-König aussehen lässt, vor einer Frau zu sitzen, die hergerichtet ist wie eine Figur aus dem Mythenreich. In dieser Grundsituation führt Janosch mit der Frau ein Gespräch über ihre schwierige Vergangenheit – und er schafft es, nicht ein einziges Mal zu lachen. Respekt!

Lektion 5: Den Zickenkrieg gewinnen

Befindet man sich als Frau in einer Konkurrenzsituation – wie sie beim «Bachelor» plakativ gegeben ist –, sollte man sich im Zickenkrieg gut zu schlagen wissen. Das beweist der Fall Larissa: Sie legt beständig Klasse an den Tag, lästert über keine, ist die Favoritin des Bachelors. Die anderen Frauen aber mobben sie und schliessen sie aus. Bis Larissa unter dem Druck zusammenbricht und nach Hause fährt. Ergo: Die stärksten Rivalinnen sollte man abstrafen und quälen. Die eigene Nettigkeit und Schwesterlichkeit, die ein Mann ja auch sehen will, stellt man am besten demonstrativ gegenüber solchen Rivalinnen unter Beweis, die eigentlich keine Chance haben.

Lektion 6: Frauen mögen Spiegel

Eine wichtige Balzregel für Herren: Frauen wollen gespiegelt werden. Daher muss Mann stets Gemeinsamkeiten finden (oder erdichten). Stellt Janosch bei einer Frau fest: «Du bist ein Harmoniemensch», dann fügt er an: «Ich bin auch eher ein Harmoniemensch.» Sagt eine Frau hingegen zu ihm: «Du bist ein Schlitzohr», dann erwidert er: «Ich glaube, du bist auch ein Schlitzohr.» Und sie kichert und rutscht näher an ihn ran. Das permanente Spiegeln ist – ähnlich wie Sex – ein Werkzeug, mit dem sich bei Frauen Bindungshormone wecken lassen. Viel Glück! ○

Humor

Nicht lustig. Oder doch?

Malen sich weisse Komiker das Gesicht schwarz an, so ertönt reflexartig der Schrei: «Rassismus!» Doch so einfach ist das nicht.

Von Charles Nguela

Zuerst mal: Vielen Dank, liebe Minimalpigmentierte, dass ihr euch bemüht, Rassismus und Diskriminierung aus dem Weg zu räumen! Viele Leute erachten das sogenannte Blackfacing – also sich schwarz anzumalen, um einen Schwarzen zu spielen – als rassistisch. Aber ist es das auch? Wie fast immer bei solchen Fragen ist die Antwort nicht ganz einfach: Es kommt auf den Kontext an.

In der Sendung «Happy Day» war das Blackfacing von «Verstehen Sie Spass?»-Moderator Guido Cantz meiner Meinung nach grenzwertig. Weshalb, erkläre ich später. Aber rassistisch?

An einer Blaukreuz-Party mache ich zum Beispiel lieber keine Alkohol-Witze.

Nein, das war es nicht. Mich jedenfalls hat die dümmliche Veralberung weder verletzt, noch fühlte ich mich irgendwie herabgewürdigt. Zum Lachen war mir trotzdem nicht zumute.

Wann ist Blackfacing lustig? Vor einigen Monaten habe ich mich für die TV-Sendung «Comedy aus dem Labor» weiss schminken lassen, mein Komikerkollege Michel Gamenthaler hat sich schwarz angemalt. Wir spielten eine Szene aus Shakespeares «Othello» nach. Da hat sich niemand beklagt, dass

Michel als Schwarzer und ich als Weisser geschminkt war. Warum? Ganz einfach: Wir haben das Blackfacing selbst zum Thema gemacht und damit eine spielerische Komponente in das belastete Thema gebracht.

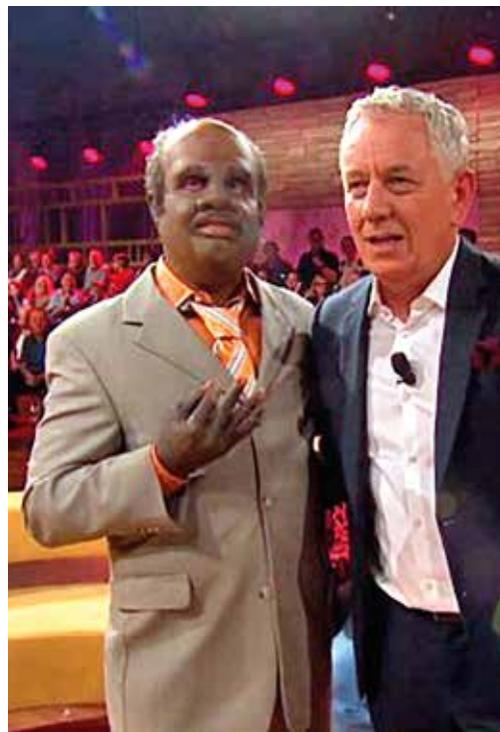
Bei «Happy Day» war das nicht der Fall. Ein schwarz geschminkter Weisser wollte einer Weissen vorgaukeln, dass er ihr afrikanischer Vater sei. Bloss hat man von weitem gesehen, dass es sich bei dem Mann nicht um einen Dunkelhäutigen aus Südafrika handeln konnte. Allein schon die Lippen waren dermassen übertrieben dargestellt! Ich selbst habe dicke, prachtvolle Lippen – doch als ich seine gesehen habe, dachte ich: «Kommt schon, nicht mal US-Rapper Jay-Z hat solche Lippen!» Und der hat wirklich grosse Lippen!

Die dilettantische Darstellung eines Afrikaners war aber nicht das Hauptproblem. «Happy Day» ist eine hochemotionale Sendung. Nicht nur der Moderator Röbi Koller wurde hier veräppelt, sondern auch all jene Zuschauer, denen die Geschichten von «Happy Day» nahegehen. Dies hat offensichtlich nicht nur mich irritiert.

Aber verstehen Sie mich nicht falsch, als Comedian gehe ich ständig an Grenzen – und darüber hinaus. Comedy, die sich an die Regeln der Political Correctness hält, wäre langweilig. Wir Komiker sprechen Dinge an – oft in überzeichneter Form –, die viele Leute bloss denken, aber in der Öffentlichkeit nicht auszusprechen wagen. Dies ist immer eine Gratwanderung: Ich muss mir gut überlegen, wie ich einen Witz erzähle, wenn überhaupt. Es kommt auch darauf an, wo. An einer Blaukreuz-Party mache ich zum Beispiel lieber keine Alkohol-Witze...

Bei manchen Themen ist besondere Vorsicht geboten. Das Blackfacing hat historisch einen rassistischen Hintergrund. Wie die Südstaatenflagge. Man kann sie an einem Mast wehen lassen, aber dann muss man darauf gefasst sein, dass sie wahrscheinlich jemanden stört. Bei anderen Themen ist das ähnlich. Ich mache auf der Bühne zum Beispiel einen Judenwitz. Mein Manager, Danny Gundelfinger, ist Jude, und ich mache mich über ihn lustig. Natürlich nach Absprache mit ihm. Sie wollen den Witz hören? Dafür müssen Sie schon mein Programm schauen kommen.

Charles Nguela, 27, aus dem Kongo stammender Komiker, gewann 2014 den Swiss Comedy Award. Zurzeit ist er mit seinem Programm «Schwarz-Schweiz» auf Tournee. www.charles-nguela.com



Grenzwertig: «Happy Day» mit Röbi Koller (r.).

Top 10

Knorr's Liste

1	Nebel im August Regie: Kai Wessel	★★★★☆
2	Frantz Regie: François Ozon	★★★★☆
3	War Dogs Regie: Todd Phillips	★★★★☆
4	Doctor Strange Regie: Scott Derrickson	★★★★☆
5	Ma Loute Regie: Bruno Dumont	★★★★☆
6	Die Welt der Wunderlichs Regie: Dani Levy	★★★★☆
7	Bridget Jones's Baby Regie: Sharon Maguire	★★★★☆
8	Inferno Regie: Ron Howard	★★★★☆
7	American Honey Regie: Andrea Arnold	★★★★☆
9	Snowden Regie: Oliver Stone	★★★★☆
10	Girl on the Train Regie: Tate Taylor	★★★★☆

Kinozuschauer

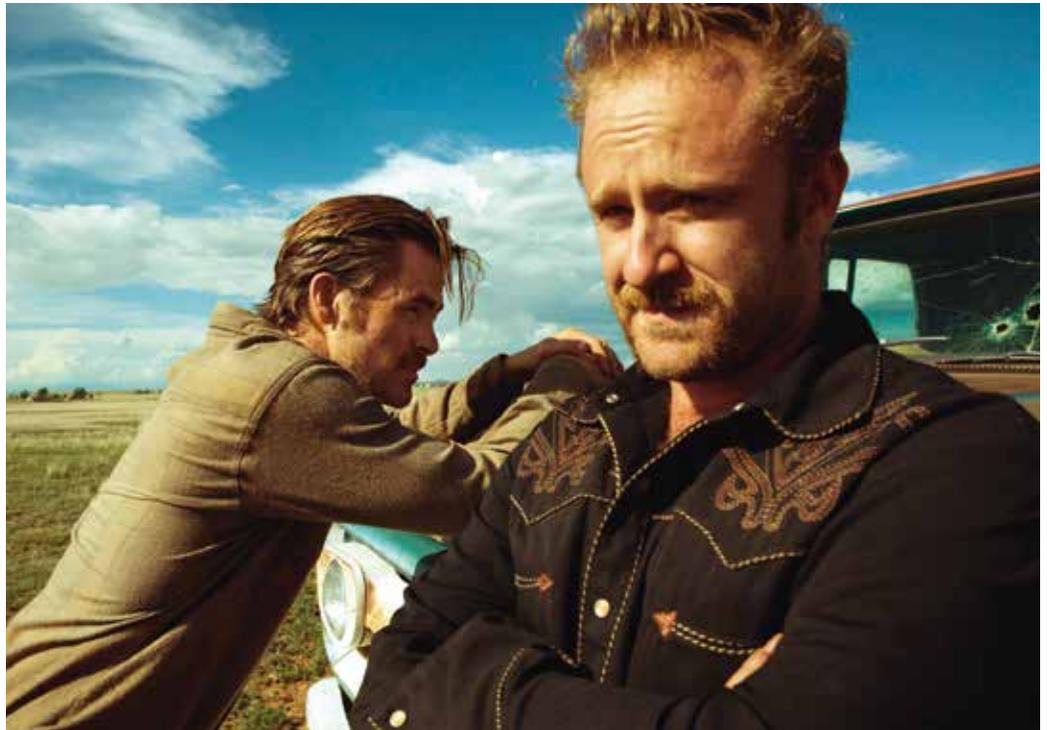
1 (-)	Doctor Strange Regie: Scott Derrickson	22 932
2 (1)	Bridget Jones's Baby Regie: Sharon Maguire	16 400
3 (-)	The Girl on the Train Regie: Tate Taylor	12 634
4 (2)	Inferno Regie: Ron Howard	11 869
5 (4)	Trolls (3-D) Regie: Mike Mitchell, Walt Dohrn	7 790
6 (3)	Finding Dory (3-D) Regie: A. Stanton/A. MacLane	7 321
7 (5)	The Accountant Regie: Gavin O'Connor	5 400
8 (6)	Bad Moms Regie: Jon Lucas, Scott Moore	5 204
9 (-)	Storks (3-D) Regie: Nicholas Stoller, Doug Sweetland	3 855
10 (7)	War Dogs Regie: Todd Phillips	3 257

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Outlander – Staffel 2 (Sony)
2 (-)	Conjuring 2 (Warner)
3 (1)	Warcraft: The Beginning (Universal)
4 (3)	The First Avenger – Civil War (Disney)
5 (4)	Alice im Wunderland (Disney)
6 (2)	The Nice Guys (Ascot Elite)
7 (-)	Ein Hologramm für den König (Ascot Elite)
8 (7)	Money Monster (Sony)
9 (6)	X-Men: Apocalypse (Fox)
10 (10)	Zoomania (Disney)

Quelle: Media Control



Zwischen Aufbegehren und Vergeblichkeit: Chris Pine und Ben Foster in «Hell or High Water».

Kino

Allerletzte Vorstellung

Die Immobilienkrise als Neo-Western: «Hell or High Water» ist originell, intelligent und witzig wie schon lange kein amerikanischer Film mehr. Von Wolfram Knorr

Der Halbindianer Alberto Parker und sein Chef, Texas Ranger Marcus Hamilton, hocken vor ihrem Motel, als sässen sie auf einer Kante zum Abgrund. Eine einsame Lady schnürt vor ihnen über die öde Plaza, und Parker grummelt: «Vor mehr als 150 Jahren hat dieses Land unserem Volk gehört, den Komantische-Indianern. Dann wurde es ihnen von weissen Männern gewaltsam entrissen. Jetzt wird es erneut seinen Eigentümern genommen, diesmal allerdings geräuschlos, ohne Gewalt: von einer Bank. Landraub folgt auf Landraub, das ist der Lauf der Dinge.»

Wie Western-Versionen von Samuel Becketts Wladimir und Estragon warten die Ranger in einem müden Provinzkaff, das aus der Zeit gefallen und langsam in sich zusammensackern scheint, auf einen Überfall. Ihrem Motel gegenüber, in ein Backsteinhaus gezwängt, befindet sich eine kleine Filiale der Texas Midland Bank. Und die, hat Hamilton ausbaldovert, müssten die zwei Bankräuber, die seit ein paar Wochen die Region unsicher machen, auch um ihr Geld erleichtern. Die Frage ist nur, wann. Hamilton hatte bald erkannt, dass nur Midland-Bank-Zweigstellen überfallen werden; und nur noch drei stehen zur Auswahl. Einer sitzen sie gegenüber und warten.

Hamilton, kurz vor der Pensionierung, ist ein alter Sisyphos. Unerschütterlich wälzte er sei-

nen Existenzrollstein, der ihn im Lauf des Lebens zerbröselte; geblieben sind nur Melancholie und galliger Spott. Mit ihm und meist auf Kosten seines Kumpels Parker (Gil Birmingham) hält er seine Schwermut in Schach. Hamilton wird gespielt von Jeff Bridges, dessen Karriere in Texas als jugendlicher Halldri Duane Jackson in Peter Bogdanovichs «New Hollywood»-Klassiker «The Last Picture Show» (1971) begann. Schon damals war es ein melancholischer Abschied – von einer verlorenen Jugend in vergessener Provinz. Heute ist es eine allerletzte Vorstellung über den Lebensraub im Hinterland. Kein Zufall also, dass Regisseur David Mackenzie («Young Adam») seinen Schwanengesang auf ein Land, das seine Seele verloren hat, mit Jeff Bridges besetzte.

Dialoge vom Feinsten

«Hell or High Water» (sinngemäss «Komme, was da wolle»), der grandiose Neo-Western, ist eine originelle Mixtur aus «Bonnie and Clyde» (1967) und «The Last Picture Show», ein Taudrama zwischen Aufbegehren und Vergeblichkeit, eine Tragikomödie über Landbesitzer, die wie eine Strassenwalze die kleinen Leute plattmacht. So trocken wie die Strassen, bewegen sich zwei gegensätzliche Handlungen aufeinander zu, verknüpfen sich und gipfeln in einer Art transzendtem Showdown.

Toby (Chris Pine), geschieden, Vater von zwei Kindern, und sein Bruder Tanner (Ben Foster), der gerade aus dem Knast entlassen wurde, wollen die von der verstorbenen Mutter hinterlassene Farm vor dem Zwangsverkauf retten. Die Bank, die die Frau in Krankheit und Ruin trieb, ist die Texas Midland Bank. Um die Schulden zu begleichen, überfallen die Brüder ratzfatz Midland-Filialen. Ex-Knacki Tanner hat darin Erfahrung. Damit sie unter dem Radar des FBI bleiben, rauben sie den popeligen Midland-Niederlassungen keine zu hohen Summen, tauschen die Beute in Indianer-Casinos gegen Chips, spielen ein wenig und tauschen die Chips wieder zurück. Das so gewaschene Geld lassen sie sich in Schecks auszahlen und schicken sie der Midland-Zentrale.

Der Plan funktioniert reibungslos, bis eben dem Texas Ranger Hamilton auffällt, dass nur Midland-Banken in Mitleidenschaft gezogen werden, und bis Toby und Tanner am Ende den übermütigen Fehler begehen, die Zweigstelle einer Kreisstadt heimzusuchen. Dort ist die Kundschaft gross, das Personal zahlreich – und die Brüder sind schnell überfordert. Es kommt – was sie bisher vermeiden konnten – zum Chaos, zu blutigem Geballer. Tanner erkennt das Desaster und opfert sich für Toby, damit die Restschulden beglichen werden können. Am Ende wird Toby vom inzwischen pensionierten Hamilton auf der Farm besucht.



Abgrund-Ambiente: «Hell or High Water».

«Wer raubt heute noch Banken aus?», knurrt Hamilton mal, als er von den Überfällen hört. Tatsächlich ist die Story von skurrilem Anachronismus und bezieht daraus ihre suggestive Kraft. Da sind einmal die wilden Raubzüge der Brüder, die zuweilen den Charakter von übermütigem Pennäler-Jux haben, und zum anderen das alte *buddy*-Paar der Ranger mit dem ironisch verschmitzten Phlegma Hamilton, der ständig den Indianerkumpel anknautscht. Da staunen zwei alte Herren über die Früchte des Zorns junger Wilder, die sich der Gier der Banken zu widersetzen versuchen. Landschaft, Diner, Filialen, die von jeglichem Optimismus und der Welt verlassenen Nester und ihre wie aus Holz geschnitzten stoischen Einwohner verschmelzen zu einem sehr aktuellen Abgrund-Ambiente mit sarkastischer Vergeblichkeitskomik. Die Dialoge gehören zum Feinsten, was seit langem in einem amerikanischen Film zu hören war.

Seltsam verloren

Chris Pine und Ben Foster als Brüderpaar sind der Dissonanzschmerz zerstörter, vernichteter Familien. Mal liebenswert unsicher, mal tölpelhaft und rabiät, seltsam verloren in ihrer wilden Hatz quer durch ausgedörrtes Hinterland. Jeff Bridges ist der in sich ruhende Gegenpart, voll bitterer Lakonie und knarzendem Spott. «Hell or High Water» ist ein schlackenloses Meisterstück, geschrieben von einem Autor, dessen Namen man sich merken sollte. Taylor Sheridan, Schauspieler («Navy CIS: L.A.»), Autor («Sicario») und Regisseur («Wind River», in Postproduktion). Das Niveau Hollywoods lässt sich auch an seinem «Hell or High Water» ablesen. 2012 (noch unter dem Titel «Comancheria») eingereicht, landete das Skript auf Hollywoods *blacklist* erstklassiger, nicht verfilmter Bücher. David Mackenzie verzichtet auf cineastische Mätzchen, bestimmt gradlinig, unangestrengt und sorgfältig den Gang der Handlung. Selbstverständlich ist das nicht, in Zeiten ästhetischer Hysterie. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

In «Whiplash» ist mir J.K. Simmons als teuflischer Musiklehrer aufgefallen. Ich habe gehört, in der TV-Serie «Oz» soll er noch diabolischer sein. Sehen Sie das ähnlich? M.K., Spreitenbach



Das Schöne an Hollywood ist die Fähigkeit, immer wieder mit grossartigen Typen zu glänzen, die mit ihren Bad-Guy-Physiognomien den Rollen Kontur geben, vor allem, wenn sie keine Bösewichte spielen. Zu den bizarrsten Typen gehörte Rondo Hatton («The Brute Man», 1946) mit einem Unter-

kiefer wie Eisenbahnschienen und einer Unterlippe wie ein Amboss. Zu den neueren Kreationen zählt Danny Trejo («Machete», 2010), der Mann mit dem Kartoffelgesicht. Simmons bewegt sich – wie Lee Marvin oder Tommy Lee Jones – auf einem höheren Level. Das Faszinierende an Simmons ist die Mischung aus Eierkopf und Dobermann. In der Gefängnis-Serie «Oz» verkörpert er einen Rassisten und Nazi von beklemmender Ruchlosigkeit.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Die ganze Welt im Trio-Format

Von Peter Rüedi

Frank Kimbrough, der diesen November sechzig Jahre alt wird, ist ein Pianist, dessen beachtlicher Leistungsausweis im umgekehrten Verhältnis zu seiner Bekanntheit steht. Er ist ein ungemein finessenreicher, subtiler Pianist, ein Meister der verschatteten, introspektiven Klavierkunst in der Nachfolge des kürzlich verstorbenen Paul Bley, ein Vertreter der magischen Selbstversenkung, aber auch einer mit einer Vorliebe für die nicht stromlinienförmigen Klavierspieler ausserhalb des Mainstreams wie Herbie Nichols oder Andrew Hill, von dem er sagt, er sei ihm «Rätsel, Inspiration, Mentor und Freund» gewesen. Kimbrough hat viele Aufnahmen im intimen Rahmen eingespielt, solo, im Duo mit Lee Konitz, Scott Robinson, Joe Locke oder mit Paul Bley in Person; er gehörte auch zum Quartett von Dewey Redman und zum Orchester von Maria Schneider, der nuanciertesten grossen Band nach Gil Evans. All das hat nichts daran geändert, dass Kimbrough bis auf den heutigen Tag ein Geheimtipp geblieben ist. Sein jüngstes Album mit seinen langjährigen Partnern Jay Anderson am Bass und Jeff Hirshfield am Schlagzeug heisst «Solstice» (Sonnenwende), und tatsächlich wäre dem Schattenmann zu wünschen, dass er damit endlich wenigstens ein bisschen mehr ins Licht der öffentlichen Wahrnehmung rückte. Denn die CD enthält fabelhaft feinnervige, inspirierte Musik in einer Besetzung, die sich noch immer für unendliche Expeditionen an die Ränder der Konventionen (und über diese hinaus) anbietet. Als Komponist tritt er hier gerade einmal in Erscheinung, in einem Stück mit dem schönen Titel «Question's the Answer». Sonst steckt er mit der Wahl der Stücke das Feld seiner Beheimatung, seiner Manen ab: mit einer Komposition von Carla Bley, zweien von Annette Peacock, einer von Andrew Hill, einer von Gershwin, einer seiner Partnerin Maryanne de Prophetis, einer von Paul Motian. Und einer Komposition von Maria Schneider, «Walking the Flashlight» – vielleicht die schönste aller Piecen zum Schluss. Im Kammerformat schafft dieses Trio, ein Wunder, den grössten Hallraum.



Frank Kimbrough: Solstice. Pirouet. PIT 3097

Digitales Geld im Gotthard-Granit

Von Florian Schwab und Manuel Rickenbacher (Bild) — Tief im Gotthardmassiv unterhält Xapo seinen Datentresor. Das Bitcoin-Start-up aus dem Silicon Valley setzt auf die Schweiz als weltweite Drehscheibe für die Digitalwährung. Ein Besuch im ehemaligen Luftwaffenbunker von Attinghausen.

Es ist ein Denkmal schweizerischen Selbstverteidigungswillens: der 20 000 Quadratmeter grosse ehemalige Luftwaffenbunker in Attinghausen, Kanton Uri, erdbeben- und atombombensicher. Die Anlage wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gebaut. Im Fall eines feindlichen Angriffs – man hatte damals vor allem die Sowjetunion im Auge – bot er Platz für 500 Personen im Schichtbetrieb. Den ehemaligen Hauptzugang schützt eine Grotte von der Grösse eines Einfamilienhauses, welche gemäss den Berechnungen der Ingenieure die Wucht von hundert Hiroshima-Atombomben abfedern kann. In den Bunker selbst gelangt man durch eine vier Mann hohe und etliche Dutzend Tonnen schwere Panzertür aus Stahl und Beton. Das Wort «uneinnehmbar» scheint hier angebracht. Attinghausen ist der grösste Bunker, den die Armee jemals an Private verkauft hat.

Im Innern des Bunkers

Wir besuchen das Relikt des Kalten Krieges gemeinsam mit Olga Feldmeier. Die junge Finanzspezialistin und Mutter – sie stammt ausgerechnet aus der ehemaligen Sowjetunion, nämlich aus der Ukraine – leitet seit rund zwei Jahren die Geschicke von Xapo in der Schweiz. Das Start-up hat im Jahr 2015 sein Hauptquartier nach Zug verlegt, wird aber im Wesentlichen vom Silicon Valley aus gemanagt. Xapo gilt als der grösste sogenannte *Bitcoin custodian* der Welt. Das bedeutet, dass Kunden bei Xapo herkömmliches Geld in die Kryptowährung Bitcoin umwechseln und dieses auch gleich speichern können. «Für die Speicherung haben wir ein sogenanntes Wallet, also eine elektronische Brieftasche, und einen sogenannten Vault, also den Tresor», erklärt Feldmeier. Die Bitcoins, welche Kunden in ihrem digitalen Portemonnaie haben, sind jederzeit abrufbar, um sie beispielsweise auf ein anderes Bitcoin-Konto zu übertragen, im Internet einzukaufen oder mit der von Xapo herausgegebenen Visa-Debitkarte Einkäufe in profanen Währungen wie Schweizer Franken oder US-Dollar zu tätigen. Anders die Bitcoins im Vault: Diese werden abseits des Internets in Tresoren gelagert, beispielsweise im Gotthardmassiv.

Vorbei an zwei gigantischen dieselbetriebenen Notstrom-Aggregaten geht es durch die militärgrauen Gänge des Bunkers. In den hinteren Kammern: das Herzstück der heutigen Nutzer. Eine auf Informationssicherheit spezialisierte Firma hat den Bunker vor rund zehn Jahren gekauft und ihn zu einem der sichersten Daten-Centern der Schweiz ausge-

baut. Manch eine Bank oder Versicherung bewahrt hier ihre Datenschätze auf. Und Xapo lagert hier diejenigen Bitcoins, welche seine Kunden offline sicher verwahren möchten.

Anders als andere Kunden, deren Server in gemeinschaftlichen Räumen untergebracht sind, hat Xapo einen eigenen, rund fünf Quadratmeter grossen Serverraum angemietet. An einem Terminal vor der Tür liest Olga Feldmeier ihre Zugangskarte und ihre Fingerabdrücke ein. Mit einem kurzen Surren öffnet sich die Türe. In dem Raum selbst ist ausser einer Tischplatte mit zwei Laptops und zwei weiteren, versiegelten Türen nichts zu sehen. «Hinter diesen Türen», sagt Olga Feldmeier, «befinden sich die Server.» Zweimal dieselben Server, zweimal dieselben Daten. Alles ist hier redundant: Wenn ein System ausfällt, gibt es noch ein zweites.

Nicht einmal sie selbst, sagt Feldmeier, habe Zugang zu den Servern. Sie deutet auf die beiden klobigen Laptops, die aussehen, als seien sie einer Star-Wars-Episode oder mindestens einem James-Bond-Film entlehnt: «ein eigens entwickeltes, verschlüsseltes Betriebssystem». Zweimal am Tag kommt ein Xapo-Mitarbeiter und lädt über einen speziell codierten USB-

Stick die Transaktionsdaten (Bitcoins) der Kunden auf die Server oder holt sie vom Server. Dabei schauen ihm über mehrere Überwachungskameras die Securitas vor Ort und das Xapo-Sicherheitsteam in Argentinien zu. Was wäre, wenn sich jemand Zugang zu dem Chip und dem Raum verschaffen würde? Olga Feldmeier lächelt. Damit die Übertragung vom Offline-Vault in Attinghausen ins Online-Konto funktioniert, muss dieselbe Transaktion in einem der anderen Hochsicherheits-Datencenter bestätigt werden, die Xapo, über drei Kontinente verteilt, betreibt. Wer einen der Server in seine Gewalt bekommt, kann damit nichts anfangen. «Die Übertragung vom Vault in das Online-Konto dauert aufgrund dieser Sicherheitsmassnahmen bis zu 48 Stunden. Es kann aber auch schneller gehen, je nach Turnus der Übertragung in den jeweiligen Datencenter.»

«Endlich normal»

Sie komme häufig mit Hedge-Fond-Managern aus den USA hierher, erzählt Olga Feldmeier. «Diese müssen die Anlage besichtigen, bevor sie bei uns Bitcoins speichern.» Zurück geht es ans Tageslicht, durch einen mehrere Dutzend Meter langen Eingangstollen, dessen Wände mit unebenen Gesteinskulpturen ausgekleidet sind, die ein bisschen wie eine natürliche Topografie wirken. «Da kommt kein elektromagnetisches Signal durch!» Bei der Zertifizierung des Datencenters sei gemessen worden, ob irgendeine Art von elektromagnetischen Strahlen ins Innere gelangen könnte. «Ausgeschlossen!» An den Unebenheiten der Wand pralle jeder Strahl ab und verliere sich im Nirgendwo.

Das Unternehmen Xapo wurde im März 2014 vom argentinischen Finanzunternehmer Wences Casares gegründet. Er war ins Silicon Valley ausgewandert, nachdem er seinen Lateinamerika-weit operierenden Online-Broker an den spanischen Banco Santander verkauft hatte («Jäger der besten Köpfe», *Weltwoche* Nr. 30/31.16). Im Silicon Valley lernte Casares den Westschweizer Risikokapitalunternehmer Aymeric Sallin kennen, der ihm die Schweiz als Hauptsitz für Xapo schmackhaft machte. Seither geht Casares aufs Ganze: Er hat mit Xapo eine technisch und betriebswirtschaftlich ausgereifte Infrastruktur für den täglichen Einsatz von Bitcoin erschaffen.

Olga Feldmeier erklärt, dass sowohl sie als auch Firmengründer Casares aus Ländern stammten, wo die Eigentumsrechte nicht immer respektiert wurden und es teilweise zu



Inhalt

- 56 **Xapo:**
Das Bitcoin-Start-up setzt auf die Schweiz
- 58 **Fintech:**
Die Grossbanken und der Finanzplatz der Zukunft
- 59 **Norbert F. Tofall:**
Wege aus dem Sumpf nach der Bankenkrise
- 60 **Thomas Gottstein:**
Die Galionsfigur der neuen Credit Suisse Schweiz
- 62 **Oliver Arter:**
Trusts – die Finanzkonstrukte sind besser als ihr Ruf
- 64 **Partners Group:**
Das spektakuläre Wachstum der Vermögensverwalter
- 66 **Adam Ferguson:**
Wenn Geld stirbt: Die Geschichte der Hyperinflation



«Da kommt kein elektromagnetisches Signal durch!»: Finanzspezialistin Feldmeier.

deutlicher Geldentwertung kam. Ihre Eltern in der Ukraine hätten durch Hyperinflation einmal ihre gesamten Ersparnisse verloren. «Bei Xapo bekommt man ab dem ersten US-Dollar den grösstmöglichen Schutz, den es

Als Bank versteht sich Xapo nicht. Eher als eine Art Dienstleister mit Bankschliessfach.

beim Bitcoin gibt», so Olga Feldmeier. Ein Schweizer Offshore-Konto für Kleinsparer aus Entwicklungsländern, sozusagen. Als Bank versteht sich Xapo allerdings nicht. Eher als eine Art Zahlungsdienstleister mit Bankschliessfach. «Die Bitcoins bleiben immer zur vollen Verfügung der Kunden. Wir verleihen sie nicht weiter. Somit sind wir keine Bank.»

Bevor sich Olga Feldmeier ins Xapo-Abenteuer gestürzt hat, war sie etliche Jahre lang von München aus für die amerikanische Boston Consulting Group als Unternehmensberaterin in der Finanzindustrie tätig. Damals hatte sie keine eigene Wohnung, sondern lebte stets aus

dem Koffer, um irgendwo auf der Welt einer Bank zur Seite zu stehen. «Meine Eltern fanden, ich solle endlich normal werden», sagt Feldmeier und lacht. Sie habe es versucht und eine Stelle in einer Schweizer Grossbank angenommen. Doch die Konzernwelt habe sie nicht angesprochen. Zu grau, zu hierarchisch und zu wenig innovativ. «Vor ein paar Jahren meinten die meisten Banken, die Digitalisierung sei vor allem dafür gut, die Wertschöpfungskette effizienter zu gestalten.» Dass es völlig neue Geschäftsmodelle wie etwa die Digitalwährung Bitcoin geben würde, daran dachte kaum jemand.

In der Schweizer Fintech-Szene gilt Xapo als Gigant und Olga Feldmeier als charmante und kompetente Botschafterin der Idee digitaler Währungen. Dennoch hat es das Unternehmen nicht leicht, sich zu etablieren. «Der neuralgische Punkt ist die Entgegennahme von Kundengeldern», so Feldmeier. Ohne eine passende Lizenz dafür sei es schlicht unmöglich für das Unternehmen, ein Schweizer Bankkonto für diesen Zweck zu eröffnen. Bislang müssen Kunden aus diesem Grund Geld nach Liechtenstein überweisen, wenn sie bei Xapo

Bitcoins kaufen wollen. Man sei aber, so Feldmeier, seit einiger Zeit im Kontakt mit der Finanzmarktaufsicht Finma, um Lösungen zu suchen. «Ohne eine klare rechtliche Grundlage wird es für die digitalen Währungen schwierig, sich zu etablieren.»

Olga Feldmeier ist des Lobes voll für die Finma. Die Zusammenarbeit sei sehr konstruktiv, und Xapo profitiere von dem regulatorischen Know-how in der Behörde von Mark Branson. In Zusammenarbeit mit der Finma habe man beispielsweise ein Programm entwickelt, mit dem der Regulator jederzeit überprüfen könne, ob die Summe der auf den Xapo-Servern tief im Gotthardmassiv eingelagerten Gelder dem entspreche, was die Kunden in ihrem Kontoauszug sehen. «So eine gute Zusammenarbeit ist wohl nur in der Schweiz möglich», sagt Feldmeier. Sollte die Finma die Anstrengungen von Xapo dereinst mit einer passenden Lizenz belohnen, so wäre dies ein «Bombensignal» an die ganze Welt: Bitcoin wäre im ordentlichen Finanzsystem angekommen, und die Schweiz hätte es möglich gemacht. >>>

Finanzplatz der Zukunft

Wie wird sich Fintech in der Schweiz entwickeln? Was machen die Grossbanken? Neues aus der Welt der digitalen Finanzdienstleistungen.



Oberste Priorität: Finanzminister Maurer.

Banken, Start-up-Unternehmer und die Politiker: Seit Jahren betonen alle die positive Innovationskraft von Fintech. In den letzten Monaten hat sich Bemerkenswertes getan. Ein Überblick über die wichtigsten Trends und Ereignisse.

1. Bern zieht mit — Wie kann sich der Schweizer Finanzplatz gegenüber Konkurrenten wie London und Singapur als attraktiver Standort für digitale Finanzunternehmen behaupten? Die Antwort auf diese Frage umfasst regulatorische Erleichterungen. In der Finanzwirtschaft darf man so gut wie keinen Strich machen, ohne komplizierte gesetzliche Fragen zu klären. Bundesrat Ueli Maurer (SVP) spricht dem Thema oberste Priorität und hat kürzlich die Finanzbranche zu einem runden Tisch versammelt. Zudem rechnen Kenner mit einer baldigen Einführung einer speziellen Lizenz für Start-ups durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma). Der Zürcher Ständerat Ruedi Noser (FDP) sowie die Bankiervereinigung gelten als engagierte Kämpfer hinter den Kulissen für Fintech-Anliegen.

2. Entdeckung der Blockchain — Die Technologie, auf der Kryptowährungen

wie Bitcoin aufgebaut sind, ermöglicht sichere Transaktionen zwischen zwei Parteien, ohne dass ein Dritter dazwischengeschaltet wird. Dies eröffnet ein ganzes Universum neuer Anwendungsmöglichkeiten. Weltweit führende Banken entwickeln derzeit unter Beteiligung der UBS den «Utility Settlement Coin», der in einer ersten Phase vor allem eingesetzt werden soll, um geschäftliche Abläufe zwischen den Banken zu beschleunigen und zu verbilligen.

3. Bessere Finanzierungsaussichten — Zwei Schweizer Fintech-Pioniere, die sich seit Jahren erfolgreich am Markt behaupten, haben finanzkräftige Investoren gefunden. Der Online-Vermögensverwalter Truewealth, der von Digitec-Mitgründer Oliver Herren mit initiiert wurde, konnte die Basler Kantonalbank verpflichten. Und die Plattform Investiere.ch, über die private Geldgeber Risikokapital zur Verfügung stellen können, hat die Zürcher Kantonalbank an Bord geholt. In beiden Fällen ist geplant, die Fintech-Anwendungen den Bankkunden über Online-Banking zugänglich zu machen. Sowohl Truewealth als auch Investiere.ch betonen, dass es sich um Minderheitsbeteiligungen handle und sie unternehmerisch unabhängig blieben.

4. Computer statt Banker — Im Bereich der Vermögensverwaltung findet ein globales Rennen um die besten Tools statt, die dem Kunden die Anlageentscheidungen erleichtern. Kürzlich hat die UBS für ihre britischen Kunden mit Smartwealth einen solchen «Robo-Advisor» lanciert. In der Schweiz gibt es mit Truewealth einen technisch ausgereiften Anbieter, der automatisch nach den Gesetzmässigkeiten der Portfolio-Theorie investiert. Neu zu diesem Kreis gehört seit kurzem Adriano B. Lucatelli, der früher im Management Committee der UBS Schweiz tätig war. Lucatelli hat ein eigenes Unternehmen namens Descartes Finance lanciert, das Investitionsstrategien auf dem sogenannten Smart-Beta-Ansatz aufbaut und sich auch an institutionelle Anleger richtet.

Florian Schwab

Noch vor ein paar Jahren galt die Internetwährung vor allem als nützliches Instrument für Cyberkriminalität und später als gefährliches Objekt der Spekulation, weil der Wert eines Bitcoins stark schwankte. Etliche sogenannte *custodians* gingen bankrott und hinterliessen einen Scherbenhaufen. «Leider ist es so, dass jede neue Technologie zunächst neben Idealisten auch Kriminelle anzieht.» Doch mit dem Auftreten seriöser Anbieter wie Xapo erlange die Technologie eine Reife und Zuverlässigkeit, die sie für den täglichen Einsatz qualifiziere.

Harte Konkurrenz

Feldmeier ist davon überzeugt, dass sich digitale Währungen durchsetzen werden. Ein wichtiger Vorteil sei die Tatsache, dass sie je nachdem nicht beliebig vermehrt werden können. Der Bitcoin-Code lässt beispielsweise nur die Schaffung von 21 Millionen Bitcoin während hundert Jahren zu. Auch die sehr tiefen Transaktionskosten sind ein Vorteil. Bitcoins lassen sich zu einem Preis nahe null rund um den Globus transferieren, wie eine Art digitales Bargeld – ohne eine zentrale Instanz wie eine Bank. Der Bitcoin ist eine sogenannte Kryptowährung, das heisst eine von Privaten geschaffene Geldeinheit, die sich die Prinzipien der Kryptografie zunutze macht. Jedes Bitcoin-Konto verfügt über einen öffentlich einsehbaren Code (*public key*) und ein privates Passwort (*private key*). Nur wer im Besitz des privaten Passworts ist, kann Transaktionen ausführen. Jede Transaktion, also jede Übertragung von Bitcoins, wird in der «Blockchain» verifiziert, einem parallel auf unzähligen Rechnern nachgeführten Logbuch. So

Auch die sehr tiefen Transaktionskosten sind ein Vorteil.

soll sichergestellt werden, dass niemand ausserhalb des Bitcoin-Systems neue Geldeinheiten einschleusen kann oder den Besitz von Bitcoins vorspiegelt, die ihm gar nicht gehören.

Ob der Bitcoin aber der Weisheit letzter Schluss ist, muss sich noch weisen. Konkurrenten spriessen wie Pilze aus dem Boden. Aber bislang haben sie dem *first mover* den Rang nicht ablaufen können. Ob das so bleibt? Olga Feldmeier zuckt mit den Schultern. «Entweder ist ein Bitcoin in fünf Jahren gar nichts mehr wert oder das Hundertfache dessen, was er heute wert ist.» Das Zweite sei wahrscheinlicher. Es hänge davon ab, wie sich die Regulatoren verhalten und ob allenfalls bessere Technologien auftauchen. Für Xapo wird dies aber keine Rolle spielen: «In unserem «Multicurrency Wallet» wird es immer sowohl digitale als auch nationale Währungen geben.» Schon jetzt können die Kunden wählen, ob sie ihr Gurhaben in Bitcoin oder in einer nationalen Währung tief im Gottard-Granit verwahren möchten. ○



Konkurse müssen möglich sein

Die Bankenkrise ist schon bald zehn Jahre her. Und noch immer ist sie nicht überstanden.

Was kann getan werden, um endlich aus dem Sumpf zu kommen?

Von Norbert F. Tofall

Das Wort «Markt» ist ein Oberbegriff für die dezentrale direkte und indirekte Kooperation von Millionen und Milliarden von Menschen, die zahlreiche unterschiedliche Präferenzen und Erwartungen haben. Die Hauptaufgabe des Marktes besteht nun nicht darin, diese unendlich zahlreichen und unterschiedlichen Erwartungen der Menschen zu erfüllen – im Gegenteil: Die Hauptaufgabe des Marktes besteht darin, herauszufiltern, welche dieser individuellen Erwartungen nicht erfüllt werden können, weil sich keine entsprechenden individuellen Gegenerwartungen finden lassen. Nur so können Fehlinvestitionen in Grenzen gehalten und Fehler korrigiert werden.

Preise, Zinsen und Wechselkurse sind dabei die Stoppschilder, die nicht nur Grenzen des Möglichen markieren, sondern bei Nichtbeachtung die Bestrafung konsequent durchsetzen. Denn dem ökonomischen Gesetz kann nicht durch Manipulation von Preisen, Zinsen und Wechselkursen ausgewichen werden. Eine Verlustsituation ist eine Verlustsituation, auch wenn in dieser unter einem nach unten und ins Negative manipulierten Zins oder Preis Scheingewinne ausgewiesen werden. Durch Scheingewinne wandelt sich eine Verlustsituation nicht in eine Gewinnsituation. Es werden lediglich bisherige Fehler nicht korrigiert und regelmäßig neue Verluste produziert.

Zentralbanken und Preisregulierungsbehörden mögen Preise, Zinsen und Wechselkurse nach Belieben manipulieren; die «realen» oder besser «echten» Preise, Zinsen und Wechselkurse wirken nichtsdestotrotz unsichtbar weiter und erzeugen bei Nichtbeachtung weitere Verluste. Der daraus entstehende Prozess von Verlustakkumulationen qua Fehlallokation erhöht mehr und mehr die Fragilität des gesamten Wirtschafts- und Finanzsystems, weil die laufende dezentrale Fehlerkorrektur des Marktes durch die Zentralbanken systematisch ausgeschaltet wurde.

Es verwundert deshalb nicht, dass die Bankenkrise von 2007/08 immer noch nicht bereinigt ist und die akute Krise der italienischen Banken nur die Spitze des Eisberges darstellt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Krise der Banken mit der Überschuldungskrise von Staaten verwoben ist.

Die Niedrigzinspolitik und die Anleihekaufprogramme sollen zwar offiziell Wach-

tum und Inflation fördern. Primär dienen diese Programme jedoch dazu, überschuldeten Staaten das Tragen ihrer Schuldenlast zu erleichtern. Aus diesem Grund dürfte das Zinsniveau noch sehr lange niedrig gehalten werden. Anders ist die Schuldenlast nicht zu tragen.

Da die niedrigen Zinsen den Banken keine ausreichenden Gewinne ermöglichen, bricht den ohnehin angeschlagenen Banken endgültig das Geschäftsmodell zusammen. Erst wurde versäumt, faule Kredite abzuschreiben, in der vagen Hoffnung, dass sich diese in Phasen kräftigen Wirtschaftswachstums in halbwegs gesunde Kredite verwandeln würden. Jetzt schrumpft auch noch die Zinsmarge. Die Banken sind so von zwei Seiten unter Druck und früher oder später ökonomisch am Ende. Allein die italienischen Banken haben faule Kredite von über 360 Milliarden Euro in ihren Büchern.

Dabei brauchen Zentralbanken die Geschäftsbanken als Kreditgeber für die Wirtschaft. Durch die Niedrig- und Negativzinsen soll die Kreditvergabe an die Wirtschaft angeregt und das Wirtschaftswachstum gefördert werden. Das ist bislang nicht gelungen und

wird vermutlich auch nicht gelingen. Denn welche Anreize sollten die Banken haben, ihre Kreditvergabe zu erhöhen? Die Zentralbanken erwarten offensichtlich von den Banken, dass sie bei nach unten manipulierten Zinsen ihre Kreditvergabe erhöhen. Mehr Risiko für weniger Zins!

Wenn diese Kredite nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssten, wären vielleicht einige Banken zur erhöhten Kreditvergabe bereit. Das Eigenkapital der Banken soll aber gerade zur Erhöhung der Finanzstabilität gestärkt werden. Nur, welcher private Kapitalgeber investiert

in angeschlagene Banken, deren Geschäftsmodell zudem durch Niedrig- und Negativzinsen zerstört wird? Die Rufe nach einem 150 Milliarden schweren staatlichen Fonds zur Rekapitalisierung der europäischen Banken sind deshalb bereits erschallt. Die Interventionsspirale dreht sich unaufhörlich weiter.

Scheinzinsen

Bereinigen lässt sich die Finanzkrise nur, wenn Abschreibungen schonungslos durchgeführt und Bankenkonkurse in Kauf genommen werden. Die Verlustakkumulationen gehen sonst ungebremst weiter und führen unser gesamtes Bankensystem zum unregelmäßigen Zusammenbruch. Durch Scheinpreise, Scheinzinsen und Scheinwechselkurse lassen sich Verlustsituationen nicht in Gewinnsituationen verwandeln. Bis Ende des Jahres wird sich zeigen, ob die neuen europäischen Regeln zur Bankenabwicklung tatsächlich in Italien zur Anwendung kommen werden oder ob der überschuldete italienische Staat die italienischen Banken mit Steuergeldern retten wird. Letzteres ist wahrscheinlich, Ersteres wäre jedoch richtig.

Und noch richtiger wäre es, wenn die Zentralbanken aufhören würden, die Zinshöhe zu manipulieren. Für die nächsten Jahre dürfte das indes noch unwahrscheinlicher sein als Bankenkonkurse. Die monetäre Planwirtschaft bricht sich weiter Bahn. Die Fallhöhe wird grösser und grösser. Die finanzielle Repression wird zunehmen.



Grenzen des Möglichen: Wall Street, 2008.

Norbert F. Tofall ist Analyst beim Beratungsunternehmen Flossbach von Storch Research Institute in Köln.

Feuerprobe am Paradeplatz

Von Claude Baumann — Der Zürcher Thomas Gottstein ist die Galionsfigur der neuen Credit Suisse Schweiz, die nächstes Jahr an die Börse soll. Was einfach klingt, ist vermutlich der momentan härteste Job auf dem Schweizer Finanzplatz.



Wie die Jungfrau zum Kind: Banker Gottstein.

Bis Ende 2017 wolle er an der Börse sein – «oder auch nicht», sagt Thomas Gottstein im Gespräch unvermutet. Seit gut einem Jahr ist der 52-jährige Banker Chef der Schweizer Rechtseinheit der Credit-Suisse-Gruppe, aber dennoch kein Mann grossen Wortes und Posen, wie sie in der Finanzbranche oft der Fall sind.

Eher gemahnt sein unaufgeregter Habitus an Bodenständigkeit, Seriosität und gesunden Menschenverstand – Tugenden, die dem Ruf des Schweizer Bankwesens vorauseilten, als es noch nicht vom amerikanischen Banking infiziert, dafür umso erfolgreicher war. Doch das ist lange her. In breitem Zürcher Dialekt erklärt Gottstein, dass der vielzitierte Börsengang der Credit Suisse (Schweiz) auch von den Märkten abhängt.

«Etwa wenn sich die Stimmung an den Finanzmärkten fundamental verschlechtern würde», sagt Gottstein, «dann wäre ein Börsengang wenig sinnvoll. Umgekehrt aber auch», fährt er fort. «Sollte sich der Börsenhimmel dermassen aufhellen, dass sich die

Credit-Suisse-Gruppe aus eigener Kraft das erwünschte Kapital beschaffen kann, dann wäre ein Börsengang nicht mehr nötig», sagt er. Doch Letzteres ist unwahrscheinlich, angesichts der schwächelnden Weltwirtschaft, der grassierenden geopolitischen Unsicherheiten und anhaltender Tief- und Negativzinsen.

Tafelsilber an die Börse

Damit es zu diesem Börsengang kommen kann, wird zunächst das Schweizer Geschäft in eine separate Rechtseinheit eingebracht, die am 21. November 2016 ihren operativen Betrieb aufnehmen kann. Für die Kunden ändert sich nichts. Hinter den Kulissen herrscht allerdings seit Monaten Hochbetrieb. Mittelfristig wird diese Bank gut 10 000 CS-Mitarbeiter beschäftigen.

Dass die CS bis zu dreissig Prozent ihres Schweizer Geschäfts an die Börse bringen will, ist primär eine Folge der Finanzkrise von 2008 respektive der darauffolgenden Jahre, als die zweitgrösste Bank der Schweiz unter CEO

Brady Dougan mit ihrer Strategie scheiterte und kapitalmässig ausblutete. Erst der im Sommer vor einem Jahr an Bord geholte ivorisch-französische Manager Tidjane Thiam riss das Steuer herum. Er verpasste der CS eine radikale Neuausrichtung – wobei der durchschlagende Erfolg noch aussteht.

Neben rigorosen Sparmassnahmen – rund 5000 Stellen wurden bereits gestrichen – ordnete Thiam auch eine Kapitalerhöhung an, aus der sechs Milliarden Franken hervorgingen. Ein wichtiger Bestandteil der Strategie ist der geplante Teil-Börsengang des Schweizer Geschäfts, mit dem zusätzlich zwischen zwei und vier Milliarden an Kapital beschafft werden sollen und der den tatsächlichen Wert aufzeigen soll, denn momentan geht man bei der Credit Suisse davon aus, dass die Gesamtbank unterbewertet ist. «Darüber hinaus bewirken unsere Pläne für den Schweizer Börsengang viel positives Momentum bei den Kunden und bei den Mitarbeitern», sagt Gottstein.

Insofern lastet ein enormer Erwartungsdruck auf Gottstein. Dass er, der zweifelsohne einen der härtesten Jobs auf dem Schweizer Finanzplatz gefasst hat, zunächst gar nicht Banker werden wollte, ist erwähnenswert, insbesondere weil Gottstein seinen Lebensunterhalt ursprünglich als Golfprofi verdienen wollte. Von Kindesbeinen an hatte der in Rüschlikon am Zürichsee aufgewachsene Manager dem Golfsport gefrönt. Schliesslich studierte er Wirtschaft in Zürich und stieg im Zuge seiner Doktorarbeit 1996 mit einem Teilzeitpensum bei der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG, heute UBS) ein. Die Wahl der Bank war nicht zufällig. Der damalige SBG-Präsident Nikolaus Senn war ein Freund der Familie, den man gelegentlich auch zum Golfen traf.

«Im Handelsraum wurde Frisbee gespielt»

Gottstein wurde Investmentbanker, auch unter dem Eindruck der Lektüre von «Liar's Poker», einem der ersten Bestseller, die die schillernde Welt der Merger und Deals an der Wall Street thematisieren. Als die SBG 1998 mit dem Schweizerischen Bankverein fusionierte, arbeitete Gottstein in London, wo er auch die dunklen Seiten seiner Zunft kennenlernte. Nach dem Zusammenschluss verloren Tausende von SBG-Mitarbeitern ihren Job. «Innert Tagen war der Handelsraum der SBG leer. Dort wurde dann Frisbee gespielt», erinnert sich Gottstein, der als «Bankgeselle» die Chance hatte, zum Bankverein zu wech-

seln. Doch die nachfolgenden Hahnenkämpfe, die sich unweigerlich in Effizienzverlusten bei der Bank niederschlugen, widerstrebten ihm dermassen, dass er 1999 zur CS wechselte – sie hatte ihn bereits 1997 abwerben wollen.

In seiner Karriere verhalf ihm das Golfspiel mehr als einmal zu besten Beziehungen. Denn manch ein CEO oder Unternehmer sei darauf erpicht gewesen, mit dem einstigen Juniorenmeister eine Partie auszutragen, verrät er. So vertiefte sich beispielsweise der Kontakt zum Schweizer Unternehmer und Mäzen Hansjörg Wyss, für den Gottstein diverse Transaktionen orchestrierte, wobei Wyss zu einem der besten CS-Kunden avancierte.

An die Spitze der CS Schweiz kam Gottstein dann wie die Jungfrau zum Kind. Lange Zeit galt CS-Topmanager Hans-Ulrich Meister als Kronfavorit für den Posten, während Gottstein kaum als Kandidat gehandelt wurde. Diskret und nie im Haifischbecken der Aspiranten auf einen Job im CS-Topmanagement gesichtet, verrichtete er als Investmentbanker in Zürich und London seinen Job. Das heisst nicht, dass man ihn am Kapitalmarkt oder in der Firmenwelt nicht gekannt hätte, im Gegenteil. Das Licht der Öffentlichkeit suchte er allerdings nie. Doch dann ging alles schnell: Weil zwischen Hans-Ulrich Meister und CEO Thiam die Chemie nicht stimmte, kam Ersterer als Schweiz-Chef nicht zum Zug; und angesichts des geplanten Ganges an die Börse avancierte der Generalist und Kapitalmarktexperte Gottstein über Nacht zur ersten Wahl.

Revival der Kreditanstalt?

Für Gottstein ist die Umstellung enorm. Seinem Credo, «A day with no clients is a bad day», nachzuleben, fällt ihm jetzt schwer. Denn als Schweiz-Chef ist er in erster Linie Manager, der ein Unternehmen vertritt, das vor wenigen Monaten noch ganz unten war, so dass sich viele Kunden besorgt fragten, ob die CS diese Krise überlebe, wie Gottstein im Gespräch einräumt. Zwar hat seither eine gewisse Erholung eingesetzt, doch bleibt der Börsengang eine riesengrosse Bewährungsprobe. Schliesslich ist das, was den Kräften

des Marktes ausgesetzt werden soll, der Nukleus einer grossen Schweizer Institution.

Wie in solchen Fällen üblich, hantiert auch Gottstein mit Zahlen und Zielsetzungen. Die Erträge will er um zwei Prozent erhöhen und die Kosten gleichzeitig um drei Prozent senken. Bis Ende 2018 peilt er einen Vorsteuergewinn von 2,3 Milliarden Franken an, Ende 2014 waren es 1,5 Milliarden Franken gewesen.

Mit anderen Worten: Der Anspruch ist enorm, selbst wenn die CS derzeit (wieder) auf gutem Weg ist und heuer möglicherweise 1,8 Milliarden Franken einfährt. Die ganze Branche leidet darunter, dass das Ertragswachstum im Banking fast flach ist. Das hat zur Konsequenz, dass der Erfolg vor allem in weiteren Sparmassnahmen liegt. Auch da hat die CS Schweiz bereits einiges durchgemacht; bis 2018 wird die Bank gemäss ihren Ankündigungen allein in der Schweiz noch an die tausend Stellen streichen, selbst wenn sie das so nicht bestätigt.

Bedenken äussern Fachleute auch dahingehend, wie weit die Eigenständigkeit der Schweizer Bank gehen soll. Wie unabhängig kann das Verwaltungsratsgremium der CS Schweiz agieren, um die Interessen der Minderheitsaktionäre zu wahren, wenn ein Grossteil dieser Mitglieder auch im Aufsichtsgremium der Gruppe sitzt? Und: Welche Leistungen wird diese Tochtergesellschaft von

Die Erträge will er um 2 Prozent erhöhen, die Kosten gleichzeitig um 3 Prozent senken.

der Mutter beziehen? Wie wird die Kapitalallokation erfolgen, und wie wird es möglich sein, Doppelspurigkeiten zu vermeiden?

Vor diesen Fragen stand schon die UBS, die ihr Schweizer Geschäft in einer eigenen Rechtseinheit führt, aber einen Gang an die Börse stets verworfen hat, nicht zuletzt aufgrund der Komplexität eines solchen Unterfangens, wie es heisst. Gottstein sagt, dass er möglichst viele Dienstleistungen in seiner Einheit haben möchte, weil er so vom Mut-

terkonzern weniger abhängig wäre und die Kosten selber kontrollieren könnte. Gleichzeitig ist ihm aber klar, dass eine allzu umfassende Abnabelung wenig Sinn macht, solange man Synergien zu anderen CS-Divisionen nutzen will.

«Wir müssen auch künftig als Team auftreten», sagt er. «Es kann nicht sein, dass wenn wir mit CS-Group-Kollegen zu einem Kunden gehen, Visitenkarten mit unterschiedlichem Logo abgegeben werden», sagt er und spielt darauf an, dass manche Beobachter die Teilverseibständigung als ein Revival der alten Kreditanstalt (SKA) deuteten. Natürlich müsse man mit dem Erbe sorgsam umgehen, findet Gottstein, betont aber, dass man heute in einer ungleich komplexeren Welt der Globalisierung und Digitalisierung lebe. Insofern könne der verklärte Blick zurück keine Lösung sein. Tatsächlich setzt die fortschreitende Digitalisierung die Banken neuen Rahmenbedingungen aus, drohen nun doch auch branchenfremde Konglomerate wie Apple, Google oder Alibaba das Feld aufzurollen. Gerade um diesen Konkurrenten von morgen die Stirn zu bieten, ist die Credit Suisse Group mehr denn je zum Wachsen verdammt.

«Es brennt nicht»

Gut möglich, dass die CS-Mutter dereinst weitere Anteile des Schweizer Geschäfts an die Börse bringt, um so die übrigen Divisionen mit einem ausländischen Finanzgiganten zu fusionieren. Denn nach den misslungenen Megafusionen der Vergangenheit, etwa mit Donaldson, Lufkin & Jenrette, würden es die Aktionäre (und Schweizer Bürger) kaum goutieren, wenn neue Schulterschlüsse auf Kosten des hiesigen Geschäfts stattfänden.

Als systemrelevante Bank ist die CS ein Fiebermesser für den Finanzplatz. Insofern, findet Gottstein, sei das Titelbild der *Weltwoche* vom 31. März 2016 falsch gewesen, das die Credit Suisse am Zürcher Paradeplatz zeigte, wobei ausgerechnet aus dem Fenster von Gottsteins Eckbüro im dritten Stock Flammen und dicker Rauch aufstiegen. «In meinem Büro brennt es definitiv nicht», sagt er schmunzelnd. ○



Mehr Rendite für Ihre Säule 3a
www.wertschriftensparen.ch



CIC BANQUE CIC | SUISSE |
Die Bank der Privat- und Geschäftskunden

Basel West



Einmaleins des Trusts

Um Trusts ranken sich viele Mythen, ihr Image ist schlecht: Sie seien undurchsichtige angelsächsische Konstrukte, die Möglichkeiten zur Steuervermeidung böten. Diese Ansicht wird dem Trust nicht gerecht.

Oliver Arter

Trusts entspringen einem jahrtausendealten universellen Bedürfnis. Stets soll dabei ein Vermögen vor Schicksalsschlägen des Lebens geschützt und langfristig erhalten werden. Erste Ansätze von Trusts finden sich im Jahre 2500 vor Christus unter dem ägyptischen Pharaon Menkaure. Das römische Recht kannte das Fideikommiss, eine Art testamentarische Verfügung, welche dem Erben auftrag, das Geerbe nach bestimmter Zeit ganz oder teilweise einem Dritten herauszugeben. Und im germanischen Recht fand sich die als Salmann bezeichnete Verwaltungstreuhand. Heute finden sich Trusts nicht nur im Recht von Grossbritannien und einer Vielzahl karibischer und pazifischer Inselstaaten, sondern auch in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, China oder Südafrika. In Ländern wie der Schweiz, die den Trust in ihrem Recht nicht kennen, findet sich die wesensverwandte Stiftung.

Trusts kennzeichnen sich dadurch, dass eine Person, der Settlor, zu Lebzeiten oder für den Todesfall Vermögen zugunsten eines Begünstigten oder mehrerer solcher oder für einen bestimmten Zweck dem zivilrechtlichen Eigentum eines Trustees übereignet. Dieser hat die Pflicht, das Trustvermögen in Übereinstimmung mit den Trustbestimmungen zu verwalten, zu verwenden oder darüber zu verfügen. Das Trustvermögen kann aus Bargeld, Wertschriften, Kunstwerken, Liegenschaften, immateriellen Gütern oder ganzen Unternehmen bestehen. Die Früchte des Trustvermögens kommen meist Familienmitgliedern zu. Allerdings existieren auch viele Trusts, deren Vermögen ganz oder teilweise gemeinnützigen Zwecken gewidmet wird.

Wer vom Vermögen, welches auf einen Trustee übertragen wird, profitiert, ist bei Errichtung des Trusts nur teilweise vorbestimmt. Bei gewissen Trusts wird vom Settlor von Anfang an minutiös festgelegt, welche Begünstigten wann welche Leistungen erhalten sollen. Hier sieht die Trust-Urkunde etwa vor, dass die Nachkommen bei Erreichen eines bestimmten Alters jeweils gestaffelt fixe Beträge erhalten. Die Aufgabe des Trustees erschöpft sich in der professionellen Anlage des Trustvermögens und der Vornahme von Ausschüttungen nach den gemachten Vorgaben des Settlor. Solche Trusts werden insbesondere

errichtet, wenn es sich beim Trustvermögen um Bargeld oder Wertschriften handelt und der Settlor für seinen Ablebensfall vorsehen will, dass seine Nachkommen nicht sofort grössere Geldbeträge erhalten und diese leichtfertig verschwenden.

Sorgenfreier Genuss

Andererseits werden Trusts zur langfristigen Vermögenssicherung über mehrere Generationen hinweg errichtet. Nicht selten wird eine Vielzahl von Personen aus unterschiedlichen Familienzweigen potenziell begünstigt. Hinzu kommt, dass auch Personen begünstigt sein sollen, welche noch gar nicht geboren sind. In solchen Fällen ist es praktisch unmöglich, dass der Settlor bereits bei Errichtung des Trusts genau festlegt, wer wann begünstigt werden soll. Diese Kompetenz kommt dem Trustee zu. Als Trustee wird ein enger Freund oder eine sonstige Vertrauensperson gewählt, welche nicht nur über die Fähigkeit verfügt, das Vermögen professionell zu verwalten, sondern welche auch im Sinne des Settlor, aber in eigenem Ermessen darüber entscheidet, wer wie begünstigt wird. Der Settlor bestimmt lediglich die

Kategorie der Begünstigten und legt allenfalls grundlegende Vergabekriterien fest. Beispielsweise wird vorgesehen, dass Gelder aus einem Trust ausgeschüttet werden dürfen, wenn Begünstigte in Ausbildung stehen, heiraten, eine Liegenschaft erwerben oder einen Betrieb gründen möchten. Ebenso kann vorgesehen werden, dass den Begünstigten Beträge für den allgemeinen Lebensunterhalt ausgeschüttet werden.

Mittels Errichtung eines Trusts wird so mehreren Familiengenerationen der sorgenfreie Genuss am Familienvermögen vermittelt und gleichzeitig gewährleistet, dass das Vermögen durch Personen verwaltet wird, die über die dafür notwendigen Fähigkeiten verfügen. Weiter

wird verhindert, dass Ehepartner von Begünstigten im Scheidungsfall oder Gläubiger von Begünstigten, welche in Konkurs fallen, auf Grossteile des Familienvermögen zugreifen können, weil dieses im Eigentum des Trustees verbleibt. Schliesslich entfällt die Gefahr der Zersplitterung des Familienvermögens, gerade wenn dieses aus einem Unternehmen besteht und sich die Erben über das Schicksal des Unternehmens nicht einigen können. Eigentümer des Unternehmens ist der Trustee. Dieser kann nach Vorgaben des Settlor oder nach eigenem Ermessen qualifizierte Nachkommen für die Unternehmensleitung beiziehen.

Zur Verschleierung der Eigentumsverhältnisse oder für illegale Steuerpraktiken eignen sich Trusts allerdings nicht. Eröffnet man für den Trust ein Bankkonto, wird festgestellt, wer die begünstigten Personen sind. Hinzu kommt, dass im Zuge des automatischen Informationsaustauschs diese Informationen – es sei denn, es handelt sich beispielsweise um einen amerikanischen Trust – mit dem ausländischen Fiskus geteilt werden.



Geregelte Verhältnisse für die Erben.

Oliver Arter ist Rechtsanwalt und Konsulent bei der Rechtsanwaltskanzlei Fropier AG in Zürich.

«So soll es bleiben, auch wenn ich 70 bin. Darum plane ich schon jetzt.»

Credit Suisse Finanzplanung
Für alles, was kommt.

credit-suisse.com/finanzplanung

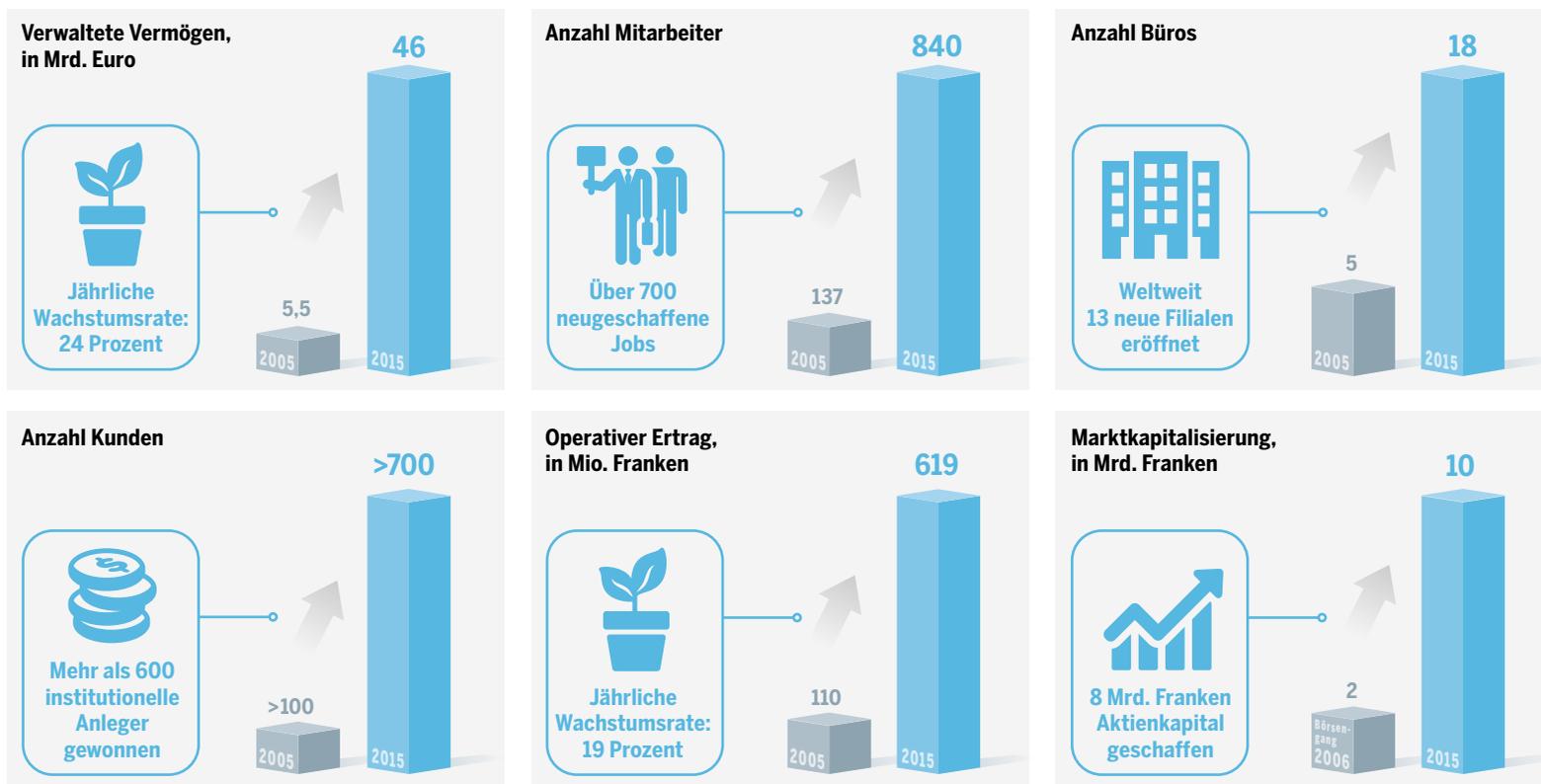
Jetzt vorsorgen:

Säule 3a
5,81%*

p. a. Rendite
Performance
2011–2016



Rasante Entfaltung in einem Jahrzehnt



Produktive Vervielfachung.

Magie des Geldes

Kompass im Nebel

Von Beat Gygi — Die Vermögensverwaltungsplattform Partners Group leitet das Geld von Anlegern mit grossen Erfolg dahin, wo es viel bringt. Die Wachstumskarriere ist spektakulär.

Wo soll man frei verfügbare Mittel anlegen, wenn man sich trotz verzerrten Märkten die Hoffnung und den Ehrgeiz bewahrt hat, sein Geld so gut als möglich arbeiten zu lassen? Die Orientierung ist schwierig, wenn die Zinsen null oder negativ und die Marktwerte vieler Aktien, Obligationen und Immobilien durch die Notenbanken manipuliert sind. In diesem Nebel wäre ein Kompass wertvoll, der Investoren einen einigermaßen verlässlichen Weg weist. Die Partners Group, ein in Baar-Zug ansässiger und weltweit tätiger Manager von Privatmarktanlagen, verfügt offensichtlich über Instrumente, die Hinweise geben, wo man Geld erfolgreich zum Einsatz bringen kann.

Die Karriere der Partners Group ist eine eindrucksvolle Wachstumsgeschichte. Sie wurde 1996 von Marcel Erni, Alfred Gantner und Urs Wietlisbach gegründet, die heute im Verwaltungsrat sind. Verwaltungsratspräsident ist der frühere UBS-Chef Peter Wuffli, und operativ wird das Unternehmen von den zwei Co-CEO André Frei und Christoph Rubeli geführt. Nach Einschätzungen von Marktbeobachtern sind

die Spielregeln und Gepflogenheiten der Gruppe, etwa auch zu Investitionsentscheidungen, zentral für den Erfolg der Firma.

Tokio, Sydney, Seoul, Shanghai, Mumbai

Im zurückliegenden Jahrzehnt hat sich das Unternehmen von der Grösse her je nach Sichtweise vervielfacht bis verachtfacht. Unter den kotierten Investitionsfirmen für Privatmärkte ist sie die Nummer zwei hinter Blackstone und vor KKR. In der Grafik oben sind für sechs Kennzahlen die Entwicklungen von 2005 bis 2015 dargestellt. Hatte Partners Group 2005 verwaltete Vermögen von 5,5 Milliarden Euro in seiner Obhut, waren es Ende 2015 rund 46 Milliarden Euro und Mitte 2016 bereits gut 49 Milliarden Euro; das ist sogar neun Mal mehr als gut ein Jahrzehnt zuvor. Das durchschnittliche jährliche Wachstum beim verwalteten Vermögen erreichte 24 Prozent über diese ganze Zeit hinweg – und das vor dem Hintergrund, dass bei Schweizer Banken die Vermögensverwaltung in dieser Zeit insgesamt kaum zugenommen hat.

Entsprechend hat sich die aus Spezialisten bestehende Belegschaft von knapp 140 auf mittlerweile über 850 Personen erhöht. Die Zahl der Mitarbeiter ist weiterhin im Aufschwung wie auch die Anzahl Niederlassungen im Ausland, die sich etwa vervierfacht hat; die jüngste Eröffnung eines Büros fand in Manila statt. Den ersten Schritt nach Asien hatte Partners Group 2004 mit dem Büro in Singapur gemacht, später wurde das Netz um die Standorte Tokio, Sydney, Seoul, Shanghai und Mumbai erweitert.

Grösse allein macht den wirtschaftlichen Erfolg allerdings nicht aus, mindestens so wichtig ist die Ertragskraft, und in dieser Hinsicht hat Partners Group voll mitgehalten. Die Erträge sind zwischen 2005 und 2015 mit einer jährlichen Wachstumsrate von 19 Prozent gewachsen, im genau gleichen Rhythmus legte der Betriebsgewinn zu, und die Aktionäre spürten die Aufwärtsentwicklung immer wieder an den steigenden Dividenden, die pro Aktie im Durchschnitt jährlich um 17 Prozent zulegten. Hinzu kommt die Wertsteigerung. Beim Börsengang 2006 ging die Partners-Group-Aktie

bei einem Kurs von 63 Franken an den Start. Ende 2015 lag der Börsenkurs bei 360 Franken, und in der vergangenen Woche hat er vorübergehend 500 Franken übertroffen.

So schaffte es das Unternehmen schliesslich, pointiert ausgedrückt, an die Spitze der Schweizer Wirtschaft. Drei Mal bereits stand Partners Group im Wettbewerb des Corporate Excellence Award der zu Raiffeisen gehörenden Vermögensverwaltungs- und Beratungsfirma CEAMS an der Spitze der Schweizer Rangliste, nämlich 2012, 2013, 2015 und 2016. Die aus Experten von Finanzbranche und Wissenschaft zusammengesetzte Jury beurteilt europäische Firmen jeweils nach ihrer betriebswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, man kann diese auch Qualität und Solidität nennen. Grundlage für die Rangierung sind primär objektive Kriterien, etwa Ertragskennzahlen, Dynamik der Umsätze oder Stabilität über die Zeit hinweg.

Partners Group hat in diesem Wettbewerb praktisch die Ehre der Finanzbranche gerettet. 2009 war nämlich der Schokoladeproduzent Lindt & Sprüngli Schweizer Champion, 2010 und 2011 dann der Gebäudetechnikzulieferer Belimo, beides gut geführte Industrieperlen in intelligent verteidigten Nischen. 2012 dann begann die Partners-Group-Serie, die allerdings 2014 unterbrochen wurde durch den Sieg des Sanitärtechnik-Konzerns Geberit, der schon fast eine Industrielegende ist: eine diszipliniert

geführte Gewinnmaschine, deren Ertragskraft für viele Marktexperten und Konkurrenten als eine Art Leuchtturm gilt.

Es geht bei dieser Betrachtung nicht einfach um die Höhe des Gewinns, sondern um die Frage: «Wie viel Ertrag erbringt ein Unternehmen mit einem ihm anvertrauten Franken, was macht es daraus für die Nachfrager?» Wer am meisten aus einem eingesetzten Franken herausholt und der Welt damit einen Dienst tut, kommt auf eine entsprechend hohe Rendite auf dem eingesetzten Kapital oder Eigenkapital – unabhängig von der Branche. Aus dieser Sicht liegen die mit Badezimmern besetzte Geberit und die Finanzdrehscheibe Partners Group nicht weit auseinander. Beide liefern Spitzenleistungen und erzielen Eigenkapitalrenditen in der Nähe von 30 Prozent. Das heisst: Aus einem investierten eigenen Franken gibt es pro Jahr 30 Rappen Wertzuwachs.

In welchem Ausmass bei Partners Group Wert geschaffen wurde, zeigt auch die Kapitalisierung des Unternehmens an der Börse, dargestellt in der letzten der Grafiken unten: Die Bewertung durch die Anleger stieg zwischen dem Börsengang 2006 und Ende 2015 von 2 auf 8 Milliarden Franken, und heute macht sie bereits über 13 Milliarden Franken aus, also fast sieben Mal so viel wie beim Börsenstart und – anders betrachtet – etwa die Hälfte des Ge-

wichts, das eine Credit Suisse zurzeit auf die Waage bringt, die immerhin 47 000 Mitarbeiter hat. Man kann es auch so sagen: Die Partners Group bewegt ziemlich viel mit relativ wenigen Leuten.

Wissen und Beziehungen

Sie verkörpert eigentlich eine Art Kernmodell eines Vermittlers, der Kapital von Investoren entgegennimmt und diese Mittel in der Wirtschaft dahin leitet, wo sie am meisten Nutzen und Gewinn bringen sollen. Die Firma tätigt laut ihren Angaben Investitionen für weltweit über 850 institutionelle Investoren, welche überdurchschnittlich hohe Renditen durch Privatmarktanlagen für ihre mehr als 100 Millionen Begünstigten erzielen möchten. Auf den realisierten Investitionen erzielte sie im vergangenen Jahrzehnt eine interne Verzinsung von 17 Prozent pro Jahr. Partners Group ermöglicht vor allem institutionellen Anlegern wie Pensionskassen oder Staatsfonds den Zugang zu privat gehaltenen, also nicht-kotierten Firmen (Private Equity), Immobilien, Infrastrukturprojekten oder zur privaten Unternehmensfinanzierung. Auf diesem wenig regulierten, nicht öffentlich organisierten Terrain sind es vor allem das eigene Netz von Fachleuten, Wissen und Beziehungen mit Kapitalgebern und Kapitalsuchenden, die bei Partners Group den Kompass ausmachen. ○

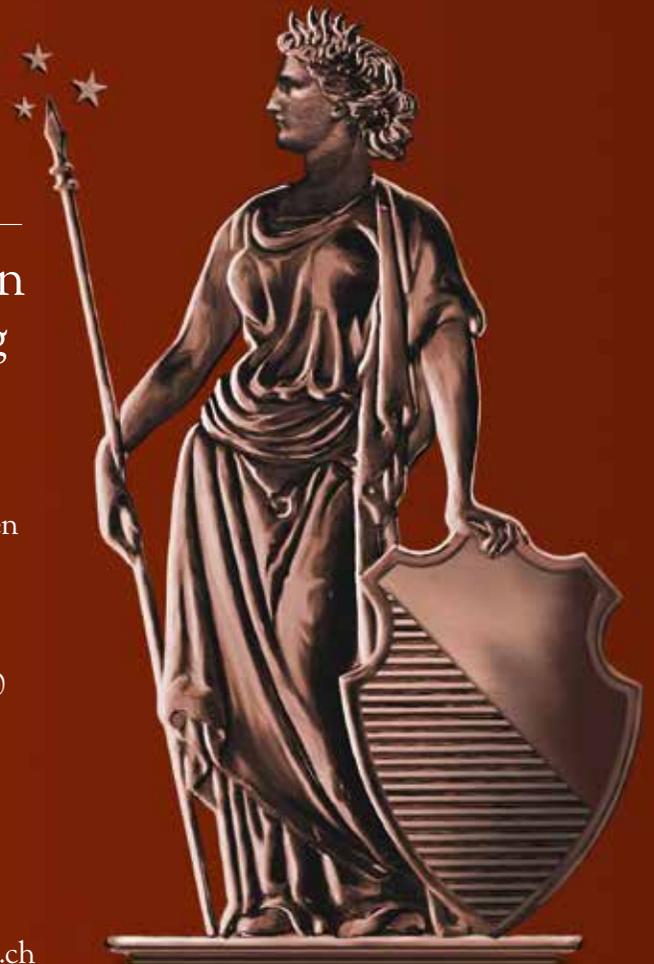


Neue Helvetische Bank

Lassen Sie sich von unseren Fähigkeiten überzeugen. Die Vermögensverwaltung der Neuen Helvetischen Bank.

Die Neue Helvetische Bank ist der verlässliche Partner in Finanzfragen für Unternehmer und Privatanleger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Neuen Helvetischen Bank stehen Ihnen jederzeit gerne für ein unverbindliches Gespräch zur Verfügung.

Herr Thomas Della Casa freut sich auf Ihren Anruf. T: 044 204 56 20



Wenn Geld stirbt

Von Florian Schwab und Muir Vidler (Bild) — Der britische Historiker und Journalist Adam Fergusson ist einer der tiefsten Kenner des Geldsystems. In detektivischer Arbeit hat er die Geschichte der Hyperinflation in der Weimarer Republik nachgezeichnet. Gibt es Parallelen zur Gegenwart?

Müsste man ein Stadthaus im noblen Londoner Stadtteil Kensington beschreiben, es sähe vermutlich ungefähr so aus wie das Heim von Adam Fergusson: Die Räume sind gerade so gross, dass sie nicht klein wirken. Dennoch muss man achtgeben, nirgends anzustossen. Upperclass, aber ohne auch nur ein Quäntchen Protz: ein klassisches, geschmackvolles Interieur mit viel Stoff in gedeckten Farben, Bücherregalen und Wanduhren. Der Grossteil englische Wertarbeit, die vermutlich schon viele Jahrzehnte hier steht und gewissermassen mit dem Hausherrn eins geworden ist: Adam Fergusson, einem 84-jährigen Gentleman. Seit einigen Jahren ist er verwitwet und bewohnt das Haus alleine. Bilder an den Wänden künden von einem glücklichen und erfüllten Familienleben. Eine Legislatur lang, zwischen 1979 und 1984, sass Fergusson für die britischen Konservativen im Europaparlament.

Und Adam Fergusson ist einer der tiefsten Kenner der Hyperinflation in der Weimarer Republik. Im Jahr 1975 veröffentlichte der Historiker mit Cambridge-Diplom sein Buch «When Money Dies», das sich zu einem internationalen Bestseller entwickelt hat, in viele Sprachen übersetzt und im Jahr 2010 neu verlegt wurde. Mit der Akribie eines Chirurgen analysiert Fergusson die Ereignisse, die zur Hyperinflation des Jahres 1923 in der Weimarer Republik führten. Der ehemalige *Times*-Journalist versteht es dabei, die massgeblichen Figuren zum Leben zu erwecken: den unfähigen Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein, seinen gerissenen Nachfolger Hjalmar Schacht, die profitgierigen Industriellen und machiavellistischen Politiker.

Vor dem Ersten Weltkrieg, im Jahre 1913, sei ein britischer Schilling gleich viel wert gewesen wie eine deutsche Mark, erklärt Fergusson. Nur zehn Jahre später brauchte es theoretisch – denn niemand wollte mehr Mark haben – eine Billion Mark, um einen Schilling zu kaufen. Das Phänomen hat es ihm angetan: Fergusson besitzt eine repräsentative Sammlung von Banknoten aus der Zeit und ein ganzes Album voller originaler Notgeld-Papiere, etwa einen Zettel aus der Stadt Köln, der die Unterschrift des damaligen Oberbürgermeisters Konrad Adenauer trägt.

Fergusson bittet in seinen Salon. Der Blick schweift in das satte Grün eines kleinen Gartens.

Herr Fergusson, Sie haben Ihr Standardwerk über die Hyperinflation in der Weimarer Republik bereits 1975 geschrieben. Seither wurde es immer wieder neu aufgelegt. Was macht die anhaltende Faszination aus?

Inflation ist ein Dauerthema. In den siebziger Jahren stieg sie in Grossbritannien auf zehn oder zwölf Prozent, und die Leute wussten nicht, wie damit umgehen. Auch ich nicht. Meine Frau und ich sahen unsere Ersparnisse dahinschmelzen. 1981 oder 1982 stieg die Inflation auf zwanzig Prozent. Das halbiert die Ersparnisse in vier Jahren. Furchtbar!

Die Weimarer Inflation war da bereits seit fünfzig Jahren Vergangenheit.

Ein Grund, warum ich das Buch schrieb: Ich stellte fest, dass die Inflation das Verhalten beeinflusst. In jeder inflationären Phase geht

«Die Leute streiken nicht für ein gesundes Geldsystem, sondern für höhere Gehälter.»

zuerst das Vertrauen in das Geld verloren und dann das Vertrauen der Leute untereinander. Es wird normal, der Regierung zu misstrauen. Und so wird es irgendwann logisch zu betrügen. Die Berufsgruppen mit dem Privileg zu streiken, vor allem Staatsbedienstete, tun das dann. Und was bleibt einer Regierung anderes übrig, als die Streikenden zufriedenzustellen? Wenn ich heute so herumschaue, bin ich recht besorgt.

Warum?

Momentan haben wir zwei latente Streiks in Grossbritannien. Der erste im Gesundheitssystem bei den jungen Ärzten und der andere bei den Eisenbahnern. Im Wesentlichen geht es ihnen darum, am Wochenende nicht arbeiten zu müssen. Aber natürlich geht es immer auch ums Geld. Momentan haben wir zwar keine Inflation, welche die Leute nach mehr Geld verlangen lässt, es sind andere Faktoren. Aber seit der Weimarer Republik hat sich nichts geändert: Die Leute streiken nicht für ein gesundes Geldsystem, sondern für höhere Gehälter – selbst wenn es absehbar ist, dass diese der Inflation zum Opfer fallen.

Sprechen wir über die Weimarer Erfahrung. Wann begann die Inflation? Am Tag eins nach dem Ersten Weltkrieg?

Die Hyperinflation begann erst 1922. Ihre atemberaubenden Höchststände erreichte sie zwischen Frühling und Herbst 1923. Doch die Ursachen, die waren gleich nach dem Ersten Weltkrieg vorhanden.

Welche ist die wichtigste Lektion, die man daraus lernen kann?

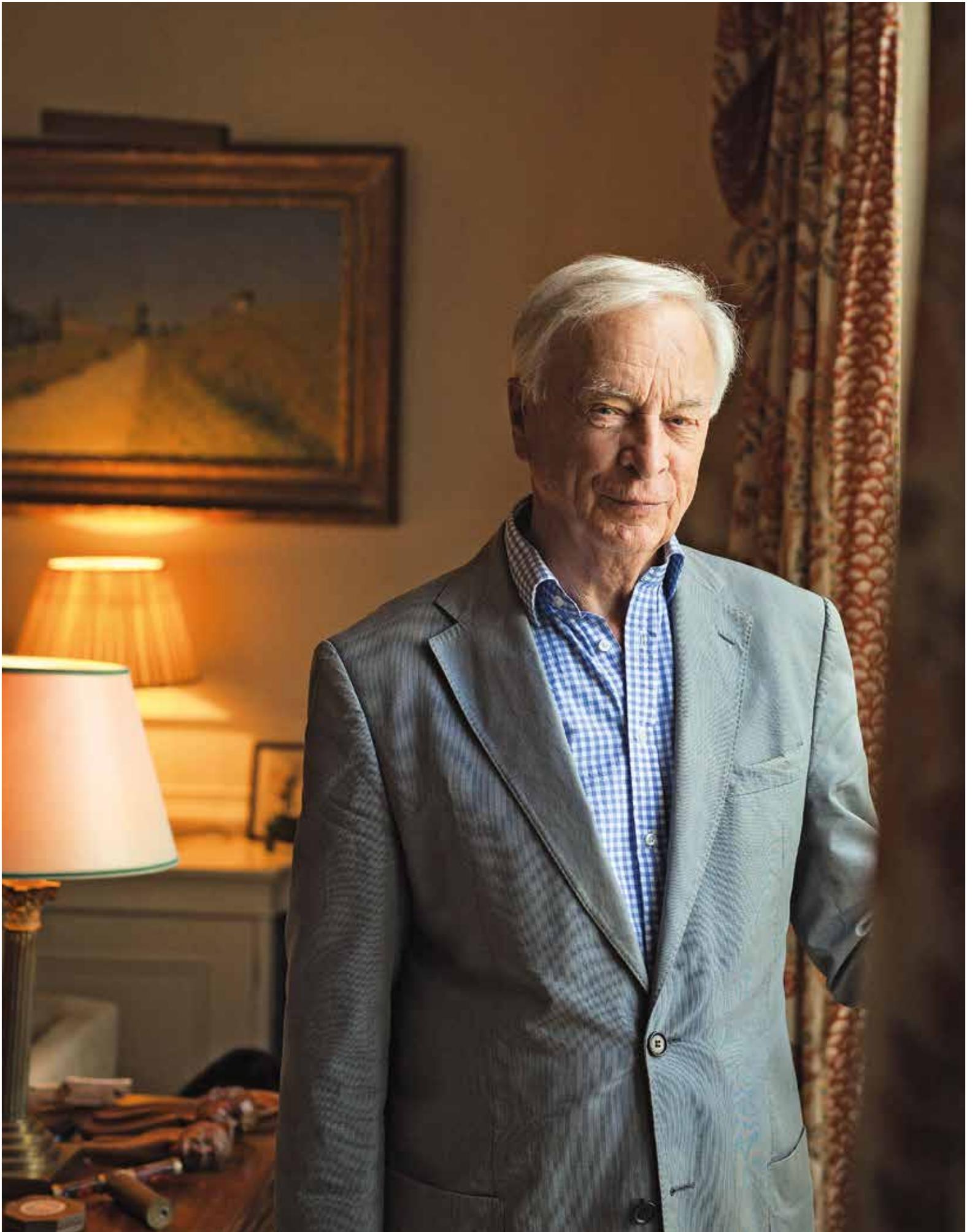
Aus heutiger Sicht das vollständige Unwissen über die Geldmengentheorie bei wirtschaftlichen und politischen Eliten Deutschlands. Was besagt diese? Je mehr Geld in Umlauf gebracht wird, desto weniger ist es wert. Aber das wollte man nicht einsehen. Anstatt das rasante Gelddrucken für den Wertzerfall verantwortlich zu machen, gab man den Briten und Amerikanern die Schuld und dem Einbruch des Wechselkurses. Wenn ich mir heute das Quantitative Easing ansehe, bin ich nicht sicher, ob die Geldmengentheorie überall richtig verstanden wird.

Es galt lange als ausgemacht, dass Weimar seine Währung entwertete, um die Reparationszahlungen schultern zu können, die der Versailler Vertrag vorsah.

Das ist Unsinn, weil diese in harter Währung oder Naturalien wie Gold oder Stahl anfielen. Die Leute wollten nicht einsehen, dass Deutschland damals eine Reihe anderer Probleme hatte. Zunächst einmal musste sich das Land von einem schrecklichen Krieg erholen. Es kam immer wieder zu Arbeitslosigkeit. Permanent lag eine Revolution in der Luft. Also gab es nie den richtigen Augenblick, um die Druckmaschinen zu stoppen. Das Gelddrucken wurde bis zu dem Punkt getrieben, an dem Geld nichts mehr wert war.

In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg scheint es sogar positive Auswirkungen gegeben zu haben. Die grosse Krise wurde in die Zukunft verschoben. Die Beschäftigung war erstaunlich robust, und die Wirtschaft schien sich zu erholen.

Ja, anfangs funktionierte das. Die Exporte boomten regelrecht, weil sie so günstig waren. Bis zu einem Punkt, da sie fast die französische Wirtschaft ruinierten, die nicht mehr konkurrenzfähig war. Zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 und der grossen Krise 1923 gab es etliche Phasen der Erholung. Bis Ende 1923 die Mark tot war und die Rentenmark eingeführt wurde. Erst in der Rückblende sah man, was für eine katastrophale Geldpolitik man betrieben hatte. >>>



«Ein Trick, aber er funktionierte»: Historiker Fergusson.

Sie haben eine sehr schlechte Meinung von dem Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein, der das Amt zwischen 1908 und 1923 bekleidete.

Das hat heute jeder, aber damals waren es nur ein paar wenige. Havenstein hat nie verstanden, was Geld ist. Er kannte nur das System des Goldstandards, das vor dem Weltkrieg funktioniert hatte. In dem neuen System war er völlig orientierungslos. Aber damals hatte er kaum Gegner. Die Regierung unterstützte ihn. In meinem Buch zitiere ich häufig den damaligen britischen Botschafter, Lord D'Abernon. Der sah die Sache klar, aber er konnte innerhalb der deutschen Hierarchie niemanden davon überzeugen, dass die Ursache des Übels in der Notenpresse lag. Wie schon gesagt, die Leute gehen für höhere Löhne auf die Strasse und nicht für eine stabile Währung.

Warum lief die Inflation vollständig aus dem Ruder, nachdem sie jahrelang kein so grosses Problem dargestellt hatte?

Weil die Leute das Vertrauen in ihr Geld verloren. Sobald das passiert, versuchen sie, es so rasch wie möglich loszuwerden. Zuerst brauchen sie zwei Mark anstatt einer. Später drei, vier, einhundert, eintausend. Je schneller sich das Geld bewegt, desto höher steigt die Inflation. Man kann jede Hyperinflation auf den Vertrauensverlust der Bevölkerung in ihr Geld zurückführen.

Weswegen ging das Vertrauen verloren?

Es begann nach dem Krieg, als die Börsen wieder öffneten. Die Deutschen stellten fest, dass sie im Vergleich zur Vorkriegszeit drei Viertel ihres Wohlstands verloren hatten. Da wurde das Vertrauen zum Thema. Lange konnten die Politiker beschwichtigen. Sie betonten immer wieder, eine Mark sei gleich viel wert wie eine alte Goldmark und dass die Ursache der Inflation im Ausland lag. Als die Bevölkerung nicht mehr daran glaubte, war es um das Geld geschehen. Die Mark war tot.

Woran spürte man, dass die Leute den Verantwortlichen nicht mehr über den Weg trauten?

Im Jahr 1922 konnte die Reichsbank die hohe Geldnachfrage nicht mehr bedienen. Sie erlaubte anderen Leuten die Herausgabe von Geld, also beispielsweise Städten oder auch grösseren Unternehmen, die damit ihre Angestellten bezahlten. Das sogenannte Notgeld war geboren. Trotzdem behauptete die Notenbank, alles sei unter Kontrolle. Das war wohl der Punkt, an dem es kippte. So war es auch schon nach der Französischen Revolution gewesen mit den revolutionären Assignaten. Die französische Regierung gab Papiere heraus und drohte jedem, der diese fälschte, mit dem Tod.



«Deutsche Gründlichkeit»: Hyperinflation während der Weimarer Republik, 1923.

Im Dezember 1923 kam dann Hjalmar Schacht anstelle Havensteins ans Ruder der Reichsbank. In Windeseile stellte er das Vertrauen wieder her.

Ganz am Anfang erlaubte er der Mark, auf den praktischen Wert von einer Billion zu steigen. Dann kreierte er eine neue Währung – die Rentenmark – und behauptete, diese sei genau eine Billion alte Mark wert. Man müsse sich nur zwölf Nullen wegdenken. Zudem sei sie durch den Wert des staatlichen Bodens gedeckt. Das war natürlich ein Trick, weil es auch nur ein Stück Papier war, aber er funktionierte.

Die Leute kauften es ihm ab?

Sie wollten es glauben. Zwei Jahre lang stabilisierte die Rentenmark das System. Danach führte Schacht ohne Probleme die

«Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf damals unermessliche zwei Millionen.»

Reichsmark ein, die bis 1945 Bestand hatte. Der Inflationsspuk war zu Ende.

Dennoch blieb die wirtschaftliche Situation zunächst schwierig.

Die Leute waren zwar froh, dass es wieder eine Währung gab, mit der sie etwas anfangen konnten. Aber sie hatten kein Geld! Eine fürchterliche Armut brach aus. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf damals unermessliche zwei Millionen, die meisten junge Männer, die im Krieg gekämpft hatten. Sozial und wirtschaftlich war es eine brenzlige Situation. Ständig schwelte die Gefahr einer Revolution. Und so war die Weimarer Republik im späten 1923 eher eine Militär-

diktatur. Es gab zwar noch Politiker, aber die Armee hielt Ordnung. Es ging recht brutal zu und her.

Nach dem Weltkrieg war eine grosse Krise mit hoher Arbeitslosigkeit irgendwann unvermeidlich. Hat die Inflationspolitik diese einfach in die Zukunft verschoben?

Ja, es war *kicking the can down the road*, wie wir sagen. Man kann die Inflation befeuern, solange die Leute das Vertrauen in den Geldwert nicht verlieren. Die Faszination der deutschen Hyperinflation liegt darin, wie lange die Regierung das Ganze unter Kontrolle behielt und wie plötzlich sie dann die Kontrolle verlor. Wissenschaftler wie John Maynard Keynes begannen sich mit der Pathologie des Geldes auseinanderzusetzen: Was ist es, wie funktioniert es, und was hält es am Leben?

Was waren die schlimmsten Konsequenzen der Hyperinflation zwischen 1922 und 1923?

Aus der langen historischen Sicht ist es der Schaden, den die Demokratie genommen hat. Die Weimarer Republik war ja die erste echte Demokratie auf deutschem Boden, mit einer eigentlich sehr intelligent gestalteten Verfassung. Aber nach der Hyperinflation sagten die Deutschen: «Genug davon!» Für Hitler war es dann einfach, fünf Jahre später seine Partei auf diesen Gefühlen aufzubauen. Für die grassierende Armut fand er auch einen Schuldigen: die Juden.

In Ihrem Buch liest man, dass mit der Geldentwertung auch die Korruption Einzug hielt.

Vor dem Ersten Weltkrieg war Deutschland ein Vorbild in Europa, was das Ethos der staatlichen Bediensteten betraf. Korruption gab es kaum. Erst Armut, Not, Vertrauensverlust und wohl auch das Gefühl, dass andere Leute es inmitten dieses Horrors besser

hatten als man selbst, führten zu grassierender Korruption.

Inflation kann, wie wir besprochen haben, kurzfristig auch gute Auswirkungen haben. Ist sie nun schlecht oder gut?

Aus langer Sicht kann man nichts Gutes über Inflation sagen. Kurzfristig, wenn es darum geht, dass die Leute einander nicht mehr umbringen oder dass eine Regierung, die nicht gestürzt gehört, im Amt bleiben kann, vielleicht. Nur eine Regierung kann die Grundlage für Inflation legen. Sie tut das, entweder um ihr Regime zu schützen oder um das Land vor wirtschaftlicher Unbill eine Zeitlang zu bewahren. Aber es ist eine Suchtkrankheit: Wenn man einmal beginnt, Drogen zu nehmen, dann tut man es weiter. Wenn sie nicht mehr wirken, dann wird einfach die Dosis erhöht. Erinnert das nicht verdächtig an die jetzige Geldpolitik?

Man würde meinen, dass angesichts der heutigen Kenntnisse die Gefahr nicht mehr so gross ist.

Es steht und fällt mit der Zentralbank. Wenn Sie dort einen Havenstein haben, dann ist alles möglich. Wo genau liegt der Unterschied zwischen der damaligen Druckerpresse und dem heutigen Quantitative Easing? Damals, könnte man sagen, gab es wenigstens technische Grenzen bei der Vermehrung der Geldmenge.

Sie beschreiben, wie stolz Havenstein auf die Leistungsfähigkeit seiner Druckerpressen war.

Ja, und es war ja auch eindrücklich. Die deutsche Gründlichkeit machte es überhaupt erst möglich. Zunächst mussten alle vier Tage neue Noten gedruckt werden, dann jeden Tag. Jede neue Banknote musste gestaltet werden, dann die Druckplatten angefertigt und schliesslich der Druck abgewickelt werden. Man ging dazu über, das Papier nur noch einseitig zu bedrucken. Trotz alledem konnte die Nachfrage irgendwann nicht mehr befriedigt werden. Heute kann man sich solche Gedanken sparen. Ein Knopfdruck genügt. Wenn EZB-Präsident Mario Draghi oder sonst jemand eine Billion schaffen will, dann geht es in Sekundenschnelle.

Dennoch macht sich heute kaum jemand Sorgen über eine Inflation. Die Notenbanken erreichen nicht einmal ihr selbstgestecktes Ziel von zwei Prozent.

Merkwürdige Dinge gehen vor sich. Ich verweise nochmals auf die Pathologie des Geldes. Die Europäische Zentralbank hat bekanntgegeben, dass sie so viel Geld schaffen wird, wie nötig ist, um Portugal oder Griechenland im System zu halten. Für mich klingt das nach Havensteins Rhetorik über die kolossalen Kapazitäten seiner Druckerpressen. Wenn Draghi oder Janet Yellen oder sonst jemand heute sagt: «Wir schaffen in den nächsten drei Mona-

ten sechzig Milliarden *things*», erschrickt kaum jemand. Warum sind die Leute nicht alarmiert? Ich nehme an, dass sie aus irgendeinem Grund immer noch Vertrauen haben. Eigentlich komisch, wenn man an die riesigen Geldmengen denkt, die da herumgeistern. Und keiner weiss, wo genau. Es ist alles bei den Banken und den Finanzministerien. Warum gibt es keine Inflation, obwohl die Notenbanken jede beliebige Geldmenge auf Knopfdruck erschaffen können und dies auch tun? Ich verstehe das nicht.

Abgesehen von notorisch inflationären Staaten wie Venezuela und Simbabwe: Sehen Sie Möglichkeiten für eine Hyperinflation in einem wichtigen Wirtschaftsraum?

Nein, das glaube ich nicht. Sie könnte wohl gestoppt werden. Ich schaue einfach auf diese Unsummen von Geld, die im Bauch von Notenbanken und Staaten verschwunden sind. Und ich frage mich: Was passiert, wenn dieses Geld – sollte es jemals geschehen – wieder freigegeben wird? Ich weiss es nicht.

In den USA macht man sich viel weniger Sorgen um den Geldwert als in Europa. Sehen Sie das zu schwarz?

«Die Deutschen haben sich auf den Euro eingelassen, weil sie dachten, er würde so stabil wie die D-Mark.»

Heute gibt es nur noch eine Reservewährung, und alles hängt von ihr ab: den US-Dollar, der die Grundlage für so viele andere Währungen und die Bewertung von Rohstoffen ist. Die Verantwortung der Federal Reserve ist gewaltig. Sollte sie eine grosse Abwertung des Dollars provozieren, so wäre das ein Desaster. Die Lage ist sehr gefährlich, und trotzdem passiert nichts. Solange das Vertrauen in die Währungshüter erhalten bleibt, ist hoffentlich alles in Ordnung – zu meinen Lebzeiten wird das wohl so bleiben.

Berkeley-Ökonom Barry Eichengreen fordert die Deutschen auf, geldpolitisch etwas mutiger zu werden und ihr Inflations-trauma zu überwinden.

In den meisten wichtigen Ländern gab es über die letzten hundert Jahre eine oder zwei Währungen, wie etwa den Franken in der Schweiz. In Deutschland hingegen gibt es heute noch Menschen, die in ihrem Leben sechs oder sieben verschiedene Währungen kommen und gehen sahen: die Goldmark, die Papiermark, die Rentenmark, die Reichsmark, die Deutsche Mark, die Ostmark und den Euro. Die Deutschen haben sich auf den Euro eingelassen, weil sie dachten, er würde so stabil wie die D-Mark.

Auf lange Sicht eine trügerische Annahme? Ich sage seit langem, dass der Euro zum Scheitern verurteilt ist. Es ist unbegreiflich, dass er so lange überdauert hat – vermutlich ist dies

dem eisernen Willen von Leuten wie Angela Merkel und Mario Draghi zu verdanken.

Das britische Pfund hat seit dem Brexit-Entscheid ordentlich an Wert verloren.

Die Märkte haben das gemacht. Es bedeutet, dass unsere Exporte ansteigen und unsere Importe ein bisschen teurer werden.

Was bedeutet der Brexit für die britische Wirtschaft?

Sagen wir es so: *It will be much fun*. Aber ich bin zuversichtlich. Wir sind ja ein reiches Land, und ich denke, dass wir unseren Handel aufrechterhalten können. Das sage ich als jemand, der für den Verbleib in der EU gestimmt hat. Aus meinen Zeiten im Europaparlament habe ich noch viele Freunde in anderen europäischen Ländern.

Zurück zur Pathologie des Geldes: Inflation und Geldentwertung produzieren immer auch Gewinner. Sie beschreiben den Zynismus mancher deutscher Industrieller mit Zugang zu Devisen, aber auch das Auftreten von Ausländern, die Kapital aus der Situation schlugen.

Wenn Sie eine starke Währung ins Ausland tragen, fühlen Sie sich reich. In den frühen zwanziger Jahren gab es eine Art Inflationstourismus nach Deutschland – auch von Leuten, die zu Hause Hunger litten und merkten, dass sie in Deutschland mit ihrem Geld viel besser lebten. Innerhalb Deutschlands profitierte jeder, der Land besass und etwas anbauen konnte, von den Hungersnöten in den Städten. Die Leute werden immer ihren Vorteil suchen. Während des grössten Teils meines Lebens schienen die Amerikaner immer reicher als die Europäer. Wer es übertreibt, macht sich rasch unbeliebt. Geld ist ja entscheidend für die Sicht der Leute auf sich selbst. Es gibt recht wenig Menschen, die sich nicht für Geld interessieren. ○

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

- **Atomausstieg**
Stromlücken und hohe Preise sind vorprogrammiert
- **Masseneinwanderung**
Der Gewerbeverband lehnt die RASA-Initiative ab
- **Bundesfinanzen**
Prioritäten setzen und abspecken sind angesagt

www.gewerbezeitung.ch

Interessante Frauen

Tränen der Rührung am Zürcher Schauspielhaus;
«100 Zürcherinnen»-Party bei Ringier. Von *Hildegard Schwaninger*



Familiäres Fest: Preisträger Bello (l.), Maertens, Präsidentin Müller (r.)

Das Zürcher Schauspielhaus verleiht seit 1996 die Goldene Maske. Damit werden Künstler für Verdienste auf und hinter der Bühne geehrt. Am Sonntag wurden Schauspieler **Miriam Maertens** und Herrenschnitzer **Maurizio Bello** ausgezeichnet. Es war ein familiäres Fest im Schiffbau, gestaltet von den Freunden des Schauspielhauses (Präsidentin: **Nicole Müller**). Miriam Maertens stammt aus der berühmten Hamburger Schauspielerfamilie, ihr grosser Bruder **Michael Maertens**, ein Publikumsmagnet, war beim Fest anwesend. Er hatte gerade Geburtstag (den 53.).

Schauspieler **Michael Neuenschwander** (Goldene-Maske-Preisträger 2013) hielt die Laudatio auf Miriam Maertens. Er mag die Kollegin sehr, «ihr Lachen, ihre Lebendigkeit, ihre Lust am Theater, ihren Mut». Finalsatz: «Miri ist



Kompliment: Boser, Patenkind Vassalli.

verliebt in das Leben – und sie lässt uns daran teilhaben. Du bist die grosszügigste Schauspielerin, die ich kenne.»

Musik spielt eine neue Rolle im Leben von Miriam Maertens, die seit elf Jahren am Schauspielhaus ist (in «Homo faber» zeigt sie das mit diversen Gesangseinlagen), und so bedankte sie sich mit einem Lied. Begleitet von der Schauspielhaus-Band, in der Neuenschwander Kontrabass spielte.

Die Laudatio für Gewandmeister Maurizio Bello hielt **Siggi Schwientek** (Preisträger 2007). Sein Auftritt war eine schöne Überraschung, bis zum Schluss geheim gehalten. Der Schauspieler las ein selbstverfasstes Märchen vor, das das Leben des in Lecce (Apulien) geborenen Schneidermeisters nachzeichnete. Schwientek und Bello kennen sich schon ewig. Sie waren einst gemeinsam an einem Konzert der Genesis im Zürcher Hallenstadion, wo Bello seine Frau **Fulvia** kennenlernte (sie sass bei der Feier neben ihm). Am Schluss gab es Pfiffe der Begeisterung, Applaus und Tränen der Rührung beim Geehrten. Nach der Feierstunde ging man im grossräumigen Schiffbau-Foyer auf rustikalen Holztischen zum sogenannten gemütlichen Teil über. Auch Schauspieler **Isabelle Menke** war da, an ihrem Pullover die Anstecknadel Goldene Maske, die sie 2015 bekommen hat. Den Schinken-schmaus (heisser Beinschinken mit Kartoffelsalat) spendete die Zürcher Kantonalbank.

Bei der Präsentation des Hefts «100 Zürcherinnen», das die *Schweizer Illustrierte* vorstellte (die «100 Bernerinnen» und «100 Baslerinnen» sind 2014 und 2015 erschienen), sah man **Patricia Boser**, Fernseh-Heldin der ersten Stunde bei Tele Züri. Sie sieht in natura hundertmal besser aus als am Fernsehen. Darauf angesprochen, weiss sie nicht, ob sie das als Kritik oder als Kompliment auffassen soll (nimm es als Kompliment, Patricia!). Die kleine Party im «The Studio» war für Boser eine gute Gelegenheit, nach Frauen für ihre Gesprächsrunde «Boser & Böser» zu spähen. **Sabrina Pesenti**, die Intelligenz und rhetorische Gewandtheit einbrachte, ist ausgestiegen – ein Verlust! Pesenti arbeitet jetzt im Marketing beim Kosmetikkonzern L'Oréal.

«The Studio» ist ein Café im Ringier-Verlagsgebäude. Es wurde von Kramer Gastronomie geführt, ist seit einem Monat geschlossen, es hat nicht rentiert. Im Gegensatz zum «Inside», einer Art Ringier-Kantine mit Blick in den News-room (ein öffentliches Lokal). Man revitalisierte «The Studio» für die «100 Zürcherinnen»-Party, wo sich interessante Frauen – unter ihnen Nationalrätin **Jacqueline Badran**, Sängerin **Sandra Studer** und Beachvolleyball-Profi **Joana Heidrich** – in den weichen Sofas fläzten. Das Catering machte **Marco Pfeiderer**. Es gab Champagner Ruinart und feinste Häppchen. Verlegerin und Wohltäterin **Ellen Ringier** schliess den Schlaf der Gerechten, während die Präsentation abließ.



Erstes Kind: Primaballerina Kapitonova.

Christine Maier interviewte ein paar Frauen, unter ihnen die Cat-Aviation-Unternehmerin und Privatflugzeug-Pilotin **Helene Niedhart**; **Lea Lu** sang.

Die russische Primaballerina **Viktorina Kapitonova** ist ein Liebling des Zürcher Ballettpublikums. Als Odette/Odile in «Schwanensee» und als Anna Karenina (u.a.) tanzte sich die aus Kasan stammende Künstlerin in die Herzen der Ballettfreunde. Seit 2009 ist sie Erste Solistin am Zürcher Opernhaus. Jetzt werden Ballettfans eine Zeitlang auf sie verzichten müssen. Viktorina Kapitonova erwartet ihr erstes Kind. Sie ist im fünften Monat.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Swingerklub und Callboy

Die beiden Pensionäre und Buchautoren Magda und Bernhard Bauer (70) haben nach fast fünfzig Jahren das gemeinsame Liebesleben neu entdeckt.



Leichter und schöner: Ehepaar Bauer.

Magda: Es gibt sie also wirklich, die Liebe auf den ersten Blick. Er sah zu mir herüber, aber mehr nicht. «Warum holt mich der Depp nicht zum Tanzen», dachte ich. Dann kam er und fragte, ob er mich auf ein Getränk einladen dürfte, auf eine Coca-Cola. Er forderte mich auf, zu einem langsamen Lied, und sah mir unentwegt in die Augen, bis mich schwindelte. Irgendwie kam ich aus dem Schwindelgefühl nicht mehr heraus. Das war der Anfang unserer Liebesgeschichte.

Bernhard: Ich weiss nicht mehr, wie viele Hände ich während unserer Hochzeit schüttelte. Wie viele Menschen ich umarmte. Magda, meine Frau, war jedenfalls nicht darunter. Spätestens um 22 Uhr wollten wir wieder verschwinden. Das hatten wir so vereinbart. Wir sehnten uns nach der Hochzeitsnacht.

Magda: Viele Jahrzehnte später machte ich es mir in unserem Haus auf Teneriffa auf dem Sofa bequem. Ich liebte diese einsamen Stunden. Dabei liebte ich auch Bernhards Gesellschaft, nach wie vor. Seit fast einem halben Jahrhundert waren wir verheiratet, eigentlich unvorstellbar lange, und trotzdem noch immer glücklich. Ich stand auf und holte mir Chips aus der Küche. Bei Bernhard lief Action im Fernsehen. Die Leidenschaft war in den ver-

gangenen Jahren etwas in den Hintergrund getreten. Die Begierde wird eben bequem. Die Libido lümmelt irgendwann lieber herum, als sich auf etwas zu stürzen. Man merkt es nicht richtig. Plötzlich hat man mehr Freude daran, am Abend auf dem Sofa alleine die Beine ausstrecken zu können, als sich in wildem Sex den Rücken zu verrenken. Bernhard war gut in Schuss für sein Alter. Eher war ich es, die heute Migräne oder morgen Waschtag hatte, oder was es da noch so an Ausreden gab. Eine Sendung im Fernsehen war es dann, die etwas weckte in mir, das ich fast schon vergessen hatte. Das Bedürfnis nach körperlicher Liebe. Das Bedürfnis nach Lusterlebnissen.

Bernhard: Man kann sagen: Meine Frau hat die Initiative ergriffen, und ich war bereit, mich auf etwas Neues einzulassen, das unser Liebesleben wieder beflügelt. Interessant fanden wir die Stimmung im Swingerklub, die völlig anders als erwartet war, nämlich keine Schwülstigkeit, keine Anmache, sondern eine ruhige, respektvolle und harmonische Atmosphäre.

Magda: Swingerklubs, Callboys, Sexshops – warum haben wir geschafft, was die meisten Paare nicht schaffen: nach vielen Jahren die Sexualität wiederzubeleben? Das werden wir natürlich öfter gefragt. Wir antworten, dass wir immer schon sehr viel miteinander sprachen, auch über Banalitäten und Alltäglichkeiten. Darauf aufbauend, fielen uns Gespräche über Erotik nicht allzu schwer. Man muss eine Antenne entwickeln, ob der andere für ein solches Gespräch offen ist, oder es eben auch mal sein lassen und eine andere Gelegenheit abwarten. Wenn es uns in unserem Alter gelungen ist, das Intimleben zu revitalisieren, sollte es jüngeren Paaren umso eher gelingen.

Bernhard: Keiner von uns hatte während der verschiedenen Experimente je die Absicht noch die Befürchtung, sich in jemand anderen zu verlieben. Alles kam uns und unserem Liebesleben zugute. Auch an unserer tiefen und innigen Beziehung hat sich nichts Wesentliches geändert. Das Tolle an einem guten Liebesleben im Alter ist das Liebesleben selbst. Und das Leben allgemein ist vielleicht noch etwas lebenswerter, leichter und schöner geworden.

Magda und Bernhard Bauer: Liebes Leben.
Edition A. 208 S., Fr. 26.90
Protokoll: Franziska K. Müller

Horrorclowns

Von Andreas Thiel — Jede Gesellschaft hat die Clowns, die sie verdient.

Soziologin: Wie erklären Sie sich diese Horrorclowns?

Humorist: Das sind die Geister der Political Correctness. Wer den Humor dämonisiert, zieht Horrorclowns an.

Soziologin: Aber Horrorclowns bereiten niemandem Spass.

Humorist: Doch, den Humorlosen. Schauder ist der einzige Spass, den sie noch haben.

Soziologin: Was Sie da sagen, ist unwissenschaftlich und wird der Komplexität der Sache nicht gerecht.

Humorist: Das Handwerk, etwas Komplexes verständlich zu machen, ist eine Wissenschaft namens Kunst. Die Kunst, etwas Simples unverständlich zu machen, ist ein Handwerk namens Sozialwissenschaft.

Soziologin: Der Künstler ist ein Wissenschaftler?

Humorist: Ja, und zwar ein Archäologe. Er gräbt die Welt aus und setzt sie neu zusammen. Ein guter Künstler setzt die Welt schöner zusammen, ein schlechter Künstler wüster.

Soziologin: Solange sie ihre Einkünfte aus der Archäologie bei den Steuern deklarieren...

Humorist: Da hätte ich eine Frage. Wenn ich sämtliche Originalbärte des Propheten Mohammed zusammentrage und daraus ein Fell für das Mammut knüpfe, welches ich aus den gesammelten Originalknochen des Franz von Assisi zusammengesetzt habe, und dieses Mammut dann dem Haus der Religionen in Bern schenke, muss ich dafür Schenkungssteuer zahlen?

Soziologin: Zuwendungen an steuerbefreite Institutionen unterliegen keiner Schenkungssteuer. Voraussetzung für die Steuerbefreiung ist ein gemeinnütziger Zweck. Gemeinnützigkeit liegt vor, wenn der Zweck von der Allgemeinheit als förderungswürdig anerkannt wird, eine erhebliche Leistung im Dienste der Allgemeinheit erbracht wird und die Mitglieder persönliche oder finanzielle Opfer erbringen.

Humorist: Beim Haus der Religionen zweifle ich aber an der Erfüllung dieser Voraussetzungen.



Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Die Nische des Weltbürgers

Von Peter Rüedi



François Lurton gehört als Abkömmling einer alten Familie zur absoluten Bordeaux-Nomenklatura. Aber seit er mit seinem Bruder Jacques ein gemeinsames Unternehmen für Wine-Consulting gegründet hat, ist über seinem Tätigkeitsfeld die Sonne nie mehr untergegangen: Er arbeitete in Moldawien, Spanien, Portugal, Italien, Australien, Chile und Argentinien als Berater und begann bald, als globaler Unternehmer querweltein eigene Weine zu produzieren. 2007 gründete er seine eigene Firma, und er fand für einen Teil seiner Aktivitäten mit Michel Rolland einen neuen Partner. Der ist der Inbegriff des *flying winemaker* und seit Jonathan Nossiters Film «Mondovino» (2004) zusammen mit seinem Gesinnungsgenossen Robert Parker das leibhaftige Feindbild aller lokal denkenden Skeptiker der globalen Trends zu konzentrierten, alkoholreichen, süssfruchtigen, holzbetonten Weinbomben. Das Problem war für den aggressiven Nossiter weniger der Geschmack des Duos Rolland/Parker als die Macht, welche die beiden verkörperten (Nossiters Buch nach dem Film hiess «Le goût et le pouvoir», 2007). Wenn sich also François Lurton und Michel Rolland (plus des Letzteren Frau Dany) in einem nordspanischen Joint Venture treffen, den Weingütern Campo Eliseo in Toro und neuerdings für Weisse auch in Rueda, versammeln sich alle die begründeten Bedenken der önologischen Globalisierungsgegner auf ihren Häuptern. In ihrem Glaubenskrieg, denke ich mir, haben die für Lurtons Versicherung, sein weisser Rueda aus dem Dorf La Seca sei selbst ein Nischenprodukt von sechs Hektar, nur Spott und Hohn übrig. Degustieren wir die Sache, ist der im Holz ausgebaute Weisse aus der wunderbaren eingeborenen Sorte Verdejo indes ein tolles, wenn auch kostspieliges Vergnügen: herrlich in der Balance von Säure und Mineralik und dem Volumen am Gaumen, zu vergleichen mit einem sehr guten weissen Grave. *Small is beautiful*. Stimmt. Nur gilt das auch für diesen Verdejo. Abgefüllt wurden 7000 Flaschen.

Verdejo Campo Eliseo Rueda 2014. 13%.
Fr. 65.–. www.mavina.ch

Essen in Paris (I)

Eine kulinarische Reise in die Hauptstadt der Haute Cuisine beginnt am besten in einem sehr guten Bistro. *Von David Schnapp*



Mit grosser Sorgfalt ausgewählte Produkte: Küchenchef Jean-Charles Cauquil.

Eine kulinarische Reise nach Paris zu planen, ist für einen «Foodie» herausfordernd. Der «Guide Michelin 2016» führt alleine zehn Restaurants mit der Höchstbewertung von drei Sternen auf, und wer interessante, einfachere Lokale mit einem Stern besuchen will, bekommt viele Absagen, weil sie Wochen im Voraus ausgebucht sind. Nach sorgfältiger Planung beginnt die Reise schliesslich im «Le Bristol», dem 1925 eröffneten Luxushotel, wo man in gediegenen Räumen schläft und von so viel freundlichem Personal umgeben ist, dass einem der Gedanke durch den Kopf geht, hierher auszuwandern. Vorher müsste ich vielleicht noch eine gewinnbringende Erfindung machen, aber danach würde ich nie mehr einen Satz hören wie: «Es tut uns leid, aber das geht nicht.»

Gute Nachbarschaft

Seit sieben Jahren gibt es im «Bristol» ein Bistro mit Anspruch, das schmucke «114 Faubourg», ausgezeichnet mit einem Stern, bietet auf zwei Etagen in den Räumlichkeiten einer ehemaligen Bank klassische Gerichte wie gebratene Seezunge meunière, Terrinen oder Entrecôte Café de Paris. Um eine aussagekräftige Übersicht zu bekommen, einige ich mich aber mit Küchenchef Jean-Charles Cauquil – der Mann ist ebenso freundlich wie jede Room-Service-Mitarbeiterin im Hotel – auf ein kleines Menü.

Die obligate Foie gras kommt als elegant abgeschmecktes Mousse auf einem erdig-süssen Tatar ausgegarter Ränder. Grandios schmeckt der Schwanz einer *langoustine*, im Ganzen eingepackt in einen Raviolo aus hauchdünnem Teig und angerichtet auf einem Zitronenbutter-schaum, dessen ätherisch-intensive Säure einen idealen Kontrast zur Süsse des Krustentiers bildet.

Bretonischer Hummer wird nun – zuvor im Ganzen gedämpft – angerichtet auf einer Hummerbouillon mit der feinen Schärfe von Ingwer. Der Sud beinhaltet unter anderem Pak Choi, Shitake-Pilze, Tomaten oder weisse Bohnen und hat eine leicht asiatische Note, ohne diese zu plakativ erscheinen zu lassen. So kommt das herbe, leicht jodige Aroma des Hummers ideal zur Geltung.

Beim *medium-rare* gebratenen Lamm aus Lozère wie auch beim Erdbeer-Vanille-Dessert zeigt sich ein einfaches, wichtiges Prinzip: Die verwendeten Produkte werden mit grosser Sorgfalt ausgewählt. Hier wird die Nähe zum Drei-Sterne-Restaurant «Epicure» im selben Haus schmeckbar, über das hier nächste Woche berichtet wird.

Restaurant 114 Faubourg, 114 Rue du Faubourg
Saint-Honoré, Paris. Tel. +33 1 53 43 44 44.
Täglich geöffnet.

Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Paris einfach

Einmal mit dem Auto in die französische Hauptstadt fahren: Unser Autor erfüllt sich im Porsche Targa einen Traum. *Von David Schnapp*

Zu behaupten, dass Paris meine zweite Heimat sei, wäre zwar übertrieben, aber mit der französischen Hauptstadt verbinden mich immerhin Familienbande, schöne Erinnerungen aller Art und eine grundlegende Sympathie für die Stadt. Aus verkehrstechnischer Sicht gibt es für den Weg nach Paris (aus der Schweiz) nur eine vernünftige Art zu reisen: mit dem TGV. Aber vernünftig ist nicht immer lustig, und einmal im Leben mit dem Auto nach Paris

zu fahren, war ein Traum, den ich lange hatte. In Zürich zu starten und im Kreisverkehr um den Arc de Triomphe zu enden, ist beinahe so symbolträchtig, wie die Route 66 durch Amerika oder die E69 ans Nordkap zu nehmen.

Für die Traumstrecke sollte es natürlich ein Auto sein, das die Bezeichnung «Traumwagen» verdient, es wurde dann ein Porsche Targa 4S in «Miami blau». Der neue Targa (*Weltwoche* Nr. 26/16) scheint mir die perfekte Mischung aus Form und Funktion aus der aktuellen 911-Palette zu sein: bequem und langstreckentauglich wie ein Gran Turismo, schnell genug sowieso und formal hochästhetisch, wobei die quietschbunte Gummibärchenfarbenlackierung im silber-schwarz-weißen Einheitsbrei der Pariser Fahrzeugkolonnen durch ihre Fröhlichkeit auffiel und vom Voiturier des Hotels «Bristol» (siehe «Zu Tisch», Seite 72) ebenso gewürdigt wurde wie von dem Passanten im Marais, der mir «Un joli choix de couleur!» zurief.

Alleine in einem 911er zu sitzen und über die französischen Autobahnen zu rollen –

wahrscheinlich die besten Schnellstrassen Europas –, ist eine geradezu meditativ-erholende Erfahrung. Üble Gerüche bleiben einem dabei ebenso erspart wie manche Sitznachbarn im Zug, die ein Gespräch anfangen möchten, das man nicht führen will. Tanken musste ich nur einmal, selbst wenn man etwas schneller fährt als 130 km/h, verbraucht der Targa 4S nicht mehr als zehn Liter Super Plus auf hundert Kilometer. Ich rollte also stundenlang über die «Autoroute du Soleil», die Strasse zum Licht, um es etwas pathetisch zu formulieren.

Das widerstandslose Vorankommen hatte ein Ende, sobald der Gürtel um Paris erreicht war, für die letzten dreissig Kilometer brauchte ich dann mehr als eine Stunde (insgesamt rund sechs Stunden ab Zürich), aber selbst in einer stehenden Kolonne dem Quai d'Orsay entlangzuschleichen, bis der goldene Pegasus auf dem Pont Alexandre III auftaucht, wirkte so erhebend, dass es mir den Aufwand wert schien.

Wer darüber nachdenkt, ebenfalls mit dem Auto nach Paris zu fahren, sollte – einmal angekommen – das Auto in der Hotelgarage oder in einem der öffentlichen Parkhäuser lassen. Innerhalb der Stadt von A nach B zu gelangen, kann ziemlich nervenaufreibend sein, und das Umrunden des Arc de Triomphe schliesslich braucht ein gewisses Konzentrationsvermögen. Abgesehen davon: Ich würde wieder hinfahren.

Porsche Targa 4S

Leistung: 420 PS / 309 kW,
Hubraum: 2981 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 303 km/h
Preis: Fr. 158 500.–, Testauto: Fr. 189 700.–





«Mein Konkurs, meine Scheidung...»: Ehemaliger Modeunternehmer und Buchautor Hilfiger, 65.

MvH trifft

Tommy Hilfiger

Von Mark van Huissing — Er war aussergewöhnlich erfolgreich. Und hat ein aussergewöhnliches Buch geschrieben.

Das Buch über Ihr bisheriges Leben, das Sie veröffentlicht haben [mit Peter Knobler, einem ehemaligen Journalisten], ist ein sehr offenes, ehrliches Buch. Weshalb? – «Ich denke, wenn man so etwas macht, sollte man es richtig machen. Ich habe nichts zu verstecken. Und wenn es einigen Leuten nicht gefällt, kaufen sie vielleicht meine Kleider nicht mehr. Aber ich denke nicht, dass ich etwas schrecklich Beleidigendes erzählt habe.» (Er schreibt etwa, dass er einen gewalttätigen Vater hatte, der ihn als Kind oft schlug. Oder dass wenigstens zwei seiner Kinder Drogenprobleme hatten und dass der kleine Sohn, den er mit seiner zweiten Frau hat, autistisch ist.) «Der Titel des Buchs, *American Dreamer*, ist schön, aber, mit Respekt, falsch. Ich nehme Sie wahr als Macher, als Realisten ... Träumer bauen keine Firmen, die sie für Milliarden verkaufen.» – «Aber ich hatte Träume, und aus meinen Träumen wurde was. Ich war ein Träumer, ich bin

einer; ich träume immer noch, was für mich als Nächstes kommen könnte.» – «Haben Sie auch Alpträume?» – «Ich hatte welche: mein Konkurs, meine Scheidung ...»

Thomas Jacob Hilfiger, besser bekannt als Tommy Hilfiger, 65, aus Elmira, New York, ist ein amerikanischer Modedesigner. Was bei Wikipedia nicht steht: Hilfiger ist zuerst Unternehmer, das Entwerfen von Mode kommt an zweiter Stelle. Zusammen mit Geschäfts- und Finanzpartnern baute er seine Marke auf, die zur Hauptsache Kleidung im sogenannten College- oder Preppy-Stil (von *preparatory school*) anbietet. 2006 verkaufte Hilfiger seine Anteile für 1,6 Milliarden an eine Beteiligungsgesellschaft; rund fünf Jahre später verkaufte diese die Firma weiter an die amerikanische Modegruppe Philips-Van Heusen, für rund 3 Milliarden. Er hat keine erwähnenswerte Beteiligung mehr am Unternehmen und ist Botschafter der Marke, das heisst, er gibt In-

terviews, eröffnet Läden in wichtigen Städten et cetera; operativer Chef ist der Schweizer Daniel Grieder. Hilfiger ist zum zweiten Mal verheiratet, hat fünf eigene Kinder sowie zwei Stiefkinder; seine Biografie, «*American Dreamer*», ist dieser Tage (auf Englisch) erschienen, ich empfehle das Buch.

«Sie schreiben, einer Ihrer Manager sei zum Teil dafür verantwortlich gewesen, dass die Firma wieder erfolgreich wurde. Er sei richtig gelegen, andere, inklusive Sie selber, hätten eine Zeitlang nicht recht gehabt. Das liest man selten, meist wird Erfolg nicht geteilt ...» – «Ja, aber es war so. Ich hab mich immer auf Leute abgestützt, um vorwärtszukommen. Es gab und es gibt ungewöhnlich starke Leute in der Firma.» – «Wie führt man Mitarbeiter, die besser sind, als man selber ist?» – «Ich bin sehr selbstsicher bezogen darauf, wo ich mich befinde im Leben – mein Name steht auf dem Logo, ich bin der Schöpfer und Visionär hinter der Marke.» – «Aber wie verhindert man, dass solche Leute Ihren Job wollen?» – «Es ist wie im Sport: Man ist eine Gruppe, die gewinnen will. Jeder ist bereit, alles dafür zu tun, ausser zu betrügen. Ich war der Motivator und Beeinflusser des Teams; ich habe den Erfolg möglich gemacht, meine Leute gelobt und belohnt.»

«Wir bekamen aufs Dach»

«Wie wichtig ist Glück?» – «Man braucht Glück, um gross zu werden. Aber auf Glück kann Unglück folgen – wir waren übermässig erfolgreich in Amerika zu Beginn der [19]90er Jahre, doch gegen Ende des Jahrzehnts bekamen wir aufs Dach, und einige Partner verkauften ihre Anteile, stiegen aus ... Aber mit guten Leuten kann man das Glück ein wenig beeinflussen.» – «Wenn man vier Jahrzehnte im Geschäft ist, sollten glückliche und weniger glückliche Phasen gleichmässig verteilt sein, nicht wahr?» – «Ich hoffe es. Und dann noch das: Eine erfolgreiche Laufbahn ist mit harter Arbeit verbunden. Man darf nie ausruhen, muss immer weitermachen – wie perfektionieren wir dieses oder jenes? Was tun wir als Nächstes?» – «Ihr Einkommen 2016 wird 33 Millionen Dollar erreichen; das heisst, in der Zeit, in der wir reden, verdienen Sie 15 000 Dollar. Der hochgerechnete Medienwert der Artikel, die ich veröffentlichen werde, liegt aber bei etwa 100 000 Franken oder Dollar – Sie sind unterbezahlt.» – «Haha, ich werde es dem CEO, meinem Freund Daniel Grieder, sagen.»

Sein liebstes Restaurant: Harry's Bar, Calle Vallaresso 1323, Venedig, Italien, Tel. +39 (0)41 528 5777

	1	2	3	4		5	6		7	8		9		10
	11								12			13		
14						15								
16									17					
18									19					
			20		21		22					23	24	25
		26		27						28				
29	30		31				32		33			34		
35				36			37					38		
	39								40					41
42									43					
	44					45								

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Zuhause für ungestörtes Dasein
 Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Wer sie gar nicht hat, nimmt sie umso lieber an. 5 Realität ist bei ihm in etwa auch Seriosität. 11 Für sie komponierte Beethoven das Klavierstück in a-Moll. 12 Sie mögen die Kargheit, bis weit in die Sahara. 14 Von der Gosse bis dort ist es oft nicht weit. 15 Längst Geschichte aber wahr: einstige Hauptresidenz der weströmischen Kaiser. 16 Man denkt bei ihr etwa an Diovan oder Femara. 17 Der Newton hatte gerade auch die Frauen immer im Blick. 18 Diese "grosse Insel" mit gleichnamiger Stadt in Japans Süden. 19 Sie wechselte von Käslin zu Kaa. 20 Sie passen zu Spuk und Geistern. 23 Was den Regen erst so richtig heftig macht. 27 Die chinesische Provinz war schon den Kaisern bekannt. 28 Gut, und passend zur Pasta. 29 Namentlich schwedisch, historisch und königlich. 32 Die isolierte Republic of ..., dort irgendwo im Südpazifik. 34 Wachs - irgendwie schon, wenn's haarig wird. 35 Kein Koch, aber auch er rührt bis es sonst wie kocht. 37 Wie die arabische Halbinsel orientalischer klingt. 39 Ist sprachlich kaum mehr verständlich. 40 Dreihundert Jahre Macht mit der Familie aus Florenz. 42 Ausradieren, statt mit Gummi per Knopfdruck. 43 Dabei sieht man rot, muss aber nicht gleich tot sein. 44 Britischer Kommentar zum Nell. 45 Im Auftrag, unwichtig ob Ihrer Majestät oder des Teufels.

Senkrecht — 1 Hat mit der Erbmasse zu tun, doch unklar, ob man damit reich wird. 2 Die baskische Provinz heisst wie ein Titularbistum. 3 Die Wühlmäuse erinnern buchstäblich an Ratten. 4 Der Blick nach dort oben erinnert Schweizer vielleicht an Kram. 6 Ja! Weggehen, sagt sich der Portugiese rückblickend. 7 Aufrechtes Tun, das einen nirgendwohin bringt. 8 Geht's um Empfang, finden wir das Teil in TV-Geräten. 9 Wiegt im städtischen Verkehr vergleichsweise schwer. 10 Nagetiere, einst bei Indios gefragte Beute. 13 Der Park ist sicher eine Investition. 14 Er sagt: leben ja, geben nein. 15 Handlungen mit Wandlungspotential der kulturellen Art. 19 Wie Franzosen und Spanier er sich auf das Ziel hierher bewegen. 21 Die von 31 senkrecht werden mitgegessen. 22 Selig, die von Portugal, Königin von Kastilien und Nonne. 24 So gelegen, ist es in Kürze erreichbar. 25 Eine Runde für Wunderbares bis Jenseitiges. 26 Der Mitesser kommt aus der Schweiz. 28 Genau genommen sind es die Bücher der Bücher. 30 Er wird mit der Sintflut mythisch überhöht. 31 Keine Würdenträger dafür Kaiserschoten. 33 Auch der Trochäus kennt sein Gegenstück, weiss der Dichter. 36 Diese Show mit David Letterman - Vergangenheit. 38 Ein Montag, wie ihn die alten Römer kannten. 41 Kunsthistorische Signatur eines Künstlers. © Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 490

C	I	N	E	R	A	M	A			K	R	E	P	P
O		A		E		A	L	T	T	I	E	R		L
O	T	T	O	M	O	T	O	R		N	I	Z	Z	A
P	A	T	T	I		T	R	A	E	G	H	E	I	T
	M	A	T	S	C	H		N			E		V	
	P	E					E	R	S	P	A	R	N	I
F	E	R	R	A	R	I		P	A	N			L	
U	R	U		N		T	R	A	T	T	O	R	I	A
G	E	B	E	T	E			R	E	E	V	E	S	
G		E	G	A	L	I	T	E		N	O	E	T	E
E	I	N	G	L	A	S		N		E	I	D	E	
R		S	E	L	L	A		T	E	N	D	E	N	Z

Waagrecht — 1 CINERAMA 6 KREPP (dt. f. Crêpe)
 10 ALTTIER 12 OTTOMOTOR 15 NIZZA (nice: engl. f. hübsch, Nice ist franz. Name f. Nizza)
 17 PATTI 18 TRÄGHEIT 19 MATSCH
 20 ERSPARNIS 23 FERRARI 26 PAN 27 URU
 28 TRATTORIA 31 GEBETE 34 REEVES
 35 EGALITE (franz. f. Gleichheit, neben Liberté und Fraternité) 37 NOETE 38 EINGLAS
 39 EIDE 40 SELLA (Gebirge) 41 TENDENZ

Senkrecht — 1 COOP 2 NATTA 3 REMIS 4 MATTHEIT
 5 ALOR 6 KING 7 REIHER 8 ERZE
 9 PLAT (franz. f. fad) 11 TRANSPARENT
 13 TAMPERE 14 OTTER 16 ZIVILISTEN
 21 PATE (auf engl.: godfather) 22 ANTENEN
 23 FUGGER 24 RUBENS 25 ANTALL (ung. Ministerpräsident) 29 OVOID 30 REEDE
 32 EGGE 33 ELAL (El Al, israel. Fluggesellschaft) 36 ISA

Lösungswort — POLARISIERUNG



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien



PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Jahreskalender Ref. 5205G
patek.com